

191

MS  
sp.

7  
ber

91

F 57.291



IN 304.447

FFA Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 1. Dezember 1987

Blatt 2586

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

## Kommunal/Lokal:

- Goldenes Ehrenzeichen für Arbeitsamt-Leiter Heindl (2587/FS: 30.11.)
- Vernissage der „Ring-Galerie“ im Sozialmedizinischen Zentrum (2588)
- Baufortschritt bei Fußgänger-Tunnel Schüttaustraße (2589)
- Nächste zentrale Selbstschutzberatung am 3. Dezember (2590)
- Internationales Symposium Stadterneuerung (2591/2592)
- Spittelau: Inbetriebnahme der Fernheizanlagen (2593)
- Kein Parteienproporz im Stadterneuerungsfonds (2594)
- Wien bekommt Umweltberater (2595)

### **Goldenes Ehrenzeichen für Arbeitsamt-Leiter Heindel**

Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte heute, Montag, nachmittag im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Arbeitszimmer dem Leiter des Landesarbeitsamtes Wien, Regierungsrat Johann HEINDEL, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Zilk hob in seiner Rede die gute Zusammenarbeit zwischen der Wiener Arbeitsmarktverwaltung und der Stadt Wien hervor. (Schluß)  
red/bs

Bereits am 30. November 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Vernissage der „Ring-Galerie“ Im Sozialmedizinischen Zentrum**

Vom 2. Dezember bis 14. Jänner

Wien, 1.12. (RK-LOKAL) „Kunst und Kultur, Lebenshilfe pur“ — unter diesem Motto bietet die „Ring-Galerie“ im Geriatrischen Tageszentrum des Sozialmedizinischen Zentrums Ost in der Langobardenstraße 122 eine Ausstellung von Amateurkünstlern. Sie wird am 2. Dezember um 18.30 Uhr eröffnet und ist dann bis 14. Jänner täglich, auch Samstag und Sonntag, von 8 bis 19 Uhr frei zugänglich. Zu sehen sind Aquarelle, Mischtechnik und Ölbilder sowie Federzeichnungen.

Carmen BURKHARDT, Christine ERNHARD, Gisela FRANK, Luise GIESSEL, Hedwig KISS, Friederike LICHTENSTERN, Josefina NOZICKA, Gertraud REBAY, Erich SOBOTKA und Emil UNGER sind die Künstler, die ihre Arbeiten im Rahmen dieser Ausstellung der „Ring-Galerie“ zeigen. Sie gehören zu einem Kreis von insgesamt rund 400 Künstlern, die an 55 wechselnden Ausstellungsplätzen, in Restaurants, Lokalen, Banken, Häusern der Begegnung, Volkshochschulen, Hotel, usw. ihre Werke der Öffentlichkeit präsentieren.

Organisiert werden die Veranstaltungen der „Ring-Galerie“ vom Wiener Volksbildungswerk, das es den Künstlern ermöglicht, sich ohne finanziellen Aufwand einem größeren Publikum vorzustellen, und sich auch um die Auswahl der Ausstellungslokale kümmert. Im heurigen Jahr haben bereits 300 Ausstellungen stattgefunden. Das erste Mal war die Idee der „Ring-Galerie“ im Jahre 1984 verwirklicht worden. Der Name geht auf das Ziel zurück, die Stadt mit einem Ring von Ausstellungen zu umgeben. Erstmals in einem Spital hat im heurigen April die „Ring-Galerie“ eine Ausstellung in der Poliklinik veranstaltet. (Schluß) and/bs

## **Baufortschritt beim Fußgänger-Tunnel Schüttaustraße**

### **Nächste Woche Weiterbau des Tunnels Wagramer Straße**

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Der Fußgänger- und Radfahrer-Tunnel unter der Schüttaustraße in der Donaustadt ist soweit hergestellt, daß die Schüttaustraße ab Donnerstag wieder in ihrer vollen Breite zur Verfügung steht. Es gibt dort also keine Verkehrsbehinderungen mehr.

Nächste Woche beginnt der dritte und letzte Bauabschnitt für den Fußgänger- und Radfahrer-Tunnel unter der Wagramer Straße. Ab Donnerstagabend wird die stadteinwärts führende Fahrbahn der Wagramer Straße zur Mitte hin verschwenkt. Diese Bauarbeiten werden bis April 1988 dauern.

Die beiden Unterführungen der Schüttaustraße und der Wagramer Straße werden im Zusammenhang mit der Donauufer-Autobahn errichtet. Sie schaffen eine Verbindung für Fußgänger und Radfahrer von der Reichsbrücke zum Kaiserwasser sowie zur U-Bahn-Station, zur UNO-City und zum Donaupark. (Schluß) sc/rr

## **Nächste zentrale Selbstschutzberatung am 3. Dezember**

**Im Rathaus, Schmidthalle**

Wien, 1.12. (RK-LOKAL) Die nächste zentrale Selbstschutzberatung in der Schmid-Halle des Rathauses findet am Donnerstag, dem 3. Dezember, statt. Zwischen 15.30 und 18 Uhr beraten Experten des Zivilschutz-Landesverbandes, der Feuerwehr, des Gesundheitsamtes, der Ärztekammer, der Polizei, der Stadtbaudirektion und der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation.

Allgemeine Auskünfte und Informationsmaterial gibt es in den Selbstschutz-Informationszentren in allen Bürgerdienst-Außenstellen. Sie sind Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr, geöffnet. (Schluß) and/gg

## **Internationales Symposium Stadterneuerung**

**Eröffnung durch Bürgermeister Dr. Zilk –  
Mit Stadterneuerung auch Bezug der Menschen zur Stadt erneuern**

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) „Mit der Stadterneuerung sollen wir auch den Bezug der Menschen zur Stadt erneuern!“ Mit diesen Worten eröffnete Wiens Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag vormittag das INTERNATIONALE SYMPOSIUM STADTERNEUERUNG. Europas Städte würden ihre Altstadtkerne wiederentdecken, und Milliardenbeträge würden für ihre Renovierung investiert. Was mit den Städten geschehe, das bestimme unsere Zukunft, meinte Zilk in Anlehnung an die Charta über die europäischen Städte, die kürzlich in Wien unterzeichnet wurde.

Stadterneuerung solle sich nicht nur in äußerlich sichtbaren Maßnahmen wie Fassadenerneuerung und Verbesserung der Wohnqualität vollziehen, sondern diene auch der Erneuerung des Bezuges der Menschen zur Stadt. Stadterneuerung erfülle gerade in Wien die Stadt mit neuem Leben. Dabei gelte in Wien das Prinzip der „sanften Stadterneuerung“, der Erneuerung gemeinsam mit den Bürgern. Denn Wohnen koste etwas, aber es müsse für alle, besonders die sozial Schwachen, erschwinglich sein.

Die Leistungen der Stadt Wien bei der Stadterneuerung seien unübersehbar und in eindrucksvollen Zahlen nachweisbar. Das Symposium diene nun dem internationalen Vergleich und auch der Kritik am Wiener Modell der Stadterneuerung. Es solle „ein Forum für offene Diskussion, für Ideenwettbewerb und für die Gegenüberstellung von Erfahrungen und Wegen sein“, sagte Zilk, um den Wiener Weg weiter zu verbessern. Daher sei es auch notwendig, die Stadterneuerung aus der Tagespolitik herauszulösen.

### **Edlinger will Stadterneuerung ohne Parteipolitik**

Wiens Baustruktur sei das gesellschaftspolitische Abbild seiner Geschichte, stellte Wiens Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER zu Beginn seines Grundsatzreferates fest. Neben prachtvollen Ringstraßenbauten seien auch menschenunwürdige Massenquartiere der Arbeiter ein Erbe der Gründerzeit. Im Zuge gewaltiger Neubauleistungen sei zu lange auf diese alten Viertel vergessen worden, wo Autoverkehr sowie fehlender Grün- und Freiraum die Lebensqualität verschlechterte.

Mit der Einzelwohnungsverbesserung, die bisher von 150.000 Haushalten genützt wurde, habe Österreich ein europaweit vorbildliches Modell geschaffen. Der Weg zur „sanften Stadterneuerung“ sei eine logische Folge jenes Leitgedankens gewesen, die Interessen aller Beteiligten, vor allem der sozial Schwachen, zu berücksichtigen. In den letzten Jahren seien für eine praxisorientierte Umsetzung die nötigen Voraussetzungen geschaffen worden. Edlinger kündigte in diesem Zusammenhang an, den bisher bestehenden parteipolitischen Proporz im Wiener Stadterneuerungsfonds durch ein Kuratorium aus Fachleuten der Interessenvertretungen zu ersetzen, um nicht allzu viel „parteipolitischen Sand in das Getriebe dieses Instruments“ zu bringen.

Zu den Perspektiven künftiger Stadterneuerungspolitik zählt Edlinger die breite Kooperation aller an der Stadterneuerung Interessierten. Jährlich sollen in Wien 500 Wohnhäuser mit einem Baukostenvolumen von 3 Milliarden Schilling saniert werden, wobei das Risiko für Bauträger und Bauwirtschaft kalkulierbarer werden sollte.

Die Mieterbeteiligung bezeichnete Edlinger als eine „Kernfrage“ der Wohnhaussanierung, weil sie den Prozeß der Stadterneuerung in der Regel effizienter und kostengünstiger mache. Mehr Aufmerksamkeit werde der Sanierung ganzer Häuserblocks geschenkt. Im 17. und 18. Bezirk werde eine erstmals Bezirksgrenzen überschreitende Gebietsbetreuung eingerichtet. Fachteams sollen am Rande der Problembereiche

Gürtel, West- und Südeinfahrt kleinräumige Stadterneuerungsmaßnahmen setzen. Die Stadt Wien werde selbst immer wieder als Impulsgeber für die Stadterneuerung auftreten. Man werde „die Superblocks des roten Wiens der 30er Jahre in den 80er Jahren sanft erneuern und diese Bauwerke wiederum zu international beachteten Beispielen der Wiener Wohnungspolitik machen“, sagte Edlinger.

Der Lebensraum Stadt müsse sorgsam bewahrt werden. In Wien eröffneten sich heute dafür Chancen und Aufgaben von historischer Dimension. Es gelte, eine Atmosphäre der Bereitschaft, eine „Art von Aufbruchstimmung“ in der ganzen Bevölkerung zu schaffen. Das Symposium biete für diese Weichenstellung drei Tage Zeit, schloß Edlinger.

#### **Potyka: Stadterneuerung braucht aktive Planung**

Der Wiener Architekt und Stadtplaner Prof. Hugo POTYKA verlangte, daß Stadterneuerung nicht zufällig erfolgen dürfe, sondern einer aktiven Planung folgen müsse. Er trat für mehr Flexibilität bei der Änderung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen ein, die eine Anpassung an den Bestand ebenso ermöglichen sollten wie Gestaltungsfreiräume in Hinblick auf längerfristige Leitvorstellungen der Stadtplanung. Außerdem seien in der Planung der Widmung und Bebauung dichtbebauter Stadtgebiete Richtwerte für die Grünversorgung, die Bebauungs-, Einwohner-, Geschos- und Arbeitsplatzdichte vorzusehen. Potyka kritisierte, daß zu viele kommerzielle, aber zu wenig private Garagenplätze in Wien entstehen würden, wobei sich die Frage erhebe, ob den Marktgesetzen nachzugeben sei oder Verbesserungen für die Wohnbevölkerung erreicht werden sollen.

Potyka sprach sich für eine integrierte und für alle Magistratsabteilungen verbindliche Planung der Stadt aus. Einen Schwerpunkt sieht er im Bereich des Gürtels, der West- und Südeinfahrt. Hier gehe es nicht nur um Verkehrsplanung, sondern auch darum, die Abwanderung der Bevölkerung durch Hebung der Wohnqualität zu stoppen. So müßten sich auch insgesamt die Autofahrer „stadtverträglicher“ verhalten, forderte Potyka. Wesentlich sei schließlich die Einbindung der Bürger in Planungsprozesse, wobei vielfach die verbesserte Information eine erste Voraussetzung dafür ist.

#### **Stingl: Chancengleichheit und Anreiz für private Hauseigentümer besteht in Wien**

Der Innungsmeister der Immobilienreuhänder, Dr. Gerhard STINGL, meinte, daß durch das Wohnhaussanierungsgesetz Chancengleichheit und Anreiz für private Hauseigentümer zur Instandsetzung und Verbesserung ihrer Wohnhäuser geschaffen wurden. Allerdings bestünden durch eine hohe Verschuldung trotz Förderungszusicherung und durch eine weitgehende Ertragslosigkeit während der ersten Jahre noch gewisse emotionale Hemmnisse. Stingl regte in diesem Zusammenhang die Möglichkeit der Übernahme der Zehntelabschreibung auch durch Erben von Förderungswerbern an. Dies würde gerade in Hinblick auf die „Blocksanierung“ Anreiz für ältere Hauseigentümer sein.

Stingl sprach sich für die mieterfreundliche Sockelsanierung aus und sieht eine Gefahr in großorganisierten und zu sehr auf Rentabilität ausgerichteten Bauherrenmodellen, die auch die alte Hausbesitzerstruktur gefährden. In den Gebietsbetreuungen werde erfolgreiche Vermittlungsarbeit zwischen Hauseigentümern und Bewohnern betrieben. Die Mieter müßten allerdings zu mehr Wohnungsverbesserungen motiviert werden. Zusätzlich zur derzeitigen Förderung sollte für Hauseigentümer mehr Anreiz zur Einbringung von Eigenmitteln geschaffen werden, schloß Stingl.

Am Nachmittag beginnt die Arbeit in fünf Arbeitskreisen, die sich mit der Praxis der Wohnhaussanierung in Wien befassen werden. (Forts. mögl.)  
ah/gg

Forts. von Blatt 2591

## **Spittelau: Inbetriebnahme der Fernheizanlagen**

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Der Brand im Fernheizwerk Spittelau im vergangenen Mai hat die beiden Rauchgasreinigungsanlagen vernichtet, während die Müllverbrennungsanlage selbst vom Brand nicht betroffen war. Damals wurde angekündigt, daß trotz theoretisch funktionsbereiter Müllverbrennungsanlage im Fernheizwerk Spittelau erst nach der kompletten Wiedererrichtung der Rauchgasreinigungsanlagen mit weiter verbessertem Wirkungsgrad wieder Müll verbrannt wird. Das gilt selbstverständlich nach wie vor, betonte Energiestadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Die eigentlichen Bauarbeiten für den Wiederaufbau der Rauchgasreinigungsanlage und der vom Brand betroffenen Gebäudeteile werden in größerem Umfang voraussichtlich im Frühjahr 1988 beginnen und etwas über ein Jahr dauern.

Es gibt aber im Fernheizwerk Spittelau Anlagen zur Erzeugung von Fernwärme, die auch heuer so wie jedes Jahr nach Bedarf in Betrieb genommen werden müssen. Mit ihnen wird die Versorgung des AKH und der Brigittenau mit Fernwärme sichergestellt. Selbstverständlich werden diese Kesselanlagen nur mit schwefelarmem Heizöl (ein Prozent) betrieben, und es wird kein Müll verbrannt.

Bei der Inbetriebnahme dieser Anlagen sind alljährlich Kaltstartprobeläufe, Zündproben und Feuerungseinstellarbeiten erforderlich. Dadurch kann es zu kurzfristigen, jeweils einige Minuten dauernden Staub- und Rußbelastigungen in der unmittelbaren Umgebung kommen. Danach sind die Kessel ohne Störung der Bevölkerung je nach Wärmebedarf bis Mai 1988 in Betrieb.

### **Instandsetzungsarbeiten am Kamin des Fernheizwerkes**

Der Kamin ist durch den Brand beschädigt und stark verunreinigt. Deshalb sind in den nächsten Monaten je nach Witterung folgende Arbeiten erforderlich: Verschließen von Mauerfugen, Auswechslung von Aluminiumfasadenteilen im Kanzelbereich, Reinigungsarbeiten durch Sandstrahlung und Abwaschung mit Hochdruckreinigungsgeräten sowie Anstricharbeiten. Diese Arbeiten werden sich auf die Zeit von 7 bis 19 Uhr beschränken und so durchgeführt werden, daß es keinen Anlaß zu Beschwerden gibt. Es beginnen auch die Bauarbeiten für eine neue Rampe für die Entleerung der Müllfahrzeuge. Mit dieser Rampe wird bei Wiederinbetriebnahme der Müllverbrennung die Staubbekämpfung der Umgebung verhindert werden.

Die Anrainer des Fernheizwerkes Spittelau werden von den Heizbetrieben durch ein Flugblatt über diese Maßnahmen informiert. (Forts.mgl.) roh/bs

## **Kein Parteienproporz im Stadterneuerungsfonds**

**Zilk: Weiterer Schritt zur Versachlichung der Politik**

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) In Zukunft wird das Kuratorium des Wiener Stadterneuerungsfonds nicht mehr die Kräfteverhältnisse im Gemeinderat widerspiegeln. Wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seinem heutigen Pressegespräch erklärte, sollen die drei im Gemeinderat vertretenen Parteien nur jeweils einen Vertreter in dieses Gremium entsenden. Darüber hinaus soll das Kuratorium mit Fachleuten der mit diesen Themenkreis befaßten Gruppierungen — also etwa Handelskammer, Arbeiterkammer, Ingenieurkammer, Mietervertretungen, Hauseigentümer, usw. — beschickt werden. Dies sei ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Versachlichung der Politik, betonte der Bürgermeister.

### **Multifunktionale Nutzung für die Roßauer Kaserne**

Zu den diversen Nutzungsvorschlägen des Bundes für die Roßauer Kaserne sagte Zilk, daß dieser Baukomplex Möglichkeiten biete, stadtplanerische Akzente zu setzen. Nach der Übersiedelung von Teilen der Bundespolizeidirektion Wien in den Neubau am Franz-Josefs-Bahnhof sollte die Roßauer Kaserne einer multifunktionalen Nutzung zugeführt werden, also einer Mischung aus Wohnen, Geschäften, kulturellen Einrichtungen und Behörden. Das Objekt gehöre zwar dem Bund, doch habe dieser zur Kenntnis zu nehmen, „daß ohne Wien nichts geht“, schloß Zilk. (Schluß)  
red/gal

## **Wien bekommt Umweltberater**

Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Über die Einrichtung von Umweltberatungsstellen in Wien berichtete Stadtrat Helmut BRAUN am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Ökologie-Institut und dem Verband Wiener Volksbildung sollen ab Jänner kommenden Jahres 15 Umweltberater ihre Tätigkeit aufnehmen. Sie sollen in engem Kontakt mit der Umweltschutzabteilung der Stadt Wien, der Umweltpolizei und den Bürgerdienstaußenstellen stehen. Im Februar 1987 haben die ersten beiden österreichischen Umweltberatungsstellen, besetzt mit je fünf Umweltberatern, in Zwettl und Amstetten ihre Arbeit aufgenommen. In Wien sind vier Umweltberatungsstellen in den Volkshochschulen Wien-Nord, Margareten, Favoriten und Hietzing vorgesehen. Als Aufgaben der Umweltberatung erwähnte Braun:

- Gezielte Öffentlichkeitsarbeit, um die Bereitschaft zu umweltbewußtem Handeln zu wecken und zu stärken
- Erarbeitung konkreter Handlungsmöglichkeiten
- Individuelle Haushaltsberatung
- Anlaufstelle in allen Umweltfragen für ökologisch interessierte Bürger

Das Ökologie-Institut hat auch ein eigenes Ausbildungskonzept für die Umweltberater entwickelt. Die Finanzierung soll durch das Sozialministerium, das Umweltministerium und die Stadt Wien erfolgen.

### **Salzstreuverbot**

In Wien wird das generelle Salzstreuverbot beibehalten, erklärte Braun weiters. Die Aufhebung des Salzstreuverbotes könne nur in Extremfällen erfolgen, um in kritischen Straßenzügen, z.B. bei Steigungen, vor allem mit öffentlichen Verkehrsmitteln, den Verkehr nicht zum Erliegen zu bringen. An den Stadteinfahrten sollen Tafeln mit einem Hinweis auf das Salzstreuverbot in Wien aufgestellt werden.

### **Weihnachtsmüll**

Im Hinblick auf das Weihnachtsgeschäft und den damit verbundenen Müllberg appellierte Umweltstadtrat Braun sowohl an die Bevölkerung, gerade zu Weihnachten den Müll zu trennen, um wiederverwertbare Stoffe, z.B. Altpapier, zu gewinnen, als auch an den Handel, bereits in den Geschäften die Möglichkeit für den Kunden zu bieten, unnötiges Verpackungsmaterial gleich dort zu lassen. (Schluß) du/bs

chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
Übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion Rathaus,  
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 2. Dezember 1987

Blatt 2596

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Politik:

Einkaufssamstag: Sondergespräch bei Zilk (2605)

### Kommunal/Lokal:

Verkehrsbetriebe: Jahresnetzkarten verlängern! (2597)

Brigittaplatz wurde neu gestaltet (2598)

Neue Verkehrsampel auf der Erdberger Lände (2598)

Erste Wiener Internationale Jugendgespräche (2600)

Internationales Symposium Stadterneuerung (2603/2607)

ÖVP präsentiert Ideenwettbewerb für altes AKH (2606)

Bei Rot über die Kreuzung — von Straßenbahn erfaßt (nur FS/1.12.)

Erster Schnee in Wien (nur FS)

### Bezirke:

102. Geburtstag in Meidling (2604)

### Kultur:

25 Jahre Bezirksmuseum Penzing (2599)

Theatersubventionen 1988 (2599)

### Wirtschaft:

Vranitzky: Markt oder Staat? (2601/2602)

### **Verkehrsbetriebe: Jahresnetzkarten verlängern!**

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Achtung: Statt wie üblich ab dem 20. des Vormonates, kann die Verlängerung der Barzahler-Jahreskarten ab Jänner 1988 bereits ab 4. Dezember in der Abteilung Tarifangelegenheiten, Wien 6, Rahlgasse 3, (Montag bis Freitag von 8 bis 14.30 Uhr) erfolgen. Ab 11. Dezember ist dies auch bei den Vorverkaufsstellen zu den normalen Öffnungszeiten möglich. (Schluß) roh/bs

## **Brigittaplatz wurde neu gestaltet**

### **Verkehrsberuhigte Zone**

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wird kommenden Freitag um 15 Uhr die verkehrsberuhigte Zone Brigittaplatz im 20. Bezirk eröffnen. Die Umgestaltung des Platzes, der nun wesentlich attraktiver ist, hat rund 15 Millionen Schilling gekostet.

An den beiden Schmalseiten des Brigittaplatzes wurden Wohnstraßen geschaffen. Vor dem Bezirksamt wurde die Nebenfahrbahn weggenommen, die Grünflächen wurden erheblich vergrößert. In der Straße an der Rückseite der Kirche wurden die Gehsteige verbreitert, die vorhandenen Bäume erhielten größere Baumscheiben. An der Längsseite des Platzes — im Zuge der Raffaelgasse — wurden neue Grünflächen angelegt und sechs Bäume in großen, bewachsenen Baumscheiben gepflanzt. Vor dem neuen Pensionistenheim wurde der Gehsteig in die Straße hineingezogen und so ein Empfangsbereich geschaffen.

Die Grünflächen rund um die Kirche wurden wesentlich erweitert. Die beiden Vorfahrten zur Kirche wurden zu Sitzbereichen mit vielen Bänken umgebaut. Die Fußgängerbereiche wurden mit gelben und braunen Betonsteinen gestaltet. Es gibt auch eine neue Beleuchtung: Bogenlampen für die Fahrbahnen und Kandelaber für die Fußgängerbereiche. Zwischen den Gehsteigen und dem Kirchenbereich werden in den nächsten Wochen noch Hecken gepflanzt, um das Erholungsgebiet von den Straßen abzugrenzen.

Bereits am Donnerstag tritt eine neue Verkehrsorganisation in Kraft. Die Wohnstraße vor dem Amtshaus wird Einbahn von der Jägerstraße bis zur Raffaelgasse, die Wohnstraße an der Hinterseite der Kirche wird Einbahn von der Raffaelgasse bis zur Jägerstraße. Die verlängerte Raffaelgasse wird Einbahn von der Brigittagasse bis zur Greiseneckergasse. (Schluß) sc/bs

## **Neue Verkehrsampel auf der Erdberger Lände**

### **Sicherer Fußgängerübergang zur Donaukanalfähre**

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Donnerstag vormittag wird auf der Kreuzung Erdberger Lände — Haidingergasse im 3. Bezirk eine neue Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen. In diesem Bereich ist der Straßenausbau der Erdberger Lände bereits abgeschlossen. Die Kosten für diese Verkehrssicherheitsmaßnahme betragen rund 1,8 Millionen Schilling.

Die neue Ampel ermöglicht es den Fußgängern, die dreispurige, stark befahrene Lände gefahrlos zu überqueren und zum Donaukanalufer und zum Fährboot zu gelangen. Bei der Fährenanlegestelle am anderen Ufer des Donaukanals befindet sich bereits eine Verkehrslichtsignalanlage, so daß die Fußgänger einen sicheren Weg aus dem 3. Bezirk in das Erholungsgebiet Prater haben.

Die Ampel auf der Erdberger Lände gibt dem Fahrzeugverkehr „Dauergrün“, das jedoch unterbrochen wird, wenn sich die Fußgänger mit Drucktasten zum Überqueren der Straße anmelden. Die Signalanlage ist mit den anderen Ampeln auf der Lände koordiniert und an die Verkehrsleitzentrale angeschlossen. (Schluß) sc/rr

## 25 Jahre Bezirksmuseum Penzing

Wien, 2.12. (RK-KULTUR/LOKAL) Das Bezirksmuseum Penzing in der Penzinger Straße 59 feiert mit der Ausstellung „25 Jahre Museumsverein und Bezirksmuseum Penzing“ sein fünfundzwanzigjähriges Bestehen. Die Ausstellung wird am Freitag, dem 4. Dezember, im Anschluß an eine um 18 Uhr im Vortragssaal stattfindende Festveranstaltung eröffnet. Sie ist bis 20. Dezember sowie vom 31. Jänner bis 30. März 1988 jeden Mittwoch, von 17 bis 19 Uhr, und jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, bei freiem Eintritt zu sehen. (Schluß) gab/rr

## Theatersubventionen 1988

### 308,45 Millionen Schilling für Wiens Groß- und Mittelbühnen

Wien, 2.12. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport beschloß die Betriebssubventionen für die Wiener Theater für 1988 in der Gesamthöhe von 308,45 Millionen Schilling. In dieser Summe sind die Subventionen für die privaten Mitgliedsbühnen des Wiener Bühnenvereines, für die Wiener Mittelbühnen und das Theater der Jugend sowie die Abgangsdeckung für das Theater an der Wien enthalten.

Das Theater an der Wien wird 1988 den Wiener Festwochen für rund 40 Vorstellungen und dem Ballettfestival „Tanz 88“ für rund 20 Vorstellungen zur Verfügung stehen. Als Nachfolgeproduktion der erfolgreichen „Cats“ wird die kontinentaleuropäische und deutschsprachige Erstaufführung von Andrew Lloyd WEBBERS „Phantom in der Oper“ produziert. Das Jura-Soyfer-Theater und das Theater Drachengasse 2 werden 1988 erstmals den Mittelbühnen zugerechnet.

Folgende Subventionen wurden bewilligt:

#### Private Mitgliedsbühnen des Wiener Bühnenvereines

Theater in der Josefstadt (mit Kammerspielen)	56,650.000
Volkstheater (mit Außenbezirksvorstellungen)	48,500.000
Raimundtheater	22,000.000
Wiener Kammeroper (mit Studio „K“)	7,000.000
Zusammen	134,150.000

#### Mittelbühnen:

Theater „Der Kreis“	11,300.000
Inter-Thalia-Betriebsgesellschaft m.b.H.	5,800.000
Ensemble-Theater	4,400.000
Serapionstheater	3,500.000
Gruppe 80	3,600.000
Theater Brett	1,000.000
Theater Drachengasse Zwei	1,200.000
Jura Soyfer Theater	4,000.000
Zusammen	34,800.000

Abgangsdeckung Theater an der Wien	109,500.000
Theater der Jugend	30,000.000
Insgesamt	308,450.000
(Schluß) gab/rr	

## **Erste Wiener Internationale Jugendgespräche**

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Über „13- bis 16jährige: Nicht mehr Kinder — noch nicht Jugend“ diskutieren 40 Teilnehmer aus sechs europäischen Ländern noch bis 4. Dezember bei den Ersten Wiener Internationalen Jugendgesprächen. Ziel dieser Veranstaltung des Wiener Landesjugendreferates ist eine Bestandsaufnahme der Situation der 13- bis 16jährigen.

Gerade für diese Altersgruppe gibt es im Bereich der Freizeitgestaltung durch Organisationen und Institutionen noch nicht genug Angebote. Zwar gibt es ausreichend Möglichkeiten für „bis 12jährige und ab 17jährige“. Für jene, die zwar keine Kinder mehr, aber auch noch keine Jugendlichen sind, ist das Angebot aber eher gering.

Weitere Schwerpunkte sind neue Erkenntnisse der Jugendforschung, Werbung für diese Zielgruppe, Jugendtrends und Subkulturen sowie das Thema Umwelt.

Das Wiener Landesjugendreferat hat bei der Zusammenstellung des Ferienspielprogrammes für die Winterferien auch ein Spezialprogramm für 13- bis 15jährige erarbeitet. So gibt es zum Beispiel Disco-Parties, die am Nachmittag stattfinden. (Schluß) jel/rr

## Vranitzky: Markt oder Staat?

### Hohe Ehrung für Franz Nekula

Wien, 2.12. (RK-WIRTSCHAFT) Mehr als 600 Festgäste, darunter ein rundes Hundert Generaldirektoren aus der österreichischen Wirtschaft, waren Dienstag abend im Festsaal des Wiener Rathauses dabei, als Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY sich in einem Vortrag mit dem Thema „Markt oder Staat“ auseinandersetzte. Anlaß für diese Veranstaltung war das 35jährige Bestehen der „Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft“ (ADÖG). Zuvor, nach der Begrüßung durch den Präsidenten der ADÖG, Stadtrat Johann HATZL, überreichte Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Rudolf STREICHER das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich an den langjährigen als Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen zuständigen Franz NEKULA.

Nekula, geboren 1924, wurde 1964 in den Wiener Landtag und 1969 zum Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen gewählt. In dieser Funktion, die er elf Jahre lang bekleidete, war Nekula auch Präsident der ADÖG. Im Anschluß daran war er vier Jahre Stadtrat für Personal- und Rechtsangelegenheiten.

Minister Streicher wies darauf hin, daß in der Amtszeit Nekulas einige grundlegende und für die Gemeinwirtschaft wichtige Entscheidungen gefallen sind. So ist es in dieser Zeit gelungen, sich in der Öffentlichkeit, durch Übernahme von Belangsendungen von der Industriellenvereinigung, besser Gehör zu verschaffen. Gleichzeitig wurde der Kontakt zu den Hochschulen und Universitäten intensiviert. Viele der Hörer der einschlägigen Lehrveranstaltungen sind heute an der Spitze gemeinwirtschaftlicher Unternehmen zu finden.

### Zusammenspiel von öffentlichem und privatem Sektor

Bundeskanzler Vranitzky stellte in seinem Referat einleitend fest, daß die Forderung nach einem Rückzug des Staates aus der Wirtschaft kein Deckmantel für das Infragestellen von Errungenschaften sein dürfe. Wenn die Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates nicht funktionierten, wäre dies auch für die private Wirtschaft ein Hemmschuh. Die Instrumentarien des Staates müßten aber permanent auf Effizienz und Angemessenheit ihrer Mittel überprüft werden. Ohne entsprechende Lenkungsmechanismen wäre jedoch in verschiedenen Bereichen keine befriedigende Funktion des Marktes möglich. Vranitzky nannte dabei den Umweltschutz, die Preisstabilität und die Verteilungsgerechtigkeit. Es dürfe niemals soweit kommen, sagte Vranitzky, daß etwa die medizinische Versorgung eines Menschen, der sein Leben lang hart gearbeitet hat, von der Marktsituation abhängig sei.

Ein häufig zu hörendes Argument sei, daß ohne einer funktionierenden Wirtschaft die staatlichen Einrichtungen nicht funktionieren könnten. Umgekehrt könnte aber keine Privatwirtschaft ohne der vom Staat zur Verfügung gestellten Infrastruktur — Straßen, Kommunikationseinrichtungen etc. — existieren. Diese Infrastruktur müsse ständig erneuert und ausgebaut werden, staatlichen Betrieben wie etwa der Post komme in der Kommunikationsgesellschaft von heute dadurch nicht kleiner werdende, sondern sogar wachsende Bedeutung zu. In dynamischen Lebensräumen müßte der Staat für Entwicklungsimpulse sorgen und im öffentlichen Bereich einen Schub der Strukturverbesserung auslösen, erklärte Vranitzky.

Es sei nicht die Frage „Staat oder Markt“, die Frage stelle sich für ihn nur nach dem bestmöglichen Zusammenspiel des privaten und des öffentlichen Sektors und nach bestmöglichen und zeitgemäßen Organisationsformen, sagte Vranitzky. In manchen Bereichen könne ein Abbau staatlicher Strukturen auch durchaus vereinbar mit dem sozialen Aspekt sein.

### Vranitzky zur Verstaatlichten Industrie

Zur Verstaatlichten Industrie hielt der Bundeskanzler fest, daß von den Unternehmen der ÖIAG nur der Eisen- und Stahlbereich wie überall auf der Welt Probleme habe, während ÖMV, AMAG und SGP zufriedenstellend und teilweise auch zukunftsweisend arbeiten. Im Stahlbereich sehe er jedoch keinen anderen Weg als neue Organisationsformen zu finden, die zu neuen Kostenbildern führen, wobei Einschnitte auch im Personalbereich unvermeidbar seien. Die Forderung, die heute in einer Tageszeitung erhoben wird, zunächst im Verkauf erfolgreich zu sein und dann erst die Strukturreform anzugehen, bezeichnete Vranitzky als sinnlos: „Wenn das möglich wäre, wären keine Umstrukturierungen erforderlich“. Diese Umstrukturierung wäre jedoch ein industrielles Erneuerungsprojekt ersten Ranges und eine große Chance für die Zukunft.

Zusammenfassend stellte Bundeskanzler Vranitzky fest, im Zusammenspiel zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich müsse jene Art der Diskussion überwunden werden, die versucht, beide gegeneinander auszuspielen. Privat oder Staat sei keine prinzipielle Frage, sondern müsse jeweils situationsbedingt entschieden werden. (Schluß) roh/rr

Forts. von Blatt 2601

## **Internationales Symposium Stadterneuerung (1)**

### **Stadterneuerung im internationalen Vergleich**

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Das INTERNATIONALE SYMPOSIUM STADTERNEUERUNG wurde Mittwoch mit einem Vergleich internationaler Stadterneuerungsaktivitäten fortgesetzt. In seinem Referat stellte Univ.-Prof. Dr. Hans HARMS von der Technischen Universität Hamburg die Entwicklung der Stadterneuerung in England und London dar. Sie war lange Jahrzehnte eine „Abrißsanierung“. Die großen Arbeitersiedlungen der alten englischen Industriestädte wurden oft auch aus hygienischen Gründen abgerissen und durch Gemeindewohnungen ersetzt. In den späten 60er Jahren wurden jährlich bis zu 70.000 Wohnungen abgerissen. Erst in den 70er Jahren erfolgte die Trendwende zu einer sozialorientierten Wohnhauserneuerung, die vor allem durch die Gemeinden getragen war. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Margret Thatchers setzte der Stadterneuerung praktisch ein Ende: Es gibt kaum mehr Neubau von kommunalen Wohnungen, die Finanzautonomie der Gemeinden wurde eng beschnitten und läßt keinen Spielraum mehr zur Förderung der Stadterneuerung. Die Privatisierung von Gemeindewohnungen hat zu hoher Immobilität, zu Obdachlosigkeit und langen Wartelisten bei den Wohnungsämtern geführt. Heute warten in England 1,5 Millionen Familien auf eine Sozialwohnung. Mit der Privatisierung von Wohnraum wurden auch die Kosten der notwendigen Erhaltung und Sanierung auf Private überwältigt. Diese Kosten werden auf 40 bis 50 Milliarden Pfund geschätzt, umgerechnet also 800 bis 1.000 Milliarden Schilling.

### **Neue Aufgaben für die Stadterneuerung in Holland**

Stadterneuerung sei stets ein Feld für Konflikte, weil die Wohnraumplaner nicht unter sich seien, sondern sich mit den Bewohnern auseinandersetzen müßten, erklärte Univ.-Prof. Helga FASSBINDER von der Technischen Universität Eindhoven zu Beginn ihres Referates über Stadterneuerungsmodelle in Holland. Amsterdam und Rotterdam hätten durch das Modell der Projektgruppen, dem Zusammenschluß von Hauseigentümer, Bewohner, Verwaltung, Sozialarbeiter usw. bei einem konkreten Projekt, ein international vorbildhaftes Modell geschaffen, das etwa auch in Wien im Rahmen der Sanierung der großen kommunalen Zwischenkriegswohnbauten in etwas geänderter Form übernommen wird. In Holland entstand in den 70er Jahren ein ausgebildetes System der Organisation sowie ein breiter Konsens über die Wichtigkeit der Aufgabe Stadterneuerung. Durch die Wirtschaftskrise seien neue Aufgaben entstanden: Wohnkostensteigerungen, Kürzung von Sozialleistungen, Arbeitslosigkeit, die zunehmende Zahl der Ausländer, die steigende Kriminalität und die Schließung von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen führen vielfach zu Verslumungserscheinungen ganzer Viertel. Durch eine stärkere Stadtplanung mit kommunalen Konzepten zur Stadterneuerung in Verbindung mit mehr Eigeninitiative und Selbstverantwortung der Bevölkerung in den Projektgruppen sollen nicht nur die Wohnqualität verbessert, sondern auch Arbeitsplätze für die ansässige Bevölkerung geschaffen werden. (Forts.) ah/rr

## **102. Geburtstag In Meidling**

Wien, 2.12. (RK-BEZIRKE) Einer der ältesten Wiener, der in Meidling in der Malfattigasse wohnhafte Johann REISS, feierte Dienstag seinen 102. Geburtstag. Der Jubilar erfreut sich bester Gesundheit. Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER überbrachte ihm mit einem Ehrengeschenk der Stadt Wien die besten Glückwünsche des Wiener Bürgermeisters. (Schluß) smo/rr

## **Einkaufssamstag: Sondergespräch bei Zilk**

Wien, 2.12. (RK-POLITK) Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK lädt die Sozialpartner für morgen, Donnerstag vormittag, zu einem Sondergespräch über die Situation an den Einkaufssamstagen in Wien ein. Für die Unternehmer wird Präsident Ing. Karl DITTRICH, für die Handelsangestellten GR. Robert FREITAG an dem Gespräch teilnehmen. Zilk: „Durch die verschiedenen Ankündigungen ist die Situation für die Konsumenten nicht mehr durchschaubar. Die Konsumenten erwarten zu Recht eine einvernehmliche Lösung.“

Zilk erinnerte, daß er immer für eine einvernehmliche Lösung zwischen den Sozialpartnern eingetreten ist. Er findet es aber enttäuschend, daß die vielen Bemühungen zu keinem befruchtenden Ergebnis geführt haben. Das morgige Gespräch sei ein neuerlicher Versuch, die Sozialpartner zu einer einvernehmlichen Haltung zu bewegen, betonte Zilk abschließend. (Schluß) sei/rr

## **ÖVP präsentiert Ideenwettbewerb für altes AKH**

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener ÖVP präsentierte am Mittwoch in einem Pressegespräch die Ergebnisse eines Ideenwettbewerbes zur künftigen Nutzung des alten AKH. Die Zeit dränge, meinte GR. Dr. Johannes HAWLIK, da die Kliniken zwischen 1990 und 1992 ins neue AKH übersiedeln werden.

Bezirksvorsteher Wolfgang SCHMIED sprach sich für eine innerstädtische Gartenstadt aus. Der Wettbewerb habe übereinstimmend gezeigt, daß sich die Bewohner des 9. Bezirkes für eine gemischte Nutzung des Areals aussprechen, die historische Substanz müsse erhalten und revitalisiert werden.

Der Vorsitzende der Jury, Prof. Ernst W. HEISS, sprach von einem Konsens der „sanften Stadterneuerung“. (Schluß) fk/rr

## **Internationales Symposium Stadterneuerung (2)**

### **Berlin geht den Weg der „behutsamen Stadterneuerung“**

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Der Berliner Sozialwissenschaftler Günter FUDERHOLZ, der mit der Sanierung des Kreuzberges in West-Berlin beauftragt ist, wies in seinem Referat darauf hin, daß Berlin zwar ebenso wie Wien einen hohen Altbaubestand und einen noch bis Jahresende geltenden starken Mieterschutz habe, aber die Stadterneuerung zunächst eigentümerorientiert war. Ganze Stadtgebiete wurden bereits in den 60er Jahren zu Abbruchgebieten erklärt, was in der Folge zu immer stärkeren Konflikten mit den Bewohnern und schließlich 1980 zu einer großen Protestbewegung mit 160 Hausbesetzungen führte und die Stadtregierung zu einer vollkommenen Kehrtwende ihrer Stadterneuerungspolitik veranlaßte.

Heute versucht man, mit der Internationalen Bauausstellung, IBA, ganze Stadtviertel „behutsam“, also mieterorientiert, zu sanieren. Umgerechnet 3,4 Milliarden Schilling stellt die Berliner Stadtverwaltung jährlich dafür zur Verfügung. Besonders stark ist in Berlin auch die Förderung von Selbsthilfegruppen. Zur Sicherung der Mieterinteressen wurden eigentümerunabhängige Mieterberatungen eingerichtet, deren Zustimmung für eine Wohnhaussanierung Voraussetzung ist. Auch hat sich eine junge Generation von Architekten herangebildet, die den Umgang mit den Mietern pflegt. Gerade in erneuerungsbedürftigen Gebieten wie dem Kreuzberg ist darüberhinaus eine soziale Betreuung der Menschen nötig, was wiederum mehr Planung der Stadterneuerung auf kommunaler Ebene verlange, sagte Fuderholz.

### **Das Wiener Modell aus ausländischer Sicht**

Flächenhafter Verfall ganzer Stadtteile, der für andere westeuropäische Städte kennzeichnend war, ist in Wien weitgehend unbekannt geblieben, erklärte Univ.-Prof. Jürgen ROSEMANN von der Technischen Universität Delft. Dafür habe Wien erst mit Verspätung die Stadterneuerung begonnen, wodurch allerdings auch ein Lernen aus Erfahrungen anderer Städte möglich war. Mit der Wohnungsverbesserung und der „sanften Stadterneuerung“ kann vor allem die Verdrängung der ansässigen Bevölkerung verhindert werden. Dennoch drohe auch in Wien im Althausbestand längerfristig eine Mietensteigerung durch hohe Baukosten und Fehlbelag. Zum Zweck einer rationelleren Sanierungsdurchführung schlägt Rosemann eine teilweise Kommunalisierung des Althausbestandes ähnlich wie in Holland vor. Dieser Bestand könnte für den Umzug der Bewohner und auch für eine kommunale Wohnungszuweisung genutzt werden. (Forts.)  
ah/bs

Forts. von Blatt 2603

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (PI 53) Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

**Donnerstag, 3. Dezember 1987**

**Blatt 2608**

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Politik:

Am 12. und 19. Dezember bis 16 Uhr Lebensmittelverkauf (2618)

### Kommunal/Lokal:

Internationales Symposium Stadterneuerung (2609/FS: 2.12., 2612))

Gerasdorfer Straße wieder frei für den Verkehr (2611)

Liechtensteins Regierungschef im Wiener Rathaus (2613)

Dkfm. Dr. Pramböck zum neuen Städtebund-Generalsekretär bestellt (2613)

Neue Leiterin an radiologisch-technischer Schule (2614)

Zinsenloses 40 Millionen-Darlehen an Gräf & Stift (2615)

Smejkal präsentiert Wiener Familienbericht 1987 (2616/2617)

Pensionistin tödlich verunglückt (nur FS/2.12.)

### Kultur:

Jura Soyfer-Leseabend im Historischen Museum (2610)

Sonderführungen durch „Heilige Gemeinde Wien“ (2610)

## **Internationales Symposium Stadterneuerung (3)**

### **Berichte der Arbeitskreise und Diskussion**

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Am Nachmittag des letzten Tages des INTERNATIONALEN SYMPOSIUMS STADTERNEUERUNG standen die Berichte der Arbeitskreise und die Diskussionen darüber auf dem Programm. Die Arbeitskreise hatten in zum Teil sehr lebhaften Beratungen wichtige Ergebnisse gebracht und sollen auch nach dem Symposium weiterbestehen, da einige Fragen ungelöst blieben.

Dipl.-Ing. August FRÖHLICH berichtete, daß der jährliche Sanierungsbedarf in Wien auf sieben bis zehn Milliarden Schilling geschätzt wird. Vorrangig sanierungsbedürftige Gebiete befinden sich vor allem westlich des Gürtels sowie in Teilen des 5., 10. und 20. Bezirkes. Das Instrument der Gebietsbetreuungen habe sich zur Vertrauensbildung und Stimulation bewährt, da in den Stadterneuerungsgebieten etwa doppelt so viele Wohnhaus-sanierungen erfolgen als außerhalb der Gebiete. Eine räumliche und Kompetenzerweiterung der Gebietsbetreuungen sei daher anzustreben. Für die Weiterentwicklung der Stadterneuerung sei künftig mehr aktive Planung und somit die Einbindung in die gesamte Stadtplanung notwendig.

### **Förderung der Sanierung muß gesichert bleiben**

Direktor Elisabeth WEIHMANN berichtete, daß die Kürzung der Wohnbauförderungsmittel durch den Bund Unsicherheit entstehen habe lassen, was längerfristig investitionshemmend wirken könnte. Es sei eine Änderung des Bundesverteilungsschlüssels der Wohnbauförderungsmittel zugunsten von Wien anzustreben. Weites sei vorstellbar, das System der Förderung durch Annuitätenzuschüsse durch Direktdarlehen zu ergänzen. Schließlich müsse das System steuerliche Anreize bei der Wohnhaus-sanierung unbedingt bewahrt werden, um die nötige Investitionsbereitschaft sicherzustellen.

### **Schwierigkeiten des Förderungsverfahrens mindern**

Dipl.-Ing. Wolfgang GRÄSEL meinte, daß Kontrolle bei der Vergabe derart hoher Förderungen zwar gut, Vertrauen aber besser wäre. Insbesondere „der kleine Hausbesitzer“ sei durch die Schwierigkeiten der Sanierungsverfahren abgeschreckt. Im Interesse der Hauseigentümer und der Bewohner unbedingt beibehalten werden müßte das mietrechtliche Verfahren, das angemessene Mieten und damit die Rückzahlung des Darlehen sicherstelle. Das Förderungs-, Bau- und Mietrechtsverfahren müßte in Summe zeitlich absehbar werden, die Ausschreibungen sollten standardisiert und die Kostenberechnungen vereinfacht werden.

### **Mieterbetreuung verpflichtend machen**

Dr. Caspar EINEM stellte in seinem Bericht fest, daß die Mieter letztlich die Sanierung der Wohnhäuser zahlen und daher ihre Mitbestimmung rechtlich und organisatorisch klar geregelt sein müßte. Zur Motivation der Hausbewohner müßte der Mieterschutz aufrechterhalten und eine Preisbegrenzung erreicht werden, wenn öffentliche Förderungsmittel zum Einsatz kommen. Die Mieterbetreuung sollte verpflichtende Voraussetzung einer Sanierung sein, aber von Bauinteressen unabhängig erfolgen. Dabei sei auch der Einsatz von Sozialarbeitern und sozialen Diensten vorstellbar.

### **Blocksanierung bringt Kostenersparnis**

Architekt Dipl.-Ing. Albert WIMMER meinte, daß eine Entkernung und Auflockerung dicht bebauter Stadtgebiete auch Absiedlungen notwendig machten. Die Sanierung ganzer Häuserblocks würde aber eine Kostenersparnis um bis zu 20 Prozent bringen. Zur Bewältigung der Verkehrsprobleme seien schließlich legislative Maßnahmen wirkungsvoller als Gestaltungsmaßnahmen der Stadterneuerung, meinte Wimmer.

Das INTERNATIONALE SYMPOSIUM STADTERNEUERUNG findet am Mittwoch Abend um 18 Uhr seinen Abschluß mit einer großen öffentlichen Diskussion im Festsaal des Wiener Rathauses. (Schluß) ah/rr

Bereits am 2. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet  
Forts. von Blatt 2607

### **Jura Soyfer-Leseabend im Historischen Museum**

Wien, 3.12. (RK-KULTUR) Am Mittwoch, dem 9. Dezember, findet im Historischen Museum der Stadt Wien, Karlsplatz, um 19.30 Uhr als Rahmenprogramm zur Ausstellung „Judentum in Wien“ der Leseabend „Ein Jude in Wien — zum 75. Geburtstag von Jura Soyfer“ statt. Die Lesung wird von der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik veranstaltet. Es lesen Helga DAVID und Oswald FUCHS. Die Ausstellung ist an diesem Tag ab 18 Uhr geöffnet. (Schluß) red/rr

### **Sonderführungen durch „Heilige Gemeinde Wien“**

Wien, 3.12. (RK-KULTUR) Aufgrund der großen Nachfrage für Führungen zur Sonderausstellung „Heilige Gemeinde Wien“ — Judentum in Wien — Sammlung Max Berger finden im Dezember an Sonn- und Feiertagen zusätzlich um 11 und 14 Uhr im Historischen Museum Führungen statt. Anmeldungen für Gruppen werden unter Tel. 65 87 47/DW 46 entgegengenommen. Die Führungen sind gratis! (Schluß) red/bs

## **Gerasdorfer Straße wieder frei für den Verkehr**

### **Verkehrsberuhigung im Carabelli-Viertel**

Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Freitag vormittag werden die umfangreichen Umbauarbeiten in der Gerasdorfer Straße in Floridsdorf abgeschlossen. Am gleichen Tag tritt im Carabelli-Viertel eine neue Verkehrsorganisation in Kraft, die zu einer Verkehrsberuhigung führen soll.

Die Gerasdorfer Straße wurde im Abschnitt zwischen der Brünner Straße und der Ruthnergasse komplett neu gebaut — mit einem Fahrstreifen in jeder Fahrtrichtung und Längsparkspuren. Zwischen der Skrapupstraße und der Salomongasse wurden in der Fahrbahnmitte mehrere begrünte Verkehrsinseln angelegt. Nächstes Jahr werden an den Außenseiten der Straße noch etwa hundert Bäume gepflanzt. Im Frühjahr 1988 wird in der Gerasdorfer Straße der endgültige Fahrbahnbelag aufgebracht; dann muß noch einmal für kurze Zeit die Umfahrung Carabelligasse aktiviert werden. Die Umbaukosten betragen rund 25 Millionen Schilling.

Die verkehrsberuhigenden Maßnahmen im Carabelli-Viertel betreffen den Bereich, der durch Brünner Straße — Gerasdorfer Straße — Ruthnergasse — Heinz-Nittel-Hof begrenzt wird. Innerhalb dieses Siedlungsgebietes gilt ab Freitag „Tempo 30“. Es wird durch Rundumbeschilderung kundgemacht.

Mehrere wichtige Straßen im Carabelli-Viertel können in beiden Fahrtrichtungen befahren werden. Daneben gibt es aber auch eine Reihe von Einbahnregelungen, und zwar:

- die Achardgasse ist Einbahn von der Knaackgasse bis zur Holteigasse,
- die Schippergasse ist Einbahn von der Ruthnergasse bis zur Gerasdorfer Straße,
- der Karl-Benz-Weg ist Einbahn von der Skrapupstraße bis zur Ruthnergasse
- der Schotterfeldweg ist Einbahn vom Karl-Benz-Weg bis zur Gerasdorfer Straße,
- die Kravoglgasse ist Einbahn von der Ruthnergasse bis zur Skrapupstraße,
- die Loschmidtgasse ist Einbahn von der Skrapupstraße bis zur Berzeliusgasse und von der Skrapupstraße bis zur Schwanngasse,
- die Penkgasse ist Einbahn von der Ruthnergasse bis zur Giseviusgasse
- die Giseviusgasse ist Einbahn von der Penkgasse bis zur Carabelligasse und
- der Marco-Polo-Platz ist Einbahn von der Garagenausfahrt bis zur Giseviusgasse.

Als Tempobremse wird noch heuer die Kreuzung Großbauerstraße — Anton-Kolig-Gasse aufgepflastert. Nach der Aufbringung des endgültigen Fahrbahnbelages in der Gerasdorfer Straße wird im Frühjahr 1988 auch der Kreuzungsbereich Carabelligasse — Giseviusgasse aufgepflastert. Zur Drosselung der Fahrgeschwindigkeiten werden dann auch auf den Kreuzungen Großbauerstraße — Skrapupstraße, Großbauerstraße — Schwanngasse, Carabelligasse — Skrapupstraße und Carabelligasse — Schwanngasse Verkehrsinseln errichtet.

Die verkehrsberuhigenden Maßnahmen im Carabelli-Viertel haben die Zustimmung der Sprecher der Bürgerinitiativen und der betroffenen Anrainer gefunden. (Schluß) sc/gg

## Internationales Symposium Stadterneuerung

Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Das Internationale Symposium Stadterneuerung wurde Mittwoch Abend mit einer öffentlichen Podiumsdiskussion abgeschlossen. Die Teilnehmer am Podium zogen dabei Bilanz über den dreitägigen Erfahrungsaustausch.

Günter FUDERHOLZ, beauftragt mit der Sanierung des Berliner Kreuzberges, stellte fest, daß der Wiener Weg durch ein hohes Maß an Konsens zwischen allen Beteiligten gekennzeichnet sei und damit fast völlig Fehler vermieden wurden, wie sie bei der Stadterneuerung in anderen europäischen Städten passierten. Im Zuge des nunmehr einsetzenden rasanten Erneuerungsprozesses müsse man darauf achten, nicht den Überblick und nicht die Bereitschaft zum Anhören der Probleme zu verlieren. Denn die Sicherstellung der Rechte der Mieter während der Planung und Bauausführung sei unerlässlich für den Erfolg.

Auch Univ.-Prof. Hans HARMS von der Technischen Universität Hamburg zeigte sich beeindruckt vom Klima der Diskussion, das in Wien weit positiver ausgebildet sei als in vielen anderen Städten.

Univ.-Prof. Jürgen ROSEMANN von der Technischen Universität Delft sieht einen Grund für die vergleichsweise emotionslose Bewältigung der Stadterneuerung auch darin, weil es keine wirklich großen Probleme gebe, die die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit erregen würden. Da die Stadterneuerung in Wien noch sehr jung sei, müsse man auf die Gefahr der Verdrängung unterer Einkommensgruppen, insbesondere der Ausländer, in nichtsanierte Gebiete achten.

Der Präsident der Wiener Architektenkammer, Dipl.-Ing. Manfred NEHRER, sieht den größten Erfolg des Symposiums in der Entpolitisierung des Wiener Stadterneuerungsfonds, obwohl es noch immer ein „unerträgliches Maß an Kontrolle“ bei der Sanierung gebe.

Weil in der Diskussion immer wieder die Sorgen der Hausbewohner mit den finanziellen Belastungen zu Tage traten, wiederholte Dr. Caspar EINEM von der Wiener Arbeiterkammer seine Forderung nach Wohnbeihilfe und der Möglichkeit des Bezuges von Gemeindewohnungen für Ausländer.

Der Steuerberater Dkfm. Gerhard NIDETZKY erklärte, daß derzeit in Österreich 1.200 Milliarden Schilling auf Sparbüchern liegen. Würde man nur ein Zehntel des jährlichen Zinsertrages daraus für Stadterneuerung flüssig machen können, so wäre das ein Betrag von 3,6 Milliarden Schilling. Da allerdings das Investitionsrisiko schwer abschätzbar ist, weil darüber hinaus sichere steuer-, zivil- und handelsrechtliche Maßnahmen fehlten, liege ein Großteil des Geldes ungenutzt auf Sparbüchern.

Stadtrat Rudolf EDLINGER meinte, daß die nunmehr erarbeiteten Vorschläge zunächst auf den „Prüfstand der Realität“ gestellt werden müßten, bevor ihre Umsetzung beschlossen werden könnte. Dies verlange vor allem viel Kommunikation und eine Fortsetzung der Diskussion in einem guten Klima. So werde es etwa am 11. Jänner 1988 erste Arbeitsgespräche mit dem Justizminister über eine gesetzliche Verankerung der Mietermitbestimmung geben. Zur Roßbauer Kaserne erklärte Edlinger, daß er sie sehr geeignet für einen Modellfall der Stadterneuerung hielte. Das Symposium habe insgesamt seine Erwartungen übertroffen. Die Atmosphäre der Bereitschaft zur Zusammenarbeit sei dermaßen groß, daß in den kommenden Jahren bedeutende Fortschritte in der Wiener Stadterneuerung zu erwarten sind. (Schluß) ah/gg

## **Liechtensteins Regierungschef im Wiener Rathaus**

Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Der Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein Hans BRUNHART besuchte am Donnerstag das Wiener Rathaus und trug sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Der hohe Gast wurde im Stadtsenatssitzungssaal von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begrüßt. (Schluß) red/bs

## **Dkfm. Dr. Pramböck zum neuen Städtebund-Generalsekretär bestellt**

Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Reinhold SUTTNER, seit 1981 Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, tritt mit Ende dieses Jahres in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde Mittwoch abend vom Hauptausschuß des Städtebundes Senatsrat Dkfm. Dr. Erich PRAMBÖCK bestellt.

Dkfm. Dr. Pramböck, 1941 in Galsbach in Oberösterreich geboren, war bisher im Koordinationsbüro der Magistratsdirektion tätig. Er beschäftigte sich vor allem mit Stadterneuerung und mit der Erstellung des Stadtentwicklungsplanes. Den Städtebund vertrat er schon bisher bei internationalen Organisationen.

Reinhold Suttner, geboren 1927, war von 1962 bis 1968 Bezirksvorsteher des 23. Bezirkes, daran anschließend Amtsführender Stadtrat für Wohnungswesen und wurde 1978 zum 1. Präsidenten des Wiener Landtages gewählt. Seit 1979 ist Suttner Mitglied des Bundesrates und seit 1981 Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. (Schluß) roh/bs

## **Neue Leiterin an radiologisch-technischer Schule**

**Im Lainzer Krankenhaus**

Wien, 3.12. (RK-LOKAL) Am Donnerstag wurde Elisabeth PALL in ihr Amt als neue leitende Lehrassistentin der radiologisch-technischen Schule am Lainzer Krankenhaus eingeführt. Sie folgt Berta PFAFFINGER, die in den Ruhestand getreten ist.

Elisabeth Pall war bisher Lehrassistentin an dieser Schule, deren Leitung sie nun übernahm. Die radiologisch-technische Schule in Lainz besteht seit 1970. Sie ist eine der zehn medizinisch-technischen Schulen, die nunmehr seit 25 Jahren von der Stadt Wien geführt werden. (Schluß) and/bs

## **Zinsenloses 40 Millionen-Darlehen an Gräf & Stift**

### **Neufassung der Hotelmodernisierungsaktion**

Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß Donnerstag, der Automobilfabrik ÖAF-Gräf & Stift AG auf zwei Jahre ein zinsenloses Darlehen in der Höhe von 40 Millionen Schilling zu gewähren. Gräf & Stift erzeugt derzeit pro Jahr neben 600 schweren LKW und 4.000 Verteilergetrieben 200 Busse. Die Firma beabsichtigt, die Busproduktion auf 400 pro Jahr zu erhöhen und wird dafür in Liesing das Betriebsgelände erweitern. Das zinsenlose Darlehen dient zum Ankauf eines Grundstückes.

Der Finanzausschuß beschloß auch eine Änderung der Hotelmodernisierungsaktion. Die Förderung von Hotelneubauten, die bisher sistiert war, wird nun endgültig eingestellt. In Zukunft werden nur mehr Infrastruktur- und Brandschutzinvestitionen gefördert, wobei das Ansuchen um eine Förderung vor Beginn der Investition beim Wiener Wirtschaftsförderungsfonds gestellt werden muß. Die höchste Förderung für Infrastrukturinvestitionen beträgt 300.000 Schilling, für Brandschutzinvestitionen 150.000 Schilling.

### **Gebührenerhöhung bei Müllabfuhr, Wasser und Kanal beschlossen**

Der Finanzausschuß beschloß weiters mit den Stimmen der SPÖ eine Erhöhung der Gebühren für Müllabfuhr, für Wasser und Kanal ab 1. Jänner 1988. Wie bereits berichtet, wird die Müllabfuhr um durchschnittlich 15 Prozent, das Wasser um 7,84 Prozent und die Abwassergebühr um 15 Prozent teurer. (Schluß) sei/rr

## Smejkal präsentiert Wiener Familienbericht 1987

Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Den Wiener Familienbericht 1987 präsentierte Stadtrat Ingrid SMEJKAL Donnerstag in einer Pressekonferenz. Dieser zweite Familienbericht — der erste wurde 1979 erstellt — untersucht die Situation der Wiener Familien in den verschiedensten Bereichen. Der Familienbericht 1987, erklärte Smejkal, sei eine wichtige Grundlage für die Wiener Familienpolitik, deren Ziel es sein müsse, die Stadt noch kinder- und familienfreundlicher zu gestalten.

### Familienpolitik in der Zukunft

Es gelte Anliegen und Wünsche von Familien in der Öffentlichkeit verstärkt zu thematisieren und zu diskutieren. Mit neuen Initiativen, wie der erst kürzlich vorgestellten Aktion „Familie und Freizeit“ des Landesjugendreferates, soll die Kinder- und Familienfreundlichkeit gefördert werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der zukünftigen Familienpolitik, sagte Smejkal, sei die Hilfe für Alleinerzieher, deren Zahl ansteigt. Die gesellschaftliche Position dieser Gruppe müsse stärker anerkannt werden.

Wirksam bekämpft werden müsse die Gewalt in Familien, vor allem gegen Frauen und Kinder. Die Stadt Wien habe mit der Einrichtung des Notrufs „31 66 66“ bei Kindesmißhandlung bereits wichtige Schritte gesetzt.

Ein wichtiges Ziel sei es, setzte Smejkal fort, die Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen. Dies betreffe sowohl den Bereich der ganztägigen Schülerbetreuung — derzeit wird in Wien das Modell der „offenen Schule“ erfolgreich erprobt — wie auch den Bereich der Bildungsarbeit und der Freizeit.

### Wiener Familien in Zahlen

In Wien gibt es 419.780 **Familien** (Volkszählung 1981), die sich aufschlüsseln lassen in

- 179.172 Familien ohne Kinder (43 Prozent) und
- 240.608 Familien mit Kindern (57 Prozent) davon  
154.657 Familien mit Kindern unter 15 Jahren.

Die Zahl der Familien ist damit in zehn Jahren um 8 Prozent zurückgegangen und stärker gesunken als die Bevölkerungszahl. Der Grund: Der Tod von Ehepartnern der in Wien stark vertretenen älteren Jahrgänge und eine verstärkte Abwanderung von Familien in das Wiener Umland.

Von den 371.430 in Familien lebenden **Kindern** wachsen 38 Prozent als Einzelkinder auf und nur 7 Prozent in einer kinderreichen Familie mit vier und mehr Geschwistern.

Die Zahl der **Eheschließungen** nahm in Wien bis 1977 deutlich ab und blieb seither mit rund 10.000 Hochzeiten im Jahr relativ konstant. Die Geburtenzahlen sind in den letzten Jahren mit rund 14.500 relativ stabil, der Anteil der Geburten von ausländischen Müttern ging zurück.

Die Zahl der **Ehescheidungen** lag 1981 noch unter 5.000 und stieg bis 1985 auf 5.692 an; 1986 gab es einen überraschenden Rückgang um 11,9 Prozent auf 5.015.

Zugenommen hat die Zahl der **Einpersonenhaushalte**: von allen Privathaushalten machen die Einpersonenhaushalte 39,6 Prozent aus. Die Haushaltsgröße hat sich von 2,16 auf 2,08 Personen verringert (von 1971 bis 1981).

Seit 1950 wurde der **Wohnungsbestand** in Wien um rund 207.000 Wohnungen vermehrt. Die Gesamtzahl der Wohnungen in Wien beträgt nach den Ergebnissen der Volkszählung 1981 insgesamt 821.175. Die Zahl der Sub-

standardwohnungen hat sich seit 1971 von 33,5 Prozent auf 18,6 Prozent verringert.

47 Prozent der Wiener Bevölkerung sind berufstätig, in Zahlen 720.170 Personen. Der Anteil der **Berufstätigen** an der Gesamtbevölkerung ist in Wien höher als in den anderen Bundesländern, was auf die hohe Erwerbstätigkeit von Frauen zurückzuführen ist.

Die Arbeitslosenrate betrug 1986 in Wien 4,8 Prozent (Österreich: 5,2 Prozent). Auch die **Jugendarbeitslosigkeit** ist in Wien im Vergleich zu anderen Bundesländern wesentlich geringer. Besonders betroffen von der Jugendarbeitslosigkeit sind Schulabbrecher, Jugendliche ohne Schulabschluß, Jugendliche, die mehrmals Lehren begonnen und wieder abgebrochen haben, sowie Jugendliche, die straffällig geworden sind.

Die Zahl der **armutsgefährdeten** Haushalte hat sich seit 1971 von 16,8 Prozent auf 13,8 Prozent verringert.

### **Die Familie hat sich gewandelt**

Heiraten wurde nach dem Ersten Weltkrieg zu einer Selbstverständlichkeit in allen Schichten der Bevölkerung. Gleichzeitig stieg die Dauer der Ehen infolge längerer Lebenserwartung und früherer Eheschließung beträchtlich an. Seither hat sich das **Bild der Familie wesentlich gewandelt**: das Streben nach individueller Selbstbestimmung ist vorherrschend.

Nach wie vor ist der Wunsch nach einer Bindung auf Dauer weit verbreitet. Aber auch ein Leben ohne Ehe oder dauernde Bindung wird akzeptiert.

**Ehescheidungen**, die in den fünfziger Jahren noch eine Randerscheinung darstellten, betreffen heute große Teile der Bevölkerung. Nach Schätzungen liegt die Scheidungswahrscheinlichkeit im großstädtischen Bereich bereits deutlich über 36 Prozent. Der gesellschaftliche Wertwandel führte dazu, daß unbefriedigende, konflikthafte Ehebeziehungen leichter beendet werden. Immer mehr Frauen entwickeln **neue Auffassungen von der Frauenrolle**. Mehr Frauen als Männer ergreifen bei der Scheidung die Initiative.

Der **Wunsch nach Kindern** ist nach wie vor häufig. In allen Industrieländern ist aber ein Sinken der Geburtenzahlen festzustellen.

In Zukunft wird die **stärkere Mitwirkung der Männer** bei familiären Aufgaben noch wichtiger. Die Arbeitsteilung in der Familie löst sich zunehmend von traditionellen Mustern. Partnerschaft und Gleichberechtigung von Frauen und Männern erfordern auch Veränderungen in der Arbeitswelt: gleiche Berufschancen für Frauen und Männer sowie Maßnahmen, die es erleichtern, familiäre Aufgaben mit dem Beruf zu vereinbaren.

Die Erfüllung des Grundbedürfnisses Wohnen in einer dem zeitgemäßen Standard entsprechenden Weise darf nicht zur Überforderung der finanziellen Leistungsfähigkeit von Familien führen und soziale und familiäre Probleme „erzeugen“.

Das **Gesundheitsbewußtsein der Familien** und die Gesundheitserziehung sollen weiter verbessert werden. (Forts. mgl.) jel/gg

Forts. von Blatt 2616

## **Am 12. und 19. Dezember bis 16 Uhr Lebensmittelverkauf**

**Zilk bezeichnet Lösung als „Versuch des österreichischen Kompromisses“**

Wien, 3.12. (RK-POLITIK) In Wien wird an den letzten beiden Einkaufsamstagen der Lebensmittelverkauf bis 16 Uhr möglich sein, erklärte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK nach dem Sondergespräch der Sozialpartner Donnerstag im Wiener Rathaus. Zilk bezeichnete die für heuer getroffene Lösung als „Versuch des österreichischen Kompromisses“. Bereits im Jänner werde man Gespräche aufnehmen, die für die Einkaufsamstage und für den 8. Dezember im nächsten Jahr eine allgemeingültige Lösung erbringen sollen. Verstöße gegen die nun getroffene Regelung werden jedenfalls streng bestraft, betonte Zilk.

Zilk berichtete, daß die nun getroffene Lösung für die beiden Einkaufsamstage nicht die Zustimmung der Gewerkschaft gefunden habe. Er respektiere die Haltung der Gewerkschaft, sei aber der Stimme der Einsicht und des Gewissens gefolgt. Die mögliche Öffnung bis 16 Uhr werde nun über Verordnung des Landeshauptmannes geregelt werden. Zu den Gesprächen im kommenden Jänner meinte Zilk, er hoffe, daß im Laufe einer umfassenden Regelung die berechtigten Anliegen der Handelsgestellten erfüllt werden können. (Schluß) sei/gal

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

**Freitag, 4. Dezember 1987**

**Blatt 2619**

**Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:**

**Kommunal/Lokal:**

- Braun begrüßt Vorschläge der Arbeiterkammer für ein Abfallwirtschaftskonzept (2620/FS: 3.12.)
- „Theodor Körner“ beim Bundesheer (2621)
- Heiligenstädter Straße wieder voll befahrbar (2622)
- Letzte Sitzung des „alten“ Stadtsenates (2623)
- Terminvorschau vom 9. bis 17. Dezember 1987 (2624)
- Konstituierende Sitzungen von Landtag und Gemeinderat (2626/2627)
- Tunnelvortrieb im Abschnitt Volkstheater beendet (2628)
- Gleichenfeier beim Lärmschutztunnel Kaisermühlen (2629/2630)
- FPÖ präsentierte ihre Arbeitsschwerpunkte (2631)
- Wiener Gesundheitsbericht erschienen (2632/2633)

**Bezirke:**

- Kabarett im Amtshaus (2621)

**Wirtschaft:**

- Augarten: Vor Exporterfolg nach Japan (2625)

## **Braun begrüßt Vorschläge der Arbeiterkammer für ein Abfallwirtschaftskonzept**

Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Helmut BRAUN begrüßte gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ die Forderungen der Kammer für Arbeiter und Angestellte für ein modernes Abfallwirtschaftskonzept für Österreich, die am Donnerstag im Rahmen einer Pressekonferenz präsentiert wurden. Es sei klargelegt worden, daß rasch gehandelt werden müßte, um eine bundesweite Lösung für das Abfallproblem zu finden. Er, Braun, unterstütze auch die Forderung der Arbeiterkammer, Abfallverminderung, Abfallvermeidung, getrennte Müllsammlung sowie ordnungsgemäße Entsorgung in den Vordergrund zu stellen. Für ihn sei die Tatsache wichtig, daß mit der Utopie aufgeräumt wurde, es könne eine Gesellschaft ohne Müll geben.

Jedenfalls könnten die gegenwärtigen Probleme nur in Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Wirtschaft gelöst werden. Wien wird sich in diesem Sinne stark engagieren, schloß Braun. (Schluß) du/rr

Bereits am 3. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Kabarett im Amtshaus**

Wien, 4.12. (RK-BEZIRKE) In das Meidlinger Amtshaus zieht vorübergehend ein Kabarett ein: Peter LODYNSKI zeigt mit Partnerin Barbara DEMUTH sein Programm „Salto morale“ in der Zeit von 9. bis 31. Dezember 1987 täglich (außer Sonntag und Montag) um 20 Uhr. Der Saal in der Hufelandgasse 2 wird nur sporadisch benützt und könnte öfters für kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden, erklärte Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER, wobei vor allem an Kabarett- und Theatergruppen gedacht ist. (Schluß) smo/gg

## **„Theodor Körner“ beim Bundesheer**

Wien, 4.12. (RK-LOKAL) Die vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltete Ausstellung „Theodor Körner. Bürgermeister und Bundespräsident“ ist noch bis Ende Dezember für Angehörige des Bundesheeres im Kommandogebäude General Körner in Wien 14, Hütteldorfer Straße 126, zu sehen. Die kleine Schau umfaßt Abschnitte über Körners Kindheit, seine Militärdienstzeit und seine Tätigkeit als Politiker in der Ersten und Zweiten Republik. (Schluß) am/rr

## **Heiligenstädter Straße wieder voll befahrbar**

**Weiterbau im nächsten Frühjahr**

Wien, 4.12. (RK-LOKAL) Freitag mittag wurden die Instandsetzungsarbeiten auf der Heiligenstädter Hangbrücke zwischen dem Kahlenbergerdorf und der Stadtgrenzen für dieses Jahr abgeschlossen. Über den Winter stehen daher in beiden Fahrrichtungen wieder je zwei Fahrstreifen zur Verfügung.

Im Frühjahr werden die Bauarbeiten fortgesetzt: Auf einer Länge von rund 880 Metern muß die Mittel-Dehnungsfuge erneuert werden. Dazu müssen die beiden linken Fahrstreifen der Richtungsfahrbahnen gesperrt werden. Auf die Dauer von etwa 4 Monaten kann dann wieder in jeder Fahrrichtung nur ein Fahrstreifen benützt werden. (Schluß) sc/bs

### **Letzte Sitzung des „alten“ Stadtsenates**

Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat trat am Freitag zu seiner letzten Sitzung vor der Konstituierung des neuen Gemeinderates zusammen. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK sprach den ausscheidenden Mitgliedern Ing. Fritz HOFMANN (er wird 1. Landtagspräsident), Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN (3. Landtagspräsident) und Dolores BAUER (Gemeinderat) seinen Dank aus. (Schluß) ger/bs

## **Terminvorschau vom 9. bis 17. Dezember 1987**

Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 9. bis 17. Dezember hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

### **MITTWOCH, 9. DEZEMBER:**

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat und Wiener Landtag

### **DONNERSTAG, 10. DEZEMBER:**

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat

19.00 Uhr, Pressekonferenz „Wiener Hafen“ (Rathauskeller, Ziehrer-Stüberl)

### **FREITAG, 11. DEZEMBER:**

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat

### **SAMSTAG, 12. DEZEMBER:**

ab 9 Uhr, Wiener Landtag und Gemeinderat

### **MONTAG, 14. DEZEMBER:**

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

### **DIENSTAG, 15. DEZEMBER:**

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

18.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Schirmer (Rathauskeller, Ratsherrn-stüberl)

### **MITTWOCH, 16. DEZEMBER:**

10.00 Uhr, Presseführung „Bürgersinn und Aufbegehren. Biedermeier und Vormärz in Wien. 1815 — 1848“, Pasterk, Dürriegl (Künstlerhaus, Karlsplatz 5)

11.00 Uhr, Vergabe der Förderungsmittel aus dem „Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters“, Zilk (Wappensaal, Rathaus)

11.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Ehrensenator Komm.-Rat Karl Vitaly (Arbeitszimmer, Bgm.)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Univ.-Prof. Dr. Andreas Rett „Die Geschichte des Kindes als Geschichte der Menschheit“ (Rathaus, Stadt-senatssitzungssaal)

### **DONNERSTAG, 17. DEZEMBER:**

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung (Schluß) red/gal

## **Augarten: Vor Exporterfolg nach Japan**

**Vertretungsvertrag mit Asahi-Konzern – 25 Prozent Exportanteil in den nächsten drei bis fünf Jahren**

Wien, 4.12. (RK-WIRTSCHAFT) Die Wiener Porzellanmanufaktur Augarten Ges.m.b.H. hat einen Vertretungsvertrag mit dem japanischen Asahi-Konzern (Jahresumsatz ca. 25 Milliarden Schilling) abgeschlossen, um den Export nach Japan anzukurbeln. Für nächstes Jahr rechnet man mit einem Umsatz von 6 Millionen Schilling — 75 Prozent als Auftrag erteilt —, der bis 1992 auf 17 Millionen gesteigert werden soll. Dies entspräche dann einem Marktanteil an importierter hochwertiger Manufakturware von 15 bis 17 Prozent.

Die Wiener Porzellanmanufaktur Augarten kommt mit ihren eleganten, nicht überladenen Produkten dem japanischen Geschmack entgegen. Vor allem den Dekoren „Biedermeier“, „Maria Theresia“ und „Prinz Eugen“ — die übrigens auch im Inland zu den Bestsellern zählen — räumt man die besten Chancen ein.

Die Wiener Porzellanmanufaktur Augarten erwartet für das laufende Geschäftsjahr einen Umsatz von rund 100 Millionen Schilling. Für 1988 ist eine Umsatzsteigerung von 11 Prozent geplant. In den nächsten drei bis fünf Jahren soll der Umsatz um 50 Prozent gesteigert werden. Angestrebt wird ein Exportanteil von rund 25 Prozent.

Die Umsatzerweiterung hängt eng mit der Ausbildung neuer Mitarbeiter, vor allem von Porzellanmalern zusammen. Das Unternehmen hat eine eigene Malschule.

Als nächsten Schritt wird die Wiener Porzellanmanufaktur Augarten den Export in die Bundesrepublik Deutschland, nach Italien und in die Schweiz forcieren. Die Erzeugnisse sollen über selektive, exklusive Händler in den größten Städten vertrieben werden.

Aktivitäten in Richtung Vereinigte Staaten von Amerika sind nicht vor 1989 zu erwarten. Nicht zuletzt deswegen, weil die Kapazität nicht rasch genug gesteigert werden kann. (Schluß) wh/gg

## **Konstituierende Sitzungen von Landtag und Gemeinderat**

### **Dreitägige Budgetberatungen**

Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Mittwoch, dem 9. Dezember, treten der Wiener Gemeinderat und der Wiener Landtag zu ihren konstituierenden Sitzungen zusammen. Im Anschluß daran beginnt die Budgetdebatte, die bis Freitag dauern wird. Auch für Samstag sind Sitzungen von Landtag und Gemeinderat vorgesehen.

### **Der Programmablauf am Mittwoch**

Der Gemeinderat tritt am Mittwoch, dem 9. Dezember, um 9 Uhr, zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Die einzelnen Tagesordnungspunkte:

- Angelobung der Mitglieder des Gemeinderates
- Wahl der Vorsitzenden und der Schriftführer
- Wahl und Angelobung des Bürgermeisters
- Wahl und Angelobung der Stadträte
- Wahl der Vizebürgermeister
- Bestimmung der Verwaltungsgruppen

In einer Sitzungsunterbrechung tritt dann der neugewählte Stadtsenat zusammen und erstellt einen Vorschlag zur Wahl der amtsführenden Stadträte.

- Wahl der amtsführenden Stadträte, Bestimmung der Zahl der Gemeinderatsausschüsse sowie Wahl der Mitglieder der Ausschüsse.

### **Regierungserklärung des Bürgermeisters**

Danach wird Bürgermeister Dr. Helmut ZILK etwa gegen 10.45 Uhr seine Regierungserklärung abgeben, an die sich eine Debatte anschließt.

### **Landtag**

Nach der Debatte über die Regierungserklärung des Bürgermeisters, voraussichtlich gegen 14.45 Uhr, wird die Sitzung des Gemeinderates unterbrochen und der Wiener Landtag tritt zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Wahl der drei Landtagspräsidenten. Weiters werden die Mitglieder des Immunitätskollegiums und des Unvereinbarkeitsausschusses sowie die 12 Mitglieder des Bundesrates und deren Ersatzmänner gewählt.

### **Budgetdebatte**

Um etwa 15.15 Uhr wird die Sitzung des Gemeinderates wieder aufgenommen. Finanzstadtrat Hans MAYR legt den Budgetentwurf 1988 sowie den Finanz- und Investitionsplan und den Gebührenspiegel vor. Nach der Erklärung des Finanzstadtrates findet die Generaldebatte zum Budget 1988 statt.

Ebenfalls am Mittwoch werden die Budgetkapitel Kultur, Bildung, Jugend, Familie und Soziales behandelt.

### **Budgetdebatte am Donnerstag**

Am zweiten Tag der Budgetdebatte werden die Kapitel

- Stadtentwicklung und Stadtplanung
- Wohnen und Stadterneuerung
- Umwelt, Freizeit und Sport
- Verkehr und Energie

behandelt. Anschließend findet eine Nichtöffentliche Sitzung des Gemeinderates statt.

### **Budgetdebatte am Freitag**

Die Budgetdebatte wird am Freitag mit folgenden Kapiteln fortgesetzt:

- Personal
- Konsumentenschutz, Bürgerdienst, Recht und Frauenfragen
- Gesundheits- und Spitalswesen

Im Anschluß daran gibt der Finanzstadtrat seine Schlußerklärung zum Budget 1988 ab, und es werden die nötigen Abstimmungen durchgeführt.

### **Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke**

Nach einer Erklärung von Energiestadtrat Johann HATZL beginnt die Debatte über den Wirtschaftsplan der Stadtwerke.

### **Geschäftssitzung des Gemeinderates**

Nach der Budgetdebatte tritt der Wiener Gemeinderat zu einer Geschäftssitzung zusammen. Es sind mehr als hundert Tagesordnungspunkte zu behandeln.

### **Sitzungen am Samstag**

Am Samstag tritt der Landtag um 9 Uhr zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Novelle zum Wiener Gebrauchsabgabegesetz. Im Anschluß an die Sitzung des Landtages wird die am Donnerstag unterbrochene Geschäftssitzung des Gemeinderates wieder aufgenommen. (Schluß) fk/rr

Forts. von Blatt 2626

## **Tunnelvortrieb im Abschnitt Volkstheater beendet**

„Wiener Barbarafeier“ der Mineure

Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Durchbruch des „Herma-Tunnels“ zum Stationsbauwerk „Volkstheater“ unter dem Messepalast wurden Freitag die Vortriebsarbeiten im Bauabschnitt Volkstheater der U 3 beendet. 1.500 Meter Tunnel, vom Schacht Siebensterngasse, mit 37 Meter der tiefste in Wien, ausgehend, sind in diesem Abschnitt nun im Rohbau fertiggestellt. Die nun abgeschlossenen Vortriebsarbeiten fanden in geschlossener Bauweise statt. Nach dem Tunneldurchschlag fand in den ebenfalls im Rohbau fertiggestellten Hallen unterhalb des Messepalastes die erste „Wiener Barbarafeier“ für die Mitarbeiter des Wiener U-Bahn-Baues statt.

Bei diesem Anlaß waren zahlreiche der „Tunnelpatinnen“ des Wiener U-Bahn-Baues, darunter Frau Herma KIRCHSCHLÄGER, die für den Abschnitt Volkstheater die Patronanz ausübte, anwesend. Verkehrsstadtrat Johann HATZL wies in seiner Ansprache darauf hin, daß es in diesem Abschnitt keine schweren Unfälle gab, und daß Bauzeit und Kostenplan eingehalten werden konnten. Er ersuchte die Festgäste aber auch, anlässlich der Barbarafeier jener zu gedenken, die bei ihrer Arbeit für die U-Bahn verletzt wurden. Erst vor wenigen Tagen war es in einem innerstädtischen Bauabschnitt zu einem tödlichen Unfall gekommen.

Der Bauabschnitt Volkstheater beinhaltet außer den nun fertiggestellten Tunnelröhren eine große Verbindungsstation, die sich am Ring bis zum Messepalast erstreckt und die Linien U 2 und U 3 miteinander verknüpft, sowie eine Wendeanlage. Die Station Volkstheater wird in offener Bauweise hergestellt. Der gesamte Bauabschnitt kostet inklusive Vorarbeiten und Innenausbau rund zwei Milliarden Schilling. Die Inbetriebnahme der U 3 von Erdberg bis zum Volkstheater ist für das Frühjahr 1991 geplant. (Schluß) roh/bs

## **Gleichenfeier beim Lärmschutztunnel Kaisermühlen**

**Fertigstellung der A 22 im Sommer 1989**

Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Bei einem der größten Umweltprojekte in Wien, dem Lärmschutztunnel Kaisermühlen im 22. Bezirk, fand Freitag vormittag nach zweijähriger Bauzeit die Gleichenfeier statt. An der Feier nahmen unter anderen Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN, der Bezirksvorsteher von Donaustadt, Albert SCHULTZ, und der Generaldirektor der Wiener Bundesstraßen AG., Dipl.-Ing. Alois SCHEDL, teil. Der 1.000 Meter lange Lärmschutztunnel wird in eineinhalb Jahren fertiggestellt sein und einschließlich der komplizierten technischen Einrichtungen rund 700 Millionen Schilling kosten.

### **Hofmann: Musterbeispiel für umweltgerechten Straßenbau**

Hofmann erinnerte — in seiner letzten Amtshandlung als Planungsstadtrat — daran, daß im Donauraum in den vergangenen Jahren Veränderungen stattgefunden haben, die nur mit der Ringstraßen-Ära des vorigen Jahrhunderts verglichen werden können. 1969, als er, Hofmann, zum ersten Mal Stadtrat wurde, herrschte in weiten Kreisen noch eine völlig andere Einstellung zum Bau von Stadtautobahnen als heute. So habe er beispielsweise noch Planungen vorgefunden, entlang des Donaukanals Autobahnen in Hochlage durch die Stadt zu führen. Die nun vor der Fertigstellung stehende Donauufer-Autobahn ist dagegen ein Musterbeispiel für einen umwelt- und stadtgerechten Straßenbau.

### **Umfangreiche Sicherheitseinrichtungen**

Am Rohbau des Lärmschutztunnels waren in den vergangenen zwei Jahren bis zu 100 Bauarbeiter einer Arbeitsgemeinschaft von Baufirmen beschäftigt. Nun beginnen die Arbeiten an den maschinen- und elektrotechnischen Installationen. Da der Tunnel nach seiner Fertigstellung täglich von voraussichtlich etwa 45.000 Fahrzeugen benützt werden wird, sind umfangreiche Sicherheitseinrichtungen erforderlich:

- In jeder der beiden Tunnelröhren werden zehn Ventilatoren mit einer Gesamtleistung von bis zu 100 Kubikmetern pro Stunde eine ausreichend Durchlüftung gewährleisten.
- Je Fahrtrichtung sorgen rund 550 Leuchten für genügend Licht. Die Beleuchtung wird automatisch in vier Abstufungen geregelt — je nach den Lichtverhältnissen, die außerhalb des Tunnels herrschen.
- Der Verkehr im Tunnel wird durch 12 Fernsehkameras überwacht; die Beobachtungsbildschirme werden sich in der Tunnelwarte in der neuen Autobahnmeisterei Kaisermühlen befinden. Vor den Tunneleinfahrten werden Verkehrslichtsignalanlagen montiert.
- Im Fall eines Brandes schlägt eine Temperaturmeldeanlage Alarm in der Tunnelwarte. Außerdem gibt es zehn Druckknopfbrandmelder im Tunnel. Für die Feuerwehr steht eine eigene Löschwasserleitung mit neun Hydranten in jeder Röhre zur Verfügung. Pro Richtungsfahrbahn wird in der Mitte des Tunnels eine Fluchtstiege errichtet. In der Trennwand zwischen den Tunnelröhren werden neun Fluchttüren angeordnet, wo sich auch Feuerlöscher befinden.
- Schließlich wird es Notrufsäulen und eine Glatteiswarnanlage bei den Tunnelportalen geben.

Ursprünglich sah das Projekt in diesem Abschnitt nur eine Autobahn in Tieflage vor. Nach langwierigen Verhandlungen konnte aber die Stadt Wien den Bund davon überzeugen, daß nur ein Tunnel einen ausreichenden Lärmschutz für die Anrainer garantiert. Die Oberfläche des Tunnels wird mit etwa 300 Bäumen und 20.000 Sträuchern begrünt werden und

stellt dann eine Grünbrücke zwischen den Erholungsgebieten an der Alten und an der Neuen Donau dar.

Außer dem Lärmschutztunnel wird auch bereits der Abschnitt Tunnel — Praterbrücke hergestellt. Insgesamt ist diese letzte Baustelle der Donauufer-Autobahn A 22 rund drei Kilometer lang. Sie wird Mitte 1989 für den Verkehr freigegeben und rund 1,3 Milliarden Schilling kosten. Es gibt dann eine durchgehende Autobahnverbindung zwischen dem Norden und dem Süden Wiens. (Schluß) sc/rr

Forts. von Blatt 2629

## **FPÖ präsentierte ihre Arbeitsschwerpunkte**

### **Freiheitliche werden Dr. Zilk zum Bürgermeister wählen**

Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch informierte Freitag FPÖ-Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL über die politischen Schwerpunkte der künftigen Arbeit der FPÖ-Gemeinderatsfraktion. Hirnschall stellte fest, daß seine Partei den bisherigen Kurs als Kontrollpartei und konstruktive Opposition fortsetzen werde.

Als besondere Schwerpunkte nannte Hirnschall die Beseitigung der Parteibuchwirtschaft, die Vergabe von Gemeindewohnungen nach einem objektiven Punktesystem, neue Initiativen bei der Verteilung von Wohnbauförderungsmitteln und im Gesundheitsbereich neben der Fertigstellung von begonnenen Spitalsbauten den wirksamen Aufbau der Hauskrankenpflege.

Im Zusammenhang mit der aktuellen Ladenschlußdebatte sprach er sich dafür aus, daß Unternehmer flexibel agieren können sollen, ohne daß dadurch die Arbeitszeit der Handelsangestellten verlängert wird.

Abschließend gab Dr. Hirnschall bekannt, daß seine Fraktion Dr. Helmut ZILK bei der Wahl zum Bürgermeister einen Vertrauensvorschuß geben werde. Er begründete diesen Schritt mit der von Zilk an den Stadtschulratspräsidenten erlassenen Weisung, die bestehenden Proporzvereinbarungen im Schulbereich künftig nicht mehr zu beachten. (Schluß) ull/bs

## Wiener Gesundheitsbericht erschienen

### Die Wiener leben länger

Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener leben länger. Das geht aus dem Wiener Gesundheitsbericht 1986 hervor, der Freitag von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in einem Pressegespräch vorgestellt wurde. So liegt die Lebenserwartung derzeit für einen neugeborenen Knaben bei 71 Jahren und die neugeborenen Mädchen werden nach der Prognose 78 Jahre alt. Darüber hinaus ist die Zahl der Ärzte in Wien aufgrund der Förderungsmaßnahmen weiter gestiegen. Säuglingssterblichkeit und Geschlechtskrankheiten sind weiter rückläufig, während Herz-Kreislaufkrankungen sowie Krebs nach wie vor die häufigsten Todesursachen sind.

### Bevölkerungszahl weiter abnehmend

Die Wohnbevölkerung Wiens sank 1986 auf 1.504.395 Einwohner. Diese Bevölkerungsabnahme ist vor allem auf die negative Geburtenbilanz zurückzuführen. Im Vorjahr standen 14.539 Lebendgeborenen 22.828 Verstorbene gegenüber. So wie in Gesamtösterreich „dominieren“ auch in Wien die Frauen mit einem Anteil von 55,3 Prozent.

### Säuglingssterblichkeit leicht rückläufig

Die Säuglingssterblichkeit ging 1986 um 1,1 Promille zurück und lag bei 10,4 Promille. Die Zahl der unehelichen Geburten nahm weiter zu, wobei der Prozentsatz der Frühgeborenen bei unehelichen Kindern deutlich höher als bei den ehelich Geborenen lag. Im Gegensatz zu 10,0 Promille bei den ehelich Geborenen verzeichneten die unehelich Geborenen eine Säuglingssterblichkeit von 12,2 Promille.

### Häufigste Todesursachen

Bei den Todesursachen halten nach wie vor die Herzkrankheiten mit 9.185 Sterbefällen (1985: 9.370) den Rekord, gefolgt von krebsartigen Geschwüren, die bei 5.037 (1985: 5.083) Verstorbenen festgestellt wurden und Gefäßkrankheiten mit 4.251 (1985: 4.429) Fällen.

### Brust-, Lungen-, Prostata- und Gebärmutterkrebs

1985 wurden für Gesamtösterreich 26.542 Fälle von Neuerkrankungen an Krebs (1984: 26.425) gemeldet. Die häufigsten Krebsarten waren beim Mann der Lungenkrebs mit 17 Prozent (Wien ebenfalls 17 Prozent), der Prostatakrebs mit 14 Prozent (in Wien ebenfalls 14 Prozent) und Krebs der Harnorgane mit 12 Prozent (in Wien 14 Prozent). Bei der Frau steht der Brustkrebs mit 21 Prozent (in Wien 20 Prozent) weit an der Spitze, gefolgt vom Gebärmutterkrebs mit 18 Prozent (in Wien 15 Prozent) und vom Hautkrebs mit 8 Prozent (in Wien 10 Prozent).

### Zahl der Ärzte hat zugenommen

Im Vorjahr waren, wie Gesundheitsstadtrat Stacher erklärte, insgesamt 7.501 Ärzte beruflich tätig, dies bedeutet eine Zunahme um 1.267 gegenüber dem Jahr 1976. Mit 1.1.1987 gab es in Wien 1.117 niedergelassene praktische Ärzte (davon hatten 806 einen Vertrag mit der Gebietskrankenkasse) und 2.693 Fachärzte (darunter 659 Zahnärzte). Ein praktischer Arzt stand damit für 1.347 Wiener zur Verfügung. Im Vergleich dazu: Vor 10 Jahren kam ein praktischer Arzt auf 1.545 Wiener. Erfreulich ist auch die Tatsache, daß das Durchschnittsalter der praktischen Ärzte auf 50,0 Jahre (1975: 58,1 Jahre) und der Fachärzte auf 51,0 Jahre (1975: 53,8) gesunken ist.

#### **Impffrequenz – teilweise rückläufig**

Die Beteiligung an den angebotenen Schutzimpfungen war sehr unterschiedlich. Während sich zum Beispiel im Vorjahr 52.548 Wienerinnen und Wiener gegen die durch Zeckenbiß übertragbare Frühsommermeningoencephalitis (FSME) impfen ließen, ging so wie bereits in den Jahren vorher die Beteiligung an der Gripeschutz- und Polioimpfaktion weiter zurück.

#### **Weniger Geschlechtskrankheiten**

Die Geschlechtskrankheiten sind gegenüber 1985 um 9 Prozent zurückgegangen. Die Gefahr der Weitergabe von Geschlechtskrankheiten durch kontrollierte Prostitution ist wesentlich geringer als durch Geheimplotuierte. Unter 165 Untersuchten wurde eine Geschlechtskrankheit aufgedeckt. Bei den Geheimplotuierten unter neun bereits eine. Das Risiko ist also 18mal so hoch (!).

#### **Mehr Gesundenuntersuchungen**

Aufgrund der seit März 1986 durchgeführten Gesundheitskampagne „Schau auf Dich“ hat sich die Frequenz der im Rahmen der städtischen Gesundenuntersuchungsstellen Untersuchten um 42 Prozent von 6.335 (im Jahr 1985) auf 8.971 (3.722 Männer und 5.249 Frauen) erhöht. Insgesamt wurden in 1.614 Fällen Übergewicht, bei 1.061 Personen Bluthochdruck und bei 1.153 Untersuchten Schwerhörigkeit bis Taubheit festgestellt. Bei 633 Personen wurden geschwulstverdächtige Befunde erhoben und bei 10 Prozent (2 Männer und 8 Frauen) bösartige Tumore diagnostiziert. 6.450 Personen mußten zu weiteren ärztlichen Behandlungen vermittelt werden.

#### **15 Prozent haben Augenfehler**

Im Rahmen der prophylaktischen Maßnahmen für Kinder wurden auch im Vorjahr wieder in den Wiener Kindergärten und im Gesundheitsamt bei Kindern ab dem 3. Lebensjahr Sehtests in Form von kostenlosen Reihenuntersuchungen durchgeführt. Insgesamt wurden 18.165 Kinder getestet, wobei 15 Prozent davon einer augenärztlichen Behandlung bzw. Kontrolle bedurften. Ebenso wurden bei Kindern ab dem 5. Lebensjahr Gehörttests durchgeführt. Von 16.758 getesteten Kindern war bei rund 11 Prozent das Hörvermögen beeinträchtigt. (Schluß) zi/bs

Forts. von Blatt 2632

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Besetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 7. Dezember 1987

Blatt 2634

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

## Kommunal/Lokal:

- Stadtrat Stacher zu Pflegegebühren in den Spitälern (2635/FS: 4.12.)
- Goldenes Ehrenzeichen für Regierungsrat Pecher (2636/FS: 4.12.)
- St.-Rochus-Heim erhält Fernwärmeanschluß (2637/FS: 5.12)
- 13,3 Millionen für Weiterbau am SMZO-Spital (2637/FS: 6.12.)
- Historischer Atlas von Wien (2638/FS: 5.12)
- Neuntausend Mitarbeiter der Stadt Wien zu Weihnachten im Einsatz (2639/FS: 5.12)
- Zivilschutz: Erprobung einer Sirene (2641)
- 85.000. Besucher bei „Wien grüßt Antwerpen“ (2643)
- Stacher: Vorbildliche Spitalsmüllentsorgung (2644)
- Elektrodefekt als Brandursache (nur FS: 6.12)

## Bezirke:

- Bausperren in Hietzing (2642)

## Kultur:

- Prämien für Kleingalerien (2640)

### **Stadtrat Stacher zu Pflegegebühren in den Spitälern**

Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Zu einer am Freitag geäußerten Kritik von Stadtrat Maria Hampel-Fuchs an der Erhöhung der Pflegegebühren in den städtischen Spitälern nahm Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Stellung. Er stellte richtig, daß die Pflegegebühren im Allgemeinen Krankenhaus um 6,56 Prozent erhöht werden sollen, in den übrigen städtischen Spitälern um 3,75 Prozent. Die Pflegegebühr in den psychiatrischen Anstalten werde nicht erhöht, mit Ausnahme jener für geistig abnorme Rechtsbrecher, die aber nicht vom Patienten bezahlt werden müsse.

Der Gesundheitsstadtrat fügte hinzu, man könne nicht von den Spitälern bestmögliche Patientenbehandlung (wie beispielsweise mit Hilfe eines Kernspintomographen im Allgemeinen Krankenhaus) verlangen, gleichzeitig aber auf einem Einfrieren der dafür erbrachten finanziellen Leistungen bestehen. Selbstverständlich gelte aber in den städtischen Spitälern nach wie vor die Maxime, daß dort einzusparen ist, wo dies im Interesse der Patienten vertreten werden kann. (Schluß) and/rr

Bereits am 4. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Goldenes Ehrenzeichen für Regierungsrat Pecher**

Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte heute, Freitag, nachmittag im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Arbeitszimmer an Bezirksschulinspektor Regierungsrat Alkuin PECHER das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Zilk hob in seiner Rede vor allem die gewerkschaftliche Tätigkeit Pechers für die Wiener Lehrerschaft hervor. (Schluß) red/bs

Bereits am 4. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

### **St.-Rochus-Heim erhält Fernwärmeanschluß**

Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Das St.-Rochus-Heim in der Cumberlandstraße, ein Pflegeheim der Stadt Wien, wird in Hinkunft mit Fernwärme versorgt werden. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen faßte diesen Beschluß in seiner letzten Sitzung. Die Fernwärme ist nicht nur umweltfreundlicher als eine lokale Wärmeversorgung. Sie hilft der Spitalsverwaltung auch Kosten zu sparen, weil verschiedene kostspielige Instandhaltungsaufwendungen wegfallen. Derzeit hat das Pflegeheim eine Anlage, die mit Heizöl leicht betrieben wird. (Schluß) and/rr

Bereits am 5. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

### **13,3 Millionen für Weiterbau am SMZO-Spital**

**Gemeinderatsausschuß genehmigte die Mittel**

Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) 13,3 Millionen Schilling für den Weiterbau am Krankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen in seiner letzten Sitzung. Mit diesen Mitteln werden Baumeister-Ausbauarbeiten im Rahmen der 1. Ausbaustufe und beim Parkdeck 2 bestritten. Die Gesamtbaukosten beim Krankenhaus im SMZO wurden vom Gemeinderat mit 5.251 Milliarden Schilling festgelegt. Die jetzt beschlossenen Arbeiten sind in dieser Gesamtsumme enthalten. (Schluß) and/rr

Bereits am 6. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## Historischer Atlas von Wien

### 3. Lieferung 1987 soeben erschienen

Wien, 5.12. (RK-LOKAL/KULTUR) Im Verlag Jugend & Volk ist soeben die dritte Lieferung des „Historischen Atlas von Wien“ erschienen, der vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gemeinsam mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Stadtgeschichtsforschung herausgegeben wird. Die wissenschaftliche Gesamtleitung liegt in den Händen von Archivdirektor Univ.-Prof. Dr. Felix CZEIKE und Dipl.-Ing. Dr. Renate BANIK-SCHWEITZER, Dr. Gerhard MEISSL ist ständiger wissenschaftlicher Mitarbeiter. Die kartographischen Arbeiten werden von Erich KOPECKY geleitet. Den Druck der Karten besorgt Freytag-Berndt und Artaria, Wien.

Die 15 Karten der 3. Lieferung (in Kartonmappe) sind im Buchhandel zum Preis von 1.780 Schilling erhältlich. Sie können aber, ebenso wie die 1981 und 1984 erschienenen 24 Karten, auch einzeln bezogen werden.

Die jüngste Lieferung enthält Karten zu mehreren thematischen Schwerpunkten. Einer zeigt die Entwicklung der Wiener Arbeiterquartiere im Zusammenhang mit der Herausbildung des Industriestandortmusters, das selbst wieder vom Ausbau des Eisenbahnnetzes beeinflusst war. Weiters wird die Zunahme von Verbauungs- und Wohndichte zwischen 1783 und 1857 gezeigt und die Wiener Bevölkerung seit 1869 nach ihrer regionalen Herkunft aufgeschlüsselt.

Anhand der Veränderungen grundherrschaftlicher Rechte wird die Ausdehnung des Einflussesbereichs des Wiener Magistrats zwischen 1779 und 1825 dargestellt. Ein weiterer Komplex betrifft die technische Infrastruktur. Zu sehen ist die schlechte Situation in der Trinkwasserversorgung und der Abfallbeseitigung vor dem Bau der 1. Hochquellenwasserleitung und der großen Sammelkanäle.

Der letzte Themenschwerpunkt zeigt anhand der Gemeinderatswahlen von 1891, 1895 und 1896, wie durch Wahlrechtsmanipulationen versucht wurde, den Niedergang der Liberalen und den Aufstieg der Christlich-sozialen Partei zu verhindern, und wie der Sozialdemokratischen Partei die ihrer Stimmenstärke entsprechende Repräsentanz im Gemeinderat verwehrt wurde.

Schließlich wird die Reihe der Reproduktionen historischer Karten mit der Wien-Karte von Wolmuet aus 1547 und dem Plan von Wien von Anguissola und Marinoni von 1706 fortgesetzt. (Schluß) am/rr

Bereits am 5. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## Neuntausend Mitarbeiter der Stadt Wien zu Weihnachten im Einsatz

Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Auch an den Weihnachtsfeiertagen muß die Stadt „funktionieren“. Jeweils fast neuntausend Mitarbeiter der Stadt Wien werden deshalb am 25. und 26. Dezember im Einsatz sein. Wie Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ betonte, zeigt allein diese Zahl, wie wenig das alte Klischee der „Schreibtischbeamten“ im Rathaus zutrifft und wie sehr die Stadtverwaltung zum Dienstleistungsbetrieb geworden ist. Rund 3.900 Mitarbeiter versehen an den Feiertagen ihren Dienst in den Spitälern, mindestens 1.200 sind es bei der Straßenreinigung und bei der Müllabfuhr, 430 bei der Feuerwehr und 450 in den Heimen für Kinder und Jugendliche. 2.240 Mitarbeiter sorgen für das Funktionieren der öffentlichen Verkehrsmittel, und 210 sind notwendig, um die Stromversorgung zu gewährleisten. Darüber hinaus gibt es in zahlreichen Abteilungen Journaldienste. (Schluß) ger/bs

Bereits am 5. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Prämien für Kleingalerien**

Wien, 7.12. (RK-KULTUR) Das Kulturamt der Stadt Wien vergab im dritten Vierteljahr 1987 Prämien an drei Wiener Kleingalerien in der Gesamthöhe von 60.000 Schilling. Die Galerie Gras und die Galerie Knoll erhielten je 21.428 Schilling, die Galerie Insam 17.144 Schilling. (Schluß) gab/gg

## **Zivilschutz: Erprobung einer Sirene**

**Am 10. Dezember in Margareten**

Wien, 7.12. (RK-LOKAL) In Wien wird derzeit am Aufbau eines Warn- und Alarmsystems für den Zivil- und Katastrophenschutz gearbeitet. In diesem Zusammenhang wird nun die Funktion und Wirksamkeit einer Sirene getestet. Die Anlage auf dem Dach einer Garage des städtischen Fuhrparks in der Einsiedlergasse in Margareten, wird am Donnerstag, dem 10. Dezember, zwischen 14 und 15 Uhr, mehrere Male eingeschaltet. Sie wird abwechselnd einen Dauerton und einen auf- und abschwellenden Heulton abgeben. Experten werden diese Erprobung überwachen und die Ausbreitung des Schalls mit Pegelmeßgeräten erfassen. Es besteht kein Grund zur Beunruhigung. Die Bevölkerung im Umkreis von etwa einem Kilometer wird über Flugblätter über die Erprobung der Sirene informiert. (Schluß)  
and/bs

## **Bausperren in Hietzing**

Wien, 7.12. (RK-BEZIRKE) Für zwei Kerngebiete in Wien-Hietzing sollen zeitlich begrenzte Bausperren verhängt werden, weil eine Änderung der derzeit geltenden Flächenwidmungs- und Bebauungspläne beabsichtigt ist. Es betrifft in Ober-St.-Veit das Areal zwischen Auhofstraße, Gutzkowplatz, Hietzinger Hauptstraße, Glasauergasse und in Lainz das Gebiet zwischen Fasangartengasse, Atzgersdorfer Straße, Gallgasse, Anton-Langer-Gasse, Eduard-Jäger-Gasse und Lainzer Straße.

In Ober-St.-Veit geht es vorrangig um die Sicherung des charakteristischen Ortsbildes, Festsetzung einer Schutzzone, Schutz des wertvollen Baumbestandes bzw. Beschränkung der bebaubaren Fläche. In Lainz soll auch das charakteristische Erscheinungsbild gesichert werden, was ebenfalls eine Beschränkung der Bebaubarkeit der Flächen erfordert. Überdies soll der künftige Widmungsplan den im Bundesstraßengesetz 1986 in Teilbereichen modifizierten Verlauf der B 222 berücksichtigen.

Die Entwürfe für die Bausperren liegen vom 10. Dezember 1987 bis 7. Jänner 1988 in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, während der Amtsstunden zur Einsichtnahme und Stellungnahme auf (Montag bis Mittwoch und Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag von 8 bis 17.30 Uhr). (Schluß) smo/gg

## **85.000. Besucher bei „Wien grüßt Antwerpen“**

### **Ausstellung über Weihnachten verlängert**

Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Der Bürgermeister von Antwerpen, H.B. COOLS, der Wiener Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN und Fremdenverkehrsdirektor Dr. Helmut KREBS begrüßten Sonntag in der Ausstellung „Wien grüßt Antwerpen“ den 85.000. Besucher, der mit der Einladung zu einer Flugreise nach Wien überrascht wurde. Die Wien-Ausstellung hat unter den österreichischen „Europalia“-Veranstaltungen in Belgien die dritthöchste Besucherzahl. Bürgermeister Cools hat Wien gebeten, die bis 20. Dezember geplante Präsentation über die Weihnachtsfeiertage bis zum Jahresende zu verlängern.

Als Hit erweist sich bei „Wien grüßt Antwerpen“ das angeschlossene Wiener Kaffeehaus, das möglicherweise auf Dauer im ehemaligen Bourla-Schouwburg-Theater verbleiben soll. Besonders positiv wird vermerkt, daß die Wien-Ausstellung sich nicht — wie die meisten anderen „Europalia“-Darbietungen — einem Spezialthema widmet, sondern eine breit angelegte „Basisinformation“ über die Bundeshauptstadt liefert, darunter auch intensiv die jüdische Kultur in Wien. Antwerpen plant für Juli 1988 einen „Gegenbesuch“ mit einer Stadtpräsentation in Wien. (Schluß) fvv/bs

## **Stacher: Vorbildliche Spitalsmüllentsorgung**

### **Mülltrennung und Recycling**

Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) In Wiens städtischen Spitälern wird der anfallende Müll vorbildlich entsorgt und zum Teil auch der Wiederverwertung zugeführt. Dies erklärte Montag Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zur Diskussion über die Beseitigung des Spitalsmülls in Wien. Laut Stacher werden überwachungsbedürftige Sonderabfälle, wie etwa Lösungsmittel, Altmedikamente, Altlacke, Spraydosen, Laborabfälle usw. gesondert in den städtischen Spitälern gesammelt und mit eigenen Fahrzeugen zur EBS gebracht. Diese Transporte werden mit einem eigenen Begleitscheinssystem kontrolliert. Wesentlich ist dabei, daß der Abfall von Krankenstationen in orangefarbenen, der sonstige Abfall in grauen Säcken gesammelt wird. Die orangefarbenen Säcke werden an die EBS weitergeleitet, die grauen Säcke hingegen werden normal entsorgt.

Altstoffe Wie Altpapier, Altkartonagen, Essensabfälle, Speisefette und -öle, zum Teil auch Kunststoffe, Fixierbäder (Röntgen), Leuchtstoffröhren usw. werden getrennt gesammelt und der Wiederverwertung zugeführt.

Durch den Umbau der EBS konnte im letzten Jahr dort nicht der gesamte Müll in den orangefarbenen Säcken verbrannt werden. Er wurde, wie das in allen anderen Bundesländern üblich ist, ausnahmsweise der Müllverbrennung zugeführt. Eigene Verbrennungsöfen gibt es in den städtischen Spitälern nicht.

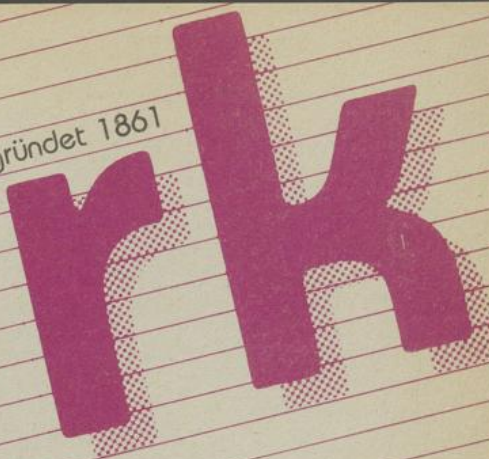
### **Zusätzliche Mülltrennung**

Nach Meinung des Stadtrates ist Wien gerade auf dem Gebiet der Mülltrennung auch in den Spitälern vorbildlich. So wurde im Wilhelminenspital vor kurzem probeweise versucht, den Stationsmüll in den orangefarbenen Säcken nochmals zu trennen, um damit die Quantität des Sondermülls zu reduzieren. In diesem Zusammenhang gibt es vor allem finanzielle Überlegungen, um mit einer solchen Maßnahme nicht durch steigende Sondermüllmengen die Kosten noch weiter zu erhöhen. Daß gerade Wiens Spitäler wegen der Müllentsorgung angegriffen werden, sei allerdings unverständlich, da bekanntlich nur Wien im Gegensatz zu den anderen Bundesländern eine derartige Anlage, wie die EBS, besitzt, erklärte Stacher abschließend. (Schluß) zi/gg

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 9. Dezember 1987

Blatt 2645

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Kommunal/Lokal:

- Weihnachtsfeiern für einsame Menschen (2646/FS: 8.12.)
- Steffl-Bier spendet eine halbe Million für den „Steffl“ (2647/FS: 8.12.)
- Zwei neue Anschlüsse für Radweg Ring-Rund (2648)
- Mit Schnee-Erzeugung auf der Hohen-Wand-Wiese begonnen (2648)
- Die neuen Mitglieder des Wiener Stadtsenats (2650/2651)
- Teile der Gebrauchsabgabe sollen erhöht werden (2652)
- Wiener Gemeinderat — Budgetdebatte (2653-2658/2660ff)
- Wiener Landtag (2659)
- Vortrag: Rumänische Fürsten in Wien (nur FS/8.12.)
- Kleinkind in Wohnung verbrannt (nur FS)
- Zwei schwere Straßenbahnunfälle (nur FS)

### Bezirke:

- Änderung eines Flächenwidmungsplanes in Mariahilf (2648)

### Kultur:

- Türme auf dem Donauturm (2649)

## Weihnachtsfeiern für einsame Menschen

Wien, 8.12. (RK-LOKAL) Weihnachten sollte niemand allein verbringen müssen. Die Stadt Wien veranstaltet auch 1987 Weihnachtsfeiern für einsame und alleinstehende Menschen. In Pensionistenklubs und Häusern der Begegnung gibt es am Heiligen Abend Veranstaltungen, für die man sich bis 18. Dezember beim zuständigen Sozialreferat, der Bezirksvorstehung oder den Pensionistenklubs anmelden kann. Wer sich nicht vorher anmelden möchte, kann trotzdem nach Maßgabe freier Plätze an einer der Feiern teilnehmen.

Geöffnet haben am Heiligen Abend:

2, Praterstern, 1, Haus der Begegnung	15 bis ca. 18 Uhr
6, Königseggasse 10, Haus der Begegnung	ab 14 Uhr
7, Hermannsgasse 24, Pensionistenklub	14 bis ca. 16 Uhr
8, Lerchenfelder Straße 4, Pensionistenklub	ab 16 Uhr
10, Gußriegelstraße 52, Pensionistenklub	15 bis ca. 18 Uhr
11, Enkplatz 2, Pensionistenklub	ab 15 Uhr
12, Meidlinger Hauptstraße 4, Pensionistenklub	14 bis ca. 19 Uhr
13, Faistauergasse 68, Pensionistenklub	ab 15 Uhr
14, Penzinger Straße 150, Pensionistenklub	ab 15 Uhr
15, Nobilegasse 33-35, Pensionistenklub	15 bis ca. 17 Uhr
18, Weimarerstraße 8-10, Pensionistenklub	15 bis ca. 18 Uhr
20, Leithastraße 29-33, Pensionistenklub	15 bis ca. 17 Uhr
21, Jedleseer Straße 66-94, Pensionistenklub	14 bis ca. 19 Uhr
22, Viktor-Kaplan-Straße 6-8, Pensionistenklub im Pensionistenheim „Sonnenhof“	ab 15 Uhr

(Schluß) jel/gg

Bereits am 8. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Steffl-Bier spendet eine halbe Million für den „Steffl“**

Wien, 8.12. (RK-LOKAL) Rund 500 „Steffl-Wirte“ aus ganz Wien haben sich drei Monate in den Dienst der Aktion „Rettet den Stephansdom“ gestellt. Die Gäste der „Steffl-Wirte“ haben rund 150.000 Schilling gespendet. Dieser Betrag wurde von der Schwechater Brauerei auf 500.000 Schilling aufgestockt. Die Übergabe des Spendenbetrages erfolgte im Gasthof Wildenauer im 10. Bezirk, in diesem Lokal wurde am meisten gespendet. Brau-AG-Generaldirektor Dr. BEURLE übergab den Scheck über eine halbe Million Schilling an Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Prälat Franz STUBENVOLL, der in Vertretung des Wiener Erzbischofs anwesend war. Bürgermeister Zilk betonte, daß es bei der Aktion zur Rettung des Stephansdomes nicht allein um das Geld gehe, auch die Identifikation der Bevölkerung mit diesem österreichweiten Symbol sei wichtig. Mit dem derzeit verfügbaren Spendenbetrag seien die Bauarbeiten für die nächste Zeit gesichert. Die Aktion, aus der bereits so etwas wie eine Bewegung geworden sei, sagte Zilk, müsse aber von der Zielsetzung her noch über lange Zeit fortgesetzt werden. (Schluß) vb/gg

Bereits am 8. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

### **Zwei neue Anschlüsse für Radweg Ring-Rund**

Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Am Donnerstag, dem 10. Dezember, erhält der Ring-Rund-Radweg zwei neue Anschlüsse. Eine neue Verbindung mündet im Bereich der Stadiongasse beim Parlament in den Radweg, ein zweiter neuer Anschluß vom Straßennetz zum Ring-Rund-Radweg entsteht im Bereich der Weihburggasse beim Hotel Marriot. (Schluß) ger/gg

### **Änderung eines Flächenwidmungsplanes in Mariahilf**

Wien, 9.12. (RK-BEZIRKE) In unmittelbarer Nachbarschaft des Raimundtheaters im 6. Bezirk ist für den Ausbau der Volksschule und des Kindertagesheims eine Grundfläche für öffentliche Zwecke ausgewiesen. Auf Grund der Bevölkerungsentwicklung ist dieser Ausbau nicht notwendig. Die derzeit reservierte Grundfläche soll daher um die Liegenschaften Strohmayergasse 2 und 6-8 verringert werden. Der Entwurf für die Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ist vom 10. Dezember 1987 bis 7. Jänner 1988 während der Dienststunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der MA 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme aufgelegt. (Schluß) end/gg

### **Mit Schnee-Erzeugung auf der Hohen-Wand-Wiese begonnen**

Wien, 9.12. (RK-LOKAL) Mittwoch früh wurde mit der Schnee-Erzeugung auf der Hohen-Wand-Wiese in Mauerbach begonnen. Bei anhaltend tiefen Temperaturen ist mit dem Schibetrieb bereits am Wochenende zu rechnen. (Schluß) hof/rr

## **Türme auf dem Donauturm**

### **Von Turm zu Turm auf dem Donauturm**

Wien, 9.12. (RK-KULTUR) Architektur fasziniert den 1923 in Wien geborenen Maler Kurt REGSCHEK, der als nächster auf dem Donauturm ausstellt. Da Kirchtürme zu den Lieblingsmotiven des Künstlers zählen, ist ein Turm ein durchaus adäquater Ausstellungsort. Regschek zeigt Radierungen und Aquarelle.

Kurt Regschek studierte in München und Paris. Bisher stellte der Künstler in Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien und New York aus. Er erhielt den Förderpreis der Stadt Wien, den Dr.-Theodor-Körner-Preis und den Hugo-von-Montfort-Preis.

Kurt Regscheks Bilder sind bis 22. Dezember 1987 in beiden Restaurants des Donauturms zu sehen. (Schluß) red/gg

## Die neuen Mitglieder des Wiener Stadtsenats

### **Günther Sallaberger (SPÖ) – Amtsführender Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal**

Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Günther Sallaberger wurde 1940 in Peuerbach, Oberösterreich, geboren. Die Volks- und Hauptschule besuchte er in Peuerbach. 1956 kam Sallaberger nach Wien und lernte den Beruf des Messer- und Feinzeugschmiedes. 1958 legte er die Facharbeiterprüfung mit Auszeichnung ab. Nach einer zweijährigen Tätigkeit als Former und Gießer bei den VEW in Wien trat er 1960 in den Dienst der Wiener Gebietskrankenkasse, wo er sich vom Amtsgehilfen bis zum qualifizierten Mitarbeiter im Rechnungsdienst emporarbeitete.

1966 wurde er Sekretär im Verbandssekretariat der Sozialistischen Jugend Österreichs. 1968 Erster Sekretär im Österreichischen Bundesjugendring. 1971 wechselte Sallaberger als Zentralsekretär-Stellvertreter in den Freien Wirtschaftsverband Österreichs.

Seine politische Tätigkeit hatte Sallaberger 1956 als Funktionär der Österreichischen Gewerkschaftsjugend der Metall- und Bergarbeiter begonnen. 1958 wurde er Bezirksobmann der SJ-Landstraße, 1962 Mitglied des Wiener Landesvorstandes der Sozialistischen Jugend und 1969 Mitglied des Bezirksvorstandes der SPÖ-Landstraße. 1973 wurde Günther Sallaberger erstmals in den Wiener Landtag und Gemeinderat gewählt, seit 1981 ist er Landespartei sekretär der Wiener SPÖ, und von September 1984 bis Dezember 1987 war er Erster Landtagspräsident.

### **Christine Schirmer SPÖ – Amtsführender Stadtrat für Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst**

Christine Schirmer, geborene Schillhammer, wurde 1938 in Wien geboren. Nach dem Besuch der Volks- und Hauptschule absolvierte sie eine kaufmännische und fototechnische Lehre und schloß diese Ausbildung 1956 mit der Handelskammerprüfung ab. Anschließend fuhr Christine Schirmer für zweieinhalb Jahre nach Großbritannien und arbeitete dort als Haushaltshilfe.

Nach ihrer Rückkehr nach Wien 1959 übte sie den Beruf einer kaufmännischen Angestellten aus. 1960 heiratete sie und war nach der Geburt des ersten sowie des zweiten Kindes als Hausfrau tätig. 1964 trat sie wieder ins Berufsleben.

Ebenfalls 1964 wurde Christine Schirmer Mitglied der Sozialistischen Partei Österreichs. 1971 wurde sie zur Frauenleiterin der Sektion 4 der SPÖ-Penzing und im selben Jahr auch zur Schriftführerin des Bezirksfrauenkomitees gewählt.

Seit 1973 ist Christine Schirmer außerdem Vorsitzende-Stellvertreterin des Bezirksfrauenkomitees und Mitglied des Bezirksvorstandes der SPÖ-Penzing.

1973 wurde sie in die Penzinger Bezirksvertretung gewählt, der Christine Schirmer bis zu ihrer Wahl zur Gemeinderätin im November 1979 — als Nachfolgerin von Johanna Dohnal — angehörte.

Als Gemeinderätin war Christine Schirmer Mitglied verschiedener Ausschüsse sowie mehrere Jahre hindurch Ombudsfrau für die Krankenpflegeschülerinnen.

Im Februar 1987 wurde Christine Schirmer — als erste Frau in dieser Position — Vorsitzende des Finanzausschusses des Wiener Gemeinderats. In den Wiener Vorstand sowie in den Bundesparteivorstand der SPÖ wurde Christine Schirmer ebenfalls 1987 gewählt.

Christine Schirmer arbeitete außerdem ab 1976 bis zu ihrer Berufung zur Stadträtin 1987 als Geschäftsführerin des Vereins Wiener Sozialdienste.

### **Dr. Ursula Pasterk (SPÖ) – Amtsführender Stadtrat für Kultur**

Dr. Ursula PASTERK wurde 1944 in Oberösterreich geboren. Sie besuchte die Volksschule und das Bundesrealgymnasium in Steyr und studierte an-

schließlich an der Universität Wien. Sie promovierte 1970 mit einer Dissertation über „Das Phänomen der Utopie im Denken Ernst Blochs“.

Ab 1970 arbeitete Dr. Pasterk für den ORF mit den Schwerpunkten Gesellschafts-, Bildungs- und Kulturpolitik.

1972 wechselte sie als Redakteurin zum Nachrichtenmagazin „profil“.

Für ihre journalistischen Leistungen erhielt sie 1973 den Dr. Karl Renner-Preis und 1974 den Österreichischen Staatspreis für journalistische Leistungen im Interesse der Jugend. 1979 wurde sie vom damaligen Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK als kulturpolitische Beraterin geholt. Sie wurde Mitglied des Direktoriums der Wiener Festwochen und initiierte zahlreiche Neuerungen im Wiener Kulturleben, von den Literaturwochen bis zum „Stadtkino“, von Avantgarde-Festivals bis zu alternativen Bezirks-Kultur-Veranstaltungen.

1983 wechselte Pasterk mit Zilk in das Bundesministerium für Unterricht und Kunst.

Im November 1984 wurde Dr. Ursula Pasterk zur Intendantin der Wiener Festwochen bestellt.

#### **Ing. Günther Engelmayer (ÖVP) – Stadtrat**

Ing. Günther Engelmayer wurde 1941 in Wien geboren. Nach der Volksschule und der Unterstufe des Realgymnasiums besuchte er die Fachschule für Maschinenbau, die er mit dem Lehrabschluß beendete. Im Anschluß daran legte er an der HTL für Maschinenbau im TGM 1961 die Reifeprüfung ab.

1961 bis 1967 war Engelmayer als Meß-, Regel- und Eichtechniker tätig und wurde 1967 Technischer Amtssachverständiger im Handelsministerium. Von 1973 bis 1980 war er Leiter des Umweltreferates in diesem Ministerium. 1980 wurde Günther Engelmayer Leiter des Büros des ÖGB-Vizepräsidenten. Engelmayer absolvierte die Verwaltungsakademie des Bundes und legte die Dienstprüfung für den höheren Wirtschaftsdienst im Bundeskanzleramt ab.

Seine gewerkschaftliche Laufbahn begann er 1971 als Obmann des Zentralausschusses im Handelsministerium. 1973 wurde er Vorstandsreferent der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst.

Seit 1980 ist er Bundessekretär der Fraktion Christlicher Gewerkschafter im ÖGB.

Stadtrat Günther Engelmayer wurde 1983 erstmals in den Wiener Landtag und Gemeinderat gewählt.

#### **Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (FPÖ) – Stadtrat**

Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ, geboren 1944 in Wien, ist das erste FPÖ-Mitglied des Wiener Stadtsenates in der Zweiten Republik.

Rainer Pawkowicz maturierte 1962 in Wien, studierte anschließend Architektur an der Technischen Universität Wien (Diplomingenieur) und promovierte an der Technischen Universität in Graz zum Doktor der Technischen Wissenschaften über „Internationale Entwicklung und Tendenzen bei Bauten für Wissenschaft und Forschung“.

Dr. Pawkowicz war Leiter der Bauabteilung der österreichischen Akademie der Wissenschaften. 1986 wurde Dr. Pawkowicz mit der Leitung der Abteilung für internationale Fremdenverkehrsangelegenheiten im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten betraut.

Bereits als Student war Dr. Pawkowicz politisch tätig. 1968 bis 1970 war er Vorsitzender des Ringes Freiheitlicher Studenten. 1973 wurde er zum FPÖ-Bezirksparteiobmann des 15. Bezirkes gewählt. 1975 wurde er stellvertretender Landesparteiobmann der Wiener FPÖ. Seit 1978 gehört er dem Wiener Landtag und Gemeinderat an, wo er sich vor allem in den Bereichen Stadtplanung, Verkehr und Energie, Bauten, Umwelt und Kultur engagiert. (Schluß) red/gg/rr/bs

## **Telle der Gebrauchsabgabe sollen erhöht werden**

Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In der heutigen Landtagssitzung wurde Mittwoch nachmittag ein Initiativantrag der SPÖ eingebracht, der eine Erhöhung der Gebrauchsabgabe von drei auf sechs Prozent für bestimmte Nutzungen des öffentlichen Gutes vorsieht. Davon betroffen sind Unternehmen, zu deren Betrieb eine ausgedehntere Inanspruchnahme von Grundstücken erforderlich ist — z. B. bei Schienenbahnen, Freileitungen, unterirdischen Einbauten und dergleichen.

Die Erhöhung von Teilen der Gebrauchsabgabe wird zweifach begründet: Zum einen bewirke das 3. Abgabenänderungsgesetz des Bundes eine Verschiebung des Finanzausgleichsgefüges zu Gunsten des Bundes, zum anderen habe ein Rechnungshofbericht über die Salzburger Stadtwerke den Querverbund von gemeindeeigenen Unternehmen kritisiert. Nach Auffassung des Rechnungshofes sei es nur gerechtfertigt, Kosten, die mit der direkten Leistungserstellung in Zusammenhang stehen (z. B. Stromlieferung), in die Preiskalkulation einfließen zu lassen. Die Auswirkungen der bundesgesetzlichen Regelungen und die Kritik am finanziellen Querverbund haben nun zu der beabsichtigten Erhöhung der Gebrauchsabgabe geführt. (Schluß) sei/rr

## Wiener Gemeinderat (1)

### Konstituierung

Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Am Mittwoch trat der Wiener Gemeinderat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Nach der Angelobung der neuen Gemeinderatsmitglieder dankte Bürgermeister Dr. ZILK den ausgeschiedenen Mitgliedern des Gemeinderates und des Stadtsenates und würdigte die Tätigkeit sowie das Lebenswerk der vor kurzem verstorbenen Stadträtin Friederike SEIDL.

Anschließend wurden sechs Vorsitzende des Gemeinderates gewählt. Einstimmig fiel die Wahl auf die Gemeinderäte LUSTIG, Eveline ANDRLIK, OUTOLNY und DINHOF (SPÖ, 1., 2., 4. und 5. Vorsitzender) sowie DALLER und Dkfm. WÖBER (ÖVP, 3. und 6. Vorsitzender). Sodann wurden unter dem Vorsitz von Gemeinderat LUSTIG (SPÖ) die neun Schriftführer (6 SPÖ, 3 ÖVP) einstimmig gewählt.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wurde mit 70 Stimmen in seinem Amt bestätigt.

Der Gemeinderat beschloß einstimmig, die Zahl der Stadträte mit 14 festzulegen. Die SPÖ-Kandidaten (Helmut BRAUN, Rudolf EDLINGER, Johann HATZL, Hans MAYR, Dr. Ursula PASTERK, Günther SALLABERGER, Ingrid SMEJKAL, Christine SCHIRMER und Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER) wurden mit 70 Stimmen, die ÖVP-Kandidaten (Dr. Erhard BUSEK, Ing. Günther ENGELMAYER, Maria HAMPEL-FUCHS und Wilhelm NEUSSER) mit 39 Stimmen und der FPÖ-Kandidat (Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ) mit 69 Stimmen zu Stadträten gewählt. Bei der Wahl der Vizebürgermeister entfielen 63 Stimmen auf Hans MAYR, Ingrid SMEJKAL wurde mit 62 Stimmen gewählt.

Die Verwaltungsgruppen und die Zuordnung zu Amtsführenden Stadträten (sie werden ausschließlich von der SPÖ gestellt) wurden mit den Stimmen der SPÖ beschlossen.

- Die Geschäftsgruppe **Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal** wird von Günther SALLABERGER verwaltet werden,
- **Finanzen und Wirtschaftspolitik** von Hans MAYR,
- **Bildung, Jugend, Familie und Soziales** von Ingrid SMEJKAL,
- **Kultur** von Dr. Ursula PASTERK,
- **Gesundheits- und Spitalswesen** von Dr. Alois STACHER,
- **Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst** von Christine SCHIRMER,
- **Umwelt, Freizeit und Sport** von Helmut BRAUN,
- **Wohnbau und Stadterneuerung** von Rudolf EDLINGER,
- **Verkehr und Energie** von Johann HATZL.

### Regierungserklärung des Bürgermeisters

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK leitete seine Regierungserklärung mit einem Appell zur Zusammenarbeit ein und rief dazu auf, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen: „Ich will Bürgermeister aller Wiener sein, ich will allen jenen, die guten Willens sind, meine Hand in Freundschaft entgegenstrecken, um mit ihnen weiter und noch mehr für unsere herrliche Stadt zu arbeiten: Im Geiste der Zusammenarbeit, im Geiste der Vorurteilslosigkeit, aus dem Geist der Liebe zu Wien! Damit möchte ich die große, ja historische Linie der Bürgermeister vor mir fortsetzen. Es war der Geist der Gemeinsamkeit, der unsere Stadt aus den Ruinen des Jahres 1945 wiedererblühen ließ. Gerade angesichts des bevorstehenden Trauergedenkens an das Jahr 1938 sollten wir uns diesen Geist der Gemeinsamkeit zum Vorbild nehmen.“

Forts. von Blatt 2653

Im weiteren ging der Bürgermeister auf die relativ hohe Wahlenthaltung bei den letzten Wiener Gemeinderatswahlen ein. Er habe noch in der Wahlnacht eine Untersuchung in Auftrag gegeben, um die Gründe für die Wahlenthaltung wissenschaftlich zu ermitteln. Anhand der Ergebnisse dieser Studie werde man einen Maßnahmenkatalog erarbeiten, um „möglichst stabilitätsgefährdenden Tendenzen“ entgegenzuwirken.

Die künftige Regierungsarbeit müsse, so Zilk, von einer Reihe von Wertvorstellungen geleitet werden. Im Mittelpunkt der Arbeit stehe der Mensch: „Die Freiheit des Menschen, seine Würde, seine soziale Absicherung, werden der Maßstab unserer Arbeit sein. Nicht der Mensch soll verstaatlicht, sondern die Stadt soll vermenschlicht werden.“ Daher dürfe auch die Verwaltung nicht Selbstzweck sein. „Wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen, dann muß das eine klare Absage an die Gängelung des Menschen durch Institutionen sein. Der durch Institutionen entmündigte Bürger — das wäre ein Zerrbild eines Zukunftsprogrammes für Wien.“ Dazu gehöre aber auch der Kampf gegen die Parteibuchwirtschaft. „Ich erneuere hier meinen Appell an alle Parteien, mit dieser Unsitte der Vergangenheit Schluß zu machen“, betonte der Bürgermeister.

Zum „Phänomen Stadt“ sagte Zilk, die Städte seien heute die Zukunftsträger ihrer Länder geworden. Alle wichtigen politischen Entwicklungen seien in den Städten „vorweggedacht“ worden. Gleichzeitig gäbe es kein Gebilde, das so verletzlich wie das der Stadt ist. In diesem Zusammenhang appellierte Zilk — auch in seiner Eigenschaft als Präsident des Österreichischen Städtebundes — an alle Politiker, insbesondere jene des Bundes: „Bewahren wir uns dieses Juwel Stadt, das Zukunftsmodell unseres Landes, und garantieren wir ihm seine Lebensgrundlagen. Wer die Zukunft unserer Stadt gefährdet, zerstört die Zukunft eines ganzen Landes.“

Wien habe in einer Zeit des internationalen Niedergangs vieler Millionenstädte seine Position als Ausgangspunkt geistiger Innovation zurückerobert. „Wien ist heute sicher eine jener Metropolen, von der ein Umkehrtrend der Städte ausgegangen ist“, meinte Zilk. In Wien sei es in den letzten Jahren mehr als anderswo gelungen, Visionen zu verwirklichen, wie etwa den Weg zur „Umwelt-Musterstadt“. Wien sollte diese ehrgeizige Herausforderung ausweiten und „Musterstadt“ auch auf anderen Gebieten werden. Wien sollte, so Zilk, Musterstadt werden im Sinne einer „optimal bürgerfreundlichen Verwaltung; einer Familienpolitik, die das 'Ja zum Kind' wieder in den Mittelpunkt stellt; Musterstadt des Sozial- und Krankwesens; Friedensmusterstadt; Musterstadt der Kreativität und des Leistungswillens; Musterstadt der Sicherheit und der Sauberkeit.“

Zilk umriß die bisherigen Erfolge der „Umweltmusterstadt Wien“ und wies dabei auf die niedrigen Smogalarmwerte in Wien, auf die Zusammenarbeit mit Niederösterreich auf den Gebieten der Weltausstellung, des Eisenbahnverkehrs oder auch der Entsorgung und auf die Senkung des SO<sub>2</sub>-Ausstosses und der NO<sub>x</sub>-Emissionen bei den Wiener Kraftwerken hin. Für die Zukunft kündigte Zilk besondere Bemühungen um die verbesserte Koordination der Umweltpolitik und um eine integrierte Umweltplanung an. Zilk sprach sich auch für das Verursacherprinzip und damit für die Einbindung des Bürgers in die Umweltverantwortung aus und führte dabei die Reduzierung von Einzelofenheizungen und den nachträglichen Einbau von Katalysatoren in Autos an. Darüber hinaus gelte es, dem öffentlichen Verkehr weiterhin im Sinne einer menschengerechten Stadt den Vorrang zu sichern, wenn auch das Auto seinen Platz in Wien haben solle. Weitere Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Abgas- und Lärmbelastung in Wohngebieten zu reduzieren. Im Bereich „Müll und Entsorgung“ wies Zilk auf die im nächsten Jahr kommende flächendeckende Mülltrennung in ganz Wien und auf die an den Bund gerichtete Forderung nach dem Verbot von Treibgasen hin. Das Wiener Trinkwasser werde in Zukunft fast aus-

Forts. auf Blatt 2655

schließlich aus Gebirgsquellen kommen, die ohnehin gute Grünversorgung der Stadt noch weiter verbessert werden.

Als Voraussetzung für diese ökologischen Zielsetzungen nannte Zilk das ökonomische Funktionieren der Stadt. Die drei großen Aufgaben der Finanzpolitik seien eine neue Wohnbauförderung mit einer Umstellung auf eine direkte Förderung, ein neues Finanzierungssystem für das Gesundheitswesen und die Wahrnehmung der Interessen Wiens im gesamten Staatsgefüge, womit Zilk eine Reform des Finanzausgleiches zugunsten Wiens ansprach, da derzeit Mittel in Milliardenhöhe aus Wien in andere Bundesländer abfließen. Zilk wies auf die wirtschaftlichen Erfolge der Wiener Holding hin und bezeichnete es als Notwendigkeit, die Attraktivität der gesamten Ostregion als Wirtschaftsstandort im europäischen Rahmen zu steigern. Die Wirtschaftspolitik der Stadt müsse dazu beitragen, Wiens touristische Attraktivität zu wahren und die Stadt zugleich für moderne Industrietechnologien attraktiv zu machen. Schließlich sei auch die Versorgungssicherheit der Bürger mit kommunalen Leistungen zu garantieren. In bezug auf die Arbeitsmarktsituation bemerkte der Bürgermeister, daß der derzeitige Stand der Arbeitslosigkeit zwar unter internationalen Werten liege, aber dennoch zu hoch sei, um zufrieden zu sein. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müßten in Zukunft vor allem Überlegungen hinsichtlich der Berufsberatung und noch bessere Qualifizierungsmöglichkeiten wie auch eine Diskussion über den Begriff der Zumutbarkeit von Arbeit einschließen.

Als Musterstadt im Sinne des freien mündigen Bürgers solle Wien auch eine Stadt der Mitbestimmung in allen Planungsfragen werden. Zilk nannte hier den Gürtel, die West- und die Südeinfahrt, die Neuerung des Eisenbahnverkehrs in Wien und die Ausgestaltung des Donauraumes. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß die Donauraumkommission einstimmig die Stauhaltung der Donau im östlichen Bereich Wiens als eine der zielführenden Möglichkeiten zur Erhaltung der Lobau und der Praterauen vorgeschlagen hatte. Nach Vorliegen aller Unterlagen solle auch hier die Bevölkerung befragt werden. Eine Absage erteilte Zilk in diesem Zusammenhang aber einem ausschließlich profitorientierten Bauen, das in Wien keine Chance mehr haben werde.

Zu einer Musterstadt gehöre auch die Abdeckung der dringenden Lebensbedürfnisse des Menschen, das Wohnen und die soziale Sicherheit. Auf Grund der besonderen Situation Wiens mit seinem alten Wohnungsbestand gelte es, der Stadterneuerung mit ihren Möglichkeiten der Schaffung von Wohnraum, aber auch von Arbeitsplätzen besonderen Platz einzuräumen. All das müsse unter Einbindung der betroffenen Menschen geschehen, wobei ein Mietermitbestimmungsstatut für die städtischen Wohnhäuser auch eine entsprechende Regelung auf Bundesebene für die Mieter aller anderen Wohnungen nach sich ziehen sollte. Zilk sprach allerdings auch auf diesem Gebiet die Eigenverantwortung des Bürgers und damit ein Zurücktreten der Institutionen im Bereich des Wohnungswesens an.

Auch im Sozial- und Gesundheitswesen solle der einzelne zu mehr Eigenverantwortung und damit zu gesunder Lebensführung animiert werden. Gleichmaßen sollen die Förderung der Krankenbehandlung außerhalb der Krankenhäuser und die verstärkte Kooperation aller im Gesundheitswesen Tätigen zur verstärkten Integration im Gesundheitswesen beitragen. Zilk wies auf die bevorstehende Fertigstellung des neuen AKH ab 1989, auf die Fertigstellung der 1. Baustufe des SMZ-Ost im Jahr 1992 und auf die richtungweisenden Modellversuche der Wiener Medizin, z. B. die Psychiatriereform, hin.

Wien sei, in der täglichen Praxis wie auch in der zukunftsweisenden Forschung, das medizinische Zentrum Österreichs.

Forts. von Blatt 2654

Forts. auf Blatt 2656

Als unabdingbar für die Gesundheit einer Stadt bezeichnete der Bürgermeister die gesunde Familie und damit eine Familienpolitik mit dem klaren Bekenntnis „Ja zum Kind“. Gerade auf diesem Gebiet soll die Zusammenarbeit aller entsprechenden Einrichtungen angestrebt werden, um Wien noch mehr zu einer familienfreundlichen Stadt mit einem Klima sozialer, mitmenschlicher Hilfe zu machen. Er freue sich, so Zilk, daß dieses Ressort, wie zwei andere, in den Händen von Frauen liege, und daß damit den Frauen der ihnen zustehende Platz im öffentlichen Leben geräumt worden sei.

Das gelte auch für den Kulturbereich, der in den kommenden Jahren im Zeichen von Toleranz und Liberalität und des Dialogs zwischen Kunst und Politik stehen solle. Als große konkrete Aufgaben im Kulturbereich nannte Zilk das zeitgeschichtliche Trauergedenken im Jahr 1988, den 50. Todestag von Sigmund Freud oder das Mozart-Jahr 1991 sowie die Projekte eines jüdischen Museums und neuer Ausstellungsmöglichkeiten in Wien bis hin zur Neugestaltung des Ronachers. Wien müsse auch in Zukunft eine Weltmetropole der Kultur bleiben.

Im Zusammenhang damit sei auch die Stadtaußenpolitik Wiens zu sehen, die Wien in Fortsetzung der bisher geleisteten Arbeit weiter als Ost-West-Begegnungsstätte ausbauen und zu einer weltoffenen Stadt mit geistiger Anziehungs- und Integrationskraft machen solle.

Abschließend bekannte sich Zilk zur Fähigkeit, mit konstruktiven Kompromissen eine Politik für alle Bürger zu machen. Die in Freundschaft ausgestreckte Hand, Fairness dem Andersdenkenden gegenüber, Verantwortung für den Mitmenschen, Fantasie für die Stadt und eben der Mut zum Kompromiß nannte der Bürgermeister als die Kriterien seiner persönlichen Ethik und seiner Arbeit in den kommenden Jahren im Dienste der Stadt Wien.

#### **Debatte über Regierungserklärung des Bürgermeisters**

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte zur Regierungserklärung von Bürgermeister Dr. Zilk fest, daß die Freiheitliche Partei ihre Funktion als Kontrollpartei fortsetzen werde. Dies sei als Beitrag zum Funktionieren der Gemeindeverwaltung zu verstehen. In einer fairen Form und mit zusätzlichen Arbeitsmöglichkeiten wolle man außerdem Alternativen zur Diskussion stellen.

Als Schwerpunkte der Politik der Wiener Freiheitlichen nannte Dr. Hirnschall eine stärkere Einbindung der Bürger in Willensbildungsprozesse, den Abbau von Proporz und Parteibuchwirtschaft etwa im Schulbereich, wo jetzt wichtige Weichenstellungen dafür erfolgt seien. Die Bereitschaft des Bürgermeisters, gerade in diesem Bereich Schritte zu setzen, sei mit ein Anlaß für seine Wahl durch die Freiheitliche Partei gewesen, erklärte Dr. Hirnschall. Auch im Bereich des Wohnens sollte durch mehr Objektivierung und durch eine verstärkte öffentliche Kontrolle ein Mehr an Leistungsfähigkeit ermöglicht werden. Kritik übte Dr. Hirnschall am Alleingang des Bundes in einigen Planungsentscheidungen, weshalb zur Durchsetzung von Wiener Interessen der Weg der Gemeinsamkeit aller Parteien gegangen werden sollte, schloß Dr. Hirnschall.

Das Verhalten der FPÖ bei der heutigen Wahl Bürgermeister Dr. Zilks dokumentiere die neue Position der Freiheitlichen Partei, die sich damit als „stiller Teilhaber“ Zilks manifestiert habe, erklärte Stadtrat Dr. BUSEK (ÖVP) in seinem Debattenbeitrag zur Regierungserklärung. Man werde sehen, was die „Beteiligung“ bringe. Das Wahlergebnis der ÖVP habe Enttäuschung verursacht, die Entscheidung des Wählers sei aber zu akzeptieren. Die Niederlage seiner Fraktion habe viele Gründe gehabt, es sei jedoch unzweifelhaft, daß die niedrige Wahlbeteiligung insgesamt als Protestnote der Bevölkerung aufzufassen sei: ein Protest, der auf Erscheinungsbild

Forts. von Blatt 2655

Forts. auf Blatt 2657

und Darstellungsweise der Politik im allgemeinen reagiert habe. Es gelte deshalb, setzte Busek fort, gezielte Überlegungen anzustellen, was den derzeitigen „Happening-Charakter“ politischer Entscheidungen, die Plausibilität öffentlicher Einrichtungen und die Verlagerung von Entscheidungen aus dem Gremium Gemeinderat betreffe. Die Kommunalpolitik müsse größere Publizität im Wege besserer medialer Nutzung finden.

Die neue Legislaturperiode unterliege, führte Busek aus, geänderten Voraussetzungen. Man werde in einer „Zeit der knappen Mittel“ der Verschuldung Grenzen setzen müssen.

Der Grundsatz des „Gemeinwohls“ schein nicht mehr ausreichend vorhanden zu sein. Es stelle sich die Frage, inwieweit staatsbürgerliche Erziehung und politische Bildung bezüglich dieser Grundeinstellung des Zusammenlebens versagt hätten. Die Kommunalpolitik der Zukunft werde sich verstärkt mit Problemen der Wirtschaft im städtischen Bereich und mit der erhöhten Sensibilität der Menschen bezüglich ihrer Lebensgrundlagen befassen müssen. Fragen der Umwelt, sagte Busek, seien immer mehr zu existentiellen und grenzüberschreitenden Fragen geworden. Die Verantwortung der Politik dürfe nicht an bestimmten Grenzen enden.

Busek kündigte die Auflösung von Bereichskoalitionen dort an, wo die ÖVP in der Vergangenheit Entscheidungen mitgetragen und mitverantwortet habe, Mitgestaltung ihr aber verwehrt geblieben sei. Die ÖVP wünsche als konstruktive Opposition den Ausbau der Demokratie im Sinne der Glaubwürdigkeit zu beschleunigen.

Tendenzen wie z. B. die Abschaffung der Beteiligungskommission ließen verstärkte Sorge um Transparenz aufkommen. Zur „Parteibuchwirtschaft“ erklärte Busek, man werde ohne Kriterien der Objektivierung auf gesetzlicher Grundlage die erforderliche Transparenz nicht erreichen. Zum Schlagwort „Umweltmusterstadt“ urgierte Busek das Funktionieren kommunaler Einrichtungen.

Das „menschliche Kunstwerk“ Stadt, führte Busek aus, müsse in Politik und Verwaltung größere Anerkennung finden. Es gelte, die Auseinandersetzung mit dem Bürger zu verstärken und Bürgerrechte in den Vordergrund zu rücken.

Die geplante Weltausstellung könne, erklärte Busek, nur eine erste Latte für die großen Anstrengungen für eine strukturelle Verbesserung sein. Ziele und Kosten müßten aber baldigst fixiert werden. Wie auch hier lasse die Regierungserklärung Zilks die Aufarbeitung von punktuellen Problemen der Stadtpolitik, wie AKH, Müllproblem, Lärmschutzeinrichtungen und Konsumentenschutz vermissen. Auch der Bereich Stadtplanung und die Lösung der Probleme der Westeinfahrt, des Donauraums und der Bahn müßten auf präzisen ökonomischen, politischen und stadtplanerischen Voraussetzungen basieren. Die Stadterneuerung werde durch die Subjektförderung hoffentlich mehr auf die sozialen Voraussetzungen Einzelner und auf den Menschen als Mittelpunkt des städtischen Lebens eingehen. Die ÖVP werde einen Antrag zur Verankerung der Ehe und Familie in der Wiener Verfassung einbringen, kündigte Busek an. Im Kulturbereich müsse der lebenden Kunst Priorität eingeräumt werden, und Kreativität müsse bessere Voraussetzungen finden.

Seine Fraktion, schloß Busek, werde in der kommenden Legislaturperiode mehr „Wiener“ ÖVP sein, das Gemeinwohl und den Dienst am Bürger in den Vordergrund stellen und parteipolitische Gesichtspunkte diesen Kriterien unterordnen.

SPÖ-Klubobmann Dr. Hannes SWOBODA betonte, daß die SPÖ trotz des für sie positiven Wahlausganges keinen Alleinvertretungsanspruch erhebe. Sie wolle auch weiter mit den Oppositionsparteien zusammenarbei-

Forts. von Blatt 2656

Forts. auf Blatt 2658

ten. Die SPÖ sei aber fest entschlossen, die Ziele der Regierungserklärung konsequent zu verfolgen.

Zum Verhältnis zur ÖVP meinte Dr. Swoboda, daß in der Vergangenheit Gemeinsames erreicht worden sei, wie etwa der Wirtschaftsförderungsfonds und der Stadterneuerungsfonds. Zweideutiges Reden und Handeln der ÖVP habe aber zu Enttäuschungen geführt. Das Verhältnis zur FPÖ sei von einer gewissen Skepsis bestimmt, vor allem wegen Äußerungen des Freiheitlichen Bundesparteiobmannes. Dennoch biete die SPÖ beiden Oppositionsparteien die Zusammenarbeit und die Bereitschaft zum Gespräch an.

Zum Verhältnis zur Bundesregierung betonte Dr. Swoboda, es gelte, die Rechte der Wiener zu wahren. Das schließe aber das grundsätzliche Verständnis für bundespolitische Maßnahmen nicht aus. Allerdings verlange auch Wien vom Bund mehr Rücksicht auf Stadtbild und Architektur. Unverständlich sei ihm die Politik des Bundes im Zusammenhang mit dem Neubau der Veterinärmedizinischen Universität. Swoboda kam auch auf die jüngsten Studentenproteste zu sprechen. Es sei das natürliche Recht der Studenten, sich gegen Sparmaßnahmen zu wehren. Aber auch die Studenten müßten Kompromisse akzeptieren, und sie sollten sich selbst von Ausschreitungen deutlich distanzieren.

Vom Bund erwarte sich Wien die Einlösung von Vereinbarungen aus dem Koalitionsübereinkommen. Dazu zählen die Finanzierung der mobilen Krankenversorgung und die Verländerung der Mietzinsbildung. Verwirklicht worden sei bereits die Verländerung der Wohnbauförderung.

Sozialdemokratische Politik bedeute, die Herausforderung nach sozialen Gesichtspunkten zu gestalten. In diesem Zusammenhang verwies Dr. Swoboda auf die Problematik der Änderung der Ladenschlußzeiten. Er bedauerte es, daß sich die Sozialpartner nicht hatten einigen können. Deshalb mußte der Landeshauptmann von seinem Verordnungsrecht Gebrauch machen. Er hoffe aber, daß es im nächsten Jahr zu einer einvernehmlichen Lösung kommen werde. Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 14 Uhr für eine Sitzung des Landtages unterbrochen.

---

Forts. von Blatt 2657

---

## **Wiener Landtag**

### **Konstituierende Sitzung**

Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die um 14 Uhr unterbrochene Gemeinderatssitzung fand eine Sitzung des Wiener Landtages statt.

Zum 1. Präsidenten wurde Ing. Fritz HOFMANN (SPÖ) gewählt. Unter seinem Vorsitz fand dann die Wahl der beiden weiteren Landtagspräsidenten statt. Wie Hofmann einstimmig wurde Gertrude STIEHL zum 2. Landtagspräsidenten und Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN (ÖVP) zum 3. Landtagspräsidenten gewählt. Hofmann dankte den bisherigen Landtagspräsidenten Sallaberger und Hahn und forderte eine Hebung der politischen Kultur auch im neuen Landtag, wobei jeder Einzelne prüfen müsse, was er selbst dazu zu leisten imstande ist.

Anschließend wurden die von Wien in den Bundesrat entsandten Vertreter einstimmig gewählt. Es sind dies: Josef VELETA und Norbert TMEJ, beide SPÖ, Dkfm. Dr. Karl PISEC (ÖVP), Walter STRUTZENBERGER (SPÖ), Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Harald OGRIS (SPÖ), Rudolf SOMMER (ÖVP), Mag. Dr. Ernst Eugen VESELSKY (SPÖ), Albrecht KONECNY (SPÖ), Prof. Dr. Manfred MAUTNER-MARKHOF (ÖVP), Dr. Irmtraud KARLSSON (SPÖ), Dr. Heike SCHMIDT (FPÖ) und Anna Elisabeth HASELBACH (SPÖ).

Um 14.25 Uhr wurde die Landtagssitzung beendet. (Schluß) and/bs

## Wiener Gemeinderat (2)

### Budgetdebatte – Rede Vizebürgermeister Mayr

Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) beantragte die Genehmigung des Budgetvoranschlags der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1988 und des Gebührenprüfungsantrags sowie die Kenntnisnahme des Finanz- und Investitionsplanes 1988 bis 1992.

Mayr stellte fest, daß das Budget 1988 bei Einnahmen von 80,3 Milliarden Schilling Ausgaben von 87 Milliarden Schilling vorsieht. Die Abgang beträgt damit 6,7 Milliarden Schilling. Das Plus bei den Einnahmen liegt bei 3,9 Prozent, das Plus bei den Ausgaben bei 3,3 Prozent. Mayr bezeichnete das Budget als konjunkturpolitisches Instrument, was sich an der hohen Investitionsrate ablesen lasse. Die Investitionen von 13,2 Milliarden Schilling kommen sowohl der Infrastruktur der Stadt wie auch der Wirtschaft zugute, sagte Mayr. Von den Investitionen entfallen rund 4,9 Milliarden auf den U-Bahn-Bau 2,7 Milliarden auf den Spitalsbau, 1,7 Milliarden auf den städtischen Wohnhausbau und 1,3 Milliarden auf die Ver- und Entsorgung.

Mit 836 Millionen sind die Bezirksbudgets dotiert, die es den Bezirken ermöglichen, selbständig ihren Aufgaben nachzukommen.

Mayr wies darauf hin, daß es bei der Budgeterstellung noch offene Fragen mit dem Bund — so im Bereich der Wohnbauförderung, des Krankenanstaltenszusammenarbeitsfonds und der Gehaltsverhandlungen mit den öffentlichen Bediensteten — gegeben habe. Alles in allem sei damit zu rechnen, daß sich aus diesen Positionen Verbesserungen für die Stadt Wien ergeben. Mayr betonte jedoch, daß längerfristig ein Abgang von 6 Milliarden für die Stadt Wien nicht zu verkraften sei. In diesem Sinne sei es auch notwendig, von Zeit zu Zeit Gebührenerhöhungen, wie im kommenden Jahr bei den Müll-, Wasser- und Kanalgebühren, vorzunehmen. Zum Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 1988 bis 1992 sagte Mayr, daß sich hier ein Schrumpfen des Spielraumes für Investitionen abzeichne. Es gelte, diese Herausforderung anzunehmen und die Prognose durch entsprechende Maßnahmen nicht zur Realität werden zu lassen.

Nach vier Jahren der Stabilität wird der Schuldenstand der Stadt Wien Ende 1987 voraussichtlich um 3,7 Milliarden Schilling auf 44,4 Milliarden Schilling ansteigen. In diesem Schuldenstand sind die Verbindlichkeiten der Wiener Stadtwerke, der Hoheitsverwaltung, des Wohnbaus und des Wasserwirtschaftsfonds bereits enthalten.

Die nachfragewirksamen Ausgaben des Budgets von 25,7 Milliarden Schilling bezeichnete Mayr als gutes Zeichen für die Leistungsfähigkeit der Wiener Wirtschaft. Insgesamt sei auch das Budget 1988 als Signal einer offensiven und zukunftsorientierten Politik zu sehen. Wien trage mit diesem Budget dazu bei, die Grundlagen für die weitere Modernisierung der Stadt zu schaffen. Die Stadt werde damit attraktiver, was sich nicht zuletzt auch an den jüngsten Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung ablesen lasse, schloß Mayr.

### Generaldebatte Budget

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte zu Beginn seiner Wortmeldung fest, daß die FPÖ auch Vorschläge zur Reform der Beratung des Budgets machen will. Dr. Hirschall brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, wonach der Voranschlag in einem eigenen, öffentlichen Budgetausschuß vorberaten werden soll. Er begründete den Antrag damit, daß der Voranschlagsentwurf unzureichend erläutert sei.

Hirschall stellte weiters fest, daß das Budgetdefizit praktisch unvermindert hoch sei und die Schulden in den nächsten Jahren steigen würden. Durch einen Verkauf von Vermögenswerten, Beteiligungen und der-

Forts. von Blatt 2658

Forts. auf Blatt 2661

gleichen könnte Kapital flüssig gemacht werden. Stattdessen werde eine „rücksichtslose Tarifpolitik“ betrieben. Obwohl die Müllgebühren erhöht und die Einheitswerte neu festgesetzt werden, werde der Spielraum für Investitionen, wie etwa die Weltausstellung, zunehmend kleiner. Dr. Hirschall brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, wonach die Planung und Vorbereitung einer Weltausstellung auf Basis einer Finanzierung durch private Sponsoren erfolgen soll.

Das Budget 1988 sei eine Fortschreibung der Politik der vergangenen Jahre, kritisierte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Die Investitionsquote sei im Laufe der letzten Jahre deutlich gesunken. Das zeige sich vor allem bei Investitionen im Bereich der Ver- und Entsorgung. Dafür gebe es eine aggressive Gebührenpolitik bei Wasser, Abwasser und Müll, die weit über dem Verbraucherpreisindex liege. Besonders kritisierte Dr. Wöber die kalkulatorischen Kosten und kalkulatorischen Abschreibungen und stellte einen BESCHLUSSANTRAG, nach dem die Doppelverrechnung von Anlagekosten im Budget beseitigt werden solle. Den FPÖ-Antrag zur Installation eines Budgetausschusses wertete er positiv.

Die Abschaffung der Beteiligungskommission sei demokratiepolitisch bedenklich. Dieses taugliche Kontrollinstrument sei der SPÖ offensichtlich unangenehm gewesen. In einem weiteren BESCHLUSSANTRAG forderte Dr. Wöber, die Beteiligungskommission beizubehalten.

Wien habe in der österreichischen Wirtschaftslandschaft eine dynamische Leitfunktion. Bei den Exporten sei aber leider ein Defizit an mittlerer und höherer Technologie festzustellen. Als Chance für Wien bezeichnete der Redner den Städtetourismus, die Kulturpolitik und die Stadterneuerung.

Die ÖVP könne dem Budget 1988 nicht zustimmen, weil dieses von falschen und irreführenden Angaben ausgehe. Er sei aber überzeugt davon, daß eine konstruktive Oppositionspolitik der Volkspartei Wien nützen könne.

Das Budget 1988, erklärte GR. Ing. SVOBODA (SPÖ), stelle Weichen für die Zukunft Wiens. Es sei ein Budget, das von aktiver Arbeitsmarktpolitik, steigenden Investitionen und sozialer Ausgewogenheit gekennzeichnet sei, und es entspreche den Erfordernissen der Dezentralisierung sowie den wirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Schwerpunkte des Budgets für das nächste Jahr liegen in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Spitalswesen, Wohnbau und Umweltschutz. Wien sei beim Finanzausgleich gegenüber anderen Bundesländern stark benachteiligt. Während jährlich rund 20,8 Milliarden Schilling von Wien an den Bund gingen, sei es nun fraglich, ob die Wien laut Schienenverbundvertrag vom Bund zustehenden 250 Millionen für den Wiener U-Bahn-Bau zur Verfügung gestellt werden. Die Wiener Leistungen im wirtschaftlichen, infrastrukturellen, sozialen und bildungspolitischen Bereich werden nicht ausreichend anerkannt und honoriert. Als Repräsentant Österreichs müsse Wien, unterstrich Svoboda, aber einen gerechten Anteil aus dem Finanzausgleich erhalten.

Svoboda forderte die Mandatare des Wiener Gemeinderates zu gemeinsamen verstärkten Bemühungen auf, die Interessen jener Stadt zu vertreten, in der rund 20 Prozent der österreichischen Bevölkerung leben und in der sich rund 25 Prozent der österreichischen Arbeitsplätze befinden. Wien habe, schloß Svoboda, für seine Aktivitäten und Leistungen, die auch im gesamtösterreichischen Interesse liegen, berechnete Forderungen anzumelden.

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) wandte sich in der Debatte gegen regionale und zeitlich begründete Ungerechtigkeiten bei der Grundsteuerbemessung. Sie wären zu erwarten, würde man den FPÖ-Forderungen folgen, sagte Mayr. Hinsichtlich der Weltausstellung sagte er, daß vor einer Diskussion der Kosten zuerst die Standortfrage zu klären ist. Die schleppe Abwicklung im Stadterneuerungsfonds sei dem von der ÖVP nomi-

Forts. von Blatt 2660

Forts. auf Blatt 2662

nierten und inzwischen ausgeschiedenen Direktor zuzuschreiben gewesen. Seit seinem Abgang habe der Fonds in einem Monat mehr geleistet als früher in einem Jahr.

Man müsse, führte Mayr weiter aus, auch zur Kenntnis nehmen, daß verschiedene begonnene Projekte fertiggestellt werden und daher nicht mehr im Budget aufscheinen. Daraus den Schluß zu ziehen, daß die Investitionen zurückgehen, sei ungerechtfertigt. Entschieden wandte sich Mayr gegen den Vorwurf, das Budget enthalte falsche und irreführende Erläuterungen und ging auf die Darstellung von Gebühren und kalkulatorischen Verzinsungen im Budget ein. Hinsichtlich der bevorstehenden Dezentralisierung deponierte Mayr, daß niemand in den Bezirksvorstellungen bei Vorliegen von Kompetenz und finanzieller Ausstattung Aufgaben an die Zentralverwaltung delegieren könne.

In einer zweiten Wortmeldung bezeichnete GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) Mayrs Ausführungen als „schöne Rhetorik“. Jeder Student müsse wissen, daß es einen Unterschied zwischen Kosten und Ausgaben gebe. Wöber erweiterte den von ihm eingebrachten Antrag um die Forderung, auch der Kontrollausschuß solle sich damit befassen.

Vizebürgermeister MAYR meldete sich nochmals zu Wort. Er verwies auf die Haushaltsordnung und warf Wöber vor, dieser ziehe für seine Argumentation einander widersprechende Grundlagen heran. Es sei keine „Flucht aus dem Budget“, wenn etwa die Tätigkeit des Wirtschaftsförderungsfonds aus dem Budget ausgegliedert sei, denn auf diese Weise sei eine Zusammenfassung von Aufgaben aus verschiedenen Dienststellen möglich geworden.

#### **Budgetdebatte – Bildung, Jugend, Familie und Soziales**

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) sprach sich dafür aus, sozialpolitische Fragen nicht nur mittels finanzieller Mittel und kommunalorganisierter Maßnahmen lösen zu wollen. Die Rednerin wies darauf hin, daß viele ungelöste soziale Probleme auf Beziehungsdefizite zurückzuführen sind. Hilfe zur Selbsthilfe biete die Möglichkeit, in den verschiedensten Bereichen gefährdeten Menschen beizustehen. Die Rednerin forderte die verstärkte Förderung von Selbsthilfegruppen, um so der zwischenmenschlichen Solidarität zum Durchbruch zu verhelfen. Im besonderen setzte sie sich dafür ein, Jugendliche nicht zu überfordern und sie verstärkt zur Selbstständigkeit und damit zu mündigen Bürgern zu erziehen. Generell müsse Wien eine kinder- und familienfreundliche Stadt werden.

GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) meinte, daß die Stadt Kinder brauche, aber etwa die Richtsätze für entsprechende finanzielle Unterstützungen sehr unterschiedlich seien. Wenn der Stadt Ehe und Familie etwas wert sind, dann dürfe es keine „Zufallsgunst“ des Förderungssystems geben. Die Stadt müsse die Menschen zu Ehe und Familie ermutigen und eine entsprechende Bewußtseinsbildung auch durch ein Bekenntnis in der Stadtverfassung zum Ausdruck bringen. Dies sei in ähnlicher Form bereits in Vorarlberg, Tirol und Oberösterreich verwirklicht. Die Wiener Volkspartei werde daher im Wiener Landtag einen Antrag auf Verankerung von Ehe und Familie in der Stadtverfassung stellen. Damit verbunden seien Partnerschaftserziehung sowie ehvorbereitende und ehebegleitende Bildung. Mag. Petrik stellte außerdem fest, daß in Wien 185.000 Familien unter der Armutsgrenze von 5.000 Schilling leben. Insbesondere für die Kinder sei ein finanzielles Existenzminimum und eine entsprechende Tarifgestaltung zu fordern.

Die soziale Sicherheit war in Wien nie in Frage gestellt, sagte GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ). Nur Selbsthilfe allein könne aber die Sozialhilfe nicht ersetzen. Das Sozialbudget sei eine große Herausforderung. Wien soll und muß eine soziale Stadt bleiben, das zeigt sich bei der Erhöhung dieses Budgetkapitels um 2,8 Prozent.

Forts. von Blatt 2661

Forts. auf Blatt 2663

Die Grundsätze von Julius Tandler, vor mehr als 50 Jahren aufgestellt, gelten auch heute noch. Allen sozial Schwachen müsse geholfen werden. Dazu werde ein Mehr an Solidarität, nicht nur im materiellen Bereich, sondern auch in den Herzen der Menschen benötigt. Weiters sprach sich Erika Stubenvoll gegen die Diskriminierung von Randgruppen aus. Leider würden diese in Klischees häufig verzerrt dargestellt.

Zur Forderung nach einer Verankerung von Ehe und Familie in der Landesverfassung sagte Erika Stubenvoll, es genüge nicht das Bekenntnis allein, sondern es müsse die nötige Hilfe angeboten werden. Eine derartige gesetzliche Regelung würde lediglich eine Diskriminierung des Einzelnen in der freien Wahl seiner Lebensgestaltung bedeuten. Und gerade weil Ehe und Familie den Wiener Sozialisten so wichtig seien, gebe es die Familienberatungen und die zahlreichen Hilfen für Familien.

Einen Exkurs in die bundespolitische Bildungssituation unternahm GR. GINTERSDORFER (FPÖ). Die negative Entwicklung der Bildungspolitik auf Bundesebene dürfe gerade in Wien nicht hingenommen werden und unkritisiert bleiben. Man habe den positiven Trend zu weniger Schülern durch Sparmaßnahmen umgedreht und praktiziere „Rasenmähermethoden“ im bildungspolitischen Bereich. Die Einschränkungen bei Freigegegenständen und unverbindlichen Übungen, die Zusammenlegung von Klassen und das ungelöste Problem der Begabungsförderung dürfe im Interesse der Wiener Kinder nicht einfach akzeptiert werden. Vor allem für Wien als Schulstadt und Bildungszentrum bedeute diese Entwicklung auf Bundesebene einen echten pädagogischen Rückschritt.

Zwei Drittel der jungen Wiener Wähler, erklärte GR. Dr. SALCHER (ÖVP), seien bei der Wiener Wahl „politisch ausgestiegen“. Es gebe zur Nachdenklichkeit Anlaß, daß politische Entscheidungsträger und die jungen Menschen dieser Stadt offensichtlich keine gemeinsame Sprache gefunden hätten. Man müsse Ideen und Initiativen entwickeln, um diese zwei Drittel junge Wiener, die allen politischen Parteien durch ihr Fernbleiben von der Wahl das Mißtrauen ausgesprochen hätten, zurückzugewinnen. Wien brauche „geistige Entpragmatisierung“, mehr Freiräume und Experimentierfelder für junge Menschen. Man müsse, erklärte Salcher, Problemlösungsstrategien entwickeln, um Freizeit bewältigen zu können und Stadtrandgebiete kulturell und infrastrukturell attraktiv zu gestalten. Konkret ging Salcher auf die niedrige Frequenz der Jugendzentren und die seiner Meinung nach an den Interessenten vorbeigeplante Jugendinformationsstelle ein. Man müsse mehr Vertrauen in die Fähigkeiten der Jugend entwickeln, überdimensionierte Einrichtungen einschränken und spontane Hilfe fördern. Jugendorientierte Kommunalpolitik müsse im Sinne der Eigenständigkeit junger Menschen einen Rückzug aus jenen Bereichen antreten, in denen Jugendliche selbst agieren könnten. Er wünsche sich, schloß Salcher, daß aktive junge Wähler bei der nächsten Wahl den Sieg über Nichtwähler davontragen.

GR. FAYMANN (SPÖ) vertrat die Ansicht, Polemik, etwa im Gemeinderat, bringe keine politisch interessierten Wähler. Die jungen Menschen müßten in die Gestaltung des Lebens in der Stadt einbezogen werden. Zur Ganztagschule bzw. einer ähnlichen Form der Betreuung der Kinder während des Tages sagte Faymann, es würden derzeit entsprechende Modelle erarbeitet und teilweise auch bereits erprobt. Die Öffnung höherer Schulen sei eine große Errungenschaft gewesen, dennoch bilde die Berufsschule ein wichtiges Fundament der Ausbildung, und sie dürfe nicht benachteiligt werden. Nur ein Bruchteil der Wiener Betriebe bilde Lehrlinge aus, und die Ausbildung sei nicht selten von geringer Qualität. Um den Anreiz für eine bessere Lehrlingsausbildung zu schaffen, sollte, so Faymann, ein Berufsbildungsfonds geschaffen werden. Abschließend berichtete Faymann über die Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit und bekundete seine Überzeugung, daß Subventionen für die Jugendarbeit nicht eine Einflußnahme auf die Art der Tätigkeit einschließen dürfen.

Forts. von Blatt 2662

Forts. auf Blatt 2664

Forts. von Blatt 2663

Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL nahm zu verschiedenen von ihren Vorrednern aufgeworfenen Themen Stellung. Die Problematik des zwischenmenschlichen Beziehungsdefizits bezeichnete Smejkal als nicht immer beeinflussbar. Man sei jedoch bemüht, auch hier zu helfen. Im besonderen gebe es auch große Mittel für Selbsthilfegruppen. Die Stadt Wien setze auch vielfache Bemühungen zur Unterbringung der 500 bis 700 Wiener Obdachlosen. Allerdings gebe es — entgegen vielfacher Meinung — keine leerstehenden Häuser der Stadt Wien, um die Obdachlosen unterzubringen. Als besonders wichtig bezeichnete es Smejkal, Wien zu einer Stadt der Kinder zu machen. Hier gelte es vor allem, das entsprechende Klima weiter zu verbessern. Generell sei die Familie zu fördern, wobei die massive Hilfe in der Wirklichkeit des Lebens entscheidend sei. Schließlich sprach sich Smejkal für den Gedanken der Ganztagschule aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß hier ein Kompromiß nahe an ihren Vorstellungen erreicht werde. Smejkal gab auch dem Wunsch nach einer zentralen Anlaufstelle für Jugendliche mit Problemen Ausdruck, wo diese ohne bürokratische Hürde Hilfe erhalten könnten.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) stellte fest, daß die „offene Schule“ im Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung verankert sei, sie sei keine „Erfindung“ der SPÖ. Vielmehr habe die Wiener ÖVP jahrelang vergebens die Tagesschule für Wien gefordert. Kürzungen im Schulbereich bedeuten darüber hinaus generell substantielle Gefahren für den Bildungsbetrieb. Dennoch seien in vielen Bereichen sinnvolle Einsparungen notwendig und möglich.

#### **Budgetdebatte - Kultur**

Die Öffentlichkeit sei heute der alleinige Mäzen der Kulturschaffenden, sagte GR. GINTERSDORFER (FPÖ). Daher trage die Politik viel Einfluß, Macht und Verantwortung. Die Kunst müsse sich frei, ohne jede ideologische Einschränkung, entfalten können. Dazu sei aber eine Durchschaubarkeit des Förderungssystems nötig. In einem Kunstförderungsgesetz müßten die Richtlinien für Subventionen festgelegt werden. In einem BESCHLUSSANTRAG forderte Gintersdorfer einen jährlichen Kunst- und Kulturförderungsbericht an den Gemeinderat.

Das liberale Kulturverständnis trete für die Freiheit der Kunst ein. Wo sich jedoch der Einzelne betroffen fühlt, müsse Kritik erlaubt sein. Das sei keine Einschränkung der Freiheit der Kunst.

Zum Theater an der Wien meinte Gintersdorfer, hier sei eine Erfolgsproduktion im Abziehbild-Verfahren übernommen worden. Es müsse die Möglichkeit gegeben werden, nicht nur etwas nachzuvollziehen, sondern Neues entstehen zu lassen. Die „Mac-Donaldisierung“ der leichten Muse schränke die Kreativität ein.

Die Freien Gruppen hätten eine wesentliche gesellschaftspolitische Bedeutung, und das Risiko für diese Subventionen sei gerechtfertigt.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) kritisierte das Fehlen von Konzepten für die Kulturpolitik. Er begrüßte die Bereitschaft der neuen Kulturstadträtin zur Zusammenarbeit, doch sei er angesichts des Budgets für 1988 skeptisch. Zu vermerken sei ein Rückgang bei der Forschungs- und der Studienförderung, bei der Kunstpflege und bei Einrichtungen für die Kulturpflege. Die Theaterförderung stecke in einer tiefen Krise, und eine große Entschuldungsaktion wäre notwendig. Die Struktur des Theaters der Jugend müßte überprüft werden, und ein Produktionsförderungsfonds für die darstellende Kunst wäre mit der Aufgabe einzurichten, Risikokapital für Produktionen bereitzustellen. Für das Ronacher finde sich im Budget nichts, und bei den Festwochen müsse eingespart werden. Für eine große Ausstellungshalle gebe es wohl Absichtserklärungen, aber keinen Niederschlag im Budget 1988. Gespart werde bei der Förderung kleiner Vereine, denen

Forts. auf Blatt 2665

nicht zuletzt mangels kostenloser Plakatflächen die Präsentation in der Öffentlichkeit schwer gemacht werde. Großinstitutionen erhielten jedoch immer mehr Mittel, wodurch der verfügbare Spielraum eingeengt werde. Dies sei nicht zuletzt ein Grund dafür, daß die ÖVP diesen Voranschlag ablehne.

Die Kritik der Opposition, sagte GR. Dkfm. AIGNER (SPÖ), betreffe keine Dinge inhaltlicher Natur, daß heißt der Programmgestaltung, sondern solche im formalen Bereich. Es gelte aber, bei einer Diskussion über das Wiener Kulturbudget nicht nur finanzielle Positionen, sondern vor allem das Klima, das die Stadt für kulturelle Entwicklungen und Initiativen biete, im Auge zu behalten. So sei die Kritik an einer Kürzung der Filmförderung gegenstandslos, da der Budgetansatz für die Jungfilmer-Förderung und die Viennale erhöht worden sei. Ein Zeichen für die zukunftsorientierte Arbeit in der Kulturpolitik sei auch, daß immer mehr internationale Produktionen Wien als Drehort frequentieren.

Die Zuwachsraten im Kulturbudget der Stadt Wien seien überaus erfreulich. Wenngleich man mit 1,4 Prozent Anteil am Gesamtbudget der Stadt Wien noch nicht zufrieden sein könne, so habe man nunmehr die Traumgrenze der „Wiener Kulturmilliarde“ mit dem Budget 1988 erreicht.

Aigner dankte dem ehemaligen Kulturstadtrat Franz Mrkvicka und zog Bilanz über wichtige kulturpolitische Weichenstellungen der letzten Legislaturperiode.

Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK (SPÖ) betonte die Kontinuität der Kulturarbeit in Wien in Fortsetzung der Tätigkeit der Kulturstadträte Zilk und Mrkvicka. Pasterk nannte drei „Säulen“ der Kulturarbeit in Wien: die Wahrung der großen Traditionen der Kulturstadt Wien, ein umfassendes Kulturverständnis, das die Kultur im Alltagsleben und die Teilnahmemöglichkeit aller Bürger am Kulturleben einschließt, sowie die besondere Förderung des Zeitgenössischen in der Kultur.

Zum Bereich der Tradition zählte Pasterk auch die Identitätsfindung der Stadt über die Selbstdarstellung in großen Ausstellungen wie der kommenden Biedermeier-Schau. In diesem Zusammenhang nannte sie auch kommende Ausstellungen über Sigmund Freud sowie eine Mozart-Ausstellung im Mozart-Jahr.

Die Basiskultur sei auch als Sinnggebung für den Menschen zu verstehen. Der arbeitende Mensch habe das Recht der Partizipation an der Kultur und damit der sinnvollen Freizeitgestaltung und Ausfüllung seines Lebens.

Die besondere Ausrichtung auf die Gegenwartskultur schließlich sei für eine Kulturstadt unverzichtbar. Die Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen Künstlern sei auch und gerade dann notwendig, wenn diese unbequem seien. Kunst, die keine Mühe mache, bewirke nichts.

Als wesentliches Kriterium der Kulturpolitik nannte Pasterk die Internationalisierung, wie sie etwa im Festival „Wien Modern“, in der Arbeit der Wiener Symphoniker als Orchester von Weltgeltung und bei den Wiener Festwochen als Treffpunkt der internationalen Kunst zu spüren sei. Wien müsse international und weltoffen, eine Begegnungsstätte zwischen Ost und West bleiben und in verstärktem Maß werden. Daß das — im besonderen auch bei den Festwochen — auch Geld koste, müsse man akzeptieren. Im Vergleich zu verschiedenen ausländischen Festivals seien die Wiener Festwochen nicht gerade hoch dotiert. Eine breite Palette wie das Tanzfest, das Freie-Gruppe-Fest oder das Avantgarde-Musik-Fest „Töne und Gegentöne“ dienen darüber hinaus der Illustration der vielfältigen, auch junge Kunst einbeziehenden Tätigkeit der Festwochen.

Der Sorge um das Gesicht der Stadt, das sich in den Altstadtbereichen zeige und das durch die Förderung der Stadt immer schöner werde, schloß

Forts. von Blatt 2664

Forts. auf Blatt 2666

Pasterk die Sorge um das geistige Antlitz der Stadt an. Es gelte, weiterhin um ein liberales Klima zu kämpfen, Kunst und Künstler als gesellschaftliche Seismographen ernst zu nehmen.

Als Defizit, das Wien gegenüber anderen Städten abzubauen habe, nannte Pasterk das Fehlen einer Kunsthalle. Mit der städtischen Ausstellungshalle im Messepalast sei hier ein erster Schritt getan, man dürfe jedoch das Ziel einer Halle für internationale Großausstellungen nicht aus dem Auge verlieren.

Im Bereich der Literatur nannte die Kulturstadträtin die Überprüfung des Stipendiums- und Preissystems als Ziel, wobei sie ein zweites großes Stipendium neben dem Canetti-Stipendium anstrebe. Weiters solle ein jährliches großes Symposium zu zeitgenössischen Themen auch hier Wiens internationalen Rang unterstreichen.

Zur Theatersituation bemerkte sie, daß diese generell durch ein Ansteigen der Fixkosten gekennzeichnet sei. Dies sei ein internationales Problem. Immerhin seien in Wien mit den Direktionen Schenk-Jungbluth in der Josefstadt, Weck bei den Vereinigten Bühnen, Emmy Werner als Hoffnungsträger des Volkstheaters und George Tabori, einem Glücksfall für den Kreis und darüber hinaus für die Stadt Wien, die Weichen in eine günstige Richtung gestellt.

Als Investitionen in die Zukunft der Stadt seien auch die Subventionen für die Freien Gruppen zu sehen. Hier gelte es die Subventionsmechanismen weiter zu verbessern und Vielfalt — was nicht immer Vielzahl bedeuten müsse — zu fördern.

Generell bemerkte Pasterk, daß ihre Aufgabe eine schwierige sei, daß sie damit eine große, aber schöne Verpflichtung übernommen habe. Sie werde sich bemühen, diese zum besten für das Kulturleben der Stadt Wien und für die Bürger Wiens zu erfüllen.

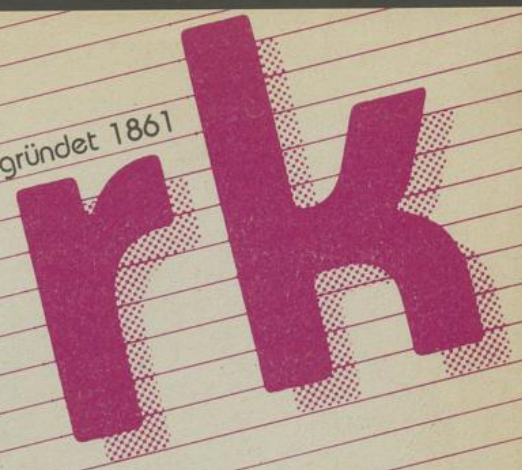
Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 22.30 Uhr unterbrochen, sie wird Donnerstag um 9 Uhr fortgesetzt. (Schluß) red

Forts. von Blatt 2665

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

**Donnerstag, 10. Dezember 1987**

**Blatt 2667**

**Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:**

**Kommunal/Lokal:**

- Neue Einbahnregelungen in der Brigittenau (2668)
- Wiener Gemeinderat (2671-2679)
- Bub ging auf erstem Eis spazieren (nur FS)

**Kultur:**

- Antrittsrede von Dr. Pasterk (2669/2670)

**Sport:**

- Weitere Ausbaustufe des Franz-Horr-Stadions (2668)

## **Neue Einbahnregelungen in der Brigittenau**

### **Unterbindung von Schleichwegen**

Wien, 10.12. (RK-LOKAL) In der Nacht von Freitag auf Samstag treten im Bereich des Augartens im 20. Bezirk neue Einbahnregelungen in Kraft. Zweck dieser Maßnahmen ist es, einige Schleichwege der Kraftfahrer zu unterbinden und so zur Verkehrsberuhigung beizutragen.

Und so sieht die neue Verkehrsorganisation aus:

- Die Streffleurgasse wird Einbahn von der Wasnergasse bis zur Wallensteinstraße,
- die Petraschgasse wird Einbahn von der Karl-Meißl-Gasse bis zur Staudingergasse,
- die Staudingergasse wird Einbahn von der Petraschgasse bis zur Jägerstraße und
- die Heinzelmanngasse wird Einbahn von der Jägerstraße bis zur Petraschgasse.

Nach Einführung der neuen Einbahnregelungen wird überprüft, ob in diesen Straßen Schrägparkordnungen möglich sind, um zusätzliche Parkplätze zu schaffen. (Schluß) sc/rr

## **Weitere Ausbaustufe des Franz-Horr-Stadlons**

Wien, 10.12. (RK-SPORT) Als weitere Ausbaustufe des Franz-Horr-Stadlons in Favoriten wird ein Sport- und Schulungszentrum errichtet. Den Spatenstich nimmt Sportstadtrat Helmut BRAUN morgen, Freitag, um 10.30 Uhr vor. (Schluß) hof/rr

## **Antrittsrede von Dr. Pasterk**

### **Tradition, Basiskultur, Zeitgenössisches als „Säulen“ der Kulturpolitik**

Wien, 10.12. (RK-KULTUR) Wiens neue Kulturstadträtin, Dr. Ursula PASTERK, skizzierte in ihrer ersten Rede vor dem Gemeinderat am Mittwoch abend die generelle Ausrichtung ihrer Kulturpolitik.

Pasterk betonte die Kontinuität ihres politischen Wirkens in Fortsetzung der Tätigkeit der Kulturstadträte Zilk und Mrkvicka und nannte drei „Säulen“ der Kulturarbeit in Wien: die Wahrung der großen Traditionen der Kulturstadt Wien, ein umfassendes Kulturverständnis, das die Kultur im Alltagsleben und die Teilnahmemöglichkeit aller Bürger am Kulturleben einschließt, sowie die besondere Förderung des Zeitgenössischen in der Kultur.

Zum Bereich der Tradition zählte Pasterk auch die Identitätsfindung der Stadt über die Selbstdarstellung in großen Ausstellungen wie der kommenden Biedermeier-Schau. In diesem Zusammenhang nannte sie auch kommende Ausstellungen über Sigmund Freud sowie eine Mozart-Ausstellung im Mozart-Jahr.

Die Basiskultur sei auch als Sinnggebung für den Menschen zu verstehen. Der arbeitende Mensch habe das Recht der Partizipation an der Kultur und damit der sinnvollen Freizeitgestaltung und Ausfüllung seines Lebens.

Die besondere Ausrichtung auf die Gegenwartskultur schließlich sei für eine Kulturstadt unverzichtbar. Die Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen Künstlern sei auch und gerade dann notwendig, wenn diese unbequem seien. Kunst, die keine Mühe mache, bewirke nichts.

Als wesentliches Kriterium der Kulturpolitik nannte Pasterk die weitere Internationalisierung, wie sie etwa im Festival „Wien Modern“, in der Arbeit der Wiener Symphoniker als Orchester von Weltgeltung und bei den Wiener Festwochen als Treffpunkt der internationalen Kunst zu spüren sei. Wien müsse international und weltoffen, eine Begegnungsstätte zwischen Ost und West bleiben und in verstärktem Maß werden. Daß das — etwa bei den Festwochen — auch Geld koste, müsse man akzeptieren. Im Vergleich zu verschiedenen ausländischen Festivals seien die Wiener Festwochen jedoch nicht gerade hoch dotiert. Eine breite Palette wie das Tanzfest, das Freie-Gruppe-Fest oder das Avantgarde-Musik-Fest „Töne und Gegentöne“ unterstreichen darüber hinaus die vielfältige, auch junge Kunst einbeziehende Tätigkeit der Festwochen.

Der Sorge um das Gesicht der Stadt, das sich in den Altstadtbereichen zeige und das durch die Förderung der Stadt immer schöner werde, schloß Pasterk die Sorge um das geistige Antlitz der Stadt an. Es gelte, weiterhin um ein liberales Klima zu kämpfen, Kunst und Künstler als gesellschaftliche Seismographen ernst zu nehmen.

Als Defizit, das Wien gegenüber anderen Städten abzubauen habe, nannte Pasterk das Fehlen einer Kunsthalle. Mit der städtischen Ausstellungshalle im Messepalast sei hier ein erster Schritt getan, man dürfe jedoch das Ziel einer Halle für internationale Großausstellungen nicht aus dem Auge verlieren.

Im Bereich der Literatur nannte die Kulturstadträtin die Überprüfung des Stipendiums- und Preissystems als Ziel, wobei sie ein zweites großes Stipendium neben dem Canetti-Stipendium anstrebe. Weiters solle ein jährliches großes Symposium zu zeitgenössischen Themen auch hier Wiens internationalen Rang unterstreichen.

Zur Theatersituation bemerkte sie, daß diese generell durch ein Ansteigen der Fixkosten gekennzeichnet sei. Dies sei ein internationales Problem. Immerhin seien in Wien mit den Direktionen Schenk-Jungbluth in der

Josefstadt, Weck bei den Vereinigten Bühnen, Emmy Werner als Hoffnungsträger des Volkstheaters und George Tabori, einem Glücksfall für den Kreis und darüber hinaus für die Stadt Wien, die Weichen in eine günstige Richtung gestellt.

Als Investitionen in die Zukunft der Stadt seien auch die Subventionen für die Freien Gruppen zu sehen. Hier gelte es die Subventionsmechanismen weiter zu verbessern und Vielfalt — was nicht immer Vielzahl bedeuten müsse — zu fördern.

Generell bemerkte Pasterk, daß ihre Aufgabe eine schwierige sei, daß sie damit eine große, aber schöne Verpflichtung übernommen habe. Sie werde sich bemühen, diese zum besten für das Kulturleben der Stadt Wien und für die Bürger Wiens zu erfüllen. (Schluß) gab/rr

Forts. von Blatt 2669

## Wiener Gemeinderat

### Budgetdebatte – Stadtentwicklung, Stadtplanung

Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat setzte am Donnerstag seine am Vorabend unterbrochenen Beratungen über den Voranschlag 1988 fort.

Der Stadtentwicklungsplan sollte, leitete StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) die Debatte ein, bindenden Charakter auch für etwaige Planungsüberlegungen des Bundes in Wien haben. Zahlreiche Beispiele, wie der Bau der U 3, der sich nun dem Westbahnhof nähere, aber mit Überlegungen über einen Zentralbahnhof konfrontiert sei, die Errichtung des viel zu teuren Rechnungshofszubaus oder der Umbau der Roßauer Kaserne, demonstrieren den offensichtlich unverbindlichen Charakter des Wiener Stadtentwicklungsplans. Wien müsse ein „rücksichtsloses Herumfuhrwerken“ an Wiener Interessen vorbei verhindern. Darüber hinaus, sagte Pawkowicz, seien große militärische Anlagen im Stadtkern überholt. Es gelte, neue Ideen z. B. für das Areal der Stiftskaserne zu suchen, das im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau des Messepalastes durchaus ein Naherholungs- und Freizeitgebiet für die grünärmsten Wiener Bezirke werden könnte.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) meinte zu Beginn seines Debattenbeitrages, er erwarte, daß sämtliche Probleme einer Donau-Staustufe unter allen denkbaren Gesichtspunkten eingehend geprüft werden. Anschließend sollte die Entscheidung in Form einer Volksbefragung fallen. Der Gürtelkommission warf Mayr unrealistische Vorstellungen vor. Auch habe er das Gefühl, im Bereich Felberstraße/Europaplatz werde schon munter gebaut, doch was man bauen wolle, wisse man nicht. Dr. Mayr forderte mehr Energie für ein neues Garagenkonzept und sprach sich für Garagenbauplätze im dichtverbauten Gebiet aus. Bei Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen habe sich in den vergangenen Jahren häufig herausgestellt, daß der Inhalt nicht komplett nachvollziehbar gewesen sei.

GR. SEVCIK (SPÖ) wies auf die großen Planungsaufgaben hin, die sich der Stadt Wien stellen. Eine der größten Aufgaben sei die Gürtelplanung. Über 90.000 Fahrzeuge befahren diesen Verkehrsweg und erzeugen ein hohes Maß an Lärm und Abgasen. Dazu kommt die Abwanderung zahlreicher Geschäfte und der Bevölkerung. Die bisherige Planungsarbeit hat ergeben, daß keine generelle Lösung, aber eine Vielzahl kleinräumiger und spezifischer Lösungen möglich ist.

Ein weiterer Schwerpunkt sei, so Sevcik, die Donauraumplanung. Jahrhunderte hindurch sei die Donau eine Bedrohung für Wien gewesen. Erst mit der Regulierung und mit entsprechenden Baumaßnahmen in unseren Tagen konnte die Hochwassergefahr eingedämmt werden. Zusätzlich hat der Donauraum in den vergangenen Jahren bedeutende Impulse durch die Donauinsel und die UNO-City erfahren. Nun gelte es, diese Entwicklung fortzusetzen. Ein zweistufiger Wettbewerb wurde ausgeschrieben, eine Projektorganisation eingesetzt und vor allem eine Bürgerbeteiligung an diesem Planungsprozeß ermöglicht. Am ersten Bürgervotum beteiligten sich 4.000 Menschen, am zweiten sogar 6.000. Eine Vielzahl von realistischen Vorschlägen ist dabei eingegangen.

GR. PRINZ (FPÖ) nahm zu Fragen der Stadtbildpflege Stellung. Prinz sagte, er erhoffe sich von der neuen Konstellation in der MA 19 mehr Durchschlagskraft, ordnend in diese Belange einzugreifen. Wien brauche eine neue Baugesinnung, müsse einen stadtbildpflegerischen Grundkonsens finden. Es gelte besonders alte Ortskerne zu reaktivieren, die Lärmplage einzudämmen und Grünräume zu schützen: Fragen, die in ihrer Priorität erkannt wurden, wo es aber an praktischer Umsetzung mangle. Weiters sei es notwendig, durch eine vorausblickende Planung irreversible Planungs-

fehler zu vermeiden und auch die Behördenwege im Baubereich abzukürzen.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) reklamierte die Vaterschaft für die Gestaltung der Donauinsel in ihrer jetzigen Form für seine Fraktion. Die Koalition sei im Jahre 1973 auch nicht an dieser Frage gescheitert, sondern deshalb, weil sich die SPÖ einen Blankoscheck für Steuererhöhungen geben lassen wollte.

Kritisch beleuchtete Kauer die Radwegeplanung, die teilweise eine Konfrontation zwischen Radfahrern und Fußgängern heraufbeschwöre. Der Ring-Rund-Radweg weise verschiedene Unsinnigkeiten und Gefahren auf, wie zum Beispiel auf dem Schwarzenbergplatz. Es sollten verstärkt qualifizierte Experten beigezogen werden. Die Ansätze für Radwege im Budget 1988 seien im übrigen gegenüber dem heurigen Jahr gesunken.

Unerträglich sei, sagte Kauer, die Tatsache, daß Wien und die Wiener Bevölkerung keine Mitsprachemöglichkeit bei Bundesbauten haben. Es sei anzustreben, daß hier rasch eine Änderung herbeigeführt werde.

Man müsse bei Planungen für Verkehrswege, meinte GR. HAAS (SPÖ), die Planungszeiträume und die sich daraus ergebenden Veränderungen wie steigendes Verkehrsaufkommen und alternative Möglichkeiten berücksichtigen. So biete sich Wien mit der Neuordnung der Bahn die Möglichkeit, den Verkehrsweg Schiene attraktiver zu gestalten und neue Verknüpfungspunkte wie den Zentralbahnhof zu erhalten. Planungen des Bundes müßten aber unter Beachtung kommunaler Belange diskutiert werden. Die Chance auf eine Weltausstellung, sagte GR. Haas, dürfe an Wien nicht vorbeigehen, zumal sich damit die Möglichkeit verbinde, Wiens historisches Bild mit zukunftsorientierten Aspekten zu verbinden und die Stadt weiter zu öffnen. Man müsse bei einer Weltausstellung Wien-Budapest die Eigenständigkeit der beiden Donaumetropolen bewahren, aber die Chance auf eine Kooperation zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsformen nützen.

StR. SALLABERGER (SPÖ) sagte einleitend, daß die Planung und Gestaltung dieser Stadt in den nächsten Jahren für alle eine unglaubliche Herausforderung sei. Man stehe vor wichtigen Veränderungen — ob man es wolle oder nicht. Man sei in allen Staaten zur Erkenntnis gelangt, daß dem Boom zum Individualverkehr nicht mehr weiter Rechnung getragen werden kann. Manche Autobahnen und Hochstraßen — etwa in den USA — hätten sich als Verbrechen an städtischer Struktur und urbanem Leben erwiesen. Wenn die Entwicklung in Wien anhält und jährlich 50.000 neue Fahrzeuge in den Verkehr eingegliedert werden, dann stünden auch wir in absehbarer Zeit vor einem Kollaps. Man müsse sich mit aller Macht dafür einsetzen, Pläne zu entwickeln, Varianten vorzulegen und nicht zuletzt deren Ergebnisse auch in die Tat umzusetzen. Sallaberger lud die Gemeinderäte aller Fraktionen zur aktiven Mitarbeit ein, sie sollen auch Zugang zu sämtlichen verfügbaren Entscheidungsgrundlagen haben.

Die rasche Entwicklung im Bereich der Planung zeige sich an der Frage der Süd- und Westeinfahrt und des Gürtels, der vor einigen Jahren noch niemand eine so bedeutende Frage beigezogen habe. Als eine der Möglichkeiten, um die Verkehrsprobleme zu lösen, nannte Sallaberger die „Neue Bahn“. Zur Diskussion über die künftige Nutzung von Bundesgebäuden erinnerte er an ein Übereinkommen mit dem Bund, das ein permanentes Koordinierungsgremium in Fragen der Stadtplanung vorsieht.

Als typisches Beispiel, wie durch Kreativität Erstaunliches geleistet werden kann, nannte Sallaberger die bisherige Gestaltung des Donauraumes. Aus der ursprünglichen Überlegung eines Hochwasserschutzes sei eine Lösung entwickelt worden, die ein Zusammenrücken der Bezirksteile ermöglicht, und ein Erholungsgebiet geschaffen habe, um das uns viele Länder beneiden. Die ÖVP habe dieses Projekt seinerzeit vehement abgelehnt.

Forts. von Blatt 2671

Forts. auf Blatt 2673

StR. NEUSSER (ÖVP) meinte, daß Fehler in der Stadtplanung von beiden Parteien gemacht wurden. So wollte die SPÖ lange Zeit die U-Bahn nicht haben. Die ÖVP sei ursprünglich gegen die Donauinsel gewesen, weil sie der Ansicht war, daß zwei Großprojekte — die Donauinsel und die U-Bahn — gleichzeitig nicht finanzierbar wären. Aber erst durch diese Diskussion sei das Donauinsel-Projekt in seiner heutigen Form überhaupt möglich geworden.

Klubobmann Dr. SWOBODA (SPÖ) stellte fest, daß die Donauinsel in erster Linie durch die Einbindung der Bevölkerung sowie der Interessensgruppen zu einem guten Projekt wurde. Swoboda erklärte außerdem, daß es keine Planungshoheit des Bundes in Wien gebe und deshalb ein gemeinsames Auftreten der Parteien in Fragen der Stadtgestaltung erfolgversprechend wäre.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) würdigte die gute Zusammenarbeit im Bereich der Donaunraumplanung, kritisierte aber, daß der geplante Fertigstellungstermin für den verbesserten Hochwasserschutz nicht eingehalten wurde. Der Budgetansatz dafür sei viel zu gering. Mayr meinte, daß es ein riskantes Spiel sei, mit einer möglichen Finanzierung des Hochwasserschutzes durch die DoKW zu spekulieren.

#### **Budgetdebatte – Wohnbau und Stadterneuerung**

GR. KIRCHNER (FPÖ) wandte sich gegen die Verpolitisierung im Wohnbereich und plädierte dafür, Privatinitiative und Eigenvorsorge verstärkt zu begünstigen. Kirchner deponierte ein JA der FPÖ zum sozialen Wohnbau und zur Stadterneuerung, jedoch unter veränderten Bedingungen. Er forderte ein objektives Punktesystem für die Vergabe von Gemeindewohnungen, eine verstärkte Mietermitbestimmung und die Dezentralisierung der Wohnhäuserverwaltung unter Einbindung privater Hausverwaltungen. Im Bereich der Stadterneuerung habe bisher der politische Sand im Getriebe viele Hemmnisse verursacht. Für die Zukunft sei ein, alle betroffenen Objekte umfassender, Zielplan sowie ein längerfristiger Zeit- und Finanzierungsplan notwendig. Eine allgemeine Wohnbeihilfe sollte den Verbleib der Mieter in ihren Wohnungen ermöglichen, Ziviltechniker sollten die Sanierungsmaßnahmen überwachen.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) bezeichnete die Verlängerung der Wohnbauförderung als große Chance, die gemeinsam genutzt werden sollte. Die ÖVP biete dafür ihre Mitarbeit an. Die Verlängerung biete z.B. die Möglichkeit, bei den Vergaberichtlinien für Gemeindewohnungen die Obergrenzen für die Einkommen zu überdenken, und auch billiger zu bauen. Es gebe zu wenig Wohnungen im Verhältnis zur Zahl der Vormerkungen. Die Vormerkbedingungen sollten daher neu geregelt werden. Überdacht werden sollte auch der ÖVP-Vorschlag für eine Übertragung von Gemeindewohnungen ins Eigentum. Man sollte prüfen, unter welchen Voraussetzungen und zu welchen Preisen dies in Frage käme, aber auch, wie Gemeindewohnungen mit unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen am sinnvollsten zu verwalten wären. Es sei notwendig, eine klare Differenzierung zwischen Miet- und Sozialwohnungen zu finden, die sich in unterschiedlichen Förderungszeitrahmen und -quoten niederschlagen müßten. Über den Vorschlag des Wohnbaustadtrates, Gemeindewohnungen auch Gastarbeitern zugänglich zu machen, könne man sprechen, sagte Petrik, aber man dürfe dies nicht von der bestehenden Vormerkliste und von den Vergaberichtlinien abkoppeln. Zu überlegen wäre auch, wie in alten Gemeindewohnhausanlagen die Infrastruktur und die Fassadengestaltung verbessert werden könnten. Petrik erinnerte an die Initiative zur Einführung eines Wohnbauschicks, mit dem der Wettbewerb angekurbelt werden könnte.

Soziales Wohnen, erklärte GR. Brunhilde FUCHS (SPÖ), müsse in der derzeitigen Dimension erhalten und den zeitgemäßen Bedingungen adäquat

Forts. von Blatt 2672

Forts. auf Blatt 2674

gestaltet werden. Man sei nach der großflächigen Stadterweiterung, die nun nicht mehr nötig sei, den Weg der sanften Stadterneuerung gegangen, der auch international große Anerkennung finde. Zahlreiche andere Maßnahmen, wie die gezielte Zusammenarbeit mit und die Information von Mietern, Möglichkeiten zum Wohnungstausch und die Hintanhaltung unsozialer finanzieller Belastungen der Mieter seien Erfolge des kommunalen Wohnbaus. Auch stadtstrukturelle Verbesserungen seien zur Hebung der Lebensqualität wichtig, die nicht nur aus dem Wohnraum, sondern auch aus der Wohnumgebung resultiere. Die Mietermitbestimmung müsse auch bundesweit gesetzlich festgelegt werden. Die Privatisierung von Gemeindewohnungen, werde von ihrer Fraktion abgelehnt, sagte Fuchs.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) distanzierte sich nachdrücklich von einer Aussage von GR. Dr. PETRIK (ÖVP), in der dieser die Vermutung geäußert hatte, der FPÖ wären in Simmering 15 Gemeindewohnungen zur Vergabe zur Verfügung gestanden. Der FPÖ sei nie ein solches Angebot gemacht worden, und sie hätte ein solches Angebot auch niemals angenommen. Er wünsche sich, daß es nicht der neue Stil in diesem Hause werden möge, mit Verdächtigungen falsche Gerüchte in die Welt zu setzen.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) antwortete, daß unbewiesene Behauptungen eher auf Seiten der FPÖ zu finden seien, wie dies bei den Angriffen auf den Stadterneuerungsfonds der Fall gewesen sei. Der Verdacht aber, der FPÖ seien Wohnungen zur Vergabe angeboten worden, habe durch die Freiheitlichen nicht entkräftet werden können.

StR. EDLINGER (SPÖ) bezeichnete es als Gerücht, daß der FPÖ Wohnungen zur Vergabe angeboten wurden, weil KEINE Partei Wohnungen zur Verteilung hätte. Die Vergabepolitik sei klar geregelt, und niemand könne sich über die Bestimmungen hinwegsetzen.

Wohnungspolitik ist eine eminent gesellschaftspolitische Aufgabe, sagte Edlinger, weil sie sehr unterschiedliche Standpunkte zu Tage bringen kann. Dennoch ergehe an alle die Einladung, sinnvolle Vorschläge in die Diskussion einzubringen. So gehe es bei der Verlängerung der Wohnbauförderung darum, einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden. Der Gestaltungsfreiraum sei groß genug, und selbst Marktmechanismen seien vorstellbar, wenn die sozialen Ziele im Auge behalten werden. Das heißt, daß dadurch die Baukosten und die Mieten gesenkt werden sollen. Was ein unkontrolliertes Spiel der Marktkräfte bewirkt, das zeigen die Erfahrungen ausländischer Städte. In London sei es aufgrund der Privatisierung von Gemeindewohnungen zu einem enormen Druck auf die unteren Einkommensgruppen gekommen. Ähnliches sei in Holland im Bereich der Stadterneuerung zu befürchten gewesen.

Edlinger verwies darauf, daß in dem Regierungsübereinkommen auch die Verlängerung der Mietzinsbildung vereinbart wurde. Gerade weil in Wien der Mietwohnungsanteil sehr hoch ist, muß ein Preisauftrieb unbedingt verhindert werden. Darüber hinaus wird in Wien das Mietermitbestimmungsstatut für Gemeindewohnungen ein erster Großversuch der Demokratisierung des Wohnbereichs sein. Die Verankerung der Mitbestimmung im Mietrechtsgesetz sei ein erklärtes Ziel sozialdemokratischer Wohnungspolitik. Gerade in der Stadterneuerung bewiese sich Erfolg und Sinn einer guten Zusammenarbeit von Hauseigentümern und Mietern. In der Stadterneuerung wünsch sich Edlinger mehr Gemeinsamkeit, um ein höheres Tempo zu erreichen. Alle an der Stadterneuerung Interessierten sind zur Mitarbeit eingeladen, sodaß jenes gute Klima bewahrt werden kann, um das uns das Ausland beneidet, schloß Edlinger.

Forts. von Blatt 2673

Forts. auf Blatt 2675

### Budgetdebatte - Umwelt, Freizeit und Sport

Forts. von Blatt 2674

GR. Mag. KABAS (FPÖ) setzte sich mit Problemen des Umweltschutzes auseinander. Kabas bezeichnete die Erhaltung einer gesunden Umwelt als übergeordneten Maßstab in Wirtschaft und Gesellschaft und forderte ein Gesamtkonzept für die Wiener Umwelt. Dadurch solle eine Abstimmung aller Bereiche von den Grünräumen über die Luftreinhaltung bis zur Entsorgung ermöglicht werden. Speziell bei der Entsorgung ortete Kabas Mängel. Die Müllentsorgung in Wien sei in der derzeitigen Form nicht umweltgerecht, und das, obwohl sie durch dauernde Gebührenerhöhungen bereits sehr teuer geworden sei. Kabas forderte in zwei ANTRÄGEN die Offenlegung des Schriftverkehrs zwischen Rechnungshof und Stadt Wien bezüglich der Grundlagen für die Gebührengestaltung und die Offenlegung des Müllvertrages zwischen Wien und Niederösterreich. Kabas bemängelte, daß die verschiedenen Probleme in den EBS und der Hauptkläranlage noch immer nicht in den Griff bekommen worden seien. Abschließend konzedierte der Redner, daß auf dem Umweltsektor in den letzten Jahren zwar einiges geschehen sei, es gebe jedoch noch sehr viel zu tun.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) stellte fest, daß das Budget der Umweltschutzabteilung um ein Fünftel reduziert worden sei. Einschränkungen gab es auch bei Naturschutzuntersuchungen oder für das Institut für Umweltmedizin, sagte Hawlik, doch dies sei noch kein Maßstab für die tatsächlichen Umweltschutzausgaben. Diese sollten übersichtlich dargestellt werden.

Hawlik befaßte sich dann mit der flächendeckenden getrennten Müllsammlung. Es sei nicht bekannt, wie sie funktionieren werde, was mit dem getrennten Müll geschehen soll und wer die Altstoffe verwenden will. Auch der künftige Rechtsträger für die Müll-Wiederverwertung sei noch unklar. Diese Vorfragen hätten jedoch geklärt werden müssen, bevor eine 150-Millionen-Investition in Angriff genommen wird, sagte Hawlik. Überhaupt sei ein gemeinsames Müll-Management mit ressortübergreifenden Kompetenzen erforderlich. Die Bereitschaft zur Kooperation im Umweltbereich bedeute für die ÖVP die Zusammenarbeit zur Erhaltung der Lebensgrundlagen. Sie behalte sich aber vor, als „Grünes Gewissen“ zu fungieren und auf Mängel aufmerksam zu machen. Auf dem Weg zu der von Bürgermeister Zilk propagierten „Umweltmusterstadt“ müsse der Bürger einbezogen werden, und die öffentliche Hand habe eine Vorreiterfunktion bei der Verwendung umweltfreundlicher Produkte.

Die Umweltpolitik der Stadt Wien könne weder mit apokalyptischen Worten, noch mit Verniedlichung effizient gestaltet werden, sagte GR. Dr. HÄUPL (SPÖ). In der Abfallbewirtschaftung sowie der Luft- und Grünpolitik habe Wien Trends gesetzt, die österreichweit beispielgebend seien. Es gelte aber, weitere Etappen und Schritte in Angriff zu nehmen, um anstehende Probleme konstruktiv lösen zu können. Es hieße, sagte Häupl, sich großer Versäumnisse schuldig zu machen und die Verantwortungsethik in der Politik zu verletzen, wenn man Detailfragen vor gesamtökologischen Problemen vernachlässige. So sei die Notwendigkeit von Versuchen und Pilotprojekten unumstritten, wenngleich parallel dazu der Boden für ökologisch orientierte Verhaltensweisen im Gesamten bereitet werden müsse. Nur eine umweltbewußte Grundeinstellung in der Bevölkerung könne ein ökonomisches System auch ökologisch neu determinieren. Wien probe seit Jahren „kommunalen Ungehorsam“ im Umweltbereich, stoße aber aufgrund fehlender oder nachhinkender Bundesregelungen auf wenig dynamische Mitstreiter. Dr. Häupl brachte sechs ANTRÄGE ein, nach denen der Stadtsenat beauftragt werden soll, sich bei der Bundesregierung für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- bundeseinheitliche Lösung der Abfallvermeidung und Abfallverwertung sowie Schadstoffverringerung durch ein Abfallwirtschaftsgesetz;

Forts. auf Blatt 2676

- ordnungsgemäße Ausstattung des Umweltbundesamtes;
- bundeseinheitliche Maßnahmen zur wirksamen Kontrolle der Altölentsorgung;
- rasche bundeseinheitliche Lösung der durch Sonderabfälle verursachten Probleme;
- weitere Verringerung der Schadstoffemissionen aus dem Kfz-Verkehr
- und finanzielle Abgeltung jener Vorleistungen, die die Stadt Wien auf dem Gebiet der Luftschadstoffmessung bereits erbracht hat.

Es wäre falsch, einander Ping-Pong-Bälle zuzuspielen, ob die Stadt Wien oder der Bund für Umweltmaßnahmen zuständig sei, sagte GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP). Es sei keine Frage, daß, bei allen Kompetenzstreitigkeiten, von der Stadt Wien bestehende Möglichkeiten nicht ausgenutzt werden. Zum Luftbericht stellte Welan fest, daß die Wiener Luft etwas besser geworden sei. Sie — die Wiener Luft — habe aber ein schlechtes Image, und dieses würde nur besser werden, wenn alle Möglichkeiten ausgenutzt werden. So wäre es sinnvoll, öfter als nur einmal pro Jahr den Gemeinderat über Ergebnisse zu informieren. „Luft“-Messen sei zwar gut, man solle aber auch die Auswirkungen untersuchen und analysieren. Er reklamierte einen umfassenden Umweltbericht, denn auch die Werte von Boden, Wasser, Flora und Fauna wären interessant. Den Ausbau des Luftmeßnetzes bezeichnete er als kleinen Fortschritt. Er stelle sich allerdings die Frage, ob die jeweiligen Stadtorte die richtigen seien.

Welan sagte, es gebe ein Bündel von möglichen Maßnahmen, um die Luft weiter zu verbessern. Als Beispiele nannte er die Bauordnung, die viele Möglichkeiten biete. Der Aspekt der Umweltverträglichkeit soll bei großen Projekten schon in die Planung einbezogen werden. Welan sprach sich für eine detaillierte Wienerwald-Bestandsaufnahme gemeinsam mit Niederösterreich aus. Für die Zukunft regte er an, daß, wenn die Lobau zum Nationalpark erhoben werden sollte, der ganze Wienerwald in Zusammenarbeit mit Niederösterreich dazugenommen werden sollte.

GR. Josefa TOMSIK (SPÖ) stellte fest, daß die Wiener Luft im internationalen Vergleich sehr gut sei. Zugleich sei Wien eine der grünsten Städte Europas. Zu den großen Vorhaben im Bereich der Grün- und Umweltpolitik gehören die Schließung des Wald- und Wiesengürtels und die Errichtung eines Nationalparks Ost. Schon jetzt ist die Hälfte des Stadtgebietes Grün- und Erholungsfläche. Im Zuge der Innenhofbegrünung wurde bis jetzt die Begrünung von 800 Innenhöfen gefördert. Am Programm stehen außerdem die Erweiterung des Angebots an Kinderspielplätzen, die Errichtung von Parks sowie die Begrünung von Straßen- und Verkehrsflächen. Ein Aufgabenschwerpunkt im Bereich der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe der Stadt Wien sei die Erhaltung und Pflege des Baumbestandes, da auch in Wien Waldschäden festgestellt werden mußten. Die Bedeutung Wiens im Bereich des Erholungs- und Freizeitangebotes läßt sich an der großen Zahl der Besucher der Donauinsel oder der städtischen Bäder messen. Mit der Renovierung und Errichtung von Sommerbädern wird dieses Angebot weiter verbessert. Tomsik wies schließlich noch darauf hin, daß die Arbeit der Wiener Feuerwehr auch durch die Sanierung der Feuerwachen unterstützt werde.

StR. BRAUN (SPÖ) nahm zu verschiedenen von seinen Vorrednern aufgeworfenen Fragen Stellung, wobei er sich generell dazu bekannte, im Umweltbereich die Zusammenarbeit zu suchen. Zur Frage eines Gesamtkonzeptes für die Umwelt sagte Braun, daß dieses in Arbeit sei, aber, auch aufgrund immer wieder aufbrechender Probleme, zunächst nur als Ziel gesehen werden könne. In der Frage der Müllverbrennung wies Braun darauf hin, daß Österreich prozentuell weniger Müll verbrenne als andere Länder, daß aber Wien speziell in der technologischen Entwicklung der Rauchgaswäsche zu einem internationalen Vorbild geworden sei. In-

Forts. von Blatt 2675

Forts. auf Blatt 2677

zwischen seien neue, noch bessere Entwicklungen auf diesem Gebiet abzusehen. Bezüglich der Müllsammlung sagte Braun, daß Wien bereits jetzt die getrennte Müllsammlung für 600.000 Einwohner erreicht habe und Ende 1988 für die gesamte Bevölkerung ein flächendeckendes Angebot haben werde. Natürlich müsse hier versucht werden, die hohen Kosten zumindest teilweise durch die Gebühren zu decken. Braun wies darauf hin, daß bei den EBS die ökologischen Notwendigkeiten und die finanzielle Machbarkeit den Rahmen für die zu treffenden Maßnahmen abstecken werden. Hier wie überall gelte es, der sachlichen Diskussion Vorrang einzuräumen — so auch bei den Wiener Luftmessungen, die durchaus auch an sehr belastenden Stellen der Stadt durchgeführt werden und trotzdem eine ständige Verbesserung der Wiener Luft in den letzten Jahren anzeigten. Zur Situation des Waldes sagte Braun, daß hier sicher Sorge am Platz sei, daß jedoch — wie in allen anderen Umweltfragen — die Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft entscheidende Bemühungen zur Verbesserung setze. Braun wies schließlich auf die bundesweite Fragestellung bei allen Umweltproblemen hin und bemerkte abschließend, daß es gerade in diesem Bereich in Wien bereits große Erfolge gebe, aber natürlich auch noch manches zu lösen sei.

Forts. von Blatt 2676

#### **Budgetdebatte - Verkehr und Energie**

GR. ZEIHSEL (FPÖ) meinte, eine bessere Erschließung der Stadt durch öffentliche Verkehrsmittel würde auch dazu beitragen, die Umweltbelastungen zu verringern. Wünschenswert wäre eine Verkürzung der Fahrzeiten und ein Ausbau der überregionalen Verkehrsmittel sowie der U- und der S-Bahn in Wien. Die U 1 sollte nach Norden und Süden verlängert werden, es sollte eine Linie U 1 A vom Reumannplatz nach Inzersdorf geben, eine Verlängerung der U 4 nach Mariabrunn und eine der U 3 nach Kaiserebersdorf. Geklärt müsse werden, ob der Zentralbahnhof wirklich benötigt werde. Für die Tagesrandzeiten sollten Linientaxis im öffentlichen Verkehr eingesetzt werden, sagte Zeihsel. Er verlangte die ersatzlose Streichung der Vorortelinie-Begleitstraße und setzte sich dafür ein, das Radweg-Budget auf 40 Millionen zu erhöhen. Die Mittel sollen aus der Parkometerabgabe genommen werden.

Zeihsel verlangte von GR. Dr. PETRIK (ÖVP), dieser solle sich von dem Gerücht über die Vergabe von Gemeindewohnungen durch FPÖ-Funktionäre distanzieren und seine Erklärung richtigstellen.

Es sei erfreulich, sagte GR. Dipl.-Ing. Mag. REGLER (ÖVP), daß nun alle Verkehrsbelange in einer Geschäftsgruppe vereinigt sind. Dadurch bestehe die Chance, den öffentlichen Verkehr durch gleichzeitige Maßnahmen im Bereich des Individualverkehrs effizienter zu beschleunigen und Bauarbeiten zu koordinieren.

Regler übte Kritik an Investitionskürzungen und brachte einen ANTRAG ein, wonach die Gürtelstraße im Bereich des Europaplatzes tiefgelegt und die Arbeiten in einem Zug mit der Errichtung des Kreuzungsbauwerkes der U 3 mit der U 6 durchgeführt werden sollen.

Ansätze für Aufzugseinbauten bei der U 4, U-Bahn-Stationen bei der Reinprechtsdorfer Straße und bei der Wirtschaftsuniversität sowie für den Bau von Park-and-Ride-Anlagen seien nur minimal vorhanden, kritisierte Regler. Regler brachte einen ANTRAG auf Aufnahme des Schnellbahnverkehrs auf der Strecke „Meidling — Speising“ und auf Errichtung von Stationen „Unterdöbling/Hohe Warte“ und „Baumgarten“ im Verlauf der Vorortelinie ein. ZWEI weitere ANTRÄGE beschäftigten sich mit der Attraktivitätssteigerung der öffentlichen Verkehrsmittel durch Maßnahmen wie — unter anderem — Halbierung der Intervalle bei Straßenbahn- und Buslinien in den Abendstunden, die Ausmusterung von zweiachsigen Triebwagen und die Ausrichtung von Verkehrslichtsignalanlagen auf den öffentlichen Verkehr, weiters die Einführung von Zeitkarten ohne Lichtbild

Forts. auf Blatt 2678

und Namen sowie Reduzierung beziehungsweise Abschaffung der Einzelausgabebeschläge bei Fahrscheinen.

Kann es angesichts eines ständig wachsenden Verkehrsaufkommens eine absolut perfekte Verkehrsorganisation geben?, fragte GR. OBLASSER (SPÖ) zu Beginn seiner Ausführungen. Er kam zu dem Schluß, dies sei nicht möglich, und man müsse daher Schritt für Schritt versuchen, die Situation zu verbessern. So wurde im Rahmen der 1980 beschlossenen Verkehrskonzeption eine Vielzahl von Maßnahmen zur weiteren Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel gesetzt. Neue Buslinien wurden eingeführt, im Zuge des Beschleunigungsprogramms Linien beschleunigt, die Vorortelinie wurde eröffnet, und die Bauarbeiten der U 3 und der U 6 schreiten zügig voran.

Wie Oblasser sagte, sei es bei der Einstellung der Bevölkerung zu Kurzparkzonen zu einem Gesinnungswandel gekommen: Immer mehr Menschen, auch Geschäftsleute in Einkaufsstraßen, stehen Kurzparkzonen positiv gegenüber. Dies müsse man bei künftigen Planungen berücksichtigen.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) erklärte in einer kurzen Wortmeldung, daß erst ein entsprechender Druck sowie die Vorschläge der Österreichischen Volkspartei zur Verwirklichung vieler Verkehrsmaßnahmen, etwa des Ring-Rund-Radweges, geführt hätten.

StR. HATZL (SPÖ) betonte, daß das Investitionsvolumen für den U-Bahn-Bau nicht geringer werde. Über die Verlängerung der U 6 nach Siebenhirten werden derzeit Verhandlungen mit dem Bund geführt. Er sei zuversichtlich, so Hatzl, daß bald die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen und die finanziellen Zuschüsse gesichert werden. Zur Verwirklichung der U 3 und der U 6 sowie ihrer Verknüpfung seien auch straßenverkehrstechnische Lösungen gerade im Bereich des Gürtels notwendig. Hatzl wies darauf hin, daß auch die Errichtung neuer U-Bahn-Stationen, selbst wenn es sich um Provisorien handelt, hunderte Millionen Schilling koste, wobei Trassenverlegungen etwa im Bereich der U 4 gar nicht ausgeschlossen sind. Jedenfalls werde auch hier über Zuschüsse mit dem Bund verhandelt. Für den nachträglichen Einbau von Aufzügen in den U-Bahn-Stationen seien 400 bis 500 Millionen Schilling notwendig, wobei sich sehr häufig das Problem des Denkmalschutzes in alten Stationsgebäuden ergebe.

Zum Thema Park-and-ride sagte Hatzl, daß derartige Einrichtungen im Bereich der U 2 unrealistisch seien. Im Bereich der U 4 seien bei der Station Heiligenstadt wie bei der Station Hütteldorf weder der Platz vorhanden noch günstige Lösungen hinsichtlich der Stadtgestaltung möglich. Hatzl sprach sich gegen die Gratisfahrt für Fahrräder in der U-Bahn, insbesondere zu Verkehrsspitzenzeiten, aus.

Die nunmehr erweiterte Geschäftsgruppe biete, so Hatzl, Chancen für mehr Koordination in der Verkehrspolitik, wobei auch dem Rad entsprechender Platz zugeordnet werden soll. Lösungen seien gemeinsam mit den Bezirken anzustreben. Hatzl bekannte sich abschließend zu einem Höchstmaß an Information für die Bürger und Verkehrsteilnehmer und lud zu einer breiten Zusammenarbeit ein.

#### **Budgetdebatte - Personal**

GR. Mag. KABAS (FPÖ) sagte, er hoffe auf dem Personalsektor auf eine Beseitigung der Parteibuchwirtschaft. In dem entsprechenden Vorstoß von Bürgermeister Dr. ZILK in der Schulverwaltung sehe er einen ersten Schritt zur Objektivierung der Postenvergabe im öffentlichen Dienst. Kabas fragte, ob eventuelle Kosten einer Arbeitszeitverkürzung bereits erhoben worden seien und ob eine eventuelle Anpassung der Beamten an das ASVG (und damit auch die Auszahlung von Abfertigungen) zu Einsparungen oder Mehrausgaben führen würde. Schließlich sprach sich

Forts. von Blatt 2677

Forts. auf Blatt 2679

Kabas dafür aus, die Schwelle bei den Einrichtungen der direkten Demokratie niedriger zu legen und das Wiener Wahlrecht in Richtung eines gerechten Proportionalwahlrechtes zu ändern.

StR. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) stellte fest, daß der Personalaufwand für 1988 um fünf Prozent höher angesetzt wurde als heuer, obwohl ein „mäßiger Gehaltsabschluß“ erzielt wurde. Das sei teilweise auf eine Dienstpostenvermehrung um 300, aber auch auf Reserven für Beförderungen, für Zulagen und Überstunden zurückzuführen. Die Dienstpostenvermehrungen gibt es vor allem in den Krankenhäusern, Kindergärten und bei der Müllbeseitigung, aber auch in der Magistratsdirektion. Der Pressedienst beschäftigt fast doppelt so viel Personal wie die für Umweltschutz zuständige Abteilung, kritisierte Engelmayer.

Er halte es nicht für zweckmäßig, sagte Engelmayer weiter, daß der für die Parteiangestellten zuständige Landespartei sekretär der Wiener SPÖ auch gleichzeitig Personalstadtrat der Stadt Wien sei. Einen sachlichen Grund für die Zusammenfassung der Aufgabenbereiche Planung und Personal in einem Ressort könne er nicht erkennen.

Eingehend befaßte sich Engelmayer dann mit der Forderung nach einer Objektivierung der Dienstpostenvergaben bei der Stadt Wien. Ein Objektivierungsgesetz solle die Möglichkeit schaffen, daß alle freiwerdenden oder freien Dienstposten im Amtsblatt der Stadt Wien bekannt gemacht werden. Es soll einheitliche Kriterien für die Beurteilung von Bewerbungen bei der Stadt Wien geben, wobei auch die sozialen Verhältnisse maßgeblich sein sollen. Schließlich sollte auch ein Personalbeirat aus Dienstgeber und Dienstnehmer ins Leben gerufen werden.

Zur Objektivierung sagte GR. Gertrude OSTRY (SPÖ), daß eine Beispielswirkung aus den Bundesländern derzeit nicht zu registrieren sei. Den Vorwurf der Parteibuchwirtschaft in Wien wies Ostry zurück. Der Personalaufwand der Stadt Wien sei mit 21,2 Prozent des Gesamtbudgets seit 1981 unverändert. Dies zeige die sparsame Personalpolitik. Der Dienstpostenplan sei um 295 Bedienstete auf insgesamt 58.261 erhöht worden. Ostry forderte eine Verbesserung des Berufsimages der Beamten und Überlegungen, die von der Bundesregierung festgelegten Sparmaßnahmen ohne Einbußen im Dienstleistungsbereich durchzuführen. Der Lohnabschluß der Beamten sei maßvoll und sozial ausgewogen und stelle einen Solidaritätsbeitrag zur Budgetkonsolidierung dar. Ausnahmen bei den Ruhensbestimmungen lehnte Ostry ab.

StR. SALLABERGER (SPÖ) stellte zu den Vergaberichtlinien von Spitzenpositionen im Bereich der Stadt Wien fest, daß einzig und allein die bestmögliche Qualifikation entscheidend sei. Er bekenne sich dazu, daß dies der richtige Weg sei.

Bei insgesamt rund 6.000 Neuaufnahmen pro Jahr wäre eine Ausschreibung jedes einzelnen Dienstpostens im Amtsblatt der Stadt Wien unvertretbar aufwendig und wenig sinnvoll.

Sallaberger sprach den Mitarbeitern der Stadt Wien für die maßvolle Lohnrunde seinen Dank aus. Er erinnerte an die Bemühungen der Stadt Wien im Bereich der Lehrlingsausbildung. Er prognostizierte, daß in den Bereichen Spitalswesen, Umwelt und Dezentralisierung künftig mehr Leute als bisher benötigt werden könnten. Sallaberger stellte klar, daß er nur noch wenige Wochen auch die Funktion eines Landespartei sekretärs ausüben werde.

Zur Frage einer Wahlrechtsreform sagte Sallaberger, man müsse zunächst das Ergebnis der auf Bundesebene in Fluß gebrachten Diskussion abwarten, und es wäre sinnvoll, erst danach über Veränderungen im Land zu diskutieren. Auch er sei im übrigen dafür, die rosa und blauen Kuverts für Frauen und Männer abzuschaffen.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde danach unterbrochen und wird Freitag um 9 Uhr fortgesetzt. (Schluß) red

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
besetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

**Freitag, 11. Dezember 1987**

**Blatt 2680**

**Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:**

**Kommunal/Lokal:**

- Nach Hauseinsturz: Vor Weihnachten fast alle wieder zu Hause (2681)
- Ein „Alpentransit,, via Wiener Hafen? (2682)
- Sauna im Thaliabad vorübergehend gesperrt (2683)
- Svoboda neuer Vorsitzender des Finanzausschusses (2684)
- Schirmer: Keinesfalls gegen Liberalisierung, aber neue Arbeitsplätze nötig (2685)
- Käseproblem: Gute Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Marktamt (2686)
- Wiener Gemeinderat — Budgetdebatte (2687-2695)
- Wo es notwendig ist wird gestreut (nur FS)
- Schibetrieb auf der Hohen-Wand-Wiese noch nicht möglich (nur FS)

**Bezirke:**

- Konstituierung der Bezirksvertretungen (2681)

**Sport:**

- Baubeginn für Favoritner Schulungszentrum (2683)

## **Konstituierung der Bezirksvertretungen**

Wien, 11.12. (RK-BEZIRKE) In den Bezirken Margareten, Alsergrund, Meidling und Währing finden am kommenden Montag, dem 14. Dezember, Sitzungen der Bezirksvertretungen statt, in denen die Konstituierung erfolgt. Die Bezirksvorsteher und deren beiden Stellvertreter werden gewählt, ebenso die Mitglieder der Kommissionen und Ausschüsse.

- Margareten: um 15 Uhr im Amtshaus 5, Schönbrunner Straße 54, Festsaal.
- Alsergrund: um 17 Uhr im Amtshaus 9, Währinger Straße 43, 1. Stock, Sitzungssaal.
- Meidling: um 16 Uhr im Amtshaus 12, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock, Sitzungssaal.
- Währing: um 17.30 Uhr im Amtshaus 18, Martinstraße 100, 2. Stock, Sitzungssaal.

(Schluß) smo/rr

## **Nach Hauseinsturz: Vor Weihnachten fast alle wieder zu Hause**

**Büro für Sofortmaßnahmen half in der Schweglerstraße**

Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Das Büro für Sofortmaßnahmen der Stadt Wien hat wieder einmal geholfen. Nach dem Hauseinsturz in der Schweglerstraße 20 können fast alle Mieter noch vor Weihnachten in die eigenen vier Wände zurückkehren. Eine Familie aus einer völlig zerstörten Wohnung, die alles verloren hat, erhält von der Stadt Wien eine Ersatzwohnung, und das Sozialamt hilft mit der notwendigsten Einrichtung. In den anderen Wohnungen sind die Instandsetzungsarbeiten, zu denen auch das Kamin-schleifen und die Reparatur der Installationen gehörte, so gut wie abgeschlossen. (Schluß) and/rr

## Ein „Alpentransit“ via Wiener Hafen?

Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der Wiener Hafen prüft derzeit die Möglichkeit einer Entlastung Tirols vom Schwerverkehr durch einen „Alpentransit“ über die Donau via Wien und Bahn nach Norditalien bzw. Jugoslawien, erklärte der Direktor des Wiener Hafens, Sigmund KRÄMER, Donnerstag abend in einem Pressegespräch.

Die Brennerautobahn ist nicht zuletzt wegen der Gewichts- und Längenbeschränkung für LKW-Züge in der Schweiz so stark belastet. Die Eidgenossen zwingen alle Schwertransporte, die schwerer als 28 t oder länger als 18,32 m sind, zu einem Umweg, der meist über Österreich führt. Es könnte daher möglich sein, einen Teil der LKW mittels Ro-Ro-Schiffen auf der Donau nach Wien und von dort per Bahn in den Süden zu befördern.

### Ro-Ro-Verkehr im Aufschwung

Der Ro-Ro-Verkehr, der dem Huckepackverkehr auf der Bahn entspricht, nimmt auf der Donau einen beachtlichen Aufschwung. Die bulgarische Linie wird ihre Katamarane auch nicht-bulgarischen Sattelschleppern öffnen. Im Frühjahr werden die ersten rumänischen Ro-Ro-Schiffe den Verkehr zwischen Konstanz und Wien aufnehmen. Ab Konstanz besteht eine tägliche Fährverbindung nach Istanbul. Ab Herbst 1988 soll eine Fährverbindung nach Trabzon eingerichtet werden, von wo eine wichtige Route nach Teheran führt.

Vor kurzem hat ein Autotransporter, der 300 PKW geladen hatte, den Hafen Bratislava angelaufen. Auf dem Rhein haben sich Autotransporter bestens bewährt, der Wiener Hafen bemüht sich seit geraumer Zeit, die Autoimporte auf die kürzere und kostengünstigere Donau-Route zu verlagern.  
(Forts. mögl.) wh/gg

### **Sauna im Thallabad vorübergehend gesperrt**

Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Das Russische Bad im Thaliabad im 16. Bezirk, Friedrich-Kaiser-Gasse 11, das eine einzigartige Einrichtung in ganz Mitteleuropa darstellt, muß voraussichtlich bis Jahresende gesperrt bleiben. Der Grund dafür ist ein Defekt bei der Brenner-Steuerung des Ofens im Steinschwitzbad. Die lange Betriebssperre muß deswegen erfolgen, weil es sich um eine spezielle Einzelanfertigung handelt. (Schluß) du/bs

### **Baubeginn für Favoritner Schulungszentrum**

Wien, 11.12. (RK-SPORT) Heute, Freitag, nahm Wiens Sportstadtrat Helmut BRAUN den Spatenstich zum Baubeginn des Schulungs- und Sportzentrums des Wiener Fußballverbandes vor, das als weitere Ausbaustufe des Horr-Stadions errichtet wird. Insgesamt ist für die erste Ausbaustufe, die innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein wird, ein Betrag von rund 20 Millionen Schilling erforderlich, den der Wiener Fußballverband aus Eigenmitteln aufbringt.

Sportstadtrat Helmut BRAUN wies auf die große Bedeutung dieses Schulungszentrums hin, das, wie er meinte, eine ideale Verbindung zwischen Breiten- und Spitzensport darstellt. „Ich gratuliere dem Wiener Fußballverband zu dieser Initiative“, meinte Braun.

WFV-Präsident Othmar LUCZENSKY dankte für die stete Unterstützung der Stadt. (Schluß) hof/rr

## **Svoboda neuer Vorsitzender des Finanzausschusses**

Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. Karl SVOBODA (SPÖ) wurde Freitag zum neuen Vorsitzenden des Gemeinderatsausschusses für Finanzen und Wirtschaftspolitik gewählt. Seine beiden Stellvertreter sind die Gemeinderäte Robert FREITAG (SPÖ) und Dr. Günther GOLLER (ÖVP). (Schluß) sei/rr

## **Schirmer: Keinesfalls gegen Liberalisierung, aber neue Arbeitsplätze nötig**

Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) „Ich habe mich in meiner heutigen Rede vor dem Wiener Gemeinderat keinesfalls gegen eine Liberalisierung der Ladenschlußzeiten ausgesprochen, sondern im Gegenteil an die Interessensvertretungen des Handels und an die Gewerkschaft appelliert, sich zusammzusetzen, und habe dabei mein Ressort bzw. mich als Koordinatorin angeboten, um für alle zu einer akzeptablen Lösung zu kommen. Sehr wohl habe ich aber darauf hingewiesen, daß man sich fragen muß, ob die Erfüllung von Bedürfnissen der einen Gruppe, nämlich der Konsumenten, zu Lasten der anderen, der Handelsangestellten, gehen muß. Wenn die ins Ausland wandernde Kaufkraft der Österreicher im Inland bleiben soll, und eine Veränderung der Ladenschlußzeiten dazu beiträgt, müßten diese Millionen auch gerecht auf die Handelsangestellten sozusagen aufgeteilt werden — statt einer zusätzlichen Belastung für die Handelsangestellten sollten besser mehr Arbeitsplätze geschaffen werden“, betonte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einer Aussendung des ÖVP-Gemeinderates Komm.-Rat Walter Nettig.

Schon allein als Stadträtin für Konsumentenschutz muß ich ja im Interesse des Konsumenten für flexiblere Öffnungszeiten sein. Und daß mir die Konsumenten am Herzen liegen, habe ich ja mit meinem Vorhaben zur Nahversorgung (z.B. fliegende Händler) und dem Wunsch, daß die Unternehmer und Gewerbetreibenden auch hier kundenfreundliches Service und kundenfreundlichere Öffnungszeiten anbieten mögen, dokumentiert. Zusätzlich habe ich Unternehmer und Gewerbe aufgefordert, sich gemeinsam mit uns Aktionen zu überlegen, um österreichische Waren und Qualität für Konsumenten attraktiver zu machen. Viele Menschen fahren ja nicht allein der Öffnungszeiten wegen ins Ausland, sondern auch, weil sie glauben, dort besser und billiger einkaufen zu können“, sagte Schirmer.

Schirmer wies auch darauf hin, daß Wien am internationalen Trend — gerade als Fremdenverkehrsstadt — nicht vorbeigehen dürfe und könne, was die Frage flexiblerer Öffnungszeiten betrifft, daß hier aber auch Aktivitäten der Unternehmer erforderlich seien: So sei es für den Gast und den Wiener Konsumenten oft unverständlich, daß zum Beispiel Gasthäuser und Restaurants, die ja am Wochenende offen haben könnten, gerade Samstag oder Sonntag geschlossen sind. Keinesfalls habe sich die SPÖ-Fraktion gegen jede Liberalisierung ausgesprochen — Nettig konstruiere hier grundlos eine Desavouierung —, doch müsse eine für alle akzeptable Lösung gefunden werden. Bürgermeister Dr. Helmut Zilk mußte daher, im Gegensatz zu Nettigs Behauptungen, weder gestern noch heute zur Kenntnis nehmen, daß sich die SPÖ-Gemeinderatsfraktion gegen jede Liberalisierung sträubt; ich habe im Gegenteil in meiner Rede auch betont, daß man für alle zu einer akzeptablen Lösung kommen möge, so wie dies der Bürgermeister schon angekündigt hat. Allerdings hat Gemeinderat Nettig offensichtlich vieles nicht verstanden — wie aus seiner Aussendung hervorgeht, scheint er ja meine Antrittsrede als Stadträtin auch auf den gestrigen Tag rückverlegt zu haben“, schloß Schirmer. (Schluß) hrs/rr

## **Käseproblem: Gute Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Marktamt**

Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Dank der ausgezeichneten Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsministerium und Marktamt der Stadt Wien konnten in den letzten Tagen in Wien drei Käsesorten, bei denen die Proben des Marktamtes Listerienbefall ergaben, aus dem Verkehr gezogen werden. Bei einer vierten Sorte, die auf einer Schweizer Liste steht, wurden heute, Freitag, ebenfalls Proben genommen und der Käse, der in einem Spezialitätengeschäft geführt wurde, ebenfalls eingezogen.

„Die Wiener Konsumenten können sicher sein, daß die Kontrollen genau, rasch und gründlich durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch den Importeuren und dem Großhandel danken, die freiwillig für die rasche Rückholung der betreffenden Käsesorten gesorgt haben“, betonte Konsumentenstadtrat Christine SCHIRMER dazu Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Bei den bisher aus dem Verkehr gezogenen Sorten in Wien handelt es sich um die Sorten Belle Bressone, Bresse bleue und Stangenkäse aus Wolfpassing (Pikano). Heute wurden Proben der Schweizer Sorte Arenbergerkäse gezogen, und dieser Käse vorbeugend ebenfalls bereits entfernt. (Schluß) hrs/rr

## Wiener Gemeinderat

### Budgetdebatte – Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat setzte Freitag die Budgetverhandlungen mit der Geschäftsgruppe Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst fort.

GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) stellte sich als selbständige Unternehmerin vor und nahm aus dieser Sicht zu den Ladenöffnungszeiten Stellung. Der Ladenschluß wurde von der Gewerkschaft, so Kariotis, in den letzten Jahren zu einem Konflikt Unternehmer – Handelsangestellte umfunktioniert. Durch flexiblere Ladenöffnungszeiten dürfe es auf keinen Fall zu einer Schlechterstellung der Handelsangestellten kommen. Sie sehe aber die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaft darin, für humane und sichere Arbeitsplätze zu kämpfen und nicht darin, durch den jetzigen Kampf gegen flexiblere Ladenöffnungszeiten den Wünschen und Bedürfnissen der Konsumenten entgegenzuarbeiten. Die Rednerin verwies auf die große Zahl von Wien-Touristen, die an Samstagnachmittagen vor verschlossenen Rollbalken stehen, wodurch wertvolle Devisen verlorengehen.

Abschließend stellte Kariotis die Frage, was unter dem Aufgabenbereich „Frauenfragen“ zu verstehen sei, da im Voranschlag keine derartigen Budgetposten zu finden seien.

GR. Rosemarie WALLNER (ÖVP) bezeichnete als wesentliche Probleme der Wiener Landwirtschaft die geringe Betriebsfläche, die Flächenverluste und die oft jahrelange Unsicherheit über den Weiterbestand des Betriebes bei geplanten neuen Flächennutzungen. Für die Frauen in der Landwirtschaft komme dazu noch die Doppelbelastung am Arbeitsplatz und in der Familie. Davon abgesehen habe jedoch die Wiener Landwirtschaft angesichts eines großen Absatzgebietes und günstiger Produktionsbedingungen viele Chancen. Nachteilig wirken sich für sie die „Kofferraum-Importe“ aus, die vielfach qualitativ geringwertiger sind als die in Wien hergestellten Produkte. Bedenklich sei die Tatsache, daß beim Donauraum-Wettbewerb ein Teilnehmer mit einem Sonderpreis ausgezeichnet wurde, der die Absiedlung von Simmeringer Gärtnern vorgeschlagen hatte. Der ÖVP sei jedoch der Schutz der Gärtner ein Anliegen. Als nachteilig bezeichnete Rosemarie Wallner Straßenrückbauten in Stadtteilen nördlich der Donau, die dazu führen, daß diese Verkehrswege von Bauern mit überbreiten Fahrzeugen nicht mehr benützt werden können. Weite Umwege müssen deshalb in Kauf genommen werden.

GR. JANK (SPÖ) betonte zur Ladenschlußdiskussion, es müsse sachlich und zielstrebig weiter verhandelt werden, damit für die Beschäftigten, die Arbeitgeber und die Konsumenten eine akzeptable Lösung gefunden werden könne. Jank verwies darauf, daß drei Viertel der Gewerbetreibenden die derzeitigen Öffnungszeiten nicht ausnützen. Er sprach sich für eine gewerberechtliche Vereinheitlichung aus; es sei schon merkwürdig, daß bei Preistreibern nur ein Verwaltungsstrafverfahren drohe, während bei Preisunterschreitungen strafrechtliche Bestimmungen gelten.

Konsumenten hätten ein Recht auf einwandfreie Produkte. Konsumentenschutz und Umweltschutz bilden heute bereits eine Einheit, die Bürger sind mündiger geworden, sie sind kritische Käufer. In diesem Sinn würdigte GR. Jank die Arbeit der Lebensmittelkontrolle. In einem ANTRAG forderte der Redner den Wiener Stadtsenat auf, sich beim Bund für ein Einfuhr- und Verkaufsverbot für Spraydosen und PVC-hältige Kunststoffgebinde sowie für die Wiedereinführung von Mehrwegpfandflaschen einzusetzen.

StR. Christine SCHIRMER (SPÖ) skizzierte die Vorhaben ihres Ressorts, das eine Fülle von Aufgaben beinhalte und Ausdruck einer bevölkerungs-

nahen Politik der Stadt Wien sei. Schirmer wies auf die Verdienste von StR. SEIDL hin und betonte, daß sie auf verschiedenen Gebieten auf die Ergebnisse der Arbeit von StR. Seidl aufbauen könne.

Im Bereich des Konsumentenschutzes wies Schirmer auf das gute Lebensmittelschutzgesetz in Wien und die Zusammenarbeit der Wiener Gärtner hin. Als besondere Anliegen nannte sie die Nahversorgung in Stadtrandgebieten, Information und Alternativangebote im Bereich unnötiger Verpackungen und umweltschädlicher Spraydosen, Preis- und Qualitätskontrollen bei Biowaren und den Ankauf umweltfreundlicher Produkte auch im zentralen Einkauf der Stadt Wien. Für die Frauen will Schirmer eine Frauenservicestelle im Stadtratsbüro einrichten, die Hilfe für Frauengruppen ausbauen und generell den Frauen die Möglichkeit geben, noch mehr als bisher an der Gestaltung der Stadt und der Gesellschaft teilzuhaben.

Den Zugang zum Recht für alle Menschen nannte Schirmer als wichtiges demokratisches Anliegen. Hier gelte es, durch Rechtsbereinigung sowie Überprüfung und Vereinheitlichung von Gesetzestexten Erleichterung zu schaffen. Weiters sei die Verleihung von Staatsbürgerschaften zu entbürokratisieren und die Einbeziehung von Gastarbeiterkindern als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

Der Bürgerdienst soll weiter ausgebaut und darüber hinaus auch zu einer Anlaufstelle für gesellschaftlich wichtige Aktivitäten werden.

Zur Ladenschlußfrage sagte Schirmer schließlich, daß längere Öffnungszeiten eben auch eine Belastung der Handelsangestellten — 70 Prozent davon sind Frauen — darstellen. Sie sei dafür, daß hier in Absprache aller Beteiligten ein gemeinsamer Weg gefunden werde, wobei jedoch auch für die Handelsangestellten eine Partizipation an eventuellen Umsatzsteigerungen möglich sein müsse.

#### **Budgetdebatte – Gesundheits- und Spitalswesen**

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) meinte, daß die notfallsmedizinische Versorgung zu verbessern sei, da unsachgemäße Betreuung oftmals zu Todesfällen beim Transport in das Krankenhaus führe. Landauer verlangte Maßnahmen der Stadt zur Verbesserung der Ausbildung der Notärzte und des Rettungsdienstes. Die Überlastung des Pflegepersonals sollte durch den Einsatz von Turnusärzten in der städtischen Krankenpflege verbessert werden. GR. Landauer brachte einen entsprechenden ANTRAG ein. Abschließend erklärte sie, daß im Gesundheitswesen mehr Eigenleistung der Patienten sowie mehr Sparsamkeit bei der technischen und personellen Ausstattung der Krankenanstalten notwendig sei.

GR. Dr. RASINGER (ÖVP) stellte fest, daß er als Arzt zu viele Menschen sinnlos habe sterben sehen, obwohl es so viele Gesundheitsaktionen der Stadt Wien gibt. Es müsse viel mehr Geld für eine entsprechende Informationsarbeit aufgewendet werden, wie das Beispiel der AIDS-Aufklärung beweise. Weder die Raucherberatung, noch die Kinderlähmungsschluckimpfung, die Zeckenimpfung oder die Krebsuntersuchungen werden ausreichend in Anspruch genommen. Mit Dr. Kurt STEYRER (SPÖ) sei zwar ein Pionier der Vorsorgemedizin im Gemeinderat vertreten, dennoch sei dieses Programm von den Krankenkassen „abgedreht“ worden. Das Wiener Programm der Vorsorgeuntersuchungen habe zwar 1987 die Zahl der Untersuchten auf 8.900 deutlich steigen lassen, dennoch sei dies kein Grund zum Jubeln. Das Gesundheitsamt sollte ein Zentrum der Vorsorgemedizin sein. Der hohe Abgang der Spitäler könnte um ein Viertel durch häusliche Betreuung verringert werden. Zahlreiche Modelle der Praxis hätten sich bewährt. Abschließend stellte Dr. Rasinger fest, daß das Rettungswesen und die Notfallsausbildung in Wien international vorbildlich sei und dieser richtige Weg weitergegangen werden muß.

Forts. von Blatt 2687

Forts. auf Blatt 2689

Die Diskussionen im Bereich der Gesundheitspolitik waren in letzter Zeit vom verstärkten Finanzbedarf geprägt, erklärte GR. Ilse FORSTER (SPÖ). Die Anhebung der Höchstbemessungsgrundlage zur Sozialversicherung bezeichnete Forster in diesem Zusammenhang als sozial ausgewogener als den Kostenbeitrag von 50 Schilling. Die Gründe für die Kostensteigerung im Gesundheitsbereich liegen in Wien darin, daß ein Viertel der Bevölkerung über 60 Jahre alt sei, und die Verweildauer in den Krankenhäusern gesenkt wurde. Die Verweildauer betrage zur Zeit 11,2 Tage. Auch die medizinischen Spitzenleistungen und die dadurch bedingte modernste Technologie, die in den Wiener Spitälern eingesetzt wird, verursachen höhere Kosten.

Wien sei das einzige Bundesland, das über eine öffentlich aufliegende Wartelisten für Jungärzte, die auf einen Turnusplatz warten, verfüge. Derzeit stehen rund 2.500 Jungärzte auf dieser Liste. Die SPÖ verfolge mit großer Sorge die steigende Zahl der „arbeitslosen Jungärzte“. Forster stellte den ANTRAG, mit den zuständigen Ministerien Verhandlungen aufzunehmen, damit auch in den übrigen Bundesländern mehr Ausbildungsstellen geschaffen werden. Der Antrag beinhaltet weiters die Forderung, Lehrpraxen zu schaffen und die Überprüfung der Möglichkeit, in welcher Form Jungärzte während der Wartezeit für Forschungszwecke eingesetzt werden könnten, sowie die Schaffung einer gesamtösterreichischen Vorkmerklisse.

Die Diskussion über die Gesundheitspolitik sei nicht allein eine Finanzierungsfrage, stellte StR. Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER (SPÖ) in seinem Schlußwort fest. Es gehe zunächst darum, zu erreichen, daß der gesunde Mensch gesund bleibt und daß der Kranke bald gesund wird. Und nun müsse man eine Vision entwickeln, was alles im Gesundheitsbereich notwendig sei, um dann zu fragen, was es kostet und wie es realisiert werden kann. Das Wiener Modell der Vorsorgeuntersuchung habe sich bewährt, und er setze große Hoffnungen in das neu gegründete Institut für Umweltmedizin. Zur Forderung, die Psychohygiene zu verstärken, meinte der Stadtrat, es sei nicht nötig, eine eigene Abteilung zu errichten, die Psychosomatik solle viel stärker in die Medizinische Schule einbezogen werden.

Der Zielplan für die Krankenanstalten sieht eine dreistufige Versorgung vor. Die erste Anlaufstelle sind die Ärzte, in zweiter Linie steht die medizinische Versorgung in den Ambulanzen und Ambulatorien, und erst dann sollte die Einweisung in das Krankenhaus erfolgen. Aber auch die soziale Versorgung gehört dazu. Die niedergelassenen praktischen Ärzte sollen die Drehscheibe für die medizinische Versorgung sein. Von hier wird der Patient zu den Fachärzten, in die Ambulatorien oder in die Krankenanstalten überwiesen. Die zweite Drehscheibe der Versorgung sind die sozialen Stützpunkte. Sie verfügen über die Einrichtungen der mobilen Schwestern und der verschiedenen Sozialen Dienste. Beide Drehscheiben müßten einen engen Kontakt haben. Damit sei die medizinische und soziale Betreuung der Patienten zu bewältigen.

In der neuen Legislaturperiode wird es bedeutende Veränderungen in der regionalen Versorgung geben. Der erste Teil des SMZ-Ost mit 550 Betten wird in Betrieb gehen, das neue AKH wird teilweise den Betrieb aufnehmen. In diesem Zusammenhang bat Stacher alle Fraktionen des Gemeinderates um Zusammenarbeit bei der Regelung der lokalen Bettenversorgung. Es werde nämlich nötig sein, im Westen der Stadt Abteilungen zu sperren oder in Pflegeabteilungen umzuwandeln.

#### **Schlußwort Mayr – Abstimmung über Budget**

In seinem Schlußwort erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR (SPÖ), seine Empfehlung, die SPÖ-Anträge anzunehmen, jedoch jene von ÖVP und FPÖ zuzuweisen oder abzulehnen, sei dadurch begründet, daß mit den SPÖ-Anträgen Ersuchen an den Stadtsenat verbunden seien, in ver-

Forts. von Blatt 2688

Forts. auf Blatt 2690

schiedenen Materien bundeseinheitliche Regelungen herbeizuführen.

- Der Voranschlag 1988 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.
- Die ÖVP-Anträge betreffend Beteiligungskommission und Tieflegung des Gürtels beim Westbahnhof wurden mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Die übrigen Anträge von ÖVP und FPÖ wurden einstimmig Ausschüssen zugewiesen. Die SPÖ-Anträge wurden einstimmig angenommen.
- Die zum Budget eingebrachten „Erinnerungen“ wurde einstimmig zugewiesen.
- Die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.
- Der Finanz- und Investitionsplan 1988 — 1992 wurden einstimmig zur Kenntnis genommen.
- Die Wertgrenzenfeststellung fand einhellige Zustimmung.

#### **Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke**

StR. HATZL nannte als Kennzeichen des Wirtschaftsplans der Stadtwerke 1988 hohe Investitionen, wichtige Umweltschutzmaßnahmen, eine aktive Konsumentenpolitik, aber auch Belastungen für die Unternehmen durch die Aufhebung der Vermögenssteuerbefreiung und eine hohe Unsicherheit der Energieeinstandspreise.

Hatzl verwies auf die Arbeit der letzten Jahre, die unter anderem durch Investitionen von 12,5 Milliarden bei den E-Werken, Gaswerken und Heizwerken gekennzeichnet war. In allen diesen Bereichen wurde die Infrastruktur wesentlich verbessert und die abgegebene Energiemenge erhöht. Durch vielfache Umstellungen auf Gas- und Fernwärmeheizungen sowie durch gezielte Umweltinvestitionen konnte eine wesentliche Umweltverbesserung erreicht werden. Die Verbesserung der Gas- und Stromverrechnung führte Hatzl als eines einer Reihe von Kriterien für die gestiegene Kundendienstfreundlichkeit bei den Stadtwerken an. Bei den Verkehrsbetrieben gelang — auch durch wichtige Investitionen im Oberflächenverkehr — eine Steigerung der Fahrgastfrequenz auf 600 Millionen im Jahr.

Für das Jahr 1988 nannte Hatzl bei vorsichtiger Berechnung der Energieeinstandspreise einen Gesamtverlust der Wiener Stadtwerke von 334 Millionen, resultierend aus Verlusten der Verkehrsbetriebe von 520 Millionen und Gewinnen der E-Werke von 182 Millionen, der Gaswerke von drei Millionen und der Bestattung von einer halben Million. Hatzl wies darauf hin, daß bei den Berechnungen die Konsumentenpreise trotz der Unsicherheit der Energieeinstandspreise als gleichbleibend angenommen wurden. Dem finanziellen Beitrag der Hoheitsverwaltung für die Verkehrsbetriebe in der Höhe von 3,5 Milliarden Schilling sei es zu danken, daß das Angebot auf diesem Gebiet weiter verbessert werden könne. Für den Finanzplan der Wiener Stadtwerke nannte Hatzl einen Geldbedarf von 23,85 Milliarden Schilling und eine Geldbedeckung von 22,06 Milliarden Schilling und somit einen Fehlbetrag von rund 1,78 Milliarden Schilling. Bei einer Sperre im Investitionsplan von rund 390 Millionen Schilling sei ein Betrag von 1,39 Milliarden mit Fremdmittel zu bedecken.

Für die kommende Geschäftsperiode des Gemeinderates kündigte Hatzl weitere Investitionen im Dienste der Energieversorgungssicherheit, der Wirtschaftlichkeit und damit auch konsumentenfreundlicher Tarife sowie des Umweltschutzes an. Bei den Verkehrsbetrieben sind wichtige Erweiterungen des U-Bahn-Netzes mit der Eröffnung der U 6 von Heiligenstadt bis Philadelphiabrücke 1989 und der U 3 von Erdberg bis Volkstheater 1991 und der raschen Weiterführung dieser Linien nach Siebenhirten beziehungsweise Ottakring zu erwarten. Mit dem Bund sei über eine Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf und der U 3 nach Simmering zu verhandeln.

Forts. von Blatt 2689

Forts. auf Blatt 2691

GR. ZEIHSEL (FPÖ) forderte verstärkte Beschleunigungsmaßnahmen für Straßenbahn und Busse in den nächsten Jahren. Zur geplanten Novellierung des Gebrauchsabgabegesetzes stellte der Redner fest, daß die Gebrauchsabgabe von 3 auf 6 Prozent erhöht werde. Wenn dieser Betrag von den Wiener Stadtwerken nun in doppelter Höhe zu leisten sei, müsse befürchtet werden, daß die Wiener Stadtwerke ihre Tarife erhöhen.

GR. STRATIL (ÖVP) sagte, daß er namens der ÖVP den Wirtschaftsplan der Stadtwerke ablehne. Die notwendige Transparenz werde vernachlässigt. Der veranschlagte hohe Verlust werde vermutlich nicht der Realität entsprechen, weil die Stadtwerke in den letzten Jahren zumeist Gewinne gemacht haben. Die ÖVP anerkenne zwar die Leistungen der Wiener Stadtwerke, sie kritisiere aber die Personalpolitik. Mit 1,2 Milliarden Schilling werde für die Überstunden der Bediensteten der Stadtwerke ebensoviel ausgegeben wie für alle anderen Magistratsbediensteten zusammen. Mit einer Arbeitszeitverkürzung könne sich diese Situation nur verschärfen. Außerdem seien keine Rationalisierungsmaßnahmen erkennbar. Im fünfjährigen Investitionsplan seien keine Perspektiven feststellbar, wohl aber ein Verlust von 2,72 Milliarden Schilling für 1992 zu erwarten. GR. Stratil brachte einen ANTRAG ein, mit dem die ÖVP eine Strompreissenkung verlangt. Ein zweiter ANTRAG soll eine Studie zur Erarbeitung eines konsumentenfreundlichen Grundpreises zur Folge haben.

GR. Eleonora HOSTASCH (SPÖ) widersprach energisch den Vorwürfen von GR. Stratil (ÖVP), daß der Wirtschaftsplan nicht korrekte Zahlen aufweise. Der Wirtschaftsplan sei entsprechend den Statuten, die vom Gemeinderat beschlossen wurden, erarbeitet. Eine Analyse dieses Wirtschaftsplanes zeige, daß die Verantwortlichen sehr kostenbewußt agieren. Die Wiener Stadtwerke sind das größte kommunale Unternehmen Österreichs und haben in den letzten vier Jahren insgesamt 15 Milliarden Schilling investiert. Damit wurden wesentliche Impulse für die Gesamtwirtschaft, für den Arbeitsmarkt und für die Umwelt gesetzt. Die konsequente Umweltpolitik der E-Werke und der Gaswerke werde fortgesetzt. Trotz der Unsicherheit bei den Energieeinstandspreisen konnte die ursprünglich mit Ende dieses Jahres befristete Tarifsenkung bis Ende Juni des kommenden Jahres verlängert werden. Auch die Heizbetriebe Wien investieren viel in den Umweltschutz. Aus technischen und wirtschaftlichen Gründen sei es das beste, die zerstörte Müllverbrennungsanlage Spittelau wieder an Ort und Stelle zu errichten. Sie wird mit der neuesten Umwelttechnologie ausgerüstet und wird voraussichtlich in ein- bis eineinhalb Jahren wieder in Betrieb genommen.

In seinem Schlußwort erklärte StR. Hatzl, bei Strom, Gas und Fernwärme sei es innerhalb weniger Jahre zu spürbaren Preissenkungen gekommen. Hatzl verwies auf die Schwierigkeiten, angesichts steigender Steuer- und Personalkostenbelastungen diese Tarife zu ermöglichen.

Es gebe keine Kritik des Rechnungshofes an den Wiener Stadtwerken, diese verfolgen aber mit Interesse die Berichte in anderen Bereichen. Grundsätzlich seien jedoch Rechnungshofberichte als Meinungsäußerungen zu betrachten, aus denen Schlüsse zu ziehen sind, sie seien jedoch sicher nicht unfehlbar.

Der Personalaufwand ist wohl bei den E-Werken gestiegen, sagte Hatzl, bei Gaswerken und Verkehrsbetrieben aber um jeweils ein Viertel gesunken. Überstunden seien nicht „an den Schreibtischen“ festzustellen, sondern beispielsweise im Fahrdienst oder im Bereich des Rohrnetzes und auch durch die Beschäftigung zusätzlichen Personals nicht zu vermeiden.

Wenn darauf hingewiesen werde, daß die NEWAG „ihren“ Strom billiger erzeugt, dürfe man nicht übersehen, daß dies mit Hilfe von Kohle geschieht. Und dies sei im Wiener Stadtgebiet sicher nicht wünschenswert. Im kommenden Jahr soll ein neues Tarifsysteem entwickelt werden, wobei spar-

Forts. von Blatt 2690

Forts. auf Blatt 2692

same Energiebezieher belohnt werden sollen. Das Wirtschaftsvolumen der Wiener Stadtwerke liege bei 21 Milliarden Schilling. Die Fehlerquelle zwischen Wirtschaftsplan und Rechnungsabschluß liege lediglich bei einem bis eineinhalb Prozent, und jeder andere Unternehmer könnte auf eine solche Präzision stolz sein.

**ABSTIMMUNG:** Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen, der ÖVP-Antrag bezüglich eines konsumentenfreundlichen Grundpreises für Strom wurde zugewiesen, ein weiterer ÖVP-Antrag, den Wiener Strompreis analog jenem in Niederösterreich zu kalkulieren, wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

### **Budgetdebatte - Gebührenerhöhungen**

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) beantragte die Erhöhung der Wassergebühren um 7,84 Prozent sowie die Erhöhung der Gebühren für die Müllabfuhr und der Kanalgebühren um jeweils 15 Prozent. Mayr wies auf die zusätzlichen Kosten für die flächendeckende getrennte Müllsammlung und auf die Notwendigkeit der Vorsorge für eine geordnete Ver- und Entsorgung hin. Insgesamt sind die Mehreinnahmen durch die erhöhten Gebühren auf 403 Millionen Schilling zu beziffern. Diese Summe ist jedoch aufgrund des Ausgabenrahmens in allen drei Bereichen notwendig.

GR. Mag. KABAS (FPÖ) sagte, daß die Gebühren für die Müllabfuhr innerhalb eines Jahres um 30 Prozent und die für das Wasser im selben Zeitraum um 12 Prozent gestiegen sind. Kabas zweifelte die Kalkulationsunterlagen für die Erhöhung an. Verschiedene Posten seien zu Unrecht eingerechnet worden. Darüber hinaus habe StR. Braun angekündigt, die getrennte Müllsammlung bei gleichbleibenden Müllgebühren durchzuführen.

GR. DALLER (ÖVP) wandte sich gegen die Einbeziehung kalkulatorischer Kosten wie Wertabschreibung und Zinsen in die Errechnung der Müll-, Wasser- und Kanalgebühren. Nach Berechnung der ÖVP werde sich der Finanzstadtrat aufgrund der geplanten Erhöhungen einen Gewinn von 200 Millionen für das Gemeindebudget aus diesen drei Positionen holen. Das könne die ÖVP nur ablehnen.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) stellte fest, daß Gebührenerhöhungen niemandem Vergnügen bereiten, aber aus der Notwendigkeit einer betriebswirtschaftlichen Führung der Ver- und Entsorgung notwendig sind, damit entsprechende Reparaturen und Investitionen erfolgen können.

Die Notwendigkeit der Mülltrennung ist unbestritten, weil die Deponiemöglichkeiten beschränkt sind. Mülltrennung kostet durch die Anschaffung der Müllbehälter und durch ein Abholssystem mehr, reduziert aber den Müll um 20 bis 25 Prozent.

Zu den angeblich hohen Wiener Wassergebühren nannte Riedler die Wassergebühren einiger deutscher Städte zum Vergleich. Gelsenkirchen, wo die Wasserversorgung durch ein Privatunternehmen erfolgt, nimmt dabei mit 22 Schilling pro Kubikmeter den Spitzenplatz ein und hat damit einen doppelt so hohen Wasserpreis als Wien. Die Wiener Bevölkerung hingegen bekomme für 11 Schilling pro Kubikmeter ausgezeichnetes Hochquellenwasser. Bei einem täglichen Wasserverbrauch von 130 Liter pro Haushalt bedeutet das, daß ein Wiener Haushalt für seinen täglichen Verbrauch 1,43 Schilling aufwendet, was etwa dem Preis einer Zigarette entspricht.

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort, daß er sich zu den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit bekenne. Dies müsse auch für ein gemeindeeigenes Unternehmen Geltung haben.

**ABSTIMMUNG:** Die Gebührenerhöhungen wurden mit den Stimmen der SPÖ beschlossen.

Forts. von Blatt 2691

Forts. auf Blatt 2693

**Neuregelung der Pensionslasten der Stadtwerke**

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) beantragte eine Neuregelung der Übernahme der Pensionslasten der Wiener Stadtwerke durch die Hoheitsverwaltung. Ab 1. Jänner 1988 wird die Stadt Wien lediglich die Pensionslasten der Verkehrsbetriebe tragen, während die E-Werke und die Gaswerke die Pensionslasten selbst tragen. Die E-Werke und die Gaswerke haben bereits im Rechnungsabschluß 1987 eine entsprechende Pensionsrückstellung zu bilden. Die Verkehrsbetriebe haben der Stadt Wien einen Dienstgeberpensionsbeitrag von 20 Prozent der Aktivbezüge ihrer Bediensteten zu leisten. Die Pensionsbeiträge der aktiv Bediensteten bei den Verkehrsbetrieben fließen der Stadt Wien zu.

Mayr erklärte, daß die bisherige Regelung, die seit 1970 gilt, deshalb zu Diskussionen geführt habe, weil nicht sehr einfach ersichtlich war, welche Leistungen weitergegeben wurden. Die Neuregelung solle für mehr Klarheit sorgen.

GR. STRATIL (ÖVP) lehnte seitens seiner Fraktion die Neuregelung ab. Das vorliegende Geschäftsstück beweise, daß die Strom- und Gaspreise zu hoch waren und deshalb seit Jahren gewinnmindernde Rücklagen gebildet werden mußten. Die neue Pensionsregelung diene lediglich dem Abbau zu hoher Rücklagen. Schon 1986 hätten die Rücklagen und Rückstellungen 90 Prozent des Jahresumsatzes erreicht. Es sei zu befürchten, daß die neue Regelung Vorschub für künftige Tarifierhöhungen leisten könnte.

GR. Ing. HUBER (SPÖ) verwies darauf, daß sich im nächsten halben Jahr der Strom- und Gaspreis nicht ändern werde. Ziel der Regelung 1970 war eine Verbesserung der Situation der Stadtwerke. Die E-Werke und die Gaswerke werden nun künftig ihre Pensionslasten selbst tragen, nur bei den Verkehrsbetrieben sei weiterhin eine Übernahme der Pensionslasten durch die Stadt notwendig.

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) stellte abschließend fest, daß durch die Neuregelung die Transparenz erhöht werde, ohne daß wirtschaftliche Auswirkungen zu erwarten sind. Es handle sich lediglich um eine verrechnungstechnische Änderung.

**ABSTIMMUNG:** Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

**Sachkrediterhöhung Praterstadion**

GR. BROSCHE (SPÖ) stellte den Antrag auf Erhöhung des Sachkredites für die Sanierung des Wiener Praterstadions von 418 Millionen auf 592 Millionen Schilling.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sprach von einer ungeheuren Kostensteigerung. Jeder kleine Häuselbauer müsse vor Baubeginn auch die Kosten planen. Auch das nachträgliche Sicherheitspaket könne diese Steigerungsrate nicht rechtfertigen. Es sind Kosten eingetreten, die in dieser Höhe und wegen der mangelhaften Kalkulation nicht gebilligt werden können.

Unsere damaligen Bedenken haben sich nun als richtig gezeigt, betonte GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP). Bereits 1984 habe er einen Betrag von rund 600 Millionen für die Sanierung des Stadions prognostiziert. Mit diesem Geld hätte man auch ein neues Stadion errichten können. Die Kostenschätzung war offensichtlich dilettantisch. Der verantwortliche Ziviltechniker habe eine totale Fehleinschätzung zu verantworten. Unregelmäßigkeiten vermutete der Redner auch bei der Vergabe des Bauauftrages. Das Kontrollamt solle zusätzlich zu der Überprüfung der Kostensteigerungen auch die Vergabe des Bauauftrages sowie die Berechtigung der Honoraranteile des Ziviltechnikers überprüfen.

GR. BRIX (SPÖ) wandte sich dagegen, das Wiener Praterstadion in der Öffentlichkeit „mies zu machen“. Es stimme, daß mehr Geld für die Sanierung benötigt wurde, aber für diesen Betrag wurde auch etwas geleistet. Das Stadion erfüllt jetzt eine multifunktionale Aufgabe, dient dem Spitzensport, dem Breitensport und wird auch für Open-Airs verwendet. Ein Abbruch und Neubau hätte doppelt so viel gekostet wie die Sanierung. Brix begrüßte es, daß das Kontrollamt mit einer Prüfung der Kostensteigerung befaßt wird.

In seinem Schlußwort betonte GR. BROSCHE (SPÖ), daß das Sicherheitspaket keine ökonomische Frage sei. Leider werde Sicherheit heute immer teurer, man dürfe aber nicht von Fehlleistungen sprechen. Zu den Ausführungen von GR. Mandahus sagte Brosch, der ÖVP-Mandatar hätte den Kontrollamtsbericht abwarten sollen und nicht Verdächtigungen aussprechen sollen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

### **Wettbewerb Donaauraum Wien**

GR. HAAS (SPÖ) beantragte eine Sachkrediterhöhung von 9,9 Millionen Schilling für den Wettbewerb Donaauraum Wien.

GR. Mag. KABAS (FPÖ) erklärte, seine Fraktion stehe der urbanen Entwicklung des Donaauraums positiv gegenüber. Ziel sei es, die Stadtteile beiderseits der Donau zu einem Ganzen zu verbinden. Er machte jedoch auf beginnenden Zeitdruck aufmerksam, denn vor den möglicherweise irreversiblen Entscheidungen seien umfassende Informationen notwendig.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) vertrat die Ansicht, wenn eine neustädtebauliche Chance wahrgenommen werden soll, sei dafür keine Summe zu hoch. Man hätte den Wettbewerb jedoch sorgfältig vorbereiten müssen, und es fehlten auch klare politische Zielvorgaben. Nach Meinung der ÖVP hätte der Wettbewerb zweistufig in der Weise abgewickelt werden sollen, daß in der ersten Phase die Grundsätze festzulegen gewesen wären, während der zweite Schritt die Konkretisierung hätte bringen müssen. Allerdings sind nun bereits so viele fachliche Informationen gesammelt worden, daß eine emotionsfreie Diskussion geführt werden kann. Im Interesse Wiens sei die ÖVP bereit, an diesem Wettbewerb mitzuarbeiten.

GR. SEVCIK (SPÖ) erklärte, man müsse im Donaauraum den großen Zusammenhang im Auge behalten. Unter diesem Gesichtspunkt könne auch eine weitere Erhöhung des Sachkredits nicht ausgeschlossen werden.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

### **Budgetdebatte – Einstellung der Förderung für den Dachbodenausbau**

GR. SEVCIK (SPÖ) beantragte die Einstellung der Förderungsaktion zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke mit Jahresende.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) erklärte, daß mit dieser Aktion jährlich 30 Dachböden ausgebaut wurden. Die Stadt Wien habe diese Aktion kaum genutzt, obwohl eine eigene Studie ergab, daß die Hälfte der städtischen Althäuser im 1. Bezirk für derartige Ausbauten geeignet sei. Die Aktion sei zugegebenermaßen eine Förderung elitärer Wohnformen, aber die ersatzlose Streichung ohne Überlegungen, wie es weitergehen könnte, sei abzulehnen.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) stellte fest, daß die Aktion 1988 in der Neuregelung der Wohnbauförderung berücksichtigt werden soll, wobei es vor allem auch zu einer Begrenzung der Einkommen der Antragsteller sowie der Größe der Dachböden kommen soll. Insgesamt wurden bisher 360 Dachbodenausbauten mit dieser Aktion gefördert. Die beabsichtigte Einstellung bedeute lediglich einen Stopp der Ansuchen mit Jahresende. Die der-

Forts. von Blatt 2693

Forts. auf Blatt 2695

zeit 26 vorliegenden Ansuchen werden erst im kommenden Jahr verwirklicht. Zu diesem Zeitpunkt wird es bereits Überlegungen für eine Neugestaltung des Dachbodenausbaus geben.

**ABSTIMMUNG:** Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

#### **Kauf von Grundstücken in Simmering**

GR. SEVCIK (SPÖ) beantragte die Zustimmung zum Kauf von Grundstücken in Kaiserebersdorf zum Zwecke der Errichtung von Wohnraum.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) schlug vor, diese Flächen für Erholungszwecke, für Kleingärten oder für eine Gartensiedlung, nicht jedoch für eine Wohnbebauung zu nützen. Jetzt, wo die ersten Schübe der Stadterneuerung erkennbar seien, sollte kein Wohnbau großen Stils als Stadterweiterungsmaßnahme mehr errichtet werden.

GR. HAAS (SPÖ) stellte fest, daß bereits jetzt in der Umgebung dieser Flächen größere Wohnhausanlagen und auch Gärtnereien bestehen und diese Grundstücke eine „große Baulücke“ darstellten, die eine sinnvolle Bebauung möglich machen. In diesem Zusammenhang sei auch eine Verbesserung der Verkehrsverbindungen anzustreben. Beides werde von der Simmeringer Bevölkerung gewünscht und begrüßt.

GR. SEVCIK (SPÖ) unterstrich, daß sich im Fall des Leberbergs wirklich gute Möglichkeiten für eine Wohnbebauung bieten und empfahl die Annahme des Antrags.

**ABSTIMMUNG:** Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 17.20 Uhr. Morgen, Samstag, finden ab 9 Uhr weitere Sitzungen des Landtags und Gemeinderates statt.  
(Schluß) red

Forts. von Blatt 2694

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr.  
Samstag 10 bis 17 Uhr.  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr.  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MIP 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Montag, 14. Dezember 1987

Blatt 2703

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Kommunal/Lokal:

- Neue Neuroonkologische Ambulanz im Allgemeinen Krankenhaus (2704/FS: 13.12.)
- Weihnachtsaktion in der Stadtinformation (2705)
- „Wiener-Ferienspiel für Familien“ 1987/88 (2706)
- Hanke Vorsitzender des GRA Bildung, Jugend, Familie und Soziales (2707)
- Verkehrsberuhigung im Zentrum von Nußdorf (2708)
- Zwangsabschuß auf der Donauinsel (2709)
- Dachgleiche beim ersten Bettenhaus des SMZ-Ost (2710)
- ÖVP: Verkehrsbetriebe sind zu wenig kundenfreundlich (2711)
- Hatzl: Bei ÖVP-Vorschlägen fehlt das Finanzierungskonzept (2711)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Müllwagen explodiert (nur FS)

### Bezirke:

- Konstituierung der Bezirksvertretungen (2707)

### Kultur:

- Festwochen-Programm 1988 (2712)
- Pasterk: Festwochen-Intendanz soll ausgeschrieben werden (2712)

## **Neue Neuroonkologische Ambulanz im Allgemeinen Krankenhaus**

**Für bösartige Erkrankungen des Zentralnervensystems**

Wien, 13.12. (RK-LOKAL) In der Neurologischen Universitätsklinik im Allgemeinen Krankenhaus wurde eine Neuroonkologische Ambulanz eingerichtet. Sie ist jeden Freitag von 13 bis 15 Uhr geöffnet und wurde für die klinisch-neurologische Nachversorgung von Patienten geschaffen, bei denen bösartige Wucherungen im Bereich des Zentralnervensystems (Gehirn, Rückenmark) durch Gewebentnahmen festgestellt oder operativ behandelt wurden. (Schluß) and/rr

• Bereits am 13. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## Weihnachtsaktion in der Stadtinformation

### Slot-Car-Racing im Rathaus

Wien, 14.12. (RK-LOKAL) Eine Riesenüberraschung gibt es für alle Kinder und Junggebliebene in der Schmidthalle des Wiener Rathauses. Die Mitarbeiter der Stadtinformation haben heuer als „kleines Weihnachtsgeschenk“ für die Besucher der Stadtinformation eine vier mal zwei Meter große dreispurige Autorennbahn aufgestellt. Unter der Aufsicht der Mitarbeiter der Stadtinformation können Kinder Montag bis Freitag von 7.30 bis 18 Uhr ihrer Rennbegeisterung nachgehen. Die Aktion läuft bis Ende Dezember. (Schluß) red/gg



## **„Winter-Ferienspiel für Familien“ 1987/88**

### **Freizeitprogramm für die Weihnachtsferien**

Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Ein buntes, abwechslungsreiches Angebot für die Weihnachtsferien hat das Landesjugendreferat im Rahmen des 5. „Winter-Ferienspiels für Familien“ zu bieten. Informationen zum Winter-Ferienspiel erteilt das Ferienspieltelefon unter der Nummer 42 800/4100 DW.

### **Trapper-Parade**

Eine Trapper-Parade, bei der Kinder sich als Fährtenmacher versuchen können, gibt es vom 27. bis 30. Dezember täglich um 11 und 15.30 Uhr im Tiergarten Schönbrunn.

Ebenfalls vom 27. bis 30. Dezember heißt es im Rathaus „1, 2, 3... Spielbox herbei!“. Rund 200 Gesellschaftsspiele stehen zum Ausprobieren zur Verfügung und werden auf Wunsch auch erklärt.

### **Grünes Geschenk aus dem Reservergarten Hirschstetten**

Ein „grünes Geschenk“ kann man nach der Besichtigung der Gewächshäuser des Städtischen Reservgartens Hirschstetten am 28., 29. Dezember oder am 5. Jänner mit nach Hause nehmen. Am 29., 30. Dezember oder am 4. Jänner besuchen die Ferienspieler den Postfuchs und schauen hinter die Kulissen der Brief- und Paketbeförderung.

### **Schwimmen und Tauchen auch im Winter**

Prüfungen für das Leistungsschwimmer-Abzeichen und einfache Tauchversuche können im Rahmen der Aktion „Schwimmen und Tauchen — auch im Winter!“ gemacht werden:

- am 28. Dezember und 4. Jänner im Hallenbad Donaustadt,
- am 29. Dezember im Hallenbad Hietzing,
- am 30. Dezember im Hallenbad Brigittenau und
- am 5. Jänner im Hallenbad Simmering.

Treffpunkt für die Schwimmprüfungen ist jeweils 14 Uhr, für's Tauchen 17 Uhr.

### **Disco-Parties**

Bei Disco-Parties kann man den Jahresausklang und Neujahr feiern: jeweils ab 16.30 Uhr am 30. Dezember und 2. Jänner im Jugendzentrum Wienerberg und am 29. Dezember und am 5. Jänner im Jugendzentrum Meidling. Täglich, ausgenommen am 1. Jänner, gibt es im Kosmos-Kino einen Tierfilm zu sehen. Im Anschluß an die Vorführung beantworten Fachleute Fragen über Haltung und Pflege vierbeiniger Freunde. (Schluß) jel/bs

## **Hanke Vorsitzender des GRA Bildung, Jugend, Familie und Soziales**

Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Bildung, Jugend, Familie und Soziales wurde Montag GR. Erik HANKE (SPÖ) zum Vorsitzenden gewählt. Seine beiden Stellvertreter sind GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) und GR. Johannes PROCHASKA (ÖVP). (Schluß) jel/rr

## **Konstituierung der Bezirksvertretungen**

Wien, 14.12. (RK-BEZIRKE) In den Bezirken Innere Stadt, Mariahilf, Favoriten und Hernals finden am Mittwoch, dem 16. Dezember, Sitzungen der Bezirksvertretungen statt, in denen die Konstituierung erfolgt. Die Bezirksvorsteher und deren beide Stellvertreter werden gewählt, ebenso die Mitglieder der Kommissionen und Ausschüsse.

- Innere Stadt: 14.30 Uhr, Altes Rathaus, 1, Wipplingerstraße 8, Festsaal
- Mariahilf: 17 Uhr, Bezirksvorstehung, 6, Amerlingstraße 11, Festsaal
- Favoriten: 16 Uhr, Haus der Begegnung, 10, Ada-Christen-Gasse 2 c, großer Saal
- Hernals: 16 Uhr, Bezirksvorstehung, 17, Elterleinplatz 14, Sitzungssaal (Schluß) end/bs

## **Verkehrsberuhigung Im Zentrum von Nußdorf**

Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Im Zentrum Nußdorfs wurde eine verkehrsberuhigte Zone fertiggestellt: Die Zahnradbahnstraße im 19. Bezirk wurde von der Greinergasse bis zur Bockkellerstraße auf einer Länge von 300 Metern neu gestaltet. Dem Altstadtcharakter der Gegend wurde dabei, etwa durch die Verwendung spezieller Leuchtkörper („Krischanitz-Leuchten“), besondere Rechnung getragen.

Der Umbau in eine verkehrsberuhigte Zone brachte 23 neue Bäume sowie zusätzliche Grünflächen im Umfang von 700 Quadratmetern. Die Gehsteige wurden auf einer Fläche von rund 2.000 Quadratmetern mit roten Betonsteinen ausgelegt. Durch die Verkehrsberuhigung konnten in diesem Abschnitt der Zahnradbahnstraße auch neue Parkplätze gewonnen werden: Statt bisher 70 stehen nunmehr 103 Stellplätze zur Verfügung. Das war durch eine bessere Anordnung möglich. Auf dem Plateau Zahnradbahnstraße/Greinergasse wurden Verkehrsinseln angelegt, die ein besseres Überqueren der Straße für die Fußgänger ermöglichen.

Entlang des Schreiberbaches wurde eine eigene Fußwegeverbindung geschaffen, wodurch der Stadtwanderweg an dieser Strecke aufgewertet wird.

Mit dem Umbau der Zahnradbahnstraße war Ende Juni 1987 begonnen worden, die Fertigstellung konnte statt wie vorgesehen im Mai 1988 bereits vergangene Woche erfolgen. Durch das Einsetzen der kalten Witterung konnten allerdings die Belagsarbeiten im Straßenbereich nicht mehr durchgeführt werden, das erfolgt nun im kommenden Frühjahr. Die Gesamtkosten betragen rund elf Millionen Schilling. (Schluß) roh/bs

## **Zwangsabschuß auf der Donauinsel**

Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Das Forstamt der Stadt Wien führt am Mittwoch, dem 16.12., am Montag, dem 21.12. und am Dienstag, dem 22.12., auf der Donauinsel einen Zwangsabschuß von Hasen und Kaninchen durch. Dieser Zwangsabschuß ist deshalb erforderlich, da sonst erhebliche Verbißschäden an den Aufforstungen und Neukulturen verursacht würden. Die Zugänge in das Abschlußgebiet werden abgesichert.

Die Durchführung des Zwangsabschlusses erfolgt am Mittwoch, dem 16.12., von 8 bis 14 Uhr, im Südabschnitt, Wehr 1 bis Steinspornbrücke, sowie am Montag, dem 21.12., und am Dienstag, dem 22.12., von 8 bis 12 Uhr im Nordabschnitt Brigittenauer Brücke — Landesgrenze. (Schluß)  
du/rr

## **Dachgleiche beim ersten Bettenhaus des SMZ-Ost**

**Fertigstellung April 1992**

Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Beim ersten Bettenhaus des Spitalsbaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost in der Donaustadt wurde Montag vormittag die Dachgleiche erreicht. Damit ist der Rohbau für acht Pflegestationen mit insgesamt 256 Betten fertiggestellt. Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mitteilte, konnten der Terminplan und der Kostenrahmen auch für diesen Teil des Projekts voll eingehalten werden. Die Rohbaukosten für das Bettenhaus 1, das einen umbauten Raum von 63.400 Kubikmetern hat, betragen rund 42 Millionen Schilling.

In der ersten Ausbaustufe wird das Bettenhaus zwei unfallchirurgische, drei chirurgische und drei medizinische Stationen aufnehmen. Jede Station besteht aus zwei Sechsbettzimmern, sechs Dreibettzimmern und zwei Einbettzimmern. Das zweite Bettenhaus, das ebenfalls zur ersten Ausbaustufe gehört, soll im November 1988 im Rohbau fertiggestellt werden. Es wird einen umbauten Raum von 82.000 Kubikmetern haben und im Rohbau rund 59 Millionen Schilling kosten. Dieses Bettenhaus wird in der Kinderinternen Abteilung über 64 Betten, in der Kinderchirurgischen Abteilung über 54 und in der Neonatologischen Station über 10, in der Geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung über 64, in der Neurologischen Abteilung über 32 und in der 2. Medizinischen Abteilung über 64 Betten, zusammen also über 288 Betten verfügen.

Das neue Spital im SMZ-Ost ist, wie der Gesundheitsstadtrat hervorhob, im sogenannten Pavillon-Verbundsystem konzipiert. Es vereint die Vorteile eines Pavillon-Spitals mit jenen eines Zentralbaus. Im Falle des SMZ-Ost sind an den länglichen Untersuchungs- und Behandlungstrakt die Bettenhäuser als pavillonartige Vorbauten angeschlossen. Viele Arbeitsbereiche werden in diesem Krankenhaus natürlich belichtet sein, weil sie entweder an der Außenwand oder an einem der Innenhöfe angeordnet sind.

Bereits im September wurde beim Neubau des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost die Dachgleiche des Untersuchungs- und Behandlungsbereichs der ersten Ausbaustufe gefeiert. Hier werden auch das Institut für Röntgendiagnostik, das Institut für Labormedizin, ein Pathologisch-bakteriologisches Institut, 15 Operationssäle, Intensivstationen, die Apotheke und die Zentralküche untergebracht. Dieser Trakt hat einen umbauten Raum von 500.000 Kubikmetern. Die erste Ausbaustufe des Krankenhauses (mit 544 Betten) wird im April 1992 zur Verfügung stehen. Im Frühjahr 1988 wird mit der zweiten Ausbaustufe begonnen: Es werden ein weiterer Ambulanztrakt und ein dritter Pavillon für 256 Betten errichtet. Diese Arbeiten werden 1994 abgeschlossen werden. Die Kosten für die erste und zweite Ausbaustufe betragen rund 5,25 Milliarden Schilling. (Schluß) sc/rr

## **ÖVP: Verkehrsbetriebe sind zu wenig kundenfreundlich**

Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP begrüßte es, daß Verkehrsstadtrat Hatzl nach der neuen Geschäftseinteilung nicht nur für den öffentlichen, sondern auch für den Individualverkehr zuständig ist, sagte am Montag ÖVP-Verkehrssprecher GR. Dipl.-Ing. REGLER in einem Pressegespräch. Der Öffentliche Verkehr müsse aber attraktiver werden. Dazu zählen nach Meinung der ÖVP:

- die Halbierung der Intervalle außerhalb der Stoßzeiten
- maximal 5-Minuten-Intervalle bei den U-Bahn-Linien
- keine Verdünnung der Intervalle in den Ferien
- Ausrichtung der Ampeln auf die öffentlichen Verkehrsmittel
- übertragbare Zeitkarten und
- der Entfall der Einzelausgabezuschläge.

### **Kritik an Baumaßnahmen auf dem Europaplatz**

Die ÖVP ist nach wie vor für die Tieflegung der Gürtelfahrbahnen im Bereich des Europaplatzes. Die Arbeiten sollten in einem Zug mit den Bauarbeiten am Kreuzungsbauwerk der U 3 und der U 6 erfolgen. (Schluß) fk/bs

## **Hatzl: Bei ÖVP-Vorschlägen fehlt das Finanzierungskonzept**

Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Die Vorschläge von Gemeinderat Mag. Dipl.-Ing. Roderich REGLER in dessen heutigem Pressegespräch über die Verkehrsbetriebe seien durchaus interessant, es fehle aber jeder Hinweis auf ihre Finanzierung, merkte Montag Verkehrsstadtrat Johann HATZL dazu an. Durch eine Politik der Lizitation werde man die Probleme des öffentlichen Verkehrs nicht lösen. Hatzl nannte ein Beispiel: Allein die Reduktion der Abendintervalle um 50 Prozent würde nach ersten Berechnungen zwischen 80 und 90 Millionen Schilling kosten. Es sei fraglich, ob diese Maßnahmen den Fahrgästen soviel wert wären, daß sie dafür einen deutlich höheren Tarif zu zahlen bereit wären. Die im Gemeinderat eingebrachten Anträge würden aber trotzdem einer eingehenden Diskussion zugeführt werden, sagte Hatzl.

Zum Europaplatz erklärte Hatzl, der U-Bahn-Bau müßte in diesem Bereich ohne jede Zeitverschwendung durchgeführt werden. Das vorliegende Gestaltungskonzept lasse aber jede Variante offen. Da die Entscheidungen über die Gürtelgestaltung in kürzester Zeit fallen müssen, seien die von der ÖVP befürchteten Probleme nicht zu erwarten. Zu der Verschiebung bei der Betriebsaufnahme stellte Hatzl fest, es gebe mit dem Bund noch nicht abgeschlossene Gespräche über die Finanzierung, die jetzt, nach Vorliegen des Budgets schnell zum Abschluß kommen würden. (Schluß) roh/bs

## **Pasterk: Festwochen-Intendanz soll ausgeschrieben werden**

Wien, 14.12. (RK-KULTUR) Auf der Pressekonferenz der Wiener Festwochen am Montag sagte Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK, daß die Festwochen-Intendanz ausgeschrieben werden solle. Dieser Meinung, so Pasterk, sei auch Bürgermeister Dr. Zilk. (Schluß) gab/rr

## **Festwochen-Programm 1988**

Wien, 14.12. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK stellte am Montag das Programm der Festwochen 1988 vor, das in einer Mischung aus internationalen und heimischen Produktionen, aus Zeitgenössischem und Traditionellem eine Reihe wichtiger Schwerpunkte bietet. Neben der bereits angekündigten Aufführung von Schuberts letzter vollendeter Oper „Fierrabras“ sind im Theater an der Wien und im Messepalast wieder eine Reihe repräsentativer Gastspiele und einheimischer Produktionen zu sehen. Dem Thema „1938 und die Folgen“ ist unter anderem ein Festwochen-Symposium gewidmet. Auch das Musikfest der Gesellschaft der Musikfreunde geht mit der Thematik „Musik aus dem Exil — verbotene Musik“ auf die Ereignisse dieser Zeit ein. Das 2. Internationale Kindertheaterfestival, das Bewegungstheatertreffen „Direkt bewegt“, das Jugendprogramm „Big Beat“ und die Festwochen-Filmretrospektive mit Filmen aus und über die Dritte Welt sind weitere wesentliche Programmpunkte.

Mit dem Festwochen-Symposium „Verdrängte Kultur — Österreich 1918 — 1938 — 1968 — 1988“ zur Kontinuität österreichischer Kunstausgrenzung, dem Gastspiel des Freiburger Theaters mit „Viehjud Levi“ von Thomas STRITTMACHER und dem Schwerpunkt des Musikfestes „Musik aus dem Exil — verbotene Musik“ mit Werken von Hans EISLER, Ernst KRENEK, Arnold SCHÖNBERG, Franz SCHREKER, Egon WELLESZ, Alexander ZEMLINSKY und weiteren Komponisten dieser Ära widmen die Festwochen dem Thema „1938 und die Folgen“ wesentliche Beiträge. Politisches Theater vermitteln Gastspiele wie „Die Nibelungen“ von HEBBEL (Staatsschauspiel Dresden), „Der Drache“ von Jewgeni SCHWARZ (Studio Südwest, Moskau) und „Die Abschiedsvorstellung“ von Peter MÜLLER, mit der das Teatr KTO, Krakau, nach Wien kommt. Peter TURRINI vertritt mit seinem Stahlarbeiterstück „Die Minderleister“, das im Akademietheater zur Aufführung kommt, das heimische politische Theater. Weitere österreichische Festwochenproduktionen: „Klangtheater“ von Thomas PERNES und Friederike MAYRÖCKER, „König Lear“ in George TABORIS Inszenierung im „Kreis“, „Die Räuber“ — eine Produktion des Beinhardt-Ensembles und Eduardo de Philippos „Innere Stimmen“ im Theater Gruppe 80. Mit Kurt SCHWERTSIKS „Fanferlieschen Schönefüßchen“ gastiert das Staatstheater Stuttgart im Messepalast. Einen besonderen Höhepunkt läßt das Gastspiel der Schaubühne Berlin mit der Peter STEIN-Inszenierung von Tschechows „Drei Schwestern“ erwarten. Gastspiele aus der UdSSR — neben dem bereits erwähnten Gastspiel des Moskauer Studios Südwest bringen das Studiotheater „Schule der dramatischen Kunst, Moskau“ Pirandellos „Sechs Personen suchen einen Autor“ und das Theater der Jugend, Wilnius Tschechows „Onkel Wanja“ — unterstreichen den Anspruch Wiens als kultureller Begegnungsort zwischen Ost und West.

Nach dem großen Erfolg des ersten Kindertheaterfestivals bei den Festwochen 1987 findet im Künstlerhaus wieder ein Fest mit Gruppen aus Schweden, Holland, Belgien, Italien, Portugal, der DDR und der BRD statt.

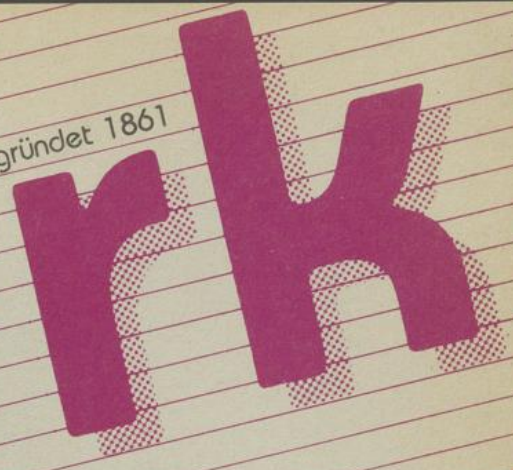
Das Festival „Direkt bewegt“ zeigt mit zwölf Programmen aus acht Ländern die Entwicklung im Bereich des Bewegungstheaters zwischen Schauspiel, Tanz und Pantomime auf.

Big Beat wird im Messepalast Bands und Trends abseits der Hitparaden präsentieren. (Schluß) gab/bs

Chief vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

**Dienstag, 15. Dezember 1987**

**Blatt 2713**

**Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:**

**Kommunal/Lokal:**

- Preise der Leopold-Gratz-Stiftung überreicht (2714/FS: 14.12.)
- Wiener Tierschutzgesetz: Schutz für Mensch und Tier (2718/2719)
- Autobuslinie für die Per-Albin-Hansson-Siedlung (2720)
- Verkehrsbetriebe auf Winter vorbereitet (2721-2723)
- Ringturm-Fassade wird neu gestaltet (2724)
- Braun stellt neue „Schneebroschüre“ vor (2725)

**Bezirke:**

- Sitzungen der Bezirksvertretungen (2715)

**Sport:**

- Sport- und Freizeitkonzept Wien '90 vorgestellt (2716/2717)

## Preise der Leopold-Gratz-Stiftung überreicht

Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Die 7. Verleihung der Preise der Leopold-Gratz-Stiftung, die anlässlich des 50. Geburtstages des damaligen Wiener Bürgermeisters im Jahr 1979 von der Zentralsparkasse ins Leben gerufen worden war, fand Montag im Rathaus statt. Die Preise in der Gesamthöhe von 410.000 Schilling, wurden von Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL und Z-Generaldirektor Dr. Karl VAK in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, an der Spitze Nationalratspräsident Leopold GRATZ, überreicht.

Anliegen der Leopold-Gratz-Stiftung, die heuer 28 Preisträger auszeichnete, ist die Förderung von Initiativen, Vereinen und Einzelpersonen, die sich vor allem zwischenmenschlicher und sozialer Probleme annehmen und zu einer Verpersönlichung verschiedenster Lebensbereiche beitragen. (Schluß) jel/rr

Bereits am 14. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Sitzungen der Bezirksvertretungen**

Wien, 15.12. (RK-BEZIRKE) Mittwoch, den 16. Dezember, findet um 15 Uhr im Festsaal des Amtshauses 11, Enkplatz 2, die konstituierende Sitzung der Simmeringer Bezirksvertretung statt, bei der die Wahl des Bezirksvorstehers, seiner beiden Stellvertreter und die Angelobung der Mandatäre erfolgt.

Am Donnerstag, den 17. Dezember, finden folgende Bezirksvertretungssitzungen statt:

- Wieden: die konstituierende Sitzung um 18.30 Uhr im Amtshaus 4, Favoritenstraße 18, 1. Stock, Zimmer 112.
- Simmering: eine Arbeitssitzung um 14 Uhr im Amtshaus 11, Enkplatz 2, im kleinen Sitzungssaal.
- Penzing: die konstituierende Sitzung um 16 Uhr im Festsaal des Amtshauses 13, Hietzinger Kai 1, mit anschließender regulärer Arbeitssitzung.
- Döbling: die konstituierende Sitzung um 15 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvertretung 19, Gatterburggasse 14, Halbstock; anschließend die erste reguläre Arbeitssitzung.
- Liesing: die konstituierende Sitzung um 17 Uhr im Festsaal des Amtshauses 23, Perchtoldsdorfer Straße 2.

(Schluß) smo/bs

## **Sport- und Freizeitkonzept Wien '90 vorgestellt**

Wien, 15.12. (RK-SPORT) In einem Pressegespräch am Montag abend stellten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Sportstadtrat Helmut BRAUN ein Wiener Sport- und Freizeitkonzept für die auslaufenden 80er- und die beginnenden 90er-Jahre vor. Damit will man dem Sinken des aktiven und passiven Sportinteresses entgegenzutreten. Wie Sportstadtrat Helmut Braun erklärte, sieht es die Stadt als eine ihrer kommunalpolitischen Aufgaben an, die Voraussetzungen für eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu schaffen bzw. die Menschen dazu zu animieren. Mit Schwerpunkten auf dem Freizeit- und Breitensport soll damit nicht eine Sportpolitik „von heute auf morgen“, sondern ein mehrjähriges Programm für die Wienerinnen und Wiener erstellt werden. Das Konzept Wien '90 sieht ein dreistufiges Programm vor:

1. Kurzfristige Vorlage des Gesamtkonzeptes im Frühjahr 1988, nach intensiven Gesprächen mit Sportorganisationen, -Verbänden, Sportwissenschaftlern und Sportpädagogen sowie der Wiener Wirtschaft. Sofortmaßnahmen sollen noch im Jahre 1988 zum Tragen kommen.
2. Mittelfristig, also für die nächsten zwei bis drei Jahre, soll dort angesetzt werden, wo es auf Grund der erhobenen Daten am notwendigsten ist.
3. Langfristig: neues, schwungvolleres Bewußtsein für den Sport schaffen. Das beginnt beim Sport in den Kindergärten. Sportpädagogen sollen für die Kleinsten ein „Liebe-zum-Sport-Programm“ entwickeln.

Um das Konzept schnellstens zu realisieren, ist, so der Sportstadtrat, eine noch engere Zusammenarbeit mit den Wiener Medien und den Wirtschaftspartnern notwendig. Nach den Vorstellungen soll in jedem Bezirk eine „Bezirkssportwand“ auf einem zentral gelegenen Platz errichtet werden, auf der die Vereine die Möglichkeit erhalten sollen, auf ihre Aktivitäten aufmerksam zu machen.

Weiters meinte Braun: „Der Sport in den Wiener Schulen muß forciert werden. Außerdem sollen die Wienerinnen und Wiener mehr Informationen über die bestehenden Möglichkeiten, wie Hallenbäder, Stadtwanderwege, Radwege, Rodelwiesen, Langlaufloipen und Skiwiesen erhalten.“

Verstärkte Kontrollen kündigte der Sportstadtrat beim Übungs- und Spielbetrieb in den Hallen und Sportstätten an.

### **Sportwoche im Frühjahr 1988**

Für 1987/1988 sind für Winter und Frühling bereits konkrete Maßnahmen vorbereitet: So startet die Stadt Wien im Frühling eine Sportwoche. Die Bevölkerung ist eingeladen, Ideen dazu der Magistratsabteilung 51, Sportamt, unter Telefon 42 800/2733 oder 2799 bis Mitte Februar bekanntzugeben.

Am 14. Februar findet erstmals ein Volksschilanglauf auf der Jesuitenwiese im Prater statt.

Am 10. April ist der Wiener Frühlingsmarathon angesetzt.

Am 30. April geht ein internationaler Jugendleichtathletiktag im Wiener Stadion in Szene.

Die zahlreichen Jugendaktionen, wie die „Fahrten zum Schnee“, die Eislaufaktion, der „Sportplatz der offenen Tür“ oder die Semesterferienaktionen werden noch verstärkt.

Schließlich sollen auch aussichtsreiche Wiener Sportler bei Welt- und Europameisterschaften sowie bei Olympischen Spielen — wie die Segler HAGARA und PETSCHER oder die Ruderin UNGER — in Form von Förderungen für Trainingsmöglichkeiten unterstützt werden.

### 200 Millionen Sportbudget

Wie Braun betonte, beträgt das Wiener Sportbudget für das kommende Jahr an direkter und indirekter Förderung ca. 200 Millionen Schilling. „Grundsätzlich soll die Förderung Leistungswilliger Vereine verstärkt werden. Ich bin auch der Meinung, wenn eine Mannschaft auf Grund der gegebenen personellen, sachlichen und finanziellen Ausstattung eine außergewöhnliche Leistung erbringt, dann sollte für diesen Verein eine zusätzliche Förderung als Erfolgsprämie ausgeschüttet werden.“ (Schluß)  
hof/rr

Forts. von Blatt 2716

## Wiener Tierschutzgesetz: Schutz für Mensch und Tier

Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Verbesserungen beim Tierschutz, umgekehrt aber auch verstärkter Schutz der Menschen vor bestimmten Tierarten sind die wesentlichen Ziele des neuen Wiener Tierschutzgesetzes, das mit 1. Jänner 1988 in Kraft tritt. Neue Regelungen gibt es dabei vor allem für das Halten gefährlicher Tiere — in Zukunft grundsätzlich verboten —, für Wildtiere sowie in Zusammenhang mit der Hundehaltung und dem Mitwirken von Tieren bei Veranstaltungen. Ebenfalls neu: die Polizei wird stärker als bisher mithelfen können; zusätzlich werden auch eigene Tierschutzorgane bestellt. Generell soll das neue Wiener Tierschutzgesetz das Zusammenleben von Mensch und Tier in der Großstadt erleichtern — auf die entsprechenden Bedürfnisse der Tiere und auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse der vergleichenden Verhaltensforschung wurde dabei besonders geachtet. Über das neue Wiener Tierschutzgesetz und eine Verordnung über das Verbot der Haltung bestimmter Tierarten berichtete Stadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Die Schwerpunkte des neuen Wiener Tierschutzgesetzes — offiziell heißt es „Gesetz über den Schutz von Tieren vor Quälerei und mutwilliger Tötung sowie über die Haltung von Tieren“ sind:

- Niemand darf ein Tier in qualvoller Weise oder mutwillig töten, ihm Schmerzen, Qualen, Verletzungen oder sonstige Schäden zufügen oder es in schwere Angst versetzen. Als Tierquälerei gelten auch das Aussetzen von Heim- und Haustieren, das Abrichten auf Schärfe an einem anderen lebenden Tier, Aufeinanderhetzen von Tieren, Verwendung von Stachelhalsbändern, Beunruhigen oder übermäßige Leistungsanforderungen, aber auch das Verwenden von Tieren zur Schaustellung, Werbung usw., wenn damit für das Tier Schmerzen oder Qualen oder Angst verbunden sind.

- Werden Tiere bei Veranstaltungen eingesetzt, so muß dies der Behörde gemeldet werden (Beispiel: Rodeoveranstaltungen), die notfalls natürlich auch eingreift.

- Für echte Tierfreunde ist das neue Tierschutzgesetz sicher eine wichtige Hilfe. Leider gibt es aber immer wieder einzelne Menschen, die ein Tier — manchmal aus Gedankenlosigkeit, manchmal leider auch aus anderen Motiven — falsch halten. Daher schreibt das Tierschutzgesetz auch vor, daß Tiere entsprechend ihrer Art, Rasse und ihrem Verhalten gehalten werden müssen und zum Beispiel auch entsprechende Möglichkeiten haben müssen, sich zu bewegen.

Tiere müssen aber selbstverständlich auch so gehalten bzw. betreut werden, daß sie Menschen nicht gefährden!

Das Tierschutzgesetz bietet natürlich auch Möglichkeiten, gegen Tierquälerei oder Personen, die immer wieder gegen den Tierschutz verstoßen, vorzugehen. So können Tiere im Notfall dem gewissenlosen Eigentümer weggenommen werden. Die Geldstrafen für Tierquälerei oder andere Verstöße gegen das Tierschutzgesetz wurden empfindlich erhöht und betragen bis zu 100.000 Schilling.

- Die Hundehaltung in der Stadt wurde ebenfalls neu geregelt — nicht als Schikane, sondern um das Zusammenleben der Hundebesitzer und der anderen Bürger unserer Stadt zu erleichtern.

Hunde sind für viele Menschen der einzige Freund, Hunde sollten aber andererseits auch so gehalten und erzogen werden, daß zum Beispiel Gehsteige nicht verunreinigt oder gar Menschen gefährdet werden.

Daher müssen Hunde an öffentlich zugänglichen Orten — das sind unter anderem Straßen, Plätze, Erholungsgebiete, frei zugängliche Teile von Häusern, Höfen, Lokalen, Gartenanlagen — entweder einen Maulkorb

tragen oder so an der Leine geführt werden, daß eine jederzeitige Beherrschung des Tieres gewährleistet ist (was z. B. einem kleinen Kind, das einen Schäferhund an der Leine führt, nicht möglich ist!). In öffentlich zugänglichen Parkanlagen müssen Hunde an der Leine geführt werden, bissige Hunde müssen an allen öffentlich zugänglichen Orten grundsätzlich einen Maulkorb tragen.

Die Verunreinigung von Gehsteigen durch Hunde ist laut Straßenverkehrsordnung verboten. Aber auch die Grünanlagen sind kein Hundeklo — wer seinen Hund auf der Grünfläche im Park äußerlich läßt, ist höchst rücksichtslos gegenüber dem Gärtner, der das Gras mähen muß und dabei pulverisierten Hundekot einatmen „darf“.

Für die Einhaltung dieser Bestimmungen muß übrigens der Hundebesitzer bzw. -verwahrer sorgen, das gilt auch, wenn man den Hund einem Strafmündigen, also etwa einem Kind, anvertraut.

- Im Interesse der Tiere ist nun auch das Halten von Wildtieren (das sind alle Tiere, außer Haus- und Heimtieren wie Katzen, Hunde, Kaninchen, Geflügel, Pferde, Esel, Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen, Meerschweinchen, Goldhamster, Kanarienvogel, Wellensittiche und vergleichbare Vögel sowie Zierfische) verboten — ausgenommen sind lediglich Universitäten und andere wissenschaftliche Einrichtungen, Tiergärten, befugte Tierhändler, Tierheime, Zirkusse, Tierschauen und Personen mit Ausnahmebewilligung.

Wer aber bereits Besitzer eines Wildtieres ist, braucht keine Angst zu haben, daß er es weggeben muß — eine Meldung an das Magistratische Bezirksamt genügt, um für die nächsten zwei Jahre keine eigene Bewilligung zu benötigen.

- Aus verständlichen Gründen ist aber die Haltung von gefährlichen Wildtieren, vom Puma bis zur Giftschlange, grundsätzlich verboten. Eine eigene Verordnung der Landesregierung enthält die — allerdings wohl nie vollständige — Liste dieser Tierarten: bestimmte Affen, vor allem die Menschenaffen, Bären, katzenartige Raubtiere — die Hauskatze gehört natürlich nicht dazu, dafür aber Gepard, Puma, Panther, Tiger usw., — Dachse, Hyänen, Kaimane, Alligatoren, Krokodile, Riesenschlangen und Giftschlangen und bestimmte Fischarten (Haie, Stachelrochen usw.) sowie Spinnentiere, die imstande sind, Menschen schwere Verletzungen oder Gesundheitsschäden zuzufügen (auch hier sind Tierheime, wissenschaftliche Institute usw. ausgenommen).

- Das Tierschutzgesetz enthält außerdem Bestimmungen über Tierheime, über die Möglichkeit der Amtstierärzte, bei Tierquälereien usw. einzugreifen und Tiere, die schlecht behandelt werden, dem Besitzer abzunehmen, über die Tierschutzorgane — diese ehrenamtlichen Mitarbeiter erhalten einen eigenen Ausweis und können Tierquäler anhalten bzw. deren Ausweis verlangen — und über die Möglichkeiten der Polizei, stärker als bisher einzuschreiten — etwa wenn Menschen durch Tiere gefährdet werden, der Leinen- bzw. Maulkorbzwang bei Hunden nicht beachtet wird oder jemand gefährliche Tiere hat. (Forts. mögl.) hrs/gal

## **Autobuslinie für die Per-Albin-Hansson-Siedlung**

Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Für den 11. Jänner 1988 kündigte Verkehrsstadtrat Johann HATZL eine Reihe von Verbesserungen bei den Wiener Verkehrsbetrieben an. Wichtigste Neuheit: die neue Autobuslinie „19 A“ geht in Betrieb.

Die Linie „19 A“ bringt eine wesentlich verbesserte Erschließung der Per-Albin-Hansson-Siedlung Ost und des Industriegebietes entlang der Oberlaaer Straße für den öffentlichen Verkehr. Bisher existierende längere Fußwege zu den Linien „67“ und „67 A“ werden für die Bewohner dieses Gebietes deutlich reduziert.

Die Linie „19 A“, die am 11. Jänner 1988 um 5 Uhr ihren Betrieb aufnimmt, befährt einen Rundkurs über die Alaudagasse — Favoritenstraße — Franz-Koci-Straße — Jura-Soyfer-Gasse sowie eine Verlängerungsstrecke über die Favoritenstraße und die Oberlaaer Straße bis zur Laxenburger Straße.

Der Rundkurs fährt wochentags von 5 Uhr bis 20.20 Uhr und Samstags von 5 bis 14 Uhr in einem Intervall von zehn Minuten. Die länger geführten Autobusse von der Alaudagasse bis zur Laxenburger Straße fahren von Montag bis Donnerstag von 6.30 bis 16.20 Uhr (Gegenrichtung 6.45 bis 16.34 Uhr), am Freitag von 6.30 bis 13.10 Uhr (6.45 bis 13.24 Uhr), nicht an Samstagen und Sonntagen. Das Intervall beträgt Montag bis Freitag 20 Minuten.

### **Intervallverdichtungen auf sieben Linien**

Auf insgesamt sieben Linien kommt es mit 11. Jänner zu Intervallverdichtungen. Bei den Linien „25“, „26“, „40“ und „41“ wird das Intervall während des Tagesverkehrs von zehn auf siebeneinhalb Minuten, bei der Linie „38“ von acht auf siebeneinhalb Minuten verkürzt. Bei der Linie „44“ wird das Intervall während der Frühspitze von viereinhalb auf vier und bei der Linie „7 A“ von vier auf drei Minuten verkürzt. (Schluß) roh/bs

## Verkehrsbetriebe auf Winter vorbereitet

Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Auf Grund der Erfahrungen im vergangenen, schneereichen Winter haben sich für die Wiener Verkehrsbetriebe etliche Punkte ergeben, die im Winterbetrieb zu verbessern sind. Verkehrstadtrat Johann HATZL stellte Dienstag ein umfangreiches Programm vor, das eine bessere Aufrechterhaltung des Linienbetriebes gewährleisten soll. Dieses Programm beinhaltet organisatorische und technische Maßnahmen, aber auch Verbesserungen im Kontakt mit den Fahrgästen. So wird es zum Beispiel möglich sein, über die **Kundendiennummer der Verkehrsbetriebe (65930/2324)** rund um die Uhr Haltestellen zu melden, die wegen der Schneelage nicht zugänglich sind. Trupps der Wiener Verkehrsbetriebe werden bereitstehen, um in solchen Fällen so schnell wie möglich Abhilfe zu schaffen.

Besonderes Augenmerk wird dem rechtzeitigen Erkennen der Wetterlage und damit der Möglichkeit, rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, geschenkt. So können Schienenvereisungen durch Messungen der Bodentemperatur vorhergesehen werden, auch die Gefahr von Schneeverwehungen kann rechtzeitig erkannt werden. Die Wettermeldungen werden mittels TELEFAX direkt von der Hohen Warte bezogen.

Eine Reihe von Einzelmaßnahmen soll helfen, die im vergangenen Winter aufgetretenen Probleme in den Griff zu bekommen.

### Straßenbahn

Eine stärkere Betreuung der **Weichen** soll verhindern, daß diese vereisen oder durch Streusplit verschmutzt werden. Für extreme Situationen wird ein „**Weichenbetreuungsdienst**“ mit sechs Funkwagen zur Verfügung stehen. Eine verstärkte Weichenheizung ist im Versuchsbetrieb.

In den **Schienenrillen** kommt es durch Split und gepreßten Schnee zu ähnlichen Problemen wie bei den Weichen. Hier wird zusätzliches Personal zur händischen Reinigung der Rillen eingesetzt, die „Salzwagenfahrten“ werden früher und auf mehr Strecken stattfinden. Versuchsweise wird ein nicht schienengebundener Salzstreuwagenanhänger an einem Lkw eingesetzt. Ein eigener „Rillenkratzer“ auf einem Hilfstriebwagen geht in Erprobung.

Ein besonderes Problem war im Vorjahr die **Bildung von Eisplatten** durch Zusammenpressung des Schnees durch Kraftfahrzeuge. Die Schneepflüge der Wiener Verkehrsbetriebe waren im vergangenen Winter zur Vermeidung von Lärm mit Kunststoffkanten ausgerüstet, diese reichten in Extremsituationen aber nicht aus. Deswegen wird heuer wieder mit Stahlkanten gearbeitet. Zusätzlich wird versucht, durch koordinierte Räumfahrten mit der Magistratsabteilung 48 auch während des Betriebes die Schneemassen so schnell wie möglich zum Straßenrand zu schieben, damit eine Eisplattenbildung von vornherein vermieden werden kann.

Ein weiteres Problem war die Tatsache, daß viele Straßen wegen des Anwachsens der Schneemassen am Straßenrand immer enger wurden. Das führte zu Behinderungen sowohl durch den ruhenden als auch den fließenden Verkehr. Diesem Problem wird mit **Großflächenreinigungen** begegnet, die heuer mit mehr Nachteinsätzen und in besserer Koordination der Verkehrsbetriebe mit der Magistratsabteilung 48 ausgeweitet werden sollen. Nach Bekanntgabe der gefährdeten Straßenzüge an die Magistratsabteilung 48 sollen diese innerhalb von 35 Stunden gesäubert werden.

Die **Sandwagenfahrten** der Verkehrsbetriebe wurden den Linien der einzelnen Betriebsbahnhöfe angepaßt und längenmäßig besser abgestimmt. Für die Streuung glatter Haltestellen steht ein Lkw mit einem Aufsatzstreuer rund um die Uhr zur Verfügung. Das Fahrzeug kann beidseitig und nach hinten streuen.

Forts. von Blatt 2721

Am Bahnhof Simmering wurde ein zusätzliches Sandsilo aktiviert. Die Beladung der Sandwägen der Bahnhöfe Floridsdorf, Kagran und Brigittenau erfolgt mittels Lkw direkt am Bahnhof, wodurch stundenlange Ladefahrten entfallen. Für die Salzwagenfahrten wurden die Routen verkürzt und besser auf die Linien abgestimmt.

Auch für die **Schneeräumungsfahrten** wurden die Strecken dem Verlauf der Bahnhofslinien angeglichen und dadurch die Fahrstrecken teilweise verkürzt. Für Hauptreinigungen stehen ab heuer jeder Dienststelle ein eigener Lkw für Schwereinsätze zur Verfügung. Für die Schneereinigung der eingleisigen Strecken der Linie „31“ wurden die ersten zwei Hilfstriebwagen der Type LH mit schwenkbarem Pflug dem Bahnhof Floridsdorf zugewiesen.

Durch **organisatorische Maßnahmen** soll ein möglichst gleichmäßiger Betrieb gewährleistet werden: Die Dienststellen erhalten einen größeren Spielraum für eigene Entscheidungen, die Winterfahrpläne enthalten längere Intervallausgleichzeiten, Zusätzliches Personal wird für Ausgleichsfahrten, zur Verstärkung wichtiger Expedite und der Betriebsinspektion zur Verfügung stehen. Bei besonders kritischen Situationen wird es wieder zu einem durchgehenden Betrieb mit rund halbstündigem Intervall in der Nacht kommen. Behinderte Straßenbahnlinein werden vermehrt im Schienenersatzverkehr geführt.

#### U-Bahn

Auch bei der U-Bahn muß es zu einer intensiveren Betreuung der Weichen kommen. Vorübergehend kann die Anzahl der für die Betriebsabwicklung notwendigen Weichen reduziert werden, wodurch sich der Arbeitsumfang für die Signalwerkstätte reduziert und die verbliebenen Weichen besser gewartet werden können.

Damit die im Freien liegenden Streckenteile benützbar bleiben, wird bei starkem Schneefall ein durchgehender Betrieb vollzogen. Abgestellte Züge werden bei extremer Kälte die ganze Nacht hindurch beheizt, um Störungen der Wagentechnik zu verhindern.

#### Stadtbahn

Für die Stadtbahn gilt ähnliches wie für die U-Bahn. Hier traten **Weichenstörungen** vor allem im Bahnhofsbereich auf. Diese Weichen werden daher öfter händisch gereinigt und mit Salz gängig gehalten. Auch die Stadtbahnzüge werden bei niedrigen Temperaturen in der Nacht durchgehend beheizt, das Abkuppeln der Garnituren wird wegen der Vereisungsgefahr der Kupplungen weitgehend vermieden.

#### Autobus

Zur besseren **Freihaltung der Strecken** wurden für den heurigen Winter jeder Betriebsgarage ein LKW mit Schneepflug und Streuanhänger, insgesamt vier, zur Verfügung gestellt. Zwei dieser Fahrzeuge wurden neu angeschafft. Die LKW sind mit Funk ausgestattet und können daher kurzfristig für Hilfeinsätze abberufen werden.

Durch **technische Maßnahmen** soll die Wintertauglichkeit der Busse verbessert werden. So wurde bei den Doppeldeckern die Stützachse entlastet und damit die Belastung der Antriebsachse erhöht. In den neuen Bussen, die mit ABS ausgestattet sind, wird auch das System „ASR“ (Antischlupfregelung) eingebaut. Es verhindert das Durchdrehen der Räder. Die minimale Profiltiefe der Reifen wurde für den Winterbetrieb mit acht Millimeter festgelegt.

Eingezogene Busse werden zum Ausgleich von Störungen oder für Schienenersatzverkehr bereit gehalten, ebenso das dafür notwendige Per-

Forts. auf Blatt 2723

sonal. Defekte Busse können mit den vier LKW oder, wenn diese nicht greifbar sind, durch mit Ketten ausgerüstete Normalbusse abgeschleppt werden.

### **Haltestellenreinigung**

Die Haltestellen der Straßenbahn werden durch die Bauleitungsstrecken der Verkehrsbetriebe gereinigt, die Schneeabfuhr durch die Magistratsabteilung 48 durchgeführt. Um mehr Schneearbeiter aufnehmen zu können, steht eine Reihe von Mitarbeitern der Verkehrsbetriebe zusätzlich zur Verfügung, um je zehn Mann starke Trupps zu beaufsichtigen. Dadurch können die einzelnen Trupps effektiver arbeiten und sind besser überschaubar. Die Auszahlung der Schneearbeiter wird rascher abgewickelt.

Die Haltestellen der Autobuslinien mit einer Haltestellentafel der Wiener Verkehrsbetriebe werden durch Privatfirmen gesäubert. Die Schneeabfuhr wird von Trupps der E-Werke und der Gaswerke durchgeführt.

Die Haltestellen der in Tarifgemeinschaft geführten Privatlinien (erkennbar an den Haltestellentafeln der einzelnen Firmen) müssen von den Anrainern oder dem Straßenerhalter geräumt werden.

Zur Überprüfung der Haltestellen und der Streckenzustände wird von der Betriebsüberwachung ein eigener Kontrolldienst eingerichtet. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit für jeden Fahrgast, über die Kundendienstnummer Probleme zu melden, die dann sofort bearbeitet werden.

Die **Zusammenarbeit** der Verkehrsbetriebe mit der Magistratsabteilung 48 wird intensiviert. Wegen der Probleme mit den Telefonverbindungen wird eine Direktleitung zwischen den beiden Stellen in Angriff genommen. Für besonders heikle Bereiche wie etwa die Ringstraße wurden generelle Vereinbarungen über die gemeinsame Reinigung getroffen.

Im Rahmen der Großflächenräumungen durch die Magistratsabteilung 48 können heuer bis zu zehn Straßenzüge in einer Nacht gereinigt werden. Die Verkehrsbetriebe müssen bis 9 Uhr des Vortages die Meldung an die Magistratsabteilung 48 erstatten. Für die nächtlichen Aktionen werden von den Verkehrsbetrieben für den Transport von Schneearbeitern Busse bereit gestellt.

### **Schienenparkverbot**

Mit heutigem Tag, 15. Dezember 1987, tritt in Wien wieder das Schienenparkverbot bei Schneelage in Kraft. Es gilt bis 1. März in der Zeit von jeweils 20 bis 5 Uhr in Straßen mit Schienen. (Schluß) roh/bs/gg

Forts. von Blatt 2722

## **Ringturm-Fassade wird neu gestaltet**

**Nach Architektenwettbewerb fällt Entscheidung im Februar**

Wien, 15.12. (RK-LOKAL) Der Ringturm, das erste Bürohochhaus Österreichs und Hauptsitz der Wiener Städtischen Versicherung, wird renoviert: Aus wirtschaftlichen und technischen Gründen ist die Neugestaltung der Fassade notwendig geworden. Dienstag vormittag wurden in einem Pressegespräch die 27 bei einem Architektenwettbewerb eingereichten Entwürfe vorgestellt, von denen eine Jury unter Vorsitz von Prof. Dipl.-Ing. Franz RIEPL fünf Entwürfe prämiert hat. Die Entscheidung, nach welchen Plänen die Fassade des rund 70 Meter hohen Hauses neu gestaltet wird, soll im Februar 1988 fallen. (Schluß) ull/rr

## **Braun stellt neue „Schneebroschüre“ vor**

Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Helmut BRAUN präsentierte im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag die neue Broschüre „Der Winter kommt bestimmt“, die gerade rechtzeitig zum ersten Schnee in Wien erschienen ist.

Die Broschüre **enthält drei große Kapitel:**

**1. Das neue Schneeräumkonzept:**

mit Angaben über Anzahl der Fahrzeuge, Einsatzleitung, Routen, Kehrbezirke sowie Salzstreuverbot.

**2. Was Hausbesitzer wissen müssen:**

mit Informationen über die Beseitigung von Dachlawinen sowie über die Haftung für die Gehsteigräumung.

**3. Tips für Autofahrer:**

mit Tips für gute Ausrüstung, Frostschutz und dem Hinweis auf die Alternative öffentliche Verkehrsmittel.

**Weitere Kapitel** sind beispielsweise:

„Der Wiener Winter allgemein“, Flächenräumung, Schienenparkverbot, Frühjahrsputz — Splitteinkehrung und Aufnahme von Schneearbeitern.

Braun verwies besonders auf die neue Einrichtung des Schneetelefons mit der Nummer 55 16 61.

Die Broschüre wird an alle Wiener Haushalte verschickt und liegt auch in der Stadtinformation auf. (Schluß) du/gg

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MIP 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240 Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

**Mittwoch, 16. Dezember 1987**

**Blatt 2726**

**Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:**

**Kommunal/Lokal:**

Heuer in Wien bereits 81.000 Temposünder (2727/FS: 15.12.)

Vom Konsumentenschutz zur Frauenservicestelle: Arbeit für den Bürger (2728/2729)

Bezirkskoordinatoren bestellt (2730)

5,6 Millionen Schilling für die medizinische Forschung in Wien (2731/2732)

Neue Einbahnregelung im 21. Bezirk (2733)

Sallaberger: Ringturm-Sanierung muß auch wirtschaftlich geplant werden (2734)

**Bezirke:**

Sitzungen der Bezirksvertretungen (2733)

**Kultur:**

Biedermeier-Ausstellung im Künstlerhaus (2735)

## Heuer in Wien bereits 81.000 Temposünder

### Zilk für drakonische Strafen

Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der „Aktion gegen Schnellfahrer“, die im Juni 1986 zwischen Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Polizeipräsident Dr. Karl REIDINGER vereinbart worden war, wurden im vergangenen November 8.991 Temposünder registriert, um zehn Prozent mehr als im November 1986. Dies gab Bürgermeister Zilk heute, Dienstag, in seiner Pressekonferenz bekannt. 398 Lenker, die von den mobilen Radargeräten erfaßt wurden, waren mit mehr als 100 km/h im Stadtgebiet unterwegs (Spitzenwert 167 km/h auf der Heiligenstädter Straße). In den ersten 11 Monaten des heurigen Jahres wurden insgesamt 81.000 Schnellfahrer angezeigt, bzw. mit Organmandaten bestraft. Bürgermeister Zilk meinte, daß gegen die Raser drakonische Strafen eingesetzt werden müssen. Raserei auf den Straßen sei kein Kavaliersdelikt, sondern „Barbarei“ und daher mit ebensolchen Strafen zu bekämpfen, betonte Zilk.

Weiters berichtete der Bürgermeister von der Garagenaktion der Stadt Wien, in deren Rahmen seit Oktober Garagenparkplätze zu äußerst günstigen Sondertarifen vor allem im innerstädtischen Bereich angeboten wurden. Bis Anfang Dezember wurden 514 Plätze vergeben.

### Türkenwitz im Schulbuch „schwere Fehlleistung“

Zu der umstrittenen Passage in dem neuen Schulbuch „Lebendige Sprache 3“ — an einem darin enthaltenen „Witz“ war heftige Kritik geübt worden — meinte Zilk, es handle sich um eine schwere Fehlleistung, die den Autoren allerdings in bester Absicht unterlaufen sei.

Gerade in einer Stadt wie Wien, in der viele Gastarbeiter leben und deren Kinder zur Schule gehen, hätten „Witze“ dieser Art in Schulbüchern nichts verloren, sagte der Bürgermeister. Er empfahl in diesem Zusammenhang dem Stadtschulrat, bei bereits ausgelieferten Büchern die umstrittene Passage mit den Kindern aufzuarbeiten und zu überkleben sowie die restliche Auflage nur in korrigierter Form vom Verlag zu übernehmen. (Schluß)  
red/rr

Bereits am 15. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## Vom Konsumentenschutz zur Frauenservicestelle: Arbeit für den Bürger

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Die Nahversorgung in Rand- und Siedlungsgebieten muß, etwa durch fliegende Händler oder mobile Filialen von Supermärkten, verbessert werden. Für die Konsumenten soll es verstärkte Informationen und eine eigene Beratungsstelle für Lebensmittelhygiene und natürliche Ernährung geben. Die Frauenservicestelle im Stadtratsbüro wird nicht nur für persönliche Gespräche oder Hilfe bei Problemen da sein, sondern auch bei Frauenprojekten helfen und z. B. in der Arbeitswelt für verstärkte Schulung und Förderung der Frauen sorgen. Bei Staatsbürgerschaftsverleihungen soll der bürokratische Vorgang möglichst verkürzt werden, und generell ist das „Zu-seinem-Recht-kommen“ zu erleichtern — unter anderem durch verständliche Gesetzestexte und verständliche Formulare. Auch der ausgezeichnet funktionierende Bürgerdienst — er ist sozusagen „für alle und alles da“ — wird weiter ausgebaut; und zum Dienst am Bürger gehört schließlich auch weiterhin die strenge Kontrolle der Lebensmittel samt der Gemüseanbauflächen: Das sind nur einige der Arbeitsschwerpunkte des Ressorts Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst. Über ihre Vorhaben berichtete Stadträtin Christine SCHIRMER gestern, Dienstag abend bei einem Pressegespräch.

### Konsumentenschutz und Nahversorgung

In einer Zeit, in der ständig neue Produkte auf den Markt kommen und der Konsument relativ stark manipuliert wird, ist der Konsumentenschutz wichtiger denn je. Hier gibt es u. a. folgende Schwerpunkte:

- Wien hat das wirkungsvollste Lebensmittel-Kontrollsystem Österreichs; dieses System muß beibehalten und weiter ausgebaut werden. Auch über die strenge Kontrolle der Gemüseanbauflächen und Gemüseprodukte muß der Konsument immer wieder informiert werden.
- Für Frühjahr 1988 ist die Schaffung einer eigenen Beratungsstelle für Lebensmittelhygiene und natürliche Ernährung geplant.
- Besonders wichtig ist die Verbesserung der Nahversorgung in Rand- und Siedlungsgebieten. Oft gibt es hier keinen Greißler mehr, speziell ältere Menschen und Frauen mit Kleinkindern stehen vor großen Problemen. Gemeinsam mit den Kammern bzw. Interessensvertretungen soll versucht werden, fahrende Händler oder mobile Filialen von Supermärkten in diese Gebiete zu bringen.
- Verstärktes Einbinden des Konsumentenschutzbeirats, verstärktes Propagieren des Konsumententelefon und Konsumentenschutz-Informationen mit den Schwerpunkten Spraydosen, unnötige Verpackung usw. sind geplant.
- Zum Thema Ladenschluß hat Stadträtin Schirmer ihr Ressort und sich als Koordinatorin für Gespräche zwischen Interessensvertretungen und Gewerkschaft angeboten, um zu einer für alle akzeptablen Lösung zu kommen. Grundsätzlich spricht sich die Konsumentenstadträtin für konsumentenfreundlichere Öffnungszeiten aus, dabei sollten jedoch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und nicht den Handelsangestellten neue Belastungen aufgebürdet werden. Gemeinsam mit der Stadt sollten Unternehmer und Gewerbe aber auch Aktionen überlegen, um österreichische Waren auch für jene Konsumenten attraktiver zu machen, die gerne im Ausland einkaufen.
- Im Bereich der Stadt selbst wird in Zukunft auch mehr Rücksicht auf den Kauf umweltfreundlicher Produkte genommen werden.

### Frauen und Frauenservicestelle

Frauen stellen immer noch den Großteil der schlechter bezahlten Arbeits-

Forts. auf Blatt 2729

kräfte, erhalten für gleiche Arbeit meist weniger Lohn und sind in vielen Entscheidungsgremien unterrepräsentiert. Mit der Geschäftsgruppe Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst wurde nun erstmals in der Geschichte der Stadt ein Ressort geschaffen, in dem die Bedeutung der Frauenfragen ausdrücklich dokumentiert wird.

- Im Stadtratsbüro wurde dazu eine eigene Frauenservicestelle installiert (sie erhält eine eigene Telefonnummer und ist einmal wöchentlich bis in die Abendstunden für die Frauen da). Hilfe bei Problemen, Kontaktgespräche mit Frauengruppen, Hilfe bei Frauenprojekten, positive Mitgestaltung durch Frauen in allen Lebensbereichen und verstärkte Schulung und Förderung von Frauen in der Arbeitswelt gehören zu den Aufgaben der Frauenservicestelle.

### **Recht und Staatsbürgerschaft**

Der Zugang zum Recht, das „Zu-seinem-Recht-kommen“, muß allen Menschen gleichermaßen möglich sein, umständlich formulierte Gesetze oder Formulare und eine Flut von Verordnungen behindern dieses Recht.

- Fortsetzung der Rechtsbereinigungs-Aktivitäten, ständige Überprüfung der Gesetze auf Aktualität.
- Überprüfung der Gesetzestexte auf Verständlichkeit.
- Formulare und Drucksorten verständlich und geschlechtsneutral abfassen sowie möglichst vereinheitlichen. Beim Staatsbürgerschaftswesen sollten wir daran denken, daß Wien eine Stadt ist, die seit Jahrhunderten ihre Impulse durch den Zuzug von Menschen aus anderen Ländern erhält.
- Es wird daher verstärkt darauf geachtet werden, jene Menschen, die österreichische Staatsbürger werden wollen, dabei zu unterstützen — z. B., indem der bürokratische Vorgang möglichst verkürzt wird und speziell für Gastarbeiterkinder (Gastarbeiter der zweiten Generation) in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium Erleichterungen geschaffen werden.

### **Mit dem Bürger – Bürgerdienst**

Die Zusammenarbeit mit dem Bürger ist eines der wichtigsten Ziele der Kommunalpolitik — der Bürger ist Partner der Stadtverwaltung, nicht Bittsteller. Ein wichtiger Schritt zu verstärkter Einbindung der Bürger in Entscheidungen ist die Dezentralisierung ab 1988; auch der Bürgerdienst erhält neue Aufgabenstellungen:

- Erweiterung der Bürgerdienst-Außenstellen — möglichst eine pro Bezirk — und EDV-unterstützte Arbeitsweise.
- Das Angebot des Bürgerdienstes, „für alle und alles“ dazusein, hat sich bewährt und wird auch in Zukunft beibehalten. Er stellt ein echtes Service- und Hilfezentrum im Bezirk dar, soll aber auch Katalysator für gesellschaftlich wünschenswerte Aktivitäten wie mehr soziales Bewußtsein, gegenseitige Hilfe usw. sein.
- Das Büro für Bürgerinitiativen wird weiterhin Anlaufstelle für initiative Bürger sein, wird jedoch verstärkt darauf achten, auch jenen Gruppen, die sich nicht so gut artikulieren können wie etablierte bzw. im Umgang mit Medien erfahrene Initiativen, Gehör zu verschaffen.

### **Weitere Schwerpunkte**

sind u.a. die Durchführung des neuen Wiener Tierschutzgesetzes, die Arbeit an einer neuen Grünanlagenverordnung, die Fortsetzung der Nahversorgungserhebungen, die Auswertung der Personenstandserhebung, Sanierungen bei verschiedenen Märkten, vermehrte Kontrollen bei der Fleischproduktion (Ende 1988 laufen hier Übergangsfristen nach der Fleischhygieneverordnung ab), die kommende Spielplatzverordnung, eine weitere Bauordnungs-Novelle, die u.a. Erleichterungen für Behinderte bringen wird, Novellen bzw. Durchführungsverordnungen zum Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz, Wünsche an den Bundesgesetzgeber zur Straßenverkehrsordnung. (Schluß) hrs/gal

Forts. von Blatt 2728

## **Bezirkskoordinatoren bestellt**

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Mit der Dezentralisierung ist es nun ernst geworden. Erstmals stehen im Jahr 1988 den Bezirken eigene Budgets zur Verfügung. Dies erfordert natürlich auch im Magistrat selbst entsprechende organisatorische Konsequenzen. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION hat in diesem Zusammenhang jetzt insgesamt sieben Bezirkskoordinatoren bestellt. Ihre Aufgabe ist es, die Bezirksvorsteher bei der Wahrnehmung der dezentralisierten Aufgaben zu beraten und als Vermittler zwischen den Organen des Bezirkes und den städtischen Dienststellen zu fungieren. Bandion zur „RATHAUSKORRESPONDENZ“: „Wie ernst die Bemühungen genommen werden, die gestiegenen Anforderungen infolge der Dezentralisierung soweit wie möglich ohne Dienstpostenvermehrung zu bewältigen, zeigt der Umstand, daß diese sieben Koordinatoren ihre neue Aufgabe zusätzlich zu ihrer bisherigen dienstlichen Tätigkeit übernehmen.“ (Schluß) ger/bs

## **5,6 Millionen Schilling für die medizinische Forschung in Wien**

**Fonds des Bürgermeisters fördert 19 Projekte**

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Mittwoch vormittag im Rathaus Förderungsmittel in der Höhe von 5,6 Millionen Schilling an Wiener Ärztinnen und Ärzte, die damit Forschungsarbeiten auf nahezu allen Gebieten der Medizin durchführen. Mit diesem Betrag unterstützt der „Medizinisch-Wissenschaftliche Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien“ 19 Forschungsvorhaben, und zwar 5 medizinische Projekte mit gesundheitspolitischen Aspekten, 9 klinisch-medizinische Forschungsprojekte und 5 Projekte mit reiner Grundlagenforschung. An der Überreichung nahmen auch die Stadträte Maria HAMPEL-FUCHS und Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ teil.

### **Stacher über Kosten im Gesundheitswesen**

Stadtrat Stacher, der auch Präsident des Kuratoriums des Fonds ist, betonte bei der Überreichung, daß Wien das einzige österreichische Bundesland ist, das die Forschungstätigkeit seiner Ärzte mit 10 Millionen Schilling pro Jahr fördert. Dazu kommen weitere Forschungsförderungen durch die Hochschuljubiläumsstiftung und über die Ambulanzgelder der Kliniken im Allgemeinen Krankenhaus.

Zur Diskussion in der Öffentlichkeit über die Kosten des Gesundheitswesens erklärte der Stadtrat, in der Gesundheitspolitik dürfe man nicht primär über das Geld reden, sondern über die Ziele. Es soll erreicht werden, daß die Menschen gesund bleiben und daß Kranke sobald wie möglich geheilt oder wenigstens ihre Leiden gemildert werden. Dazu sind aber auch soziale Hilfen im Umfeld des Patienten erforderlich. Es muß zu einer Integration von Außenversorgung und Krankenhaus kommen. Eine Kostensenkung im Krankenhaus allein ist nicht möglich, wenn Kranke in das Spital gebracht werden, nur weil sie keine Heimpflege haben.

Abschließend hob der Gesundheitsstadtrat hervor, daß die Wiener Medizinische Schule, die Krankenhäuser und die vielen praktischen und Fachärzte sehr viel für die Gesundheit der Bevölkerung in Wien leisten, jedenfalls mehr als die Mediziner in vielen anderen Städten Welt.

### **Geförderte Projekte**

Eines der geförderten Forschungsvorhaben beschäftigt sich zum Beispiel mit der Belastung, der Rauchfangkehrer am Arbeitsplatz durch Staubverunreinigungen ausgesetzt sind. Dadurch können Erkrankungen der Atemwege und der Lunge auftreten. Die Untersuchung der Spurenelemente und Schwermetalle im Blut, im Harn, in den Haaren und im Speichel von Rauchfangkehrern soll nun klären, ob spezielle Schutzmaßnahmen getroffen werden müssen.

Ein weiteres Projekt ist die Begleitforschung beim Betrieb des Sozialmedizinischen Nachbarschaftszentrums Unterpenzing, das von 7 Ärzten gegründet worden ist. Dabei soll auch die Rentabilität einer intensiveren Hauskrankenpflege untersucht werden.

„Die Wirkung der Akupunktur bei Migräne“ soll nach den üblichen klinischen Kriterien überprüft werden. Teilstudien haben schon bisher gezeigt, daß die Migräne in vielen Fällen durch Akupunktur erfolgreich behandelt werden kann. Jetzt soll die Wirksamkeit aber auch in einer Versuchsanordnung wie bei der Überprüfung von Medikamenten getestet werden. Die klinische Anerkennung der Akupunkturbehandlung könnte dazu führen, daß Migränepatienten wesentlich weniger Medikamente benötigen.

Weitere geförderte Projekte sind unter anderen die Isolierung neuer Wachstums- oder Zellzyklus-Kontrollgene zur Verwendung in der Tumordiagnostik, eine Studie über eine computergestützte Klassifikation von Gefäßstörungen in den Beinen und eine Feldstudie in Wien über das Schielen.

#### **Bisher 302 Projekte gefördert**

Seit 1978 wurden durch das Kuratorium des Fonds insgesamt 610 Anträge bearbeitet und dafür rund 1.250 Gutachten eingeholt. Bis Mitte 1987 wurden schon 302 Projekte mit einem Gesamtbetrag von 106,6 Millionen Schilling gefördert. Die Förderungsbeträge liegen zwischen 4.400 und 1.500.000 Schilling. Die von Wiener Ärzten generell durchgeführten Forschungsarbeiten wurden in 9 Bänden dokumentiert. Derzeit wird bereits der 10. Band bearbeitet.

Die Gründung des „Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien“ wurde auf Initiative von Bürgermeister Leopold GRATZ am 22. Mai 1978 vom Wiener Gemeinderat beschlossen. Zweck des Fonds ist es, die wissenschaftlichen Arbeiten von Wiener Ärzten zu fördern und zu dokumentieren. (Schluß)sc/gal

Forts. von Blatt 2731

## **Neue Einbahnregelung im 21. Bezirk**

Wien, 16.12. (RK-LOKAL) In Floridsdorf treten morgen, Donnerstag, neue Einbahnregelungen in Kraft. Die Liesneckgasse wird Einbahn von der Überfuhrstraße zur Audorfstraße und die Audorfstraße wird Einbahn von der Liesneckgasse zur Weißenwolffgasse. Diese neue Regelung wird durch den Bau einer großen Wohnhausanlage sowie durch das Verkehrsaufkommen beim Jedleseer Friedhof notwendig. (Schluß) pz/rr

## **Sitzungen der Bezirksvertretungen**

Wien, 16.12. (RK-BEZIRKE) Am Freitag, dem 18. Dezember, finden Arbeitssitzungen der Bezirksvertretungen von Hietzing und Liesing statt. Wichtigster Tagesordnungspunkt ist jeweils die Beschlußfassung des Bezirksbudgets 1988.

- Hietzing: Festsaal des Amtshauses, 13, Hietzinger Kai 1-3, 16.30 Uhr.
  - Liesing: Festsaal des Amtshauses, 23, Perchtoldsdorfer Straße 2, 15 Uhr.
- (Schluß) end/rr

## **Sallaberger: Ringturm-Sanierung muß auch wirtschaftlich geplant werden**

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Zu den Äußerungen von FP-Gemeinderat Walter PRINZ im Zusammenhang mit dem Planungswettbewerb zur Ringturm-Sanierung stellte heute, Mittwoch, Planungsstadtrat Günther SALLABERGER fest, daß jede Planungstätigkeit auch auf wirtschaftliche Gegebenheiten Rücksicht nehmen müsse.

Die Feststellungen von Gemeinderat Prinz, sicherlich vor allem aus der Sicht eines Baumeisters getroffen, seien daher nur so zu verstehen, daß dieser offenbar Planungsüberlegungen ohne Rücksicht auf diese wirtschaftlichen Gegebenheiten auf Kosten anderer anstelle. Er, Sallaberger, sei jedenfalls positiv davon angetan, daß noch unter seinem Amtsvorgänger Schritte eingeleitet wurden, um den Ringturm besser in das Ensemble des 1. Bezirkes einzupassen. (Schluß) lf/gg

## **Biedermeier-Ausstellung im Künstlerhaus**

Wien, 16.12. (RK-KULTUR) Im Wiener Künstlerhaus ist vom 17. Dezember 1987 bis 12. Juni 1988 die Ausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien „Bürgersinn und Aufbegehren. Biedermeier und Vormärz in Wien. 1815-1848“ zu sehen. Die Ausstellung gibt in sechzehn Themen ein umfassendes Bild dieser Epoche, die durch großartige künstlerische Leistungen ebenso geprägt war wie durch die restriktive Haltung der Obrigkeit in bezug auf Gesellschaft und Kultur. Dem bis heute sprichwörtlichen bürgerlichen Leben des Biedermeier — vielfach ein Rückzug aus der Wirklichkeit — stand die beginnende Industrialisierung und das Elend breiter Bevölkerungsschichten gegenüber. Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK sprach im Rahmen der Presseführung diese Ambivalenz der Periode an, die zu zeigen der Ausstellung gelungen sei. Pasterk wies auch auf die Bedeutung der Ausstellung wie überhaupt des gesamten Ausstellungswesens für die Wiener Kulturpolitik hin und dankte in diesem Zusammenhang Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und ihrem Vorgänger, Stadtrat Franz MRKVICKA, für ihre Bemühungen um diesen Sektor. Schließlich wies sie auch auf die Verdienste des verstorbenen Direktors des Historischen Museums, Hofrat Robert WAISSENBERGER, um die Vorbereitung der Ausstellung hin. Pasterk dankte auch dem nunmehrigen Museumsdirektor, Dr. Günter DÜRIEGL, dem gesamten wissenschaftlichen Personal des Museums und dem Ausstellungsgestalter Boris PODRECCA für ihre Arbeit.

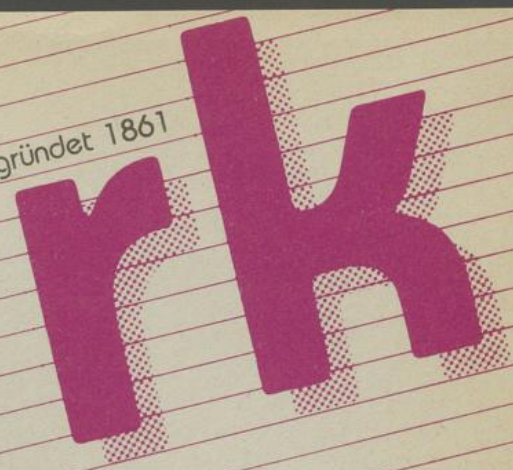
Die Ausstellung umreißt die Thematik in sechzehn Themenbereichen, wobei das politische Spektrum der Zeit ebenso berücksichtigt wird wie die künstlerischen Leistungen auf den Gebieten der Musik, der Literatur, des Theaters, der Bildenden Kunst und des Kunsthandwerks, Architektur und Wohnkultur, das Alltagsleben in der Stadt, der Aufbruch von Wissenschaft und Technik, aber auch der Freizeitbereich im Biedermeier runden das Spektrum bis hin zum „Aufbegehren“, zur Revolution des Jahres 1848 ab.

Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet, der Eintrittspreis beträgt 60 Schilling. Ermäßigungen gibt es für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Militärs in Uniform und Senioren (Montag bis Freitag von 13 bis 16 Uhr). Weiters gibt es ermäßigte Familien-, Gruppen- und Schulklassenkarten. Der Ausstellungskatalog kostet 440 Schilling, die Ausstellungszeitung für Kinder und Jugendliche 30 Schilling. (Schluß) gab/gg

Chef vom Dienst.  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck, Presse- und Informationsdienst (MFI 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetico 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

**Donnerstag, 17. Dezember 1987**

**Blatt 2736**

**Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:**

**Kommunal/Lokal:**

- Goldenes Ehrenzeichen für Kommerzialrat Vitaly (2737/FS: 16.12.)
- Eisregen führte zu Verkehrschaos (2738)
- Glatteis: 180 Mann und 64 Fahrzeuge der Verkehrsbetriebe zusätzlich (2738)
- Arbeits- und Umweltmedizin müssen eng zusammenarbeiten (2740/2741)
- Konstituierung des Gemeinderatsausschusses Wohnbau und Stadterneuerung (2742)
- Hatzl: Busek argumentiert falsch (2744)
- Alt-Gemeinderat Svetelsky gestorben (2745)
- Sprung vor die U-Bahn (nur FS/16.12.)
- Selbstmord mit Propangas (nur FS/16.12.)

**Wirtschaft:**

- Zuwanderer-Fonds: Hohe Auslastung der Wohnheime (2739)
- Odelga gliedert Produktion aus (2743)

## Goldenes Ehrenzeichen für Kommerzialrat Vitaly

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte heute, Mittwoch, im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Arbeitszimmer an Ehrensator Kommerzialrat Karl VITALY das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Der Ehrung wohnten unter anderen Vizebürgermeister Hans MAYR, die Stadträte Helmut BRAUN, Günther SALLABERGER und Wilhelm NEUSSER, Dritter Landtagspräsident Univ.-Prof. Manfred WELAN und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION bei. (Schluß) red/gg

Bereits am 16. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!



## **Eisregen führte zu Verkehrschaos**

(Zusammenfassung der Meldungen vom 16.12.)  
Rekordeinsätze der Wiener Rettung

Wien, 17.12. (RK-LOKAL) Die Wiener Rettung verzeichnete am Mittwoch aufgrund der extremen Witterungsverhältnisse einen neuen Einsatzrekord. Insgesamt wurden 504 Einsatzfahrten gezählt, soviel wie noch nie. Dazu kamen auch noch Einsatzfahrten der befreundeten Organisationen, wie Rotes Kreuz, Arbeitersamariterbund und Bundesheer. Wegen der zahlreichen Unfälle mußten auch die Unfallabteilungen in den städtischen Spitälern verstärkt werden.

Die Mitarbeiter der MA 48, Straßenreinigung und Fuhrpark, waren seit Mittwoch 15 Uhr im „Katastropheneinsatz“. Wegen der Eisglätte wurde für das gesamte Stadtgebiet das Salzstreuverbot bis Donnerstag 8 Uhr aufgehoben. Bis in die späten Abendstunden war es gelungen, die A-Routen für den Verkehr freizumachen. Nur in den westlichen Bezirken, auf exponierten Lagen, mußte der Verkehr mit städtischen Autobussen vorübergehend eingestellt werden. In der Nacht zum Donnerstag wurden fast 1.000 Mann zum Streudienst eingesetzt. Die Mitarbeiter der MA 48 waren die ganze Nacht im Einsatz. (Schluß) red/bs

## **Glattels: 180 Mann und 64 Fahrzeuge der Verkehrsbetriebe zusätzlich**

Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Wie aus einem zusammenfassenden Bericht der Wiener Verkehrsbetriebe über die gestrige Glatteissituation hervorgeht, konnte durch eine Vorwarnung der Hohen Warte bereits mit Einsetzen des Eisregens mit Sandstrefahrten zur Betreuung der Haltestellenbereiche begonnen werden. Im Straßenbahnbetrieb traten Behinderungen ausschließlich durch die Vielzahl fremder Verkehrsunfälle auf, in 12 Unfälle wurde die Straßenbahn selbst verwickelt. Fahrtechnische Probleme oder technische Schwierigkeiten gab es nicht.

Auch im Autobusbetrieb gab es vor allem Behinderungen durch Unfälle, Autobusse wurden meist durch hängengebliebene Pkw zum Stehenbleiben gezwungen und hatten dann in manchen Fällen Schwierigkeiten beim Anfahren. Die Streufahrzeuge der Verkehrsbetriebe waren laufend im Einsatz, um Busrouten zu betreuen, wurden aber ebenso wie die Streufahrzeuge der MA 48 häufig von Kräftfahrzeugen behindert. Es kam zu elf Zusammenstößen, in denen Autobusse verwickelt waren.

Insgesamt standen 180 Mitarbeiter sowie 44 Schienen- und 20 Kräftfahrzeuge der Wiener Verkehrsbetriebe gestern abend zusätzlich im Einsatz. (Schluß) roh/bs

## **Zuwanderer-Fonds: Hohe Auslastung der Wohnhelme**

Wien, 17.12. (RK-WIRTSCHAFT) Die bewegten Klagen der Wiener Wirtschaft wegen des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften bilden einen Sog, der sich auch in der Unterbringungsstatistik des Zuwanderer-Fonds niederschlägt:

1986 pendelte die Unterbringungs-Auslastung in den Wohnheimen des Fonds zwischen 89,9 (Jänner) und 96,5 Prozent (August). Heuer war der niedrigste Wert 91,1 (Mai), der Rekord 97,3 Prozent (September).

Die Zuwanderer (Durchschnittsalter gleichbleibend bei rund 26 Jahren) kommen vorwiegend aus Niederösterreich, der Steiermark und dem Burgenland. Auffallend ist der Trend zu immer moderneren, komfortableren Quartieren. Deshalb nimmt der Zuwanderer-Fonds seinen Bestand an Altwohnungen systematisch zurück und forciert die Errichtung neuer Wohnheime mit modernen Garconnieren. (Schluß) zf/rr

## **Arbeits- und Umweltmedizin müssen eng zusammenarbeiten**

### **Stacher fordert Facharzt für Arbeitsmedizin**

Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Als Chance für die Zukunft bezeichnete Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend in seiner Gesundheitspolitischen Presserunde die enge Zusammenarbeit zwischen Arbeitsmedizin und Umweltmedizin. Die Arbeitsmedizin ist wichtiger als es der Öffentlichkeit bewußt ist. Deshalb unterstützt der Gesundheitsstadtrat auch die Forderung nach der Ausbildung von eigenen Fachärzten für Arbeitsmedizin.

Stacher erklärte, daß man auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin sehr vieles noch nicht weiß, das gilt sogar noch mehr für das Gebiet der Umweltmedizin. Es ist daher notwendig, in beiden Fachgebieten auf breiter Basis mit Forschungsarbeiten zu beginnen. Es ist richtig, daß in der Medizin vorbeugen wichtiger ist als heilen. Um vorbeugen zu können, muß man aber erst wissen, was schädlich ist. Da weltweit ein Mangel an wissenschaftlich gesichertem Wissen über die medizinischen Auswirkungen von Umwelteinflüssen besteht, will nun Wien auf diesem Gebiet besonders aktiv werden. Daher wurde die Hygienisch-Bakteriologische Untersuchungsanstalt in ein Institut für Umweltmedizin umgewandelt. Es soll unter anderem die Auswirkungen von Umweltbelastungen auf Menschen, Tiere und Pflanzen untersuchen.

Die Arbeitsmedizin, forderte der Gesundheitsstadtrat, muß mehr in die Betriebe gehen und dort — an den Arbeitsplätzen — Untersuchungen durchführen. Auch kleinere Betriebe müssen von Betriebsärzten betreut werden. Dabei ist es besser, wenn die Betriebsärzte nicht von den Unternehmungen angestellt werden, damit sie in ihren Entscheidungen absolut frei sein können.

### **ÖGB fordert Verbesserungen in der Arbeitsmedizin**

Massive Forderungen nach einer Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz erhob bei der Gesundheitspolitischen Presserunde Professor Kurt PROKOP, Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Gesundheitsschutz und Arbeitsplatzsicherheit sind derzeit vorwiegend auf den Schutz der Personen ausgerichtet und nicht auf die Beseitigung der Ursachen.

Der ÖGB verlangt daher unter anderem:

- Die Beseitigung krankmachender und unfallträchtiger Arbeitsbedingungen durch Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik,
- die Unabhängigkeit der betriebsärztlichen Betreuung und der Betriebsärzte,
- die Errichtung arbeitsmedizinischer Zentren durch die Allgemeine Unfallversicherungs-Anstalt,
- die Möglichkeit, daß die Arbeitsinspektoren direkt am Arbeitsplatz strafen dürfen,
- den Ausbau der Mitbestimmung der Arbeitnehmervertreter,
- die Errichtung einer Akademie für Sicherheitstechnik und eines Instituts für angewandten Arbeitsschutz,
- die Anerkennung der Arbeitsmedizin auf den Hochschulen als Pflicht- und Prüfungsfach sowie
- eine breit angelegte Aufklärung der Arbeitnehmer, daß man sich die Gesundheit nicht durch Lohnerhöhung abkaufen lassen soll.

### 961 Fälle von Berufskrankheiten im Jahr 1985

Dr. Solveik FIEDLER vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales betonte, daß die Arbeit dem Menschen angepaßt werden muß. Zuerst muß der „Patient Arbeitsplatz“ gesund gemacht werden. In Österreich fehlt es noch an Betriebsärzten. Es müßten 819 Betriebe (mit mehr als 250 Mitarbeitern) eine betriebsärztliche Betreuung haben, tatsächlich gibt es diese mit ausreichender Einsatzzeit aber nur in 524 Betrieben. In 152 Betrieben gibt es zwar eine Betreuung, aber mit zu geringen Einsatzzeiten. In 143 Betrieben gibt es überhaupt noch keine betriebsärztliche Betreuung.

Dr. Fiedler gab bekannt, daß im Jahr 1985 dem Zentral-Arbeitsinspektorat 961 Fälle von Berufskrankheiten gemeldet wurden. Es gab drei Todesfälle, zwei als Folgen von bösartigen Neubildungen im Bereich der Lunge und des Rippenfells durch Asbest, einen durch eine Kohlenoxidvergiftung.

An der Spitze der Erkrankungsfälle stehen die durch Lärm verursachten Hörschäden (494), wobei fast die Hälfte der betroffenen Arbeitnehmer in der Metallindustrie beschäftigt waren. Den zweiten Rang nehmen die Hauterkrankungen (272) ein, die vor allem bei Beschäftigten im Friseurgewerbe, im Gesundheitswesen und in der metallverarbeitenden Industrie auftraten. 16 Prozent der Erkrankten mußten den Arbeitsplatz oder den Beruf wechseln.

Die Infektionskrankheiten (72) waren vorwiegend Fälle infektiöser oder von Serumhepatitis. Mit einer Ausnahme kamen alle Erkrankten aus dem medizinischen Arbeitsbereich. Weitere häufiger auftretende Berufskrankheiten waren Asthma bronchiale (33), Silikosen, Silikatosen oder Siliko-Tuberkulosen (29) sowie durch chemisch-irritativ oder toxisch wirkende Stoffe verursachte Erkrankungen der tieferen Atemwege und der Lunge (19).

### Regelmäßige Untersuchungen durch die Klinik für Arbeitsmedizin

Der Leiter der Wiener Universitätsklinik für Arbeitsmedizin, Univ.-Prof. Dr. Oswald JAHN, berichtete über vorbeugende Maßnahmen in seinem Arbeitsbereich. So betreut und überwacht die Klinik Arbeiter an gefährdeten Arbeitsplätzen durch regelmäßige Untersuchungen. Dadurch können vermehrte Belastungen aufgezeigt werden, bevor es noch zu einer Vergiftung oder beginnenden Schädigung kommt. In solchen Fällen sollte die Arbeit unterbrochen werden, um schwere gesundheitliche Schäden zu vermeiden. Auf der Klinik werden vorwiegend beruflich bedingte Erkrankungen untersucht und ambulant und stationär behandelt. In der Arbeitsmedizin geht es vor allem darum, den Arbeitsplatz so zu gestalten, daß dort der Mensch als Mensch arbeiten kann. Von den Mitarbeitern der Klinik werden daher kritische Arbeitsplätze in Betrieben besichtigt und begutachtet. Dazu gehört auch die Beratung der Arbeiter, zum Beispiel hinsichtlich der entsprechenden Körperhaltung, der Anwendung von Schutzmaßnahmen und allgemeiner vorbeugender Maßnahmen (Diät, persönliche Hygiene).

Eine wichtige Aufgabe der Klinik für Arbeitsmedizin ist die Aus- und Weiterbildung der Mediziner vor und nach der Promotion. Besonderer Wert wird aber auch auf die Beratung und Betreuung von Betriebsärzten, Schwestern und Sicherheitsingenieuren gelegt. (Schluß) sc/bs

Forts. von Blatt 2740

## **Konstituierung des Gemeinderatsausschusses Wohnbau und Stadterneuerung**

Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Donnerstag konstituierte sich im Wiener Rathaus der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig GR. Hans BROSCH (SPÖ) gewählt. Ebenfalls einstimmig erfolgte die Wahl des 1. Stellvertreters GR. Alfred HUMMEL (SPÖ) sowie des 2. Stellvertreters GR. Dr. Wolfgang PETRIK (ÖVP).

In der ersten Sitzung des Gemeinderatsausschusses wurden 70 Geschäftsstücke beschlossen, darunter die Genehmigung eines Sachkredites in der Höhe von 107 Millionen Schilling für eine umfassende Modernisierung der städtischen Wohnhausanlage 21, Autokaderstraße 3-7, mit Vollwärmeschutzfassade sowie Erneuerung der Türen und Fenster, wobei es aufgrund der Förderung nach dem Wohnhaussanierungsgesetz zu keiner Mietzinserhöhung kommen wird. (Schluß) ah/gg

## Odelga gliedert Produktion aus

Wien, 17.12. (RK-WIRTSCHAFT) Die zum Wiener Holding-Konzern gehörende Firma Odelga wird aus Kostengründen Teile der Produktion für Sterilisatoren ausgliedern, teilte Holding-Generaldirektor Dkfm. Dr. Ernst KRAUS Donnerstag in einem Pressegespräch mit. Der Qualitätsname Odelga bleibt dabei in vollem Umfang erhalten, wobei geplant ist, die Aquisition, die technische Überprüfung und die Einrichtung der Sterilisatoren mit der Elektronik weiterhin bei der Odelga zu belassen. Lediglich jene Arbeiten, die vor allem von Schweißern und Schlossern durchgeführt werden, sollen außer Haus gegeben werden.

Der Mitarbeiterstand der Odelga beträgt derzeit rund 200 Beschäftigte. Von der geplanten Ausgliederung sind 50 Beschäftigte betroffen, davon sollen rund 20 von der neuen Produktionsfirma übernommen werden. Die restlichen 30 Beschäftigten werden, so Kraus, anderweitig im Bereich des Holding-Konzerns untergebracht.

Ursache für die geplante Ausgliederung der Produktion sind die in den letzten Monaten auftretenden Verluste, die zuletzt eine Million Schilling pro Monat betragen haben. Bereits in zwei bis drei Monaten soll die Kostensituation so weit verbessert werden, daß der Produktionsstand bei Sterilisatoren gehalten werden kann. Für das Jahr 1988 rechnet Generaldirektor Kraus noch mit, wenn auch abnehmenden, Verlusten bei der Odelga, 1989 könnte das erste Jahr eines positiven oder ausgeglichenen Ergebnisses sein.

Die Odelga erzielt derzeit einen Umsatz von rund 200 Millionen Schilling aus drei Sparten: Aus der Eigenproduktion für Sterilisatoren, aus dem Handelshaus für medizinische Geräte und aus dem Service. (Schluß)  
sei/gal

### **Hatzl: Busek argumentiert falsch**

Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Als vollkommen falsch bezeichnete Donnerstag Energiestadtrat Johann HATZL die Argumentation von ÖVP-Stadtrat Erhard BUSEK, daß „sinkende Rohölpreise eine Strompreissenkung ermöglichen würden“. Der Einstandspreis beim Rohöl, das bekanntlich über die ÖMV bezogen wird, liegt derzeit noch immer höher als im ersten Halbjahr 1987, sagte Hatzl. Beim Erdgas, das aus Umweltschutzgründen zu etwa 80 Prozent für die Stromerzeugung eingesetzt wird, gibt es über den sogenannten „Erdölcocktail“ drei- bis sechsmonatige Nachlaufzeiten im Rahmen der Lieferverträge, sodaß auch hier noch keinerlei Auswirkungen auf die Einstandspreise der Stadtwerke gegeben sind. „Völlig lächerlich ist die Behauptung, es würde jahraus, jahrein bei sinkenden Rohstoffpreisen zugesehen“, stellte Hatzl fest. „Busek hat hier scheinbar die mehrfachen Senkungen bei Gas, Strom und Fernwärme der letzten Jahre übersehen“.

Hatzl verwies auch darauf, daß den Wiener Stadtwerken im nächsten Jahr neue Belastungen durch das 3. Abgabenänderungsgesetz und durch die Weiterführung der Umweltschutzmaßnahmen ins Haus stünden. „Wenn sich in der Gesamtrechnung Vorteile für die Stadtwerke durch weiterhin sinkende Einstandspreise ergeben sollten, wird dies so wie in den letzten Jahren selbstverständlich unverzüglich an die Konsumenten weitergegeben. Solange dies nicht der Fall ist, ist eine Strompreissenkung nicht möglich“, schloß Hatzl. (Schluß) roh/rr

## **Alt-Gemeinderat Wilhelm Svetelsky gestorben**

Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Wie erst jetzt bekannt wurde, starb am 11. Dezember d.J. Gemeinderat Wilhelm SVETELSKY im Alter von 82 Jahren, der dem Wiener Landtag und Gemeinderat ab dem Jahr 1949 ein- einhalb Jahrzehnte lang angehörte und damit Anteil an der ersten großen Aufbauphase unserer Stadt nach dem Krieg hatte.

Die politische Heimat von Gemeinderat Svetelsky war Simmering, wo er gleich im Jahr 1945 seine Tätigkeit als Bezirkssekretär aufnahm und damit einer der sprichwörtlichen Männer der „Ersten Stunde“ war. Fast zwei Jahrzehnte hindurch, von 1946 bis 1964, übte er die Funktion des Bezirks- obmannes der SPÖ Simmering aus und war in den Jahren 1954 bis 1966 auch Vorsitzender der Gewerkschaft der Handels und Transportarbeiter.

Die Verabschiedung von Gemeinderat Svetelsky findet am Freitag, dem 18. Dezember um 15.30 Uhr im Krematorium Simmering statt. (Schluß)  
pz/bs

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

**Freitag, 18. Dezember 1987**

**Blatt 2746**

**Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:**

**Kommunal/Lokal:**

- Einsatzbereitschaft der Beamten sorgt für Funktionieren der Stadt (2747/FS: 17.12.)
- Obersenatsrat Skyba Bereichsleiter für Bürgerservice (2748)
- Service der Stadtinformation am Heiligen Abend (2749)
- Feuerwehrmuseum am 24. Dezember geöffnet (2749)
- Ehrenzeichen des Landes Wien (2750)
- Radwegenetz wächst weiter (2751)
- Wien für Weihnachten bestens versorgt (2752)
- Gemeinderatsausschuß „Umwelt, Freizeit, Sport“ konstituiert (2753)
- 10,5 Millionen für Instandsetzung des Rinter-Zelt-Daches (2753)
- Fast zweieinhalb Milliarden für Wasserrohrerneuerung (2753)
- Tote bei Zimmerbrand in Meidling (nur FS/17.12.)
- Rathaustelefonnummer am Wochenende geändert: 43 16 76 (nur FS)

## **Einsatzbereitschaft der Beamten sorgt für Funktionieren der Stadt**

**Bandion: gegen Abbau erworbener Rechte der Wiederaufbaugeneration**

Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Die Leiter aller Magistratsabteilungen und die leitenden Beamten der Magistratsdirektion übermittelten im Rahmen einer bereits traditionellen Veranstaltung im Grünen Salon des Rathauses Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION die besten Wünsche anlässlich des bevorstehenden Weihnachtsfestes und des Jahreswechsels. Als Doyen der versammelten Beamten erklärte Obersenatsrat Dr. Walter PROHASKA, seit mehr als zwei Jahrzehnten Leiter des Jugendamtes, daß damit ein Zeichen der Verbundenheit und der Solidarität der Wiener Beamten mit ihrem Chef gesetzt wird. Prohaska hob hervor, daß Bandion stets für eine Verbesserung der Stellung der Beamtenschaft in der Gesellschaft eingetreten sei.

Bandion dankte den leitenden Beamten — stellvertretend für alle Mitarbeiter der Stadt Wien — für die im abgelaufenen Jahr bewiesene große Einsatzbereitschaft. Ohne diese Einsatzbereitschaft gäbe es kein geregeltes Leben in unserer Stadt, betonte der Magistratsdirektor. Beamte werden oft geschmäht, ohne daran zu denken, welche Leistungen für das Funktionieren der Stadt notwendig sind. So steht zum Beispiel jeder siebente Mitarbeiter der Stadt auch an den Weihnachtsfeiertagen im Einsatz. Unangenehme Arbeitszeiten, die in manchen Teilen der Privatwirtschaft als unzumutbar bezeichnet werden, sind bei vielen Beamten eine Selbstverständlichkeit.

Bandion wies auch auf die große Zurückhaltung der Beamten beim letzten Gehaltsabschluß hin, der deutlich unter dem in anderen Bereichen lag. Der Magistratsdirektor wandte sich aber in diesem Zusammenhang energisch gegen einen Abbau erworbener Rechte gerade jener Beamten und Pensionisten, die den Wiederaufbau getragen haben. Es wäre eine außerordentliche Bruchstelle in der Entwicklung unserer Gesellschaft, würde man gerade jenen etwas wegnehmen, die noch jahrzehntelang mit 48-Stunden-Woche, weit weniger Urlaub als heute und wesentlich schlechterer Bezahlung als in der Privatwirtschaft für die Gemeinschaft gearbeitet haben. (Schluß) ger/gal

Bereits am 17. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Obersenatsrat Skyba Bereichsleiter für Bürgerservice**

Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Obersenatsrat Dr. Karl SKYBA wurde zum Bereichsleiter für Bürgerservice im Rahmen der Magistratsdirektion bestellt. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION überreichte am Donnerstag nachmittag das Bestellungsdekret.

Insbesondere obliegt dem neuen Bereichsleiter die Besorgung folgender Aufgaben:

- Koordinierung der zum Bürgerservice geschaffene Auskunft- und Beratungsdienste des Magistrats der Stadt Wien;
- Mitwirkung bei der Behandlung von Vorschlägen zur Verbesserung der Bürgerserviceeinrichtungen des Magistrats;
- Ständige Zusammenarbeit mit Bürgerserviceeinrichtungen anderer Rechtsträger, insbesondere mit der Bundespolizeidirektion Wien in Angelegenheiten des Straßenverkehrs;
- Angelegenheiten von Bürgern oder Bürgergruppen von allgemeiner Bedeutung.

(Schluß) ger/bs

## **Service der Stadtinformation am Heiligen Abend**

### **Autorennbahn für Kinder in der Schmidthalle**

Wien, 18.12. (RK-LOKAL) Wohin mit Kindern am Nachmittag des Heiligen Abends? Heuer bietet sich erstmals die Stadtinformation in der Schmidthalle des Rathauses an. Hier können Kinder unter der Anleitung von Mitarbeitern der Stadtinformation auch am Heiligen Abend auf einer rund vier mal zwei Meter großen dreispurigen Autorennbahn spielen. Am 24. Dezember hat die Stadtinformation bis 17 Uhr geöffnet. (Schluß) red/gg

## **Feuerwehrmuseum am 24. Dezember geöffnet**

Wien, 18.12. (RK-LOKAL) Um bei den Weihnachtsvorbereitungen nicht zu stören, können sich junge und alte Feuerwehrfans am 24. Dezember die Zeit mit einem interessanten Besuch im Feuerwehrmuseum in der Hauptfeuerwache Am Hof vertreiben. Das Museum ist an diesem Tag von 9 bis 14 Uhr geöffnet. (Schluß) du/gg

## **Ehrenzeichen des Landes Wien**

Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien übergab Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Donnerstag nachmittag an Hofrat Dipl.-Ing. Robert JUST aufgrund seiner Leistungen für die technischen und gewerblichen Lehranstalten Wiens.

Mit dem Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurde Regierungsrat Johann WASER, ehemaliger Bezirksschulinspektor für das Sonderschulwesen ausgezeichnet.

Die Otto-Glöckel-Medaille erhielten Oberschulrat Charlotte GUTJAHR und der Volksbildner Schulrat Herbert SCHUSTER. (Schluß) jel/rr

## **Radwegenetz wächst weiter**

Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Der kontinuierliche Ausbau des Wiener Radwegenetzes — vom vorgesehenen Grundnetz mit 270 Kilometer Länge sind bereits 210 Kilometer realisiert — läuft in Anbetracht der günstigen Witterung auch im Dezember weiter.

Eben fertiggestellt wurde im 3. Bezirk ein weiteres Teilstück des Radweges RECHTE BAHNGASSE zwischen der Beatrixgasse und der Neulinggasse als Zweirichtungsradweg mit einer Länge von 360 Metern.

In wenigen Tagen — am 22. Dezember — wird der Radweg FREIHÖF-SIEDLUNG im 22. Bezirk den Radfahrern zur Verfügung stehen. Beginnend bei der U-Bahn-Station Kagran verläuft er entlang der Donaustadtstraße und teilt sich dann in zwei Richtungen: Der eine Ast folgt der Donaustadtstraße bis zur Arminenstraße, der andere führt zur Wintzingerodestraße. Die Gesamtlänge beträgt 1.600 Meter, die Querungen mit Straßen sind mittels Lichtsignalen geregelt. Die Ausführung erfolgte als Zweirichtungsradweg bzw. als Geh- und Radweg entlang der Donaustadtstraße. (Schluß) pz/rr

## Wien für Weihnachten bestens versorgt

Wien, 18.12. (RK-LOKAL) Der Trend bei den Lebensmitteleinkäufen für Weihnachten geht heuer, wie das Marktamt bestätigt, zu hochwertigen, aber auch teuren Spezialitäten. Alle wichtigen Nahrungs- und Genußmittel sowie die traditionellen Festtagsspezialitäten stehen jedenfalls in den Geschäften und auf den Märkten in ausreichenden Mengen zur Verfügung: rund 3.900 Tonnen Geflügel, von Hendln über Truthähne bis zu Gänsen und Enten (Preise gegenüber dem Vorjahr unverändert) und 260 Tonnen frischer Süßwasserfische, frischer Seefische sowie Tiefkühlfische und Räucherfische.

Die strengen Lebensmittelkontrollen sorgen selbstverständlich dafür, daß nur einwandfreie Ware angeboten wird — auch bei den traditionellen Weihnachtsskarpfen werden Proben gezogen und überprüft.

Bei Fleisch und Fleischwaren gibt's ein überaus reiches Angebot, etwa 4.000 Tonnen Fleisch stehen zur Verfügung. Erfreuliche Nachrichten für die Konsumenten: Rind-, Kalb- und Schweinefleisch sind gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt etwas billiger, bei den Wurstwaren sind die Preise unverändert.

Obst, Gemüse und Agrumen — das ist die Fachbezeichnung laut Lebensmittelkodex für Orangen, Mandarinen usw. — werden ebenfalls bei stabilen Preise angeboten, insgesamt warten etwa 15.000 Tonnen auf Käufer. Bei diesen Lebensmitteln nehmen übrigens die Import zu — gefragt sind Spezialitäten wie Papayas, Mangos und ähnliche Früchte.

Vielleicht wäre aber gerade der Lebensmitteleinkauf für die Weihnachtsfeiertage eine gute Gelegenheit, auch an jene Menschen zu denken, die sich nicht so viel leisten können — es gibt von der Hilfe für Kinder bis zur Unterstützung alter Menschen und bis zur Hilfe für die Dritte Welt zahlreiche Möglichkeiten, anderen beizustehen. (Schluß) hrs/gg

## **Gemeinderatsausschuß „Umwelt, Freizeit, Sport“ konstituiert**

Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Am Freitag konstituierte sich der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Gemeinderat Dr. Michael HÄUPL (SPÖ) gewählt. Stellvertreter wurden durch einstimmige Wahl die Gemeinderäte Ernst NUSSBAUM (SPÖ) und Dr. Johannes HAWLIK (SPÖ).

### **Otmar Brix Stellvertretender Vorsitzender des Landessportrates**

Der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport wählte außerdem Gemeinderat Otmar BRIX (SPÖ) zum Vorsitzenden-Stellvertreter des Wiener Landessportrates. Vorsitzender ist aufgrund des Wiener Landessportgesetzes Stadtrat Helmut BRAUN. (Schluß) and/bs

## **10,5 Millionen für Instandsetzung des Rinter-Zelt-Daches**

Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport genehmigte am Freitag 10,5 Millionen Schilling für die Instandsetzung des Daches der Abfallbehandlungsanlage im Rinter-Zelt. Mit diesem Geld werden, so Umweltstadtrat Helmut BRAUN, die Sturmschäden am Dach beseitigt und Vorkehrungen getroffen, um dort künftige Schäden nach menschlichem Ermessen auszuschließen.

Das Rinter-Zelt steht im Eigentum der Wiener Holding. Die Stadtreinigung betreibt dort eine Abfallbehandlungsanlage, um einerseits wiederverwertbare Stoffe zurückzugewinnen und auch dadurch die Mülldeponie am Rautenweg zu entlasten. Andererseits wird der hier durchlaufende Gewerbemüll im Interesse der Sicherheit der Deponie untersucht. Die nach der vorgezogenen Beschlußfassung im Stadtsenat nun erfolgte Genehmigung durch den Gemeinderatsausschuß ermöglicht die Dachreparatur und technische Maßnahmen, um die Stabilität des Daches zu erhöhen. (Schluß) and/rr

## **Fast zweieinhalb Milliarden für Wasserrohr-Erneuerung**

### **Projekt für 15 Jahre**

Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport beschloß am Freitag die Bereitstellung von insgesamt rund 2,43 Milliarden Schilling für die Erneuerung des Wiener Wasserrohrnetzes. Dieser Betrag wird unabhängig von den Mitteln aufgewendet, die für die ergänzenden Aufschließungen im Wiener Stadtgebiet aufgebracht werden. Das Rohrauswechslungsprogramm nimmt einen Zeitraum von 15 Jahren in Anspruch.

Mit diesen Milliardenkosten werden alte Grauguß-Rohrstränge ersetzt, die vor dem 1. Weltkrieg verlegt wurden. Die Mittel werden in allen Stadtteilen mit Ausnahme des 21. und 22. Bezirkes eingesetzt, wo das Rohrnetz noch relativ jung ist. In der jetzt beginnenden 1. und 2. Phase der großen Rohrauswechslungen werden die wichtigen Hauptrohrstränge und Transportleitungen ersetzt. (Schluß) and/bs

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex T33240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 21. Dezember 1987

Blatt 2754

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

## Kommunal/Lokal:

- Kurse für Führungsaufgaben im AKH (2755/FS: 18.12.)
- Fahrplan für Rechnungsabschluß festgelegt (2756/FS: 19.12.)
- Ausstellung über geplanten „grünen Durchgang“ im 9. Bezirk (2757/FS: 20.12.)
- Weiterhin hohe Baubeschäftigung in Wien (2758)
- Stacher warnt vor Feiertags-Alkoholexzessen (2759)
- Die städtischen Bäder am Heiligen Abend (2760)
- Holub Vorsitzender der Gemeinderätlichen Personalkommission (2761)
- ÖVP: „Wohlstandsbilanz“ verschlechtert sich (2762)
- Mayr: ÖVP-Kritik ändert sich nicht (2762)
- Hatzl: Seit 1981 kein Strompreisantrag (2763)
- Hochwasser auf der Donau (nur FS/19.12.)
- Stromstörung in Wien (nur FS/19.12.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Wohnungsberatungszentrum: Eingeschränkter Parteienverkehr  
am 24. und 31. Dezember (nur FS)

## **Kurse für Führungsaufgaben im AKH**

### **Stacher überreichte Abschlußzeugnisse**

Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Seit 1969 werden am Allgemeinen Krankenhaus in Wien Sonderkurse durchgeführt, um Schwestern, Pflegern, medizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten für Führungsaufgaben auszubilden. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Freitag vormittag im AKH die Abschlußzeugnisse an die 53 Absolventen der beiden Sonderausbildungskurse, die 1987 veranstaltet wurden. Alle Teilnehmer haben die Kurse erfolgreich abgeschlossen.

Der Gesundheitsstadtrat stellte in seiner Ansprache fest, daß sich die Aufgaben und Strukturen der Krankenhäuser in den letzten 20 bis 30 Jahren komplett geändert haben. Die moderne Medizintechnik und neue medikamentöse Behandlung haben dazu geführt, daß es heute in den Spitälern viel mehr Schwerkranke gibt als früher. Allein in Wien kommen 340 Patienten dreimal in der Woche zur Dialyse. Der Fortschritt in der Medizin hat aber auch die Aufgaben des Pflegepersonals geändert. Ärzte, Schwestern und Pfleger, medizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten müssen sehr viel Zeit für die Organisation der vielfältigen Untersuchungen und Behandlungsmethoden aufwenden.

Daher ist es wichtig, daß das Personal auch für Führungsaufgaben ausgebildet wird. Es muß zum Beispiel lernen, wie man

- mit organisatorischen Problemen fertig wird,
- die EDV-Einrichtungen eingesetzt werden,
- man ein Team führt und die Mitarbeiter motiviert, um den Patienten die bestmögliche Pflege zu bieten oder wie man
- die Zusammenarbeit mit den anderen Sparten reibungslos abwickelt.

Die Sonderausbildungskurse für leitende Funktionen sind von großer Bedeutung für einen modernen Spitalsbetrieb. Seit 1969 haben 510 Mitarbeiter aus der Krankenpflege und 31 Angehörige des medizinisch-technischen Dienstes daran teilgenommen. Auch 1988 werden wieder drei Kurse abgehalten. (Schluß) sc/bs

Bereits am 18. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet

## **Fahrplan für Rechnungsabschluß festgelegt**

Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Im Wiener Gemeinderat wurde in der vergangenen Woche das Budget 1988 beraten und genehmigt. Nunmehr beginnen bereits erste Vorarbeiten für die Erstellung des Rechnungsabschlusses für das heurige Jahr, der im Juni 1988 dem Gemeinderat vorliegen wird. In einem Erlaß von Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION an alle Magistratsdienststellen wurden jetzt dafür die genaue Vorgangsweise sowie die zahlreichen einzuhaltenden Fristen festgelegt. (Schluß) ger/gg

Bereits am 19. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Ausstellung über geplanten „Grünen Durchgang“ im 9. Bezirk**

Bereits am 20. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) Eine Ausstellung mit Gestaltungsvorschlägen für einen „Grünen Durchgang“ im 9. Bezirk von der Volksoper bis zur Markthalle an der Nußdorfer Straße ist noch bis 23. Dezember in der Creditanstalt am Julius-Tandler-Platz 3 (Franz-Josefs-Bahnhof) und anschließend in der Gebietsbetreuung des Stadterneuerungsgebietes Himmelpfortgrund (9., Säulengasse 20) zu sehen.

Die Vorschläge für diese bezirksquerende Grünverbindung entstanden aufgrund eines Wettbewerbes der Gebietsbetreuung am Institut für Landschaftsplanung und Gartenkunst der Technischen Universität Wien. Die Wiedersichtbarmachung des Währingerbachs als lokales Charakteristikum, die Anordnung von Pavillons, die bewußte Einsetzung verschiedener Bodenbelagsmaterialien und Grünelemente sind nur einige Beispiele, wie dieser traditionsreiche Bereich des 9. Bezirks in seiner Lebensqualität deutlich verbessert werden könnte.

Mit der Neufestlegung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes im Jahr 1985 wurden die rechtlichen Voraussetzungen für den „Grünen Durchgang“ geschaffen. (Schluß) ah/bs

## **Weiterhin hohe Baubeschäftigung in Wien**

Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Weiterhin höher als im langjährigen Durchschnitt ist die Beschäftigung auf den städtischen Baustellen in Wien. Mit 12.812 beschäftigten Arbeitskräften waren Ende November um 394 Arbeiter oder 3,2 Prozent mehr zu verzeichnen als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Zugenommen hat gegenüber dem Vorjahr auch die Zahl der Baustellen. Sie betrug Ende November 2.077.

Mit dem Neubau und der Erhaltung städtischer Wohnhäuser waren 6.351 Menschen beschäftigt, mit Bauarbeiten an Gebäuden des Gesundheitswesens sowie dem Neubau des AKH 1.881 Menschen, mit dem U-Bahn-Bau 817 Menschen.

So stellt auch das Wirtschaftsforschungsinstitut in seinem Konjunkturbericht fest, daß Wien gegenüber Gesamtösterreich eine doppelt so hohe Steigerung des Auftragsvolumens der Bauwirtschaft hat, obwohl dennoch der Anteil der öffentlichen Aufträge in Wien niedriger ist als in den meisten anderen Bundesländern. Der Auftragsanstieg erfolgte vor allem in den Bereichen der Adaptierung und damit der Stadterneuerung. (Schluß) ah/rr

## **Stacher warnt vor Feiertags-Alkoholexzessen**

**300.000 Alkoholranke in Österreich**

Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Nicht vor dem besonnenen Alkoholgenuß, sondern vor dem unbesonnenen Alkoholexzess warnte Montag Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in Anbetracht der kommenden Feiertage. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben, wie der Stadtrat erklärte, gezeigt, daß gerade zu Weihnachten und Neujahr diese Grenze oft überschritten wird, wobei in vielen Familien sehr oft die Kinder Zeugen der Alkoholexzesse sind und häufig auch daran teilnehmen. Den besonnenen Umgang mit Alkohol können die Jugendlichen nur von den Erwachsenen lernen, betonte Stacher und wies auf Untersuchungen hin, die zeigen, daß mehr als ein Drittel aller Alkoholkranken einen übermäßig trinkenden Elternteil in der Familie hatten.

„Alkoholgenuß ist aus unserer Kultur nicht wegzudenken, umso wichtiger ist es daher zu lernen, rechtzeitig aufzuhören. Während der Feiertage sind Eltern und Kinder besonders viel zusammen, leider wird gerade in dieser Zeit in zahlreichen Familien zuviel getrunken. Alkoholgefährdet kann jeder sein“, meinte er wörtlich und wies in diesem Zusammenhang auf die häufig geäußerte Beobachtung der Experten hin, — „aus ganz normalen Familien kommen oft ganz normale Alkoholranke“.

In Österreich gibt es gegenwärtig über 300.000 Alkoholranke, eine Zahl, die nicht erlaubt, die Gefahren des Alkoholmißbrauches zu verharmlosen, erklärte Stacher abschließend. (Schluß) zi/gg

## **Die städtischen Bäder am Heiligen Abend**

Wien, 21.12. (RK-LOKAL) Die städtischen Bäder werden am Heiligen Abend nur bis 14 Uhr geöffnet sein. Das betrifft die Hallen-, Sauna-, Brause-, Volks- und Wannenbäder. Das Hallenbad Großfeldsiedlung bleibt an diesem Tag geschlossen.

### **Spaß für Kinder im Donaustädter Bad**

Besonders herzlich werden an diesem Tag die Kinder im Hallenbad Donaustadt in der Portnergasse empfangen werden: das Fabelwesen „Oktopus“, ein großes Schwimmtier, das aussieht wie ein Seestern, wird den Kindern sicher Freude machen. Und für Unterhaltung ist bei den vielen Spielen gesorgt, die mit einem Schwimmlehrer stattfinden. (Schluß) and/bs

## **Holub Vorsitzender der Gemeinderätlichen Personalkommission**

Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat Albert HOLUB wurde zum Vorsitzenden der Gemeinderätlichen Personalkommission gewählt. Seine beiden Stellvertreter sind Nationalratsabgeordneter Rudolf PÖDER sowie Gemeinderat Karl DALLER. (Schluß) red/gg

## **ÖVP: „Wohlstandsbilanz“ verschlechtert sich**

Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Nach Meinung der ÖVP wird sich die „Wohlstandsbilanz“ der Wiener im kommenden Jahr verschlechtern. Wie die Stadträte Dr. Erhard BUSEK und Maria HAMPEL-FUCHS Montag in einem Pressegespräch sagten, werde es 1988 15 Erhöhungen geben, darunter bei den Wassergebühren und der Müllabfuhr bereits zum zweiten Mal. Kritisiert wurden besonders die erhöhten Gebühren für den Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst, sowie die Pflegegebühren in den städtischen Spitälern und im AKH.

Busek sprach sich für eine sofortige Senkung der Strom-, Gas- und Fernwärmearifite um mindestens zehn Prozent aus. Er forderte die Wiener E-Werke auf, sie sollten Bundesanteile an Sondergesellschaften erwerben, und sich höhere Strombezugsrechte sichern, die langfristig zu einer Strompreissenkung und Stabilisierung beitragen würden.

Maria Hampel-Fuchs beklagte ein überproportionales Ansteigen der Jugendarbeitslosigkeit in Wien: Während österreichweit eine Abnahme festgestellt werde (durchschnittlich - 4,8 Prozent, Männer - 7,2 Prozent, Frauen - 2,7 Prozent), sei sie in Wien bei „jugendlichen Männern“ um 2,7 Prozent, bei Frauen um 1,7 Prozent gestiegen. (Schluß) ull/bs

## **Mayr: ÖVP-Politik ändert sich nicht**

Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) So wie das Amen im Gebet komme der Aufschrei der Wiener ÖVP, wenn die Stadt Gebühren erhöht, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Montag zur heutigen ÖVP-Kritik an den Wiener Gebühren. An der ÖVP-Politik, einerseits immer mehr Ausgaben zu fordern, andererseits die Einnahmen im gleichen Atemzug senken zu wollen, habe sich nichts geändert. Wie man mit einer solchen Politik jedoch ein geordnetes Budget und geordnete Finanzen erreichen könne, auf diese Frage bliebe die ÖVP jedes Mal die Antwort schuldig, betonte Mayr abschließend. (Schluß) sei/gg

## **Hatzl: Seit 1981 kein Strompreisantrag**

Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Immer merkwürdiger werde die Argumentationslinie der Wiener ÖVP bei den Energietarifen, sagte Montag Energiestadtrat Johann HATZL in Reaktion auf ein Pressegespräch von Dr. Erhard BUSEK und Maria HAMPEL-FUCHS. Hatzl: „Der letzte Preisantrag der E-Werke stammt aus dem Jahr 1981, der der Gaswerke aus dem Jahr 1985. Seither hat es zwei Strom- und drei Gaspreissenkungen gegeben. Es gab keine Prüfungen des Rechnungshofes bei den Wiener Stadtwerken. Die Behauptungen der ÖVP sind daher völlig aus der Luft gegriffen.“

Der Einstandspreis für die Stadtwerke ist seit den letzten Tarifsenkungen nicht gesunken, sondern im Vergleich zum ersten Halbjahr 1987 noch immer höher. 1988 werde es für die Unternehmen durch das 3. Abgabenänderungsgesetz, durch erhöhte Kosten für Investitionen und Erhaltungsmaßnahmen, durch Umweltmaßnahmen, die für E- und Gaswerke nächstes Jahr rund eine halbe Milliarde ausmachen, sowie ab Juli 1988 durch erhöhte Personalausgaben und durch einen möglicherweise erhöhten Stromtarif der Verbundgesellschaft zu wesentlichen Mehraufwänden kommen. Aus diesen Gründen sei zur Stunde keine Tarifsenkung möglich, erklärte Hatzl.

Ein Erwerb von Bundesanteilen an Sondergesellschaften bedeute noch keine Sicherung von erhöhten Strombezugsrechten, erklärte Hatzl zu einer weiteren Forderung der Wiener ÖVP. Es wäre statt dessen verschleudertes Geld, das letztendlich der Konsument zu bezahlen hätte. Es passe auch nicht die Forderung nach Mindereinnahmen, die durch eine Tarifsenkung entstünden, mit der nach Mehrausgaben zusammen.

Keinen Vorteil für die Konsumenten, sondern gravierende Nachteile würde er in der Umwandlung der E-Werke in eine Aktiengesellschaft sehen, schloß Hatzl. (Schluß) roh/bs

Chef vom Dienst.  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

**Dienstag, 22. Dezember 1987**

**Blatt 2764**

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

#### **Kommunal/Lokal:**

- Die Wiener Rettung im November (2765)
- Stadtgartenoberamtsrat Ing. Schierleitner wurde Regierungsrat (2766)
- Vorstandswechsel bei den Wiener Lokalbahnen AG. (2767)
- Verkehrsbetriebe am Heiligen Abend und zu Silvester (2768/2769)
- Leitschienenreparaturen an der Nordbrücke (nur FS/21.12.)
- Sprechtage der Wohnungskommissionen entfallen (nur FS)

#### **Kultur:**

- Großes Echo auf Heller-Ballons in den USA (2770)

## **Die Wiener Rettung im November**

### **6.881 Einsätze der Rettungsgemeinschaft**

Wien, 22.12. (RK-LOKAL) 6.881 Einsätze hatte die Wiener Rettungsgemeinschaft, das sind der Rettungsdienst, die Krankenbeförderung (im Rettungsdienst), das Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariterbund und die Johanniter-Unfallhilfe, im Monat November zu leisten. Die Rettungsfahrzeuge legten dabei 44.550 Kilometer zurück. Von den 6.789 Patienten, zu denen Ärzte und Sanitäter der Rettungsgemeinschaft gerufen wurden, wurden 5.156 in Spitäler gebracht.

Die Rettungsgemeinschaft intervenierte im vergangenen Monat bei 3.936 akut Erkrankten; bei 171 von ihnen wurde ein Herzinfarkt diagnostiziert, in 405 Fällen sonstige Herzerkrankungen. Außerdem wurden 2.558 verletzte Personen betreut, davon 612 nach Verkehrsunfällen, 352 nach Betriebsunfällen und 71 nach Sportunfällen. 126 Personen waren schwer, 2.432 Personen unbestimmten Grades verletzt. Bei 23 Geburten wurde ärztliche Hilfe geleistet. In 21 Fällen lagen Verbrennungen vor, in 138 Fällen Vergiftungen und in 61 Fällen Psychosen.

Der Rettungsdienst intervenierte bei 144 Rauschgift- und Drogenkranken, 472 Patienten standen unter Alkoholeinfluß, 41 Personen hatten Selbstmordversuche unternommen. 211 Personen konnte nicht mehr geholfen werden. Die Todesursache war in 74 Fällen Herzinfarkt, in 11 Fällen Selbstmord.

Der Krankenbeförderungsdienst hatte im November 4.964 Ausfahrten und beförderte 4.804 Personen. Die 18 Einsatzwagen legten dabei insgesamt 68.620 Kilometer zurück. (Schluß) sc/bs

## **Stadtgartenoberamtsrat Ing. Schierleitner wurde Regierungsrat**

Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Helmut BRAUN überreichte am Montag nachmittag das Dekret „Regierungsrat“ an Stadtgartenoberamtsrat Ing. Herbert SCHIERLEITNER. Ing. Schierleitner ist seit über zehn Jahren als Zentralinspektor des Stadtgartenamtes tätig. Dieser Arbeitsbereich umfaßt die gesamte Kontrolle der diversen Betriebe, wie z.B. Reservegarten Hirschstetten oder Schulgarten Kagran, sowie der sieben Gartenbezirke. Außerdem ist Ing. Schierleitner Abteilungsleiter-Stellvertreter. (Schluß) du/bs

## Vorstandswechsel bei der Wiener Lokalbahnen AG

Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Am Montag nachmittag erfolgte durch Verkehrsstadtrat Johann HATZL die Amtseinführung von Reinhold KÖHLER als Vorstandsdirektor der Wiener Lokalbahnen AG. Damit wird ab dem kommenden Jahr ein neuer Zweiervorstand an der Spitze der Badner Bahn, wie sie im Wiener Sprachgebrauch heißt, stehen: Dipl.-Ing. Günther ZIMMERL, zuständig für den technischen, und Reinhold Köhler, zuständig für den kaufmännischen Bereich.

Bei diesem Anlaß wurde der bisherige Vorstandsdirektor Rudolf SIMA, der dem Unternehmen vier Jahrzehnte angehörte, davon die letzten elf Jahre in dieser Spitzenfunktion offiziell verabschiedet. Vorstandsdirektor Sima, Jahrgang 1927, trat gleich nach (kriegsbedingt verspäteter) Ablegung der Matura im Jahr 1947 bei den Wiener Lokalbahnen AG. ein und erhielt 1967 die Einzelprokura; mit 1. Jänner 1977 wurde er zum Vorstandsdirektor berufen.

Wie Verkehrsstadtrat Johann Hatzl in seiner Festansprache ausführte, gehe Vorstandsdirektor Sima zu einem von ihm selbst gewählten Zeitpunkt in den Ruhestand, weil er mit dem Gefühl gehen könne, ein Unternehmen, das lange ein Schattendasein führte, in ein attraktives, gut geführtes Unternehmen mit guter Tradition umgewandelt zu haben. „Es wird ein geordnetes Haus übergeben, das Sicherheit für die Beschäftigten und ihre Familien bietet und wo neue Investitionsvorhaben realisiert werden können. Nun gilt es, vermehrte Aufgaben für die Zukunft in vermehrte Hände zu legen“, schloß Hatzl.

Tatsächlich kommt der Badner Bahn als umweltfreundlichem Massenverkehrsmittel im Süden von Wien, also in einem vielfach belasteten Ballungszentrum neben der hohen Transportleistung auch eine umweltspezifische Bedeutung zu. Die Zahlen sprechen für sich: Im Jahr 1986 wurden auf der Schiene 105.896 Tonnen im Güterverkehr transportiert und 5.411.094 Personen befördert (gegenüber 1985 eine Steigerung um rund 17 Prozent).  
(Schluß) pz/bs

## Verkehrsbetriebe am Heiligen Abend und zu Silvester

Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Verkehrsbetriebe werden auch heuer wieder zu den Feiertagen mit einem verstärkten Angebot auf den erwarteten Andrang reagieren. Zu Weihnachten werden vor allem die Friedhofslinien verstärkt, in der Silvesternacht gibt es wieder einen durchgehenden Betrieb. Dies kündigte Dienstag Verkehrsstadtrat Johann HATZL an.

### Heiliger Abend

Am Donnerstag, dem 24. Dezember, verkehren die innerstädtischen Autobuslinien „1A“, „2A“ und „3A“ nur bis zirka 14 Uhr.

Die Autobuslinie „38A“ verkehrt ab 18.30 Uhr bis zirka 22 Uhr nur zwischen Heiligenstadt und Grinzing.

Die Wiener Verkehrsbetriebe verstärken auch heuer wieder auf Grund des zu erwartenden stärkeren Friedhofsbesuches am 24. Dezember die Straßenbahn- und Autobuslinien zu den Friedhöfen:

Außer der Linie „71“ verkehrt auch die Straßenbahnlinie „6“ — bei Bedarf — bis zum Zentralfriedhof.

In der Zeit von zirka 8 Uhr bis zirka 17 Uhr werden City-Busse — mit dem Liniensignal „39A“ — ab der Sieveringer Straße/Karhäuserstraße bis zum Sieveringer Friedhof geführt.

Darüber hinaus werden zahlreiche Linien verstärkt geführt.

Am 24. Dezember sind die betriebseigenen Vorverkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe in der Zeit von 8 bis 14 Uhr und die Vorverkaufsstellen in den U-Bahn-Stationen Stephansplatz, Schwedenplatz, Karlsplatz, Schottentor, Reumannplatz und Hietzing von 6.30 bis 14 Uhr geöffnet.

### Silvester

Am 31. Dezember sind alle Vorverkaufsstellen in der Zeit von 6.30 bis 14 Uhr geöffnet.

Die Wiener Verkehrsbetriebe richten auch heuer wieder zu Silvester einen durchgehenden Betrieb ein, und zwar auf 29 Linien. Die Linien und Streckenführungen vom Vorjahr bleiben unverändert.

Auf allen Linien gilt der Normaltarif, Vorverkaufsfahrscheine, sowie Netzkarten mit Dezemberwertmarken sind ebenfalls gültig.

Die Nachtautobuslinien N1 bis N8 werden in der Silvesternacht nicht betrieben.

Im folgenden die einzelnen Linien mit Nachtbetrieb:

- U 1: Reumannplatz — Zentrum Kagran
- U 2: Karlsplatz — Schottenring
- U 4: Heiligenstadt — Hütteldorf
- „D“: Nußdorf — Südbahnhof
- „N“: Floridsdorfer Brücke — Schwedenplatz
- „1“: Julius-Raab-Platz — Ring — Kai
- „2“: Dr.-Karl-Lueger-Platz — Kai — Ring
- „18“: Liechtenwerder Platz — Gürtel — Stadionbrücke
- „21“: Stadlauer Brücke — Schwedenplatz
- „23A“: Zentrum Kagran — Hausfeldstraße
- „25“: Leopoldau — Zentrum Kagran — Stadlau
- „29A“: Franz-Jonas-Platz, Floridsdorf — Leopoldau — Großfeldsiedlung
- „31“: Schottenring — Stammersdorf
- „32“: Franz-Jonas-Platz, Floridsdorf — Strebersdorf
- „35A“: Salmansdorf — Floridsdorfer Brücke

- „38“: Schottentor — Grinzing
- „41“: Schottentor — Pötzleinsdorf
- „43“: Schottentor — Neuwaldegg
- „46“: Dr.-Karl-Renner-Ring — Joachimsthalerplatz
- „49“: Dr.-Karl-Renner-Ring — Hütteldorf
- „58“: Burgring — Unter-St.-Veit
- „60“: Hietzing, Kennedybrücke — Rodaun
- „62“: Kärntner Ring, Oper — Lainz
- „64“: Westbahnhof, Mariahilfer Straße — Siebenhirten (über Meidlinger Hauptstraße)
- „65“: Kärntner Ring, Oper — Stefan-Fadinger-Platz
- „66A“: Reumannplatz — Liesing
- „67“: Reumannplatz — Kurzentrum Oberlaa
- „71“: Schwarzenbergplatz — Zentralfriedhof
- „74A“: Dr.-Karl-Lueger-Platz — St. Marx

#### **U-Bahn-Permanenzdienst**

Falls es während der Feiertage Fragen oder Beschwerden zum Wiener U-Bahn-Bau gibt: Im Baubüro Heldenplatz ist vom 24. Dezember 1987 bis zum 6. Jänner 1988 rund um die Uhr eine Auskunftsperson erreichbar. Die Telefonnummer: 535 16 26.

#### **Zentralfriedhof**

Zu Weihnachten und Silvester gelten Sonderbestimmungen über die Einfahrt in den Zentralfriedhof: Am 24. Dezember ist bis 12 Uhr die Einfahrt zu Trauerfeiern gestattet, von 12 bis 15.30 Uhr gilt generelles Einfahrverbot. Ab 15.30 Uhr ist bei Tor 2 die Einfahrt zur Christmette in der Lueger-Kirche möglich. Am 31. Dezember ist die Einfahrt in den Zentralfriedhof ganztätig erlaubt. (Schluß) roh/rr

Forts. von Blatt 2768

## Großes Echo auf Heller-Ballons in den USA

Millionen sahen das „Geschenk der Stadt Wien an die Himmel Amerikas“

Wien, 22.12. (RK-KULTUR) Wiens ungewöhnliches „Geschenk an die Himmel Amerikas“, die fliegenden Skulpturen von Andre Heller, haben drei Monate lang für Aufsehen in den USA gesorgt und vielen Millionen Amerikanern einen spektakulären Gruß aus Österreichs Hauptstadt übermittelt. Von Anfang August bis Anfang November 1987 überflogen die fantastischen Kreationen „Traumstation“, „Kindermond“ und „Kiku“ im Rahmen einer von der Wiener Stadtverwaltung gesponserten Tournee dreißig amerikanische und zwei kanadische Städte, berichteten Vizebürgermeister Hans MAYR und Andre HELLER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Das amerikanische Publikum zeigte sich begeistert: Sobald die Ballons über den Städten auftauchten, bewirkten sie ungläubiges Staunen, zahlreiche Anrufe über außergewöhnliche Himmelserscheinungen bei Behörden und Verkehrsstaus, weil Autofahrer einfach stehenblieben, um sich ganz auf den Anblick konzentrieren zu können. Die 21 bis 37 Meter hohen Kunstwerke am Himmel waren Stadtgespräch.

Für die US-Medien waren die „Flying Sculptures“ aus Wien ein willkommenes Objekt der Berichterstattung: Rund 600 Zeitungen schrieben bisher darüber, renommierte Blätter wie „The New York Times“ und „Washington Post“ bzw. große Magazine wie „People Magazine“ und „Life“ ebenso wie die Lokalpresse. Insgesamt wurden Artikel über die Ballons in über 47 Millionen Zeitungsexemplaren abgedruckt. Auch jetzt, nach Abschluß der Tournee, erscheinen noch Artikel und Fotos. Die großen, überregionalen Fernseh-Netze CBS und ABC und rund 100 lokale TV-Stationen brachten Reportagen, Interviews und Nachrichten zu den Ballonflügen. In einigen Städten flogen die Reporter in Hubschraubern mit, um die aufsehenerregenden Himmelskörper möglichst gut ins Bild zu kriegen. Etwa 130 Radiostationen berichteten teilweise mehrmals am Tage über die Ereignisse, und Andre Heller bzw. die Mitglieder seiner Ballon-Mannschaft gaben an die hundert Interviews.

Besonders bemerkenswert waren die Flüge über die Niagarafälle und San Francisco: Sie waren aufgrund der dortigen Windverhältnisse auch im sportlichen Sinne spektakulär; San Francisco ist vor den Wiener Skulpturen erst zweimal von Ballons überflogen worden. In einigen Städten, darunter Chicago, Los Angeles, Dallas und Boston, wurde Wiens Geschenk mit einem „Flying Sculptures Day“ gewürdigt. Weiters wurden Dankesurkunden überreicht, Stadtschlüssel übergeben und Heller samt Crew zu Bürgermeister-Empfängen eingeladen. Auch die US-Airforce lud die Ballonfahrer ein — zum Flug nach Albuquerque, wo die fliegenden Skulpturen bei der Internationale Balloon Fiesta mit über 500 Ballons vor rund 500.000 Zuschauern aufstiegen.

Die Amerika-Tournee der Heller-Ballons ist zweifellos die unkonventionellste Kulturaktion, die von der Stadt Wien jemals „exportiert“ wurde. Auf künstlerisch-ästhetische Weise wurde damit ohne marktschreierische Effekte für Wien geworben. Das in den USA vorwiegend klassisch besetzte Wien-Image erhielt dadurch einen kreativ-fantastischen Kontrapunkt. (Schluß) wfv/gg

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 23. Dezember 1987

Blatt 2771

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Kommunal/Lokal:

- Donau: Wasserstand sinkt wieder (2772/FS: 22.12.)
- Wiener Stadtwerke: Energieabgabe gestiegen (2773)
- Rekord-Besucherzahl bei den „Wiener Stadtrundfahrten“ (2774)
- Neuer Verwaltungsdirektor im Pflegeheim Lainz (2775)
- Familiensonntag am 27. Dezember (2776)
- Im Bett geraucht — Mann verbrannt (nur FS)

### Kultur:

- Kulturkalender 1988 (2777-2779)
- Biedermeier-Ausstellung auch an den Feiertagen geöffnet (nur FS)

## Donau: Wasserstand sinkt wieder

Wien, 22.12. (RK-LOKAL) Umweltstadtrat Helmut BRAUN berichtete im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag über den Verlauf des Hochwassers in den vergangenen Tagen in Wien: Am Freitag, dem 18. Dezember, erfolgte um 13 Uhr die Hochwasserwarnung bei einem Wasserstand von 3,35 Metern. Von da an stieg die Donau ständig und erreichte ihren höchsten Stand bei der ersten Hochwasserwelle am Sonntag, dem 20. Dezember um 2 Uhr mit 6,08 Metern. Mittlerweile war bereits Wasser in die Neue Donau eingeleitet worden, wobei man aber auf die weitestmögliche Erhaltung der Erholungsfunktion der Donauinsel Bedacht nahm. Am Montag, dem 21. Dezember, um 2 Uhr, sank die Donau auf einen Wasserstand von 5,25 Meter, stieg aber daraufhin wieder an. Den höchsten Wasserstand bei der zweiten Hochwasserwelle erreichte sie am Montag, dem 21. Dezember um 16 Uhr mit 6,06 Meter. Zurzeit sinkt das Wasser wieder. Für heute, Dienstag nachmittag, wird ein Wasserstand von 4,80 Metern erwartet. Wenn nicht wieder stärkere Regenfälle eintreten, geht das Hochwasser somit zurück. Eine Gefahr der Überflutung des Handelskais ist grundsätzlich erst bei einem Pegelstand von 7,10 Metern gegeben.

Braun stellte weiters fest, daß das Hochwasser sogar etwas Positives mit sich gebracht habe. Die Pontonbrücke die zum Zwecke der Sohlrollierung bisher im Unterwasser des Wehres 2 situiert war, wurde unter Ausnützung des Wasserstandes durch die Feuerwehr ins Oberwasser befördert. Dadurch kann die Brücke in der Badesaison 1988 den Badegästen auf der Donauinsel zur Verfügung gestellt werden. (Schluß) du/rr

Bereits am 22. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Wiener Stadtwerke: Energieabgabe gestiegen**

Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtwerke haben ihren dritten Quartalsbericht 1987 vorgelegt, der die Monate Jänner bis September 1987 umfaßt. Die Energieabgabe ist deutlich gestiegen: bei Strom um 5,6 Prozent, bei Gas sogar um 9,6 Prozent. Grund dafür ist im wesentlichen die kühle Witterung. Die Verkehrsbetriebe hatten einen Zuwachs von siebeneinhalb Millionen Fahrgästen zu verzeichnen. Der Bericht wurde im Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die Wiener E-Werke haben in den ersten neun Monaten dieses Jahres knapp fünf Millionen Megawattstunden abgegeben, das sind um 5,6 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Fernwärmeabgabe aus den Kraftwerken an die HBW ist um sechs Prozent auf 611.287 Megawattstunden angestiegen.

Der Erdgasverbrauch betrug bei den Tarifabnehmern (Haushalten) 482 Millionen Kubikmeter (plus 9,6 Prozent), bei den Sonderabnehmern 138 Millionen Kubikmeter (plus 3 Prozent). Ende September 1987 waren 743.422 Gaszähler montiert, das bedeutet einen leichten Rückgang um 1.528 Stück.

Die Wiener Verkehrsbetriebe haben in den ersten drei Quartalen dieses Jahres 436,5 Millionen Fahrgäste befördert, das sind um knapp zwei Prozent mehr als 1986. Die Fahrleistung betrug insgesamt 63,5 Millionen Kilometer. Der Durchschnittserlös pro Beförderungsfall ist leicht zurückgegangen, er betrug 459,7 Groschen. Im Wagenpark der Verkehrsbetriebe stehen derzeit 646 Straßenbahntriebwagen, 492 -beiwagen, 45 Stadtbahntriebwagen und 30 -beiwagen, 145 U-Bahn-Doppeltriebwagen und 469 Autobusse im Einsatz. (Schluß) roh/rr

## **Rekord-Besucherzahl bei den „Wiener Stadtrundfahrten“**

### **6.173 Wiener kamen „Wien schauen“**

Wien, 23.12. (RK-LOKAL) Mit einem Rekordergebnis schloß die heurige Saison der „Wiener Stadtrundfahrten“. Insgesamt 6.173 Wienerinnen und Wiener kamen, um ihre Stadt kennenzulernen und auch festzustellen, daß Wien an den Stadtgrenzen noch lange nicht zuende ist: Absoluter Hit war der Besuch bei den Quellen der 2. Hochquellenleitung, der fast jeden vierten Rundfahrtengast zum Mitfahren bewog. Im Rundfahrtenbüro in der Schmidthalle des Rathauses (Telefon 42 800/2950) kann man seine Adresse bekanntgeben, damit man im nächsten Frühjahr zu den ersten gehört, die die neuen Rundfahrtenprogramme per Post erhalten.

Neben den Fahrten zu den Quellen der 2. Hochquellenleitung (insgesamt 27 Busse mit 1.519 Fahrgästen) interessierten sich die Wienerinnen und Wiener vor allem für die Architektur-Rundfahrt mit Besuch in UNO-City und Österreichischem Konferenzzentrum (17 Busse, 1.179 Fahrgäste), die Fahrt zur 1. Hochquellenleitung (die schon im Jahr zuvor im Programm gewesen war — 25 Busse, 919 Teilnehmer) und den Blick auf Wiens grüne Seiten mit Informationen über den Donauraum sowie Besuchen im Donaupark und im Botanischen Garten (13 Busse, 671 Teilnehmer), dicht gefolgt von der Fahrt zum Wienerberg-Gelände und nach Laxenburg. Beliebteste Rundfahrten-Reisezeit war der Juli. Ohne Bus ging's zum Besuch beim „Dritten Mann“ im Kanalnetz (mit beschränkter Teilnehmerzahl). Knapp 500 Wienerinnen und Wiener erlebten die „Wiener Unterwelt“.

In den vergangenen fünf Jahren boten die Wiener Stadtrundfahrten insgesamt 22.426 Gästen vor allem aus Wien, aber auch aus den anderen Bundesländern und Urlaubern aus dem Ausland neue, bis dahin oft unbekannte Seiten der Stadt. Seit 1985 steigt die Zahl der Rundfahrten-Gäste alljährlich. Die Saison dauert etwa von Mai bis Ende Oktober.

### **„Wiener Stadtrundfahrten“ nur die „Spitze des Eisbergs“**

Die mehr als 6.000 Gäste bei den „Wiener Stadtrundfahrten“ sind allerdings nur die „Spitze des Eisbergs“ der Wien-Interessierten. Wien bietet den Wiener Schülern und jenen aus anderen Bundesländern, verschiedenen Gruppen und Fachgruppen ebenfalls Sightseeing und Studienfahrten in der Bundeshauptstadt an. Zwischen Jänner und Oktober des heurigen Jahres fuhren mehr als 46.000 Schüler zu Bekanntem und Unbekanntem, 14.320 Gäste aus anderen Bundesländern und dem Ausland kreuzten mit 318 Bussen durch die Stadt, und 34.213 Besucher mit 747 Bussen bekamen Sonder- und Fachführungen, 90 Gruppen davon auch in einer Fremdsprache. Auf den Pfaden der künftigen U-Bahn-Strecken wandelten 13.545 Interessierte, alles in allem also 114.401 Personen, die Wien mit anderen Augen kennenlernten und von fachkundigen Führern der Stadt Wien betreut wurden. (Schluß) and/bs

## **Neuer Verwaltungsdirektor im Pflegeheim Lainz**

**Stacher: Spitalsleiter braucht Managerqualitäten**

Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Dienstag nachmittag den neuen Verwaltungsdirektor des Pflegeheims Lainz, Amtsrat Gert GÖTZL, in sein Amt ein. Amtsrat Götzl ist seit 1961 in verschiedenen Funktionen im Pflegeheim Lainz tätig, zuletzt war er Leiter der Materialverwaltung. Er tritt die Nachfolge von Oberamtsrat Walter ROJ an, der seit 1982 Verwaltungsdirektor war und nun in den Ruhestand getreten ist.

Stadtrat Stacher nannte als Voraussetzungen für den Verwaltungsdirektor eines Spitals oder eines großen Pflegeheims eine gediegene Ausbildung, starke organisatorische Fähigkeiten und wirtschaftliches Verständnis. Das Pflegeheim Lainz, das tatsächlich ein geriatrisches Krankenhaus mit 3.200 Betten zur Behandlung und Rehabilitation von chronisch Kranken und Langzeitkranken ist, hat 1988 Gesamtausgaben von rund 940 Millionen Schilling. Das entspricht durchaus dem Umsatz eines größeren Produktions- oder Dienstleistungsbetriebes und erfordert daher für die Leitung Managerqualitäten. Wobei im Falle eines Krankenhauses die Entscheidungen mit besonders großem Verantwortungsbewußtsein getroffen werden müssen, weil sie — mehr oder weniger — immer auch die kranken Menschen betreffen. (Schluß) sc/gg

## **Familiensonntag am 27. Dezember**

Wien, 23.12. (RK-LOKAL) Start für das Winter-Ferienspiel am 10. Familiensonntag des Wiener Landesjugendreferates ist am 27. Dezember mit zahlreichen Veranstaltungen für die ganze Familie. Auf dem interessanten Programm des Familiensonntags stehen unter anderem eine Trapper-Parade im Tiergarten Schönbrunn, ein Winterspaziergang im Lainzer Tiergarten, ein Computer-Labor im Donauzentrum, Buchspielereien im Kulturverband Favoriten sowie die Aktion „1, 2, 3... Spielebox herbei“ im Rathaus.

Unter dem Motto „Vorhang auf“ gibt es in der Volkshochschule Margarten ein Marionettenspiel, Überraschungsabenteuer mit dem Kasperl im Haus der Wiener Kinderfreunde und einen Kindertheater-Nachmittag im Haus der Begegnung Donaustadt. Im WUK malen Kinder gemeinsam ein Riesenbild. Auch in der Kuffner-Sternwarte und im Planetarium gibt es ein Familiensonntags-Programm. (Schluß) jel/gg

## Kulturkalender 1988

Wien, 23.12. (RK-KULTUR)

### JÄNNER

Bis 4. April: „Darüber und Darunter“. Wiener Damenmode von 1900 — 1914. Ausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien in der Hermesvilla.

Bis 5. Juni: „Heilige Gemeinde Wien“ Judentum in Wien — Sammlung Max Berger. Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Wien.

Bis 12. Juni: „Bürgersinn und Aufbegehren“. Biedermeier und Vormärz in Wien. 1815 — 1848. Ausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien im Künstlerhaus.

12. Jänner bis 14. Februar: „Max Weiler“. Ausstellung in der Secession.

15. Jänner bis 8. Februar: „Vuk St. Karadzic“ Ausstellung in der Volkshalle des Rathauses.

### FEBRUAR

13. Februar bis 16. März: 4. Internationales Tanzfest „Tanz 88“

Theater an der Wien:

13. bis 17. Februar: The Joffrey Ballet

19. bis 21. Februar: „Vienna: Lusthaus“

22. bis 25. Februar: Nederlands Dans Theater

26. bis 28. Februar: The Limon Dance Company

Secession:

21. bis 28. Februar: Ballett der Wiener Staatsoper — Tänze von Rosalia Chladek

22. bis 26. Februar: Conjunto Folklorico Nacional de Cuba — Nachtprogramm

29. Februar bis 12. März: New Wave/Next Dance mit verschiedenen Gruppen — u.a. Susan Marshall & Dancers, Laokoon Dance Group

Staatsoper:

27. Februar bis 26. März: 5 Programme mit dem Ballett der Wiener Staatsoper

Februar bis April: „Alfred Hrdlicka — Druckgraphik“. Ausstellung in der Städtischen Kunsthalle im Messepalast.

### MÄRZ

9. bis 20. März: „Haydn-Tage“ — Konzertreihe der Gesellschaft der Musikfreunde in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien

12. bis 28. März: „Tage der Sakralmusik“ im Konzerthaus und im Musikverein in Zusammenarbit mit dem Kulturamt der Stadt Wien

14. bis 26. März: „Literatur für junge Leser“ im Palais Auersperg.

22. bis 27. März: „Literatur im März“ — Thema „Heute. Zum Stand der Dinge“ in der Secession.

März: „Das war ein Vorspiel nur ... Bücherverbrennung 1933“ Ausstellung in der Nationalbibliothek in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien

März bis Juni: „Wien 1938“ Ausstellung in der Volkshalle des Wiener Rathauses

**APRIL**

7. April bis 8. Mai: „Finnische Gegenwartskunst“. Ausstellung in der Secession.

15. April bis 5. Juni: „Frederik Kiesler“ — Retrospektive. Ausstellung im Museum Moderner Kunst in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien.

29. April bis 28. Februar 1989: „Emilie Flöge und Gustav Klimt“. Ausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien in der Hermesvilla.

7. April bis 10. April: Südtirol-Tage in Wien. Volksmusik und Volkstanz.

April — Mai: „Wiener Vierteltour“ — „Jüdische Kulturen in Wien“ — Veranstaltungsreihe der Arbeitsgemeinschaft für aktivierende Kulturarbeit in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien.

**MAI**

7. Mai bis 12. Juni: Wiener Festwochen

7. Mai: Eröffnung auf dem Rathausplatz

8. Mai: Premiere von „Fierabras“ von Franz Schubert im Theater an der Wien

„1938 und die Folgen“:

Festwochen-Symposium „Verdrängte Kultur — Österreich 1918 — 1938 — 1968 — 1988“

„Viehjud Levi“ von Thomas Strittmacher, Gastspiel des Theaters Freiburg  
Musikfest „Musik aus dem Exil — verbotene Musik“

Politisches Theater

„Die Nibelungen“ von Hebbel, Gastspiel des Staatsschauspiels Dresden

„Der Drache“ von Jewgeni Schwarz, Gastspiel des Studios Südwest, Moskau

„Die Abschiedsvorstellung“ von Peter Müller, Gastspiel des Teatr KTO, Krakau

„Die Minderleister“ von Peter Turrini im Akademietheater

Weitere Gastspiele:

„Fanferlieschen Schönefußchen“ von Kurt Schwertsik, Staatstheater Stuttgart

„Drei Schwetern“ von Tschechow, Schaubühne Berlin

„Sechs Personen suchen einen Autor“, Studiotheater Schule der dramatischen Kunst, Moskau

„Onkel Wanja“ von Tschechow, Theater der Jugend, Wilnius

Weitere Festwochenproduktionen

„Klangtheater“ von Thomas Pernes und Friederike Mayröcker

„König Lear“ von Shakespeare, Inszenierung Tabori

„Die Räuber“ von Schiller in der Produktion des Beinhardt-Ensembles

„Innere Stimmen“ von Eduardo de Filippo im Theater Gruppe 80

19. Mai bis 3. Juli: „Sol Lewitt“ — konzeptionelle Raumgestaltung. Ausstellung in der Secession

Mai bis Oktober: „Pfarre St. Michael“ — 800 Jahre Stadtpfarrkirche und Künstlerpfarre in Wien“. Ausstellung im Pfarrhaus St. Michael in Zusammenarbeit mit dem Historischen Museum der Stadt Wien.

Mai bis Juni: „Max Weiler — Arbeiten auf Papier“. Ausstellung in der Städtischen Kunsthalle im Messepalast.

Forts. von Blatt 2777

Forts. auf Blatt 2779

## **JUNI**

9. bis 12. Juni: 9. Österreichisches Blasmusikfest mit Kapellen aus Österreich, Südtirol, CSSR und USA.

15. Juni bis 30. Oktober: „Otto Wagner und das Historische Museum der Stadt Wien“. Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Wien.

17. Juni bis 28. August: „Wirklichkeiten“. Arbeiten von Herzig, Jungwirth, Kocherscheidt, Pongratz, Ringel und Zeppel-Sperl. Ausstellung im Museum des 20. Jahrhunderts in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien.

28. Juni bis 10. September: „Wiener Musik-Sommer 1988“ unter dem Motto „Brahms und Johann Strauß“. Konzerte im Arkadenhof des Rathauses, in Schönbrunn, in Palais und Gedenkstätten. Orgelfest in der Augustinerkirche. Aufführung der „Zauberflöte“ und der „Lustigen Witwe“ der Wiener Volksoper in der Staatsoper.

## **JULI, AUGUST**

12. Juli bis 28. August: „Junge Szene Zürich Wien '88“. Ausstellung in der Secession

Juli, August: „Junge Plastiken aus Wien“. Ausstellung in der Städtischen Kunsthalle im Messepalast.

## **SEPTEMBER**

6. September bis 9. Oktober: „Enzo Cucci“ — ein Vertreter der jungen italienischen Malerei, der „Transavanguardia“. Ausstellung in der Secession.

September: „Wiener Vierteltour“ — „Kulturen der Minderheiten in Wien“ — Veranstaltungsreihe der Arbeitsgemeinschaft für aktivierende Kulturarbeit in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien.

## **OKTOBER**

16. Oktober bis 17. November: „Wien Modern“. Festival zeitgenössischer Musik im Konzerthaus in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien.

Oktober, November: „Walter Eckert“. Personalausstellung in der Secession.

## **NOVEMBER**

9. bis 15. November: Österreichische Buchwoche im Rathaus

9. November bis März 1989: „Die Reichskristallnacht in Wien“. Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Wien.

11. bis 26. November: „Schubert-Tage“. Konzertreihe im Musikverein in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien.

19. bis 22. November: Internationaler Männerchorwettbewerb im Konzerthaus.

21. November bis 21. Dezember: „Wiener Mozartfest“ im Konzerthaus in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien.

November bis Jänner 1989: „Sammlung Thyssen“. Ausstellung im Museum des 20. Jahrhunderts in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien.

November: „Tod in Wien — ein Aspekt der Wiener Identität“. Symposium in der Nationalbibliothek in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien

## **DEZEMBER**

Dezember: „Vier Sammlungen“. Vier Sammlungen von Gegenwartskunst in- und ausländischer Kunstsammler. Ausstellung in der Secession.  
(Schluß) gab/bs/rr

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 28. Dezember 1987

Blatt 2780

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Kommunal/Lokal:

Historisch getreue Instandsetzung der Naschmarktstützmauer (2781/FS: 24.12.)

Ausbau der Markhofgasse (2781/FS: 27.12.)

Bücher werden lebendig (2782/FS: 24.12.)

Hohe Kammerauszeichnung für Direktor Dkfm. Knispel (2783/FS: 24.12.)

Wiener Stadtwerke halten Leistungen voll aufrecht (2784/FS: 24.12.)

Wien erlebte ruhige Weihnachtsfeiertage (2784/FS: 27.12.)

Wo das Kabelfernsehen 1988 hinkommt (2785)

Zilk: Auf Knallkörper verzichten! (2786)

ÖVP zur Müllsituation in Wien (2788)

Braun begrüßt Kooperationsbereitschaft der ÖVP (2788)

Bescherung schon vor dem 24. Dezember (nur FS: 24.12.)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

### Wirtschaft:

Ein neues Unternehmen der Wiener Holding (2787)

## **Historisch getreue Instandsetzung der Naschmarktstützmauer**

Wien, 24.12. (RK-KOMMUNAL) Die im Oktober 1986 begonnene Instandsetzung der Stützmauer des Naschmarktes in der Rechten Wienzeile zwischen der Kettenbrückengasse und der Preßgasse getreu dem historischen Vorbild wurde vor kurzem abgeschlossen. In diesem Abschnitt von 220 Meter Länge befinden sich drei Stiegenaufgänge, bei einem (Preßgasse) wurde eine Behindertenrampe eingebaut.

Die umfangreichen Arbeiten mit Gesamtkosten von 6,5 Millionen Schilling umfaßten die Erneuerung der Stützmauer, die Abtragung und teilweise Erneuerung der Granitpfeiler und Sockelsteine sowie der drei Stiegenläufe. Das gußeiserne Geländer wurde mit einem Korrosionsschutz versehen; an mehreren Stellen war es überhaupt zu erneuern, wobei die fehlenden Teile gemäß den historischen Vorlagen neu gegossen wurden.

Mit dem Abschluß dieses Vorhabens fiel auch eine Verkehrsbehinderung weg, da in diesem Bereich für die Dauer der Instandsetzungsarbeiten die Parkspur nicht benützt werden konnte. (Schluß) pz/gg

Bereits am 24. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Ausbau der Markhofgasse**

Wien, 27.12. (RK-KOMMUNAL) Beim Bau der U 3 ist im 3. Bezirk im Zuge der Errichtung der U-Bahn-Station „Schlachthausgasse“ der straßenmäßige Ausbau der Markhofgasse zwischen der Würtzlerstraße und der Nottendorfer Gasse erforderlich. Der entsprechende Antrag der Straßenbauabteilung wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie genehmigt, sodaß mit den Vorarbeiten begonnen werden kann. (Schluß) pz/gg

Bereits am 27. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Bücher werden lebendig**

### **Buchspielereien im Kulturverband Favoriten**

Wien, 24.12. (RK-LOKAL) Bücher werden bei den Buchspielereien, die im Rahmen des Winter-Ferienspiels vom 27. bis 30. Dezember, täglich von 14 bis 17 Uhr, im Kulturverband Favoriten, Favoritenstraße 118, stattfinden, „lebendig“.

Zwei Wiener Verlage präsentieren in einer Kuschel-Lese-Ecke Bücher. In der Buchwerkstatt gibt es eine „lebendige Druckmaschine“, und man kann erfahren, wie Bücher entstehen. Aktionen zum Mitmachen warten ebenfalls auf die Teilnehmer am Winter-Ferienspiel. (Schluß) jel/gg

Bereits am 24. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

### **Hohe Kammerauszeichnung für Direktor Dkfm. Knispel**

Wien, 24.12. (RK-KOMMUNAL) Dieser Tage wurde dem Direktor der Wiener Städtischen Bestattung, Obersenatsrat Dkfm. Franz KNISPEL für sein verdienstvolles Wirken als Vorsteher der Fachgruppe Bestattung Wien in Anwesenheit von Stadtrat Johann HATZL die Große Silberne Ehrenmedaille der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien durch den Obmann der Sektion Gewerbe, Stadtrat Komm.-Rat Wilhelm NEUSSER überreicht.

Insgesamt elf weitere Bedienstete der Städtischen Bestattung wurden für ihre langjährige Tätigkeit mit der Mitarbeitermedaille ausgezeichnet; und zwar erhielten sieben Bedienstete diese in Silber und vier in Bronze. (Schluß) pz/gg

Bereits am 27. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## Wiener Stadtwerke halten Leistungen voll aufrecht

Wien, 24.12. (RK-LOKAL) Rund 2.500 Bedienstete der Wiener Stadtwerke — davon allein über 2.200 bei den Verkehrsbetrieben — werden dafür sorgen, daß während der Weihnachtsfeiertage die Versorgung der Wiener mit Energie ebenso wie die Beförderungsleistung der öffentlichen Verkehrsmittel in vollem Umfang aufrecht bleiben werden. Der für die Bereiche Energie und Verkehr zuständige Stadtrat Johann HATZL nimmt dies zum Anlaß, den betreffenden Bediensteten der Wiener Stadtwerke für ihre Einsatzbereitschaft im Dienste der Allgemeinheit seinen Dank auszusprechen. (Schluß) pz/red

Bereits am 24. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## Wien erlebte ruhige Weihnachtsfeiertage

Wien, 27.12. (RK-LOKAL) Die heurigen Weihnachtsfeiertage verliefen ruhig. Die Wiener Feuerwehr hatte vom 24. bis 27. Dezember (12 Uhr) insgesamt 182 Ausfahrten zu verzeichnen, das ist deutlich weniger als im Vorjahr. Es gab lediglich zwei größere Einsätze: Bei einem Brand in der Nacht vom 25. auf den 26. Dezember, in einem Gartenhaus beim kleinen Kanalwächterhaus in der Leopoldstadt, wurde bei den Löscharbeiten eine verbrannte und verkohlte Leiche, vermutlich der Gartenhausbesitzer Johann Stifter, gefunden. Bei einem Einsatz am Heiligen Abend, ebenfalls in der Leopoldstadt, in der Nordbahnstraße 16, vernichtete ein Vollbrand eine Wohnung. Dem Mieter, dem 21-jährigen Andreas Schöber, konnte ein Ersatzquartier über die Feiertage besorgt werden.

Die Wiener Rettung verzeichnete während der Feiertage insgesamt 576 Ausfahrten. Das entspricht dem langjährigen Durchschnitt.

Keine Probleme gab es während der Feiertage bei den Wiener Verkehrsbetrieben. Es gab weder Unfälle noch Verkehrsstörungen. (Schluß) fk/red

Bereits am 27. Dezember 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## Wo das Kabelfernsehen 1988 hinkommt

### Ausbau in neun Wiener Bezirken

Wien, 28.12. (RK-LOKAL) Rund 500.000 Wiener Haushalte haben bereits die Möglichkeit, Kabelfernsehen zu nützen. Derzeit können elf Fernsehprogramme empfangen werden: FS 1, FS 2, ARD, ZDF, Bayerisches Fernsehen, deutschsprachiges Schweizer Fernsehen, SAT 1, 3 SAT, RTL Plus und die englischen Kanäle Super Channel und Sky Channel. Dazu kommen in- und ausländische Hörfunkstationen.

1988 soll das Programmangebot noch größer werden. Nach dem Start des Satelliten „Ariane“ werden verschiedene Sender beobachtet und schließlich einer ausgewählt werden. Es wird jedenfalls ein deutschsprachiges Programm sein, das dazukommt.

1988 sollen weitere Teile Wiens ans Kabel-TV-Netz angeschlossen werden. Die Erhebungen dafür werden in folgenden Bezirks-Bereichen durchgeführt:

4/5: Zwischen Wiedner Hauptstraße, Ziegelofengasse, Margaretenstraße, Wehrgasse, Schönbrunner Straße, Heumühlgasse, Preßgasse, Rechte Wienzeile, Operngasse, Schleifmühlgasse, Favoritenstraße, Floragasse.

6: Zwischen Mariahilfer Straße, Getreidemarkt, Linke Wienzeile, Proschkogasse, Corneliusgasse, Amerlingstraße.

14: Zwischen Cumberlandstraße, Weinzierlgasse, Leegasse, Hadikgasse.

14/15: Zwischen Linzer Straße, Drechslergasse, Gurkgasse, Hütteldorfer Straße und Johnstraße.

15/16: Zwischen Herbststraße, Panikengasse, Hasnerstraße, Liebhartsgasse, Thaliastraße, Neumayrgasse bis zur Herbststraße, Lerchenfelder Gürtel, Neubaugürtel bis Hütteldorfer Straße, Wurzbachgasse, Sorbaitgasse, Moeringgasse, Gablenzgasse bis Schinaglgasse.

19: Zwischen Döblinger Hauptstraße, Heiligenstädter Straße bis zum Wertheimsteinpark.

21: Zwischen Immengasse, Brünner Straße und Gebauergasse sowie Bereich der Koloniestraße und Rappgasse.

23: Zwischen Breitenfurter Straße, Schartlgasse, Rudolf-Waisenhorn-Gasse, Lehnergasse, Robinsonweg, Dirmhirngasse, Ketzergasse, Untere Aquäduktgasse, Aumühlstraße, Paul-Katzberger-Gasse, Breitenfurter Straße, Hoferstiege und Rudolf-Waisenhorn-Gasse. (Schluß) ull/rr

## **Zilk: Auf Knallkörper verzichten!**

Wien, 28.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK appellierte angesichts des bevorstehenden Jahreswechsels an die Bevölkerung, auf die Verwendung von Knallkörpern zu verzichten. „Dies wäre nicht nur ein Akt der Rücksichtnahme gegenüber den Mitbürgern, sondern auch der Pietät“, erklärte Zilk. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß in vielen Ländern der Welt Krieg herrsche und der Lärm von Explosionen für Millionen von Menschen Leid, Elend und Tod bedeute. Gerade diesmal — wenige Monate vor dem Trauergedenken an den Einmarsch der Hitler-Truppen in Österreich vor 50 Jahren — sollte der Beginn des neuen Jahres besinnlich und würdevoll gestaltet werden, betonte der Bürgermeister.

Zilk erinnerte die Jüngeren unter den Wienerinnen und Wienern daran, daß auch in Österreich erst vor etwas mehr als vier Jahrzehnten der Waffenlärm verstummt sei. „Auch wenn seither Frieden herrscht: Das Krachen der Knallkörper ruft bei vielen älteren Mitbürgern schreckliche Erinnerungen an die Greuel des Zweiten Weltkrieges wach, die sie durchleben mußten. Daher richte ich meine Bitte vor allem an die Jugend, ihre Freude und Ausgelassenheit zum Jahreswechsel nicht unbedingt mit Knallkörpern Ausdruck zu verleihen“, sagte Zilk.

Die Verwendung von pyrotechnischen Gegenständen wird durch das Pyrotechnikgesetz geregelt. Verstöße werden von der Polizei rigoros geahndet: Bei Übertretungen drohen Strafen bis zu 30.000 Schilling oder 6 Wochen Arrest. In Wien sind nach diesem Gesetz nur kleine Feuerwerksartikel der Klasse I erlaubt — und selbst diese dürfen in gewissen Zonen, etwa bei Krankenanstalten, Kirchen oder Kinder-, Pflege- und Erholungsheimen nicht verwendet werden. Die Verwendung pyrotechnischer Gegenstände der Klassen II, III und IV ist im Ortsgebiet verboten. Für Feuerwerke der Klassen III und IV ist zudem eine eigene behördliche Bewilligung nötig. (Schluß) red/gg

## **Ein neues Unternehmen der Wiener Holding**

**Alle Anteile an der ÖCAD übernommen - Rückkauf der FTB-Anteile**

Wien, 28.12. (RK-WIRTSCHAFT) Die Wiener Holding hat von der Republik Österreich alle Anteile an der „ÖCAD“ — Österreichische Gesellschaft für computergestütztes Konstruieren und Fertigen Gesellschaft m.b.H. erworben. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Einführung von computergestütztem Projektieren, Entwickeln und Konstruieren sowie computergestützten Produktionsverfahren in Österreich durch geeignete Ausbildungsmaßnahmen und durch Beratung, insbesondere von Unternehmungen.

Geschäftsführer der ÖCAD ist Univ.-Prof. Dipl.-Ing. DDr. Helmut DETTER.

Aufgrund einer Syndikatsvereinbarung hat die Asphalt und Betonbaugesellschaft m.b.H. ihre Anteile an der Fertigteilbau Wien Gesellschaft m.b.H. — das sind 49 Prozent des Stammkapitals — der Wiener Holding zum Kauf angeboten. Diese wird das Angebot akzeptieren.

Die Wiener Holding hat ihre Anteile an der Serotherapeutisches Institut Wien AG an die Montana-Gruppe verkauft. (Schluß) wh/gg

## **ÖVP zur Müllsituation in Wien**

Wien, 28.12. (RK-KOMMUNAL) Die Vorschläge der Wiener ÖVP bezüglich der Müllsituation in Wien präsentierte GR. Dr. Johannes HAWLIK am Montag in einem Pressegespräch. Hawlik erklärte, daß die ÖVP auf einer Linie mit der Idee der getrennten Müllsammlung sei, es sollten jedoch von der Stadt Wien Verhandlungen mit der Industrie über die Abnahme von Altstoffen geführt werden. Mit dem Management sollte eine eigene Firma beauftragt werden. Weiters sollte ein spezielles Projektmanagement für die Durchführung des Abfallwirtschaftskonzepts unter Beiziehung aller betroffenen Ressorts unter der Führung des Umweltstadtrates eingesetzt werden.

Hawlik stellte fest, daß die Stadt Wien mit der Anschaffung umweltfreundlicher Produkte eine Vorreiterfunktion für die Konsumenten übernehmen könnte.

Als weitere Vorschläge erwähnte Hawlik ein Konzept für die „Biotonne“ für ganz Wien sowie die Aufhebung des vergünstigten Altstofftransporttarifs für Altstoffe aus dem Ausland. (Schluß) du/rr

## **Braun begrüßt Kooperationsbereitschaft der ÖVP**

Wien, 28.12. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Helmut BRAUN begrüßte am Montag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ die Bereitschaft der ÖVP, sich nun doch sachlich zur Müllsituation in Wien zu äußern und vernünftige Vorschläge zur gemeinsamen Bewältigung des Müllproblems einzubringen.

Es gäbe bereits seit geraumer Zeit mit der Industrie Gespräche über die Abnahme von Altstoffen, die selbstverständlich auch weitergeführt werden. Braun erklärte weiters, daß auf seine Initiative bei der Anschaffung von Produkten für die Stadt Wien in Zukunft speziell Wert auf deren Umweltverträglichkeit gelegt werden soll.

Natürlich sei auf dem Gebiet der Müllentsorgung noch viel zu tun, aber die bisherigen Erfolge hätten gezeigt, daß man sich auf dem richtigen Weg befinde, schloß Braun. (Schluß) du/rr

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

**Dienstag, 29. Dezember 1987**

**Blatt 2789**

**Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:**

**Kommunal/Lokal:**

- Mieterinformationsblatt jetzt in Türkisch und Serbokroatisch (2790)
- EBS: Öleinsatz bei der Verbrennung mehr als halbiert (2791)
- Braun präsentiert Initiative „Hand in Hand“ (2792/2793)
- Neue Ambulanzverträge mit den Sozialversicherungsträgern (2794/2795)
- Getrennte Müllsammlung nun auch im 2. und 22. Bezirk (2796)
- ÖMV-Leitung in der Lobau geplatzt (nur FS: 28.12.)

**Kultur:**

- Biedermeier-Ausstellung zu Silvester und Neujahr geöffnet (nur FS)

## **Mieterinformationsblatt jetzt in Türkisch und Serbokroatisch**

Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Das Mieterinformationsblatt des Wiener Stadterneuerungsfonds gegen Absiedlung und für eine bewohnerorientierte Wohnhaussanierung wurde jetzt überarbeitet und neu aufgelegt. Es hat sich als wichtige Hilfe und Information über Bewohnerrechte bewährt.

Weil fast 90 Prozent der Gastarbeiterhaushalte in Altbauten zu finden sind und Ausländer besonders unter schlechten Wohnverhältnissen und Informationsmangel leiden, wurde das Informationsblatt nun auch in türkischer und serbokroatischer Sprache herausgebracht.

Türken und Jugoslawen bilden mit über 90.000 Personen die größte Gruppe der Ausländer in Wien. Zwei Drittel von ihnen leben in Substandardwohnungen ohne Bad oder Dusche. In den Kleinwohnungen mit zumeist weniger als 45 Quadratmeter Wohnfläche wohnen durchschnittlich drei Personen. Ihre Wohnhäuser sind überdurchschnittlich oft Objekt von Spekulanten.

Das Informationsblatt ist beim Wiener Stadterneuerungsfonds (1, Lichtenfelsgasse 3, „Kummernummer 43 59 19 DW 55“), der „Mobilen Gebietsbetreuung“ (Telefon 48 69 91) sowie bei verschiedenen Wohninformationsstellen kostenlos erhältlich. (Schluß) ah/rr

## **EBS: Öleinsatz bei der Verbrennung mehr als halbiert**

Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Durch den Einsatz der verbesserten Zentrifugen bei der Schlammentwässerung in den Entsorgungsbetrieben Simmering ist es erwartungsgemäß gelungen, die für die Stützfeuerung notwendigen Ölmengen beträchtlich zu reduzieren.

Verbrauchte man im Vorjahr noch für die Verbrennung von einem Kubikmeter Schlamm 17 Kilogramm Heizöl, so muß man derzeit nur sieben Kilogramm Heizöl pro Kubikmeter verfeuern. Rechnet man den Heizölverbrauch pro Tonne Trockensubstanz, so ergab sich eine Reduzierung von 295 auf 106 Kilogramm Öl.

Die Ergebnisse zeigen, daß man dem angestrebten Ziel, auf Heizölzusatz zur Verbrennung des Klärschlammes zu verzichten, schon sehr nahe gekommen ist. (Schluß) wh/rr

## **Braun präsentiert Initiative „Hand in Hand“**

Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) „Hand in Hand“, die neue Initiative der Stadt Wien, soll das Bewußtsein des einzelnen für die Anliegen des Nachbarn und der Gemeinschaft fördern. Das kann gerade auch jetzt, zu einer Zeit, in der wie alljährlich mit heftigen Stürmen zu rechnen ist, sehr wichtig sein, erklärte Stadtrat Helmut BRAUN beim Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag, bei dem er die Initiative „Hand in Hand“ gemeinsam mit Branddirektor Dipl.-Ing. Dr. Friedrich PERNER präsentierte.

Nicht immer, wenn ein Dachziegel scheppert, muß gleich der Notruf der Feuerwehr gewählt werden. Oft genügen ein paar einfache Handgriffe, um weiteren Schäden vorzubeugen. „Hand in Hand“ mit der Feuerwehr kann der einzelne die Helfer für echte Notfälle entlasten und dazu beitragen, daß Kräfte nicht unnötig blockiert werden.

Kaum gefährdet sind nach Erfahrung der Feuerwehr Häuser, die mit Eternit fachkundig gedeckt wurden. Diese Dächer verfügen über eine Holzschalung, über der Dachpappe verlegt ist. Selbst bei Verlust von Eternitziegeln bleibt das Dach dadurch in den meisten Fällen dicht. Sollte es bei Gebäuden, die mit Blech oder Welleternit gedeckt sind, dazu kommen, daß sich Teile lösen, ist Selbsthilfe nicht zweckmäßig und kann sogar sehr gefährlich sein. Man könnte sich bei niedrigen Gebäuden höchstens als Sofortmaßnahme mit Seilen helfen, die über die defekte Stelle geschlagen und am Gebäude befestigt werden. Die Wahl des Feuerwehr-Notrufes 122 wird man sich jedoch nicht ersparen können.

### **Ein wenig eigenes Geschick und guter Willen können genügen**

Anders ist die Situation bei den in Wien sehr häufigen Falzziegeldächern. Lockere Ziegel können mit einigem Geschick und gutem Willen selbst zu rechtgerückt werden. Daß sie locker werden, liegt im allgemeinen daran, daß die Drahtbefestigungen (Sturmhaken) im Laufe der Zeit durchrosten und dadurch die Stabilität der Ziegelaufgabe leidet. Unter Windeinfluß können die Ziegel aus den Fälzen rutschen, sich verschieben oder gar abstürzen. Oft genügt es, solche lockeren Ziegel von innen her wieder in die Fälze einrasten und später durch eine Fachfirma die Deckung überprüfen sowie instandsetzen zu lassen. Am wichtigsten ist es, Schäden an der windzugewandten Seite zu reparieren. Keinesfalls soll man selbst auf die Außenseite des Daches klettern. Sollten größere Teile des (Falzziegel-) Daches abgedeckt werden, wird die Feuerwehr nur Sicherungsarbeiten leisten können. Neudeckungen machen den Ruf nach dem Dachdecker unentbehrlich.

Gut beraten ist, wer geeignete Reserveziegel für ein paar Quadratmeter Dachfläche auf dem Dachboden bereitlegt. Eine Instandsetzung wird dadurch wesentlich erleichtert. Überhaupt ist es zweckmäßig, die Dachdeckung von Zeit zu Zeit durch eine Fachfirma kontrollieren zu lassen.

Bei schweren Stürmen, die wie im vergangenen Jahr die Feuerwehr mit einigen tausend Anrufen überschwemmen, wird die Feuerwehr-Nachrichtenzentrale eine Durchsage über den Rundfunk veranlassen. Es wird dann daran erinnert, daß man die Feuerwehr nur in echten Notfällen — Gefährdung von Personen oder Sachen — rufen soll, wenn man selbst auch bei gutem Willen nicht damit fertigwerden kann.

### **Gehsteige und Höfe sichern nicht vergessen**

Sollte sich bei Stürmen zeigen, daß Dachziegel oder Gebäudeteile abzustürzen drohen, darf man im eigenen Interesse sowie in jenem der Allgemeinheit nicht darauf vergessen, die am Haus vorbeiführenden Gehsteige zu sichern. Wenn eine entsprechende Sicherung von Innenhöfen nicht

möglich ist, sollte man den Zugang zum Hof absperren und ein Hinweisschild anbringen. Daran sollte man auch bei lockeren Dachantennen oder „Champignons“ auf den Rauchfängen denken. Sie sind übrigens meist kein „Fall für die Feuerwehr“.

#### **„Hand in Hand“ auch bei Unwettern**

Selbstverständlich sollte man sich nicht scheuen, den Feuerwehr-Notruf 122 zu wählen, wenn durch „sintflutartige“ Regenfälle Keller überflutet und dadurch Transformatoren oder Heizanlagen gefährdet werden. Dann kommen die professionellen Helfer so rasch wie möglich, um echte Gefahren abzuwenden. Geht es nur darum, daß elektrische Geräte im Keller überflutet werden, sollte man zuerst die Stromzufuhr zum Keller abschalten. Auch tiefreichende Aufzugsanlagen sollten außer Betrieb genommen werden. Die Situation normalisiert sich im allgemeinen in absehbarer Zeit, ohne daß ein Feuerwehreinsatz notwendig ist. Und es ist eigentlich verantwortungslos, die Hilfe der Feuerwehr in Anspruch zu nehmen, wenn man sich auch selbst helfen kann.

Ähnliches gilt, wenn Regenabläufe auf dem Dach verlegt sind und dadurch Wasser in den Dachboden eintritt. In den meisten Häusern gibt es sogenannte „Kastenrinnen“, die sich unter dem Dach im Dachboden befinden. Wenn man sie reinigt, fließt das Wasser im allgemeinen sehr rasch ab, ohne daß die Wohnungen im obersten Stockwerk in Mitleidenschaft gezogen werden. Wenn auch die Hauswarte nicht gerade verpflichtet sind, diese Arbeit zu leisten, könnten doch sie oder Mitbewohner des Hauses das notwendige Engagement zeigen und selbst Abhilfe schaffen. Bei Unwettern kann es oft lange dauern, bis die Feuerwehr in der Lage ist, diese an sich einfache Arbeit durchzuführen. Bis dahin kann aber schon der Dachboden — unnötig — überflutet sein. Im Interesse derer, die wirklich dringend die Unterstützung der Feuerwehrleute brauchen, wird die Feuerwehr auch in solchen Fällen über Rundfunk an das Verständnis und das Engagement des einzelnen für die Gemeinschaft appellieren. Sie wird daran erinnern, daß der Notruf der Feuerwehr nur in Notfällen in Anspruch genommen werden soll, schloß Braun. (Forts. mögl.) and/gg

Forts. von Blatt 2792

## Neue Ambulanzverträge mit den Sozialversicherungsträgern

**Stacher: Auf dem Weg zu einem leistungsorientierten Honorierungssystem**

Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Zwischen der Stadt Wien und den Sozialversicherungsträgern werden demnächst neue Ambulanzverträge abgeschlossen, die die Honorierung der Untersuchungen und Behandlungen in den Ambulanzen der Kliniken, Abteilungen, Labors und Instituten sowie in den Fachambulanzen ohne bettenführende Abteilung regeln. Besonders wichtig ist dabei der neue Vertrag mit der Wiener Gebietskrankenkasse, die bisher die Ambulanzleistungen pauschal (Jahrespauschale für 1987: 143 Millionen Schilling) abgegolten hat. In Hinkunft soll die Verrechnung auf Grund eines Quartalspauschales von 210 Schilling pro Patient und Fachrichtung erfolgen. Damit ist, wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER am Dienstag beim Pressegespräch des Bürgermeisters mitteilte, ein erster Schritt in die Richtung eines leistungsorientierten Honorierungssystems getan. Zwar ist auch die Neuregelung bei weitem nicht kostendeckend, doch erwartet sich die Stadt Wien, daß sich nun ihre Kostenzuschüsse zu den Untersuchungen und Behandlungen in den Ambulanzen verringern.

Der Gesundheitsstadtrat hob hervor, daß verschiedene Leistungen auf Grund des neuen Vertrages mit der Wiener Gebietskrankenkasse nun einzeln verrechnet werden sollen. Zum Beispiel Untersuchungen mit dem Computer-Tomographen, humangenetische Untersuchungen und Dialysen. Eine Dialyse wurde bisher mit 912 Schilling als stationäre Pflege (1 Tagsatz) honoriert, ab 1988 sollen es 1.900 Schilling sein. Nach den Kalkulationen der Stadt Wien betragen die tatsächlichen Kosten allerdings rund 3.400 Schilling pro Dialyse. Die Differenz trägt nach wie vor die Stadt Wien, zu einem geringen Teil auch der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds.

Ähnlich verhält es sich mit den Kosten der ambulanten Untersuchungen mit Computer-Tomographen. Bisher wurden solche Untersuchungen von der Gebietskrankenkasse durch das Gesamtpauschale abgegolten, ab 1988 können 1.900 Schilling pro Untersuchung verrechnet werden. Die tatsächlichen Kosten betragen im Durchschnitt allerdings rund 5.000 Schilling.

Stadtrat Stacher wies darauf hin, daß 1986 in den Ambulanzen der Wiener städtischen Akutanstalten insgesamt mehr als 10 Millionen Leistungen (Untersuchungen und Behandlungen) für ambulante Patienten erbracht wurden. Die Einnahmen betragen rund 385 Millionen Schilling. Diesem Betrag standen jedoch Ambulanzkosten von rund 1.755 Millionen Schilling gegenüber. Der Deckungsgrad betrug also nur 22 Prozent.

Auf Grund der neuen Ambulanzverträge wird die Verrechnung der Leistungen gegenüber keinem Sozialversicherungsträger mehr pauschal, sondern für jeden Patienten extra erfolgen. Deshalb können die Patienten in den Ambulanzen in Hinkunft nur dann ohne Barzahlung untersucht oder behandelt werden, wenn sie

- einen Überweisungsschein von einem praktischen Vertragsarzt oder einem Vertragsfacharzt,
- einen spitalsinternen Überweisungsschein,
- einen Vertragsfacharztschein (-scheck),
- einen Zuweisungsschein eines Sozialversicherungsträgers oder
- eine Kostenübernahmeerklärung eines Sozialversicherungsträgers oder des Sozialamtes vorlegen.

Diese Scheine decken die Ambulanzleistungen für jeweils ein Vierteljahr. Die Patienten werden gebeten, schon im Jänner 1988 für die Untersuchungen und Behandlungen in den Ambulanzen die erforderlichen Scheine mitzubringen.

Wer seinen Schein vergessen hat, wird trotzdem untersucht oder behandelt, wobei nach einer Übergangszeit ein Geldeinsatz vorgesehen ist, der aber sofort rückerstattet wird, wenn der entsprechende Schein nachgebracht wird.

Erste ärztliche Hilfe wird in den Ambulanzen selbstverständlich immer geleistet. (Forts. mgl.) sc/gg

## **Neue Ambulanzverträge mit den Sozialversicherungsträgern (2)**

**Stacher: Mehreinnahmen der Stadt Wien höchstens 100 Millionen Schilling**

Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Stacher bezifferte die für die Stadt Wien zu erwartenden Mehreinnahmen aus dem neuen Vertrag mit der Wiener Gebietskrankenkasse mit höchstens 100 Millionen Schilling.

Der Generaldirektor der Wiener Gebietskrankenkasse, Hofrat Franz WECLAY, nannte den neuen Vertrag eine „gute Sache“, obwohl er die Krankenkasse wesentlich stärker belaste. Hofrat Weclay teilt nicht Befürchtungen der Ärztekammer, daß aufgrund der neuen Regelungen mehr Patienten in die Ambulanzen als zu den praktischen und zu den Fachärzten gehen würden. Die Patienten werden im Regelfall zuerst die praktischen oder die Fachärzte in Anspruch nehmen und nur dann, wenn es notwendig ist, mit einem Überweisungsschein in die Ambulanz kommen. (Schluß)  
sc/gal

Forts. von Blatt 2794

## **Getrennte Müllsammlung nun auch im 2. und 22. Bezirk**

Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Helmut BRAUN berichtete im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag, daß nun ein weiterer Schritt zur getrennten Müllsammlung in ganz Wien getan sei. Im 22. Bezirk gibt es jetzt 22 Altstoffzentren, im 2. Bezirk, 20 Altstoffzentren mit Behältern für Weißglas, Buntglas, Altpapier, Altmetalle und Getränkedosen. Die Entleerung erfolgt wöchentlich.

Bis jetzt waren etwa 402.000 Einwohner des 10., 19., 20. und 21. Bezirks an die Altstoffsammlung angeschlossen, nun sind es rund 600.000. Die getrennte Müllsammlung ist ein Teil des Wiener Abfallwirtschaftskonzepts, dessen Ziel die Vermeidung, Verringerung und Verwertung von Abfällen ist, um möglichst geringe Restmengen deponieren zu müssen.

Weiters sieht das Abfallwirtschaftskonzept neben umweltpolitischen Maßnahmen und technischen Modernisierungen der Anlagen zur Abfallbehandlung eine ständige Verbesserung und Ausweitung der Sammlung von Altstoffen und Problemstoffen in der Bundeshauptstadt vor.

Abschließend verwies Braun noch einmal darauf, daß bereits seit Jahren mit Bund und Industrie Gespräche bezüglich der Abnahme von Altstoffen geführt würden. Leider sei die Resonanz sehr gering. (Schluß) du/rr

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 30. Dezember 1987

Blatt 2797

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

#### Kommunal/Lokal:

- Eine Million Besucher in Laxenburg (2800)
- Europawege-Denkmal auf der Donauinsel (2800)
- Nach der Silvesterfeier mit der „Bim“ (2801)
- In der Weihnachtswoche wurde um ein Drittel weniger geheizt (2802)
- Bevölkerungsbewegung in den Wiener Bezirken 1951 bis 1986 (2803)
- Aufgrabungen im Jahr 1987 (2804)

#### Bezirke:

- Wahl der Bezirksvorsteher und Stellvertreter (2798/2799)

## Wahl der Bezirksvorsteher und Stellvertreter

Wien, 30.12. (RK-BEZIRKE) Ende Dezember fanden in allen 23 Bezirken Wiens die konstituierenden Sitzungen der Bezirksvertretungen statt. Dabei wurden zum Bezirksvorsteher bzw. Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt:

- 1. Bezirk:** Dr. Richard Schmitz (V)  
Margit Schachinger (V)  
Erwin Stuböck (S)
- 2. Bezirk:** Heinz Weißmann (S)  
Franz Kollar (S)  
Mag. Franz Stabler (V)
- 3. Bezirk:** Rudolf Bergen (S)  
Erich Hohenberger (S)  
Irmtraud Paiha (V)
- 4. Bezirk:** DDr. Karl Lengheimer (V)  
Brigitte Hadraba (V)  
Ing. Adolf Scharner (S)
- 5. Bezirk:** Johann Walter (S)  
Ludwig Sailer (S)  
Martina Pucher (V)
- 6. Bezirk:** Mag. Kurt Pint (V)  
Walter Seidl (V)  
Karl Greilinger (S)
- 7. Bezirk:** Komm.-Rat Josef Karrer (V)  
Prof. Elisabeth Menhart (V)  
Walter Wana (S)
- 8. Bezirk:** Walter Kasperek (V)  
Ludwig Zerzan (V)  
Hannes Zima (S)
- 9. Bezirk:** Wolfgang Schmied (V)  
Ilse Hondl (V)  
Ing. Kurt Pudschedl (S)
- 10. Bezirk:** Leopold Prucha (S)  
Johann Gmoser (S)  
Walter Kuhn (V)
- 11. Bezirk:** Otto Mraz (S)  
Dr. Hannelore Hatzl-Bandel (S)  
Dr. Walter Mertal (V)
- 12. Bezirk:** Ing. Kurt Neiger (S)  
Ferdinand Kral (S)  
Dr. Robert Hink (V)
- 13. Bezirk:** Elfriede Bischof (V)  
Felix Steinwandtner (V)  
Rudolf Sagmeister (S)
- 14. Bezirk:** Otto Bauer (S)  
Peter Eremias (S)  
Komm.-Rat Eduard Rainer (V)
- 15. Bezirk:** Kurt Menger (S)  
Friedrich Krammer (S)  
Martha Reichel (V)

- 16. Bezirk:** RegR. Alfred Barton (S)  
Ernestine Graßberger (S)  
Karl Heinz Hasibar (V)
- 17. Bezirk:** Robert Pflieger (S)  
Ernst Reinhold (S)  
Hans Erasmus (V)
- 18. Bezirk:** OStR Leopold Traindl (V)  
Karl Homole (V)  
Rudolf Janecek (S)
- 19. Bezirk:** Adolf Tiller (V)  
Komm.-Rat Ludwig Müller (V)  
Leopold Buchelt (S)
- 20. Bezirk:** Karl Lacina (S)  
Peter Babion (S)  
Helmut Weissenbäck (V)
- 21. Bezirk:** Kurt Landsmann (S)  
Fritz Kandi (S)  
Ing. Helmut Poppenwimmer (V)
- 22. Bezirk:** Albert Schultz (S)  
Leopold Wedel (S)  
Karl Regner (V)
- 23. Bezirk:** Heinrich Haberl (S)  
Ernst Morawec (S)  
Josef Walter Lohmann (V)

(Schluß) end/rr

Forts. von Blatt 2798

## Elne Million Besucher In Laxenburg

Wien, 30.12. (RK-LOKAL) Rund eine Million Besucher verzeichnete auch heuer der Schloßpark in Laxenburg, der längst zu einem wichtigen Naherholungsgebiet für die Bundeshauptstadt und die umliegenden niederösterreichischen Gemeinden geworden ist. Aus einer im großen Maßstab durchgeführten Besucherbefragung geht hervor, daß die Menschen in Laxenburg vor allem die gepflegte Landschaft und die Ruhe schätzen.

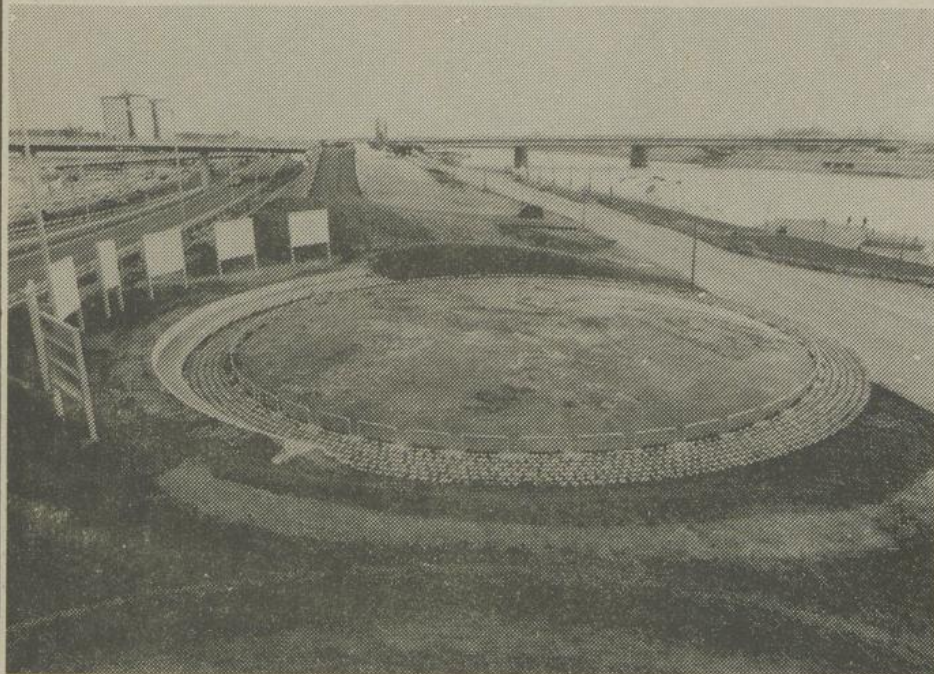
Besonders bevorzugt wird der Schloßpark von älteren Menschen, die sehr häufig mit ihren Enkelkindern kommen.

Zunehmend Probleme verursachen Besucher mit Hunden, vor allem, wenn die Vierbeiner von der Leine gelassen werden. Die Hunde gefährden nicht nur die Kinder, sie stören auch das Reh- und Niederwild. Wahrscheinlich wird es im nächsten Jahr zu einer neuen Regelung kommen müssen, um das Hundeproblem in den Griff zu bekommen.

Übrigens: Wenn das Wetter mitspielt und winterliche Temperaturen beschert, kann man auf dem 50 ha großen Schloßteich auch Eislaufen. (Schluß) wh/gg

## Europawege-Denkmal auf der Donauinsel

Wien, 30.12. (RK-LOKAL) Auf der Donauinsel hat der Bildhauer Hans MUHR das „Europawege-Denkmal“ errichtet. Auf einer Fläche von 18 Meter Durchmesser sind die wichtigsten Landschaften Europas und die sie verbindenden Wege dargestellt. Der Künstler hat Originalmaterial aus den jeweiligen Gebieten verwendet, so ist etwa der Vesuv aus Lavagestein gestaltet. (Schluß) red/gg



## Nach der Silvesterfeier mit der „Bim“

Wien, 30.12. (RK-LOKAL) Die Wiener Verkehrsbetriebe richten auch heuer wieder zu Silvester einen durchgehenden Betrieb ein und zwar auf 29 Linien. Die Linien und Streckenführungen vom Vorjahr bleiben unverändert.

Auf allen Linien gilt der Normaltarif, Vorverkaufsfahrscheine sowie Netzkarten mit Dezemberwertmarken sind ebenfalls gültig.

Die Nachtautobuslinien N1 bis N8 werden in der Silvesternacht nicht betrieben.

Am 31. Dezember sind alle Vorverkaufsstellen in der Zeit von 6.30 bis 14 Uhr geöffnet.

Im folgenden die einzelnen Linien mit Nachtbetrieb:

- U 1: Reumannplatz — Zentrum Kagran
  - U 2: Karlsplatz — Schottenring
  - U 4: Heiligenstadt — Hütteldorf
  - „D“: Nußdorf — Südbahnhof
  - „N“: Floridsdorfer Brücke — Schwedenplatz
  - „1“: Julius-Raab-Platz — Ring — Kai
  - „2“: Dr.-Karl-Lueger-Platz — Kai — Ring
  - „18“: Liechtenwerder Platz — Gürtel — Stadionbrücke
  - „21“: Stadlauer Brücke — Schwedenplatz
  - „23A“: Zentrum Kagran — Hausfeldstraße
  - „25“: Leopoldau — Zentrum Kagran — Stadlau
  - „29A“: Franz-Jonas-Platz, Floridsdorf — Leopoldau — Großfeldsiedlung
  - „31“: Schottenring — Stammersdorf
  - „32“: Franz-Jonas-Platz, Floridsdorf — Strebersdorf
  - „35A“: Salmansdorf — Floridsdorfer Brücke
  - „38“: Schottentor — Grinzing
  - „41“: Schottentor — Pötzleinsdorf
  - „43“: Schottentor — Neuwaldegg
  - „46“: Dr.-Karl-Renner-Ring — Joachimsthalerplatz
  - „49“: Dr.-Karl-Renner-Ring — Hütteldorf
  - „58“: Burgring — Unter-St.-Veit
  - „60“: Hietzing, Kennedybrücke — Rodaun
  - „62“: Kärntner Ring, Oper — Lainz
  - „64“: Westbahnhof, Mariahilfer Straße — Siebenhirten (über Meidlinger  
„64“: Hauptstraße)
  - „65“: Kärntner Ring, Oper — Stefan-Fadinger-Platz
  - „66A“: Reumannplatz — Liesing
  - „67“: Reumannplatz — Kurzentrum Oberlaa
  - „71“: Schwarzenbergplatz — Zentralfriedhof
  - „74A“: Dr.-Karl-Lueger-Platz — St. Marx
- (Schluß) roh/gg

## **In der Weihnachtswoche wurde um ein Drittel weniger geheizt**

Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Das warme Wetter führte in der Weihnachtswoche zu deutlichen Rückgängen bei der Gas- und Fernwärmeabgabe: Sowohl die Gaswerke als auch die Heizbetriebe Wien hatten in der Woche vom 20. bis 27. Dezember 1987 einen Rückgang beim Energieverbrauch von rund einem Drittel gegenüber der gleichen Vorjahreswoche zu verzeichnen.

In den ersten drei Dezemberwochen lagen die Temperaturen im langjährigen Durchschnitt, während es in der vierten Woche um rund elf Grad wärmer war als normal. Die Gaswerke hatten 1986 in dieser Woche 27,1 Millionen Kubikmeter Erdgas abgegeben, heuer waren es nur 18,4 Millionen Kubikmeter. Im gesamten Dezember 1987 wurden 94,7 Millionen Kubikmeter Erdgas verbraucht, die Vorjahreszahl zum Vergleich: 101,7.

Bei der Fernwärme ist der Vergleich mit dem Vorjahr schwieriger, weil durch den Ausbau des Leitungsnetzes die Zahl der angeschlossenen Wohnungen Jahr für Jahr ansteigt. Bereinigt um diese Mehrleistung wurde im Dezember 1987 um rund zehn Prozent weniger als im Vorjahr geheizt. Dieser Rückgang ergab sich fast zur Gänze aus der Weihnachtswoche.

Kein Minus gab es bei den E-Werken, der Stromverbrauch stieg gegenüber 1986 im Dezember sogar um 2,5 Prozent an. Dies ist allerdings nur rund die Hälfte des durchschnittlichen Zuwachses im Jahr 1987. Bei der im Dezember erreichten Leistungsspitze gab es einen geringfügigen Rückgang: 1986 war der 27. Dezember mit 1.066 Megawatt der Tag mit der höchsten Leistung, 1987 der 28. Dezember mit 1.028 Megawatt. (Schluß) roh/gg

## **Bevölkerungsbewegung In den Wiener Bezirken 1951 bis 1986**

**Statistische Mitteilungen der Stadt Wien**

Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Die neueste Ausgabe der „Statistischen Mitteilungen der Stadt Wien“ befaßt sich mit der Bevölkerungsbewegung und -struktur 1951 bis 1986.

Die Bevölkerungsentwicklung Wiens war seit dem Zweiten Weltkrieg durch eine starke Randwanderung geprägt. Der Bevölkerungsanteil der Bezirke 10, 11, 21, 22 und 23 stieg von 19,6 Prozent im Jahre 1951 auf 33,9 Prozent 1986 an. Der Überalterung im Stadtkern stand eine Konzentration junger Familien in den östlichen und südlichen Stadtrandbezirken gegenüber. Der Höhepunkt dieser Entwicklung lag in den 60er Jahren. Durch die Stadterneuerung könnte in den inneren Bezirken eine altersmäßig ausgewogene Bevölkerungsstruktur entstehen, da junge Leute zuziehen. Allerdings droht in Zukunft eine Überalterung in den derzeit noch relativ „jungen“ Stadtrandbezirken.

Die „Statistischen Mitteilungen“, Heft 2 aus 1987, kosten 50 Schilling und sind beim Statistischen Amt der Stadt Wien, MA 66, 1, Volksgartenstraße 3, 2. Stock, erhältlich. (Schluß) fk/gg

## **Aufgrabungen im Jahr 1987**

Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Im zu Ende gehenden Jahr gab es auf den Gemeindestraßen im Wiener Stadtgebiet rund 12.500 Aufgrabungen; in ca. 4.300 Fällen handelte es sich um Gebrechens- oder Störungsbehebungen. Insgesamt 21 verschiedene Dienststellen — von den Wiener Stadtwerken über die Post bis zu ÖBB und Telekabel — veranlaßten auf den Wiener Straßen Grabungsarbeiten.

Immerhin rund 5.500 Aufgrabungen, also alle jene mit einer Grabungslänge von mehr als 50 Metern oder einer Dauer über eine Woche, wurden mit Hilfe der Automatischen Datenverarbeitung für die Koordinierung von Maßnahmen im Straßenverkehr erfaßt.

Der für die Geschäftsgruppe Verkehr und Energie zuständige Stadtrat Johann HATZL betonte im Zusammenhang gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“, er werde sich im neuen Jahr dafür einsetzen, daß die Koordinierungsmaßnahmen laufend intensiviert werden. (Schluß) pz/rr



60984 81800

